Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Osterreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 184 • 6. Mai 2019
Das unparteiische, unabhängige Magazin für Österreicherinnen und Österreicher in aller Welt erscheint zehn Mal im Jahr in vier verschiedenen pdf-Formaten
http://www.oesterreichjournal.at

Oskar Kokoschka (1886–1980), Peer Gynt, 1973, Öl auf Leinwand, 115 × 89 cm

Ausstellung »Oskar Kokoschka. Expressionist, Migrant, Europäer« im Leopold Musuem *(ab der Seite 106)*

© Fondation Oskar Kokoschka, Vevey / Foto: Julien Gremaud, Vevey © Fondation Oskar Kokoschka/Bildrecht Wien, 2019

Sie sehen hier die Variante US-Letter mit 300 dpi und hoher Qualität von Bildern und Grafiken

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

wie auch bisher, haben wir kurz vor den Wahlen zum Europa-Parlament die heimischen wahlwerbenden Parteien dazu eingeladen, Sie über deren Positionen zu informieren und Ihnen eine Entscheidungshilfe zu geben. Den Raum in unserem „Österreich Journal“ stellen wir dafür unentgeltlich zur Verfügung und die Inhalte liegen ausschließlich bei den Parteien selbst. Trotz einiger Erinnerungen hat man uns vor der FPÖ diesmal keinen Beitrag übermittelt – bei Interesse finden Sie deren Positionen unter *https://www.fpoe.eu/*

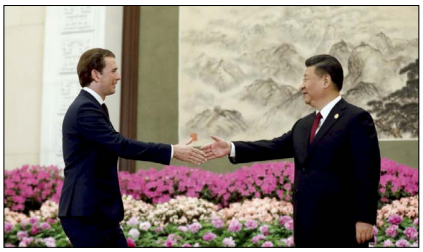
Liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 184

Van der Bellen empfängt Miloš Zeman in Wien 3
Aus dem Parlamen 4
Bundeskanzler Sebastian Kurz beim »Belt and Road Forum« in Peking 12
Kurz empfängt Söder 15
Aus dem Außenministerium 16
Gedenken im KZ Mauthausen. 19
Parteien zur EU-Wahl 23
Weiter gedämpftes Winterergebnis im Tourismus 28
Asylentscheidungen in der EU 30
15 Jahre EU-Erweiterung – Mehrheit zieht positive Bilanz 33
25 Jahre NP Neusiedler See-Seewinkel / Fertö-Hanság 35
»Kleiner Bruder« des Lindwurms steht nun in Dachau 36
Ökologische Visitenkarte aus Niederösterreich in Brüssel 37
Sigl besucht mit Polens Parlamentspräsidenten Mauthausen 38
Stelzer unterstützt Entwicklungszusammenarbeitsprojekt 38
In Kroatien für Salzburg gelernt 39
Steiermark erneuerte Kooperationsabkommen französischer Region 40
Tiroler Know-How punktet in Japan 41
Vorarlberg braucht ein wirtschaftlich leistungsfähiges Europa 42
150 Jahre Japan-Österreich mit Wien-Schwerpunkt 43
Ein Zuhause für Israel-Pilger 44
Biolandwirtschaft in Armenien 45
Vorzeigeprojekt Zeitgeist 46
Grazer Expertise gegen Melioidose 47
ÖWF und Empa kooperieren 48
Ausstellung im New Yorker Metropolitan Museum of Art 50
Verschiedene Meldungen 52
Ein Karfreitag in Aparecida Ein Bericht von Gerhard Held 58
»Entlastung Österreich« 62
Frauenwahlrecht 65
»Burgenland Journal«
Landtagspräsidentin Dunst präsentiert ihre Vorhaben … 66
Zukunftsplan Pflege 67
Traditionstag Heerestruppenschule 68
Längste Virtual Reality Wasserrutsche der Welt 69
Im Gespräch für mehr Information 70
Außenministerin Kneissl zu Besuch 71
Hans Niessl erhielt Martinsorden 71
Erfolgsmodell Stadtbus 73
Oberwart erwirtschaftet Überschuß 74
Ein Jahr neue Wege 75
Ausstellung Lukas Janitsch 76
KLANGfrühling Burg Schlaining 77
Ausstellung auf in Forchtenstein
Seefestspiele Mörbisch 2019 81

Wachstums-Abflachung – jedoch keine Krise in Sicht 82
Schwache Börsen dämpften Anstieg des Finanzvermögens 84
Keine Rezession in Österreich 85
Lebensraum Mur: Alles in Fluß 87
»Oesterreich« – ein Luxusliner 89
Verführung in Apricot
Historische Tramway in Wien 91
Das aufstrebende Weinland OÖ 93
Oberösterreicherin zapft am besten 94
Oberösterreich ehrt Ratzenböck 95
Michael Chalupka ist neuer evangelisch-lutherischer Bischof 97
Arbeitsgespräch von Thomas Quantenphysik datiert Gletscher 100
LED-Leuchtstoff spart Energie 102
Schnüffeln mit Licht 103
Digitales Partituren-Lesegerät 104
Oskar Kokoschka Expressionist, Migrant, Europäer – von 6. April bis 8. Juli 2019 im Leopold Musuem Wien 106
Der Meister von Heiligenkreuz Ausstellung im Kunsthistorischen Museum bis 23. Juni 2019 111
Mit Herz & Hand fürs Alpenland auf Schloß Artstetten 115
Werner Berg im Dialog mit Ernst Barlach und Käthe Kollwitz 119
ÖJ Buchtips 120



Bundeskanzler Sebastian Kurz in China 12

Gedenken im KZ Mauthausen 19

Österreich Konjukturprognose

Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,8	2,9	0,7	0,0	0,7	1,1	2,0
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	7,0	6,7	0,1	0,8	1,1	2,4	2,5
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,0	1,3	0,5	-0,1	0,3	0,4	1,4
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	-2,6	6,6	0,9	1,6	-0,4	2,3	4,3
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	0,9	0,9
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	9,1
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) **)	0,8	1,9	1,4	0,6	0,7	1,0	1,6
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP)	-4,4	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,6
Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,7	83,0

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen

... keine Krise in Sicht 82

Michael Chalupka ist neuer Bischof 97

Der Meister von Heiligenkreuz 111

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Foto Seite 1: © Fondation Oskar Kokoschka, Vevey / Foto: Julien Gremaud, Vevey © Fondation Oskar Kokoschka/Bildrecht Wien, 2019; Fotos auf der Seite 2: BKA / Dragan Tatic; MKOE / Jacqueline Godany; UniCredit Research; epd / M. Uschmann; KHM-Museumsverband

Van der Bellen empfängt Miloš Zeman in Wien

Brexit, EU-Reformbedarf sowie die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Tschechien standen im Mittelpunkt der Gespräche.

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) empfing seinen tschechischen Amtskollegen Miloš Zeman in der Wiener Hofburg.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und sein tschechischer Amtskollege Milos Zeman sehen die aktuelle britische Politik sehr kritisch. Alexander Van der Bellen sprach am 3. April in Wien von „Implosion der politischen Klasse“ und Milos Zeman von einem „Chaos“. Uneinig waren sich die beiden in der Frage, ob die Briten erneut über den EU-Austritt abstimmen sollten.

Zeman sagte in bezug auf die EU-Wahlen Ende Mai, daß er sich wünsche, jene Parteien würden gestärkt, die „eine Reform der EU anstreben und keinen Zerfall“.

Die bilateralen Beziehungen bezeichneten die beiden Staatsoberhäupter als „ausgezeichnet“. Der Bundespräsident sprach davon, daß man „unter Freunden auch unterschiedliche Ansichten“ vertreten könne. Österreich etwa sehe die Ausbaupläne der tschechischen Atomreaktoren kritisch.

Milos Zeman wiederholte, daß er sich eine stärkere Kooperation zwischen Österreich und den Visegrad-Staaten wünsche.

Foto: HBF / Peter Lechner

Die beiden Staatsoberhäupter bei der gemeinsamen Pressekonferenz in der Wiener Hofburg

Alexander Van der Bellen unterstrich die Unterschiede Österreichs zu den vier Ländern. „Österreich ist neutral und nicht Mitglied der NATO.“ Die Beziehungen würden aber gepflegt. ■

http://www.bundespraesident.at

Aus dem Parlament

Eine Auswahl an Terminen von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Veranstaltungen und internationalen Besuchen

Sobotka zu Besuch in Prag

Vom beiderseitigen Bekenntnis zur weiteren Vertiefung der dynamischen, gutnachbarschaftlichen Beziehungen waren die Gespräche getragen, die Wolfgang Sobotka Anfang April bei seinem zweitägigen Besuch in Prag mit dem Präsidenten des tschechischen Parlaments, Radek Vondráček, führte. Der Nationalratspräsident erinnerte dabei an den regen Besuchsaustausch zwischen beiden Ländern und die vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Europäischen Union und meinte, gerade unter Nachbarn seien intensive parlamentarische Kontakte eine wichtige zusätzliche Ebene zur Außenpolitik.

Was die europäische Ebene betrifft, bezeichneten beide Seiten den Fall des Eisernen Vorhangs vor 30 Jahren als historischen Schritt zur Wiedervereinigung Europas. „Durch europäische Integration wurde die dauerhafte Teilung Europas während des Kalten Kriegs in eine dauerhafte Zusammenarbeit umgewandelt“, unterstrich Sobotka. Nun brauche es eine starke, nach außen gemeinsam auftretende Union, die sowohl in der Außen- und Sicherheitspolitik als auch im globalen Wettbewerb handlungsfähig ist, meinte der Nationalratspräsident mit Blick auf die kommenden EU-Wahlen. Sobotka brach dabei einmal mehr eine Lanze für die Subsidiarität und meinte, es gelte, den Fokus der EU auf große Fragen, die einer gemeinsamen Lösung bedürfen, zu lenken und bei kleinen Fragen hingegen den Regionen und Mitgliedstaaten mehr Spielraum zu lassen.

Sobotka, der von der Dritten Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller und einer parlamentarischen Delegation aus Mitgliedern des Nationalrats begleitet wurde, traf im Rahmen seines Besuchs in der tschechischen Hauptstadt auch mit Ministerpräsident Andrej Babiš, Senatspräsident Jaroslav Kubera, mit Außenminister Tomáš Petříček sowie mit Abgeordneten des tschechischen Abgeordnetenhauses zusammen und nahm zudem an einer Diskussionsveranstaltung über das gemeinsame österreichisch-tschechische Geschichtsbuch teil.

Auf dem Programm des Nationalratspräsidenten stand überdies auch eine Besichtigung der Pinkas Synagoge und der Besuch des Denkmals für die Opfer der Shoah.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (l) traf den Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik, Radek Vondráček, zu Gesprächen…

Fotos: Parlamentsdirektion / René Fluger

… und besuchte das Jüdische Museum in Prag.

Tschechischer Staatspräsident zu Gast im Parlament

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen empfing Wolfgang Sobotka kurz nach seinem Aufenthalt in Prag am 3. April den tschechischen Staatspräsidenten Miloš Zeman im Parlament. Der Nationalratspräsident erinnerte an den intensiven Besuchsaustausch zwischen beiden Staaten sowie an die zunehmende Bedeutung der wirtschaftlichen Kontakte und hob überdies auch die auf gegenseitigem Vertrauen basierende Zusammenarbeit auf europäischer Ebene hervor. Ausdruck des gutnachbarschaftlichen Verhältnisses sei auch das österreich-tschechische Geschichtsbuch, das von Historikern beider Länder gemeinsam konzipiert und verfaßt wurde. Sobotka sprach in diesem Zusammenhang von einem in Europa bespielgebenden und einzigartigen Projekt im Umgang mit der Geschichte zweier Nachbarländer und erwartet sich davon wertvolle Impulse für die Zukunft.

Was die europäische Perspektive betrifft, unterstrich Sobotka die Rolle von Österreich

und Tschechien, als kleine Staaten die Politik der Union mitzugestalten, wobei er dafür plädierte, neue Achsen der Zusammenarbeit zu suchen. Besorgt waren sowohl Sobotka als auch Zeman über die Entwicklung in Großbritannien nach dem Brexit-Referendum. Die „never ending story" schwäche Europa in seinen Beziehungen zu den USA und China, gab Sobotka zu bedenken und warnte vor einem harten Brexit.

In Sachen EU-Erweiterung bekräftigte Sobotka das Bestreben Österreichs, die Länder des Westbalkans auf ihrem Weg nach Europa zu begleiten, und meinte, angesichts des wachsenden Einflusses Chinas und Rußlands gebe es dazu keine Alternativen. Die Europäische Union dürfe die Balkanstaaten in ihrer Europaeuphorie nicht alleine lassen. Zeman trat für einen differenzierten Zugang ein und meinte, es gelte, jene Länder in die EU aufzunehmen, in denen es demokratische Wurzeln gebe.

Thema des Gesprächs war auch die Energiepolitik, wo Sobotka gegenüber Zeman den Wunsch Österreichs nach Transparenz und Offenheit in bezug auf die tschechischen Atomkraftwerke deponierte. In der Verkehrspolitik schließlich bekräftigten beide Seiten ihr Interesse am Ausbau der Verbindungen zwischen Österreich und Tschechien.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (l.) empfing den Präsidenten der Republik Tschechien, Miloš Zeman, zu Gesprächen im Parlament in Wien

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Aussprache die Delegationen mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (2. v.l.) und dem Präsidenten der Republik Tschechien Miloš Zeman (3. v.r.)

Besuch der Vorsitzenden der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments

Noch bevor am Nachmittag des 8. April die Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Parlamente im Wiener Konzerthaus eröffnet wurde, traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit der Vorsitzenden der Zweiten Kammer der niederländischen Generalstaaten, Khadija Arib, zu einem Arbeitsfrühstück zusammen. Dabei warb Sobotka einmal mehr für die Integration der Staaten des Westbalkan in die EU, zumal die Niederlande zu dieser Frage einen anderen Standpunkt als Österreich vertreten. „Es geht um die Stabilität Europas, aber auch um die Glaubwürdigkeit der EU in dieser Region", unterstrich Sobotka gegenüber Arib mit dem Hinweis auf den wachsenden Einfluß anderer Staaten.

Die Beitrittsperspektive stelle einen Hauptmotor für die innerstaatlichen Reformen in diesen Ländern dar, sagte der Nationalratspräsident und würdigte insbesondere das historische Abkommen zwischen Nordmazedonien und Griechenland, aber auch die politische Entwicklung in dem Land.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Besuch der Vorsitzenden der Tweede Kamer Khadija Arib bei NR-Präsident Wolfgang Sobotka

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Rund 50 AmtskollegInnen aus 37 europäischen Ländern sind der Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsident Ingo Appé zur diesjährigen Konferenz der EU-ParlamentspräsidentInnen in das Wiener Konzerthaus gefolgt.

Nun sei es an der EU, Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien zu führen. Die EU müsse zeigen, daß die Anstrengungen des Landes nicht umsonst waren und daß demokratiepolitische und rechtsstaatliche Reformschritte auch entsprechende Anerkennung finden. Sobotka begrüßte auch die Reformmaßnahmen in Albanien als „beispiellos" und meinte, die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen sei nur ein Schritt auf dem langen Weg zu einer Mitgliedschaft. Einen Beitritt zum Nulltarif könne es freilich nicht geben, stellte Sobotka klar.

Sowohl Khadija Arib als auch Wolfgang Sobotka unterstrichen die engen parlamentarischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Man habe zu vielen Themen sehr ähnliche Ansichten, Österreich und die Niederlande stünden für eine moderne, zukunftsfähige Europäische Union, die bereit sei, sich kommenden Herausforderungen zu stellen.

Thema der Unterredung war zudem die aktuelle Situation rund um den Brexit. Khadija Arib interessierte sich außerdem für die Sanierung des österreichischen Parlaments, da auch dem niederländischen Parlament eine große Renovierung bevorsteht.

Konferenz der ParlamentspräsidentInnen im Konzerthaus

Rund 50 AmtskollegInnen aus 37 europäischen Ländern sind der Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsident Ingo Appé zur diesjährigen Konferenz der EU-ParlamentspräsidentInnen in das Wiener Konzerthaus gefolgt, um am 8. und 9. April gemeinsam über die EU-Nachbarschaftspolitik und die Herausforderungen im Lichte der bevorstehenden Europawahlen zu beraten. Darunter befanden sich auch VertreterInnen aus Island, Norwegen und der Schweiz. „Es ist wichtig, die Sichtweisen und verschiedenen Perspektiven aller EU-Partner zu hören und gemeinsame Ideen für den Weg nach vorne zu diskutieren", so Sobotka im Vorfeld der Konferenz. Erstmals wurden auch alle Länder des Westbalkans eingeladen. „Damit wollen wir ein deutliches Signal nicht nur für die gesamte Region, sondern auch gegenüber allen EU-Mitgliedsländern setzen: Die Zukunft Südosteuropas liegt in der Europäischen Union", betonte Sobotka.

Der erste Konferenztag stand im Zeichen der Nachbarschaftspolitik, wobei ein breiter Bogen von der südlichen Nachbarschaft über die Türkei, der östlichen Partnerschaft und Rußland bis hin zur EU-Donauraumstrategie und dem Westbalkan gespannt wurde.

Besonders hob der Nationalratspräsident die Bedeutung der Integration der Länder des Westbalkans nicht nur für die Stabilität Europas, sondern auch im Hinblick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Ländern selbst hervor. „Für die notwendigen Reformen gibt es keinen stärkeren Anreiz als die Beitrittsperspektive", sagte Sobotka. „Nur ein starkes Engagement der EU am Westbalkan verhindert, daß ein Vakuum von anderen Akteuren genutzt wird", warnte er.

Gleichzeitig stellte der Nationalratspräsident klar, daß Europa nicht nur ein Versprechen, sondern eine wechselseitige Verpflichtung sei. Für die Kandidatenländer heiße das, daß sie durch Reformen Beitrittsreife erlangen müssen, denn ein „Beitritt light" sei keine Option. Die EU wiederum müsse im Gegenzug glaubwürdig zur Beitrittsperspektive stehen und Fortschritte honorieren.

Weil Fragen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte zu den wesentlichen Punkten im Rahmen des Integra-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Begrüßung der TeilnehmerInnen in Wien

tionsprozesses führen, sieht Sobotka den Annäherungsprozeß auch als eine Aufgabe der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten. In diesem Zusammenhang stellte er das Stipendienprogramm des österreichischen Parlaments für MitarbeiterInnen der Parlamentsverwaltungen der Westbalkanstaaten vor und wies darauf hin, daß auch Initiativen zur Demokratie-Vermittlung unterstützt werden.

Der Nationalratspräsident ging darüber hinaus auch auf die weiteren Herausforderungen der Nachbarschaftspolitik ein. Ohne die russische Föderation könne es keinen dauerhaften Frieden in Europa geben, stellte Sobotka fest, ließ aber auch keinen Zweifel daran, daß Lockerungen der EU-Sanktionen nur dann möglich seien, wenn es sichtbare Fortschritte im Minsker Prozeß gibt. Im Konflikt mit der Ukraine sei die EU als Vermittler gefordert. Sobotka wies zudem auf die verschiedensten Spionage- und Cyber-Vorfälle hin, die das Verhältnis zu Russland belasten. „Rußland ist ein wichtiger Nachbar, mit dem wir sowohl auf offizieller als auch auf Ebene der Zivilgesellschaft in einem offenen Dialog bleiben müssen“, sagte Sobotka.

Kritisch und mit Sorge blickte er auf die rechtsstaatliche Entwicklung in der Türkei, die er als einen wichtigen strategischen Partner der EU vor allem im Hinblick auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Energiesicherheit und die Sicherheitspolitik, insbesondere bei der Bekämpfung des Terrorismus, bezeichnete.

Der Nationalratspräsident unterstrich aber auch die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Ländern des Mittelmeerraums und erinnerte an die Impulse, die vom EU-Afrika-Forum im vergangenen Dezember in Wien gekommen sind, das von der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft initiiert worden war. Es gehe um eine Partnerschaft mit Afrika, die wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Innovation in den Vordergrund rückt. „Nur wenn es uns gelingt, den Menschen in Afrika Perspektiven auf gleicher Augenhöhe zu eröffnen, werden wir den Migrationsdruck langfristig dämpfen können.“

Appé: Europa muß handlungsfähig, krisenfest transparent und bürgernah sein

Bundesratspräsident Ingo Appé sprach in seiner Begrüßung mit Sorge den Vertrauensverlust in das Projekt Europa an. Wenn man dieses Vertrauen wieder zurückgewinnen wolle, dann müsse sich die EU handlungsfähig und krisenfest zeigen, ohne auf das Wohl ihrer BürgerInnen zu vergessen. Dies vor allem auch im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen, zumal sich die EU gerade in turbulenten Zeiten befinde – denke man beispielsweise an den Brexit, an den Klimawandel, an die Frage der Migration, an Konflikte in der Nachbarschaft, aber auch an die Herausforderungen durch technologische Neuerungen.

Gleichzeitig sei es notwendig, die EU durch mehr Transparenz wieder den Menschen näher zu bringen. Appé mißt dabei der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und den EU-Institutionen aber auch einer effizienteren und aktiveren Subsidiaritätspolitik besondere Bedeutung bei. In diesem Zusammenhang forderte er eine stärkere Einbindung der Regionalparlamente in die europäische Gesetzgebung. „Ein permanenter formeller und informeller Dialog zwischen den Regionen einerseits und der Europäischen Union andererseits ist unabdingbar. Subsidiarität und die damit verbundene Mitbestimmung bei europäischen Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozessen stellt für lokale und regionale Gebietskörperschaften ein elementares Prinzip für ein zukunftsfähiges Europa dar“, sagte Appé.

Er sieht die Bedeutung der Länder und Regionen vor allem auch mit Blick auf die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament: „Denn sie sind es, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten sind und damit einen unverzichtbaren Beitrag zu deren Information leisten.“

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Bundesratspräsident Ingo Appé bei seiner Begrüßung

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Der Nationalratspräsident mit Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des EU-Parlaments

Mairead McGuinness: EU-Wahlen nicht auf die leichte Schulter nehmen

Die EU-Wahlen so wichtig wie die Wahlen zu nationalen Volksvertretungen zu nehmen, dazu rief Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, eindringlich auf. Man dürfe die EU-Wahlen keinesfalls auf die leichte Schulter nehmen, sagte sie und forderte explizit das Engagement der nationalen Parlamente bei diesem Urnengang. Vor allem gelte es, Regeln für die sozialen Netzwerke aufzustellen, um Manipulationen zu verhindern, auch wenn dies keinesfalls leicht sei.

McGuinness sprach ebenfalls Ängste und den Vertrauensverlust in der europäischen Bevölkerung an und trat für einen sozial nachhaltigen Binnenmarkt und Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten ein. Eine Zukunftsfrage stellt für sie die Klimapolitik dar. Für McGuinness sind wirtschaftlicher Wohlstand, Wettbewerb und Klimapolitik sehr wohl kompatibel.

Die interparlamentarische Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinaus sowie eine aktives Engagement der nationalen Parlamente hält sie für eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine starke Union. „Wir brauchen eine Politik des Kompromisses und keine Politik des Konflikts“, brachte sie die Herausforderungen der EU-28 bzw. der EU-27 auf den Punkt: „Politische Blockaden sind in niemandes Interesse.“

Was den Brexit betrifft, so sollte man McGuinness zufolge vor allem einen geordneten Austritt des Vereinigten Königreichs im Auge behalten und für eine Verschiebung des Austrittsdatums offen sein. Wichtig sei Geduld in der jetzigen Phase. Allerdings brauche es einen Plan, der einen geordneten Brexit auch sicherstellt, fügte sie hinzu. Jedenfalls müsse man aus dem Brexit die Lehren für die Zukunft ziehen, betonte die Vizepräsidentin des EU-Parlaments und merkte kritische an: „Vielleicht haben wir zu wenig kommuniziert und zu wenig zugehört.“

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Der Präsident des Deutschen Bundestags, Wolfgang Schäuble

Schlußfolgerungen

Auch in ihren Schlußfolgerungen bekannten sich die TeilnehmerInnen der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Parlamente am 9. April zur Fortführung des EU-Beitrittsprozesses am Westbalkan als Beitrag zu Sicherheit und Stabilität. In ihrer Nachbarschaftspolitik wiederum wird die Union zu einer Partnerschaft aufgerufen, die auf der Einhaltung der europäischen Grundsätze wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Schutz der Grundrechte und der Menschenwürde beruht.

ParlamentspräsidentInnen rufen Beitrittskandidaten zur Fortführung der Reformen auf

Die Aufrechterhaltung der europäischen Perspektive für die Staaten des Westbalkans sei eine Investition in Frieden, Demokratie und Sicherheit, heißt es in dem Schlußdokument, wobei die ParlamentspräsidentInnen die strikte Einhaltung der Beitrittskriterien als Grundlage für den Erweiterungsprozeß bekräftigen. An die Staaten des Westbalkans ergeht dabei der Appell, die Reformen weiterzuführen, noch bestehende Konflikte zu überwinden und die regionale Zusammenarbeit zu stärken und gute nachbarschaftliche Beziehungen zu etablieren. Ausdrücklich begrüßen die PräsidentInnen das Prespa-Abkommen zwischen Griechenland und Nordmazedonien, das als Vorbild für die Stärkung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen auch zwischen anderen Staaten in der Region betrachtet wird.

Offener Dialog mit Schlüsselpartner Türkei

Was die Türkei betrifft, spricht das Schlußdokument von einem Schlüsselpartner und deponiert in diesem Zusammenhang den Wunsch nach einem offenen Dialog mit Ankara sowie der Kooperation in wichtigen gemeinsamen Interessensbereichen, wie etwa Migration, Bekämpfung des Terrorismus oder Handel und Wirtschaft. Erwartet wird dabei von der Türkei ein eindeutiges Be-

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

v.l.: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der stv. Sprecher des finnischen Parlaments Mauri Pekkarinen, der Erste Vizepräsident des EU-Parlaments Mairead McGuinness, der Präsident des Parlaments von Estland Henn Põlluaas und Bundesratspräsident Ingo Appè

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Ein Blick auf die KonferenzteilnehmerInnen im Wiener Konzerthaus

kenntnis zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen und zu den bestehenden internationalen Abkommen.

Schlußdokument pocht auf vollständige Umsetzung der Minsker Abkommen

Das Schlußdokument unterstreicht überdies die Bedeutung der östlichen Dimension der EU-Nachbarschaftspolitik, wobei die ParlamentspräsidentInnen mit Nachdruck ihre Unterstützung der Bemühungen um eine nachhaltige und friedliche Lösung des Konflikts zwischen der Ukraine und Rußland zum Ausdruck bringen. Das Dokument enthält eine ausdrückliche Verurteilung der Verletzung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine, bekräftigt die Nichtanerkennung der Annexion der Krim und spricht sich für die vollständige Umsetzung der Minsker Abkommen durch alle beteiligten Parteien aus.

Nordafrika und Naher Osten im Fokus der Südlichen Nachbarschaftspolitik

Die Südliche Nachbarschaftspolitik wiederum wird als grundlegendes Instrument zur Förderung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in Nordafrika und im Nahen Osten gesehen.

Klar ist für die PräsidentInnen dabei, daß die zahlreichen gemeinsamen Herausforderungen, so etwa die Migrationsströme, der Klimawandel oder die Bekämpfung von Terror und internationaler Kriminalität nur durch eine intensive regionale Zusammenarbeit bewältigt werden können.

Aufruf zum interreligiösen Dialog

Hinsichtlich der Arbeit der EU-Institutionen unterstreicht das Schlußdokument die Bedeutung der Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz. Die PräsidentInnen appellieren in diesem Zusammenhang an alle staatlichen und nichtstaatlichen Akteure, den Dialog über Grundrechte und gemeinsame europäische Werte sowohl innerhalb als auch zwischen den Religionsgemeinschaften zu unterstützen, um gegenseitigen Respekt und Toleranz gegenüber unterschiedlichen religiösen Traditionen zu fördern und Vorurteile abzubauen.

PräsidentInnen bekennen sich zu Subsidiarität und Proportionalität

Ein klares Bekenntnis legen die PräsidentInnen auch zu den Prinzipien von Subsidiarität und Proportionalität ab. „Weniger, aber effizienteres Handeln“ lautet hier die Devise. Nur eine EU, die sich darauf konzentriert, das zu tun, was gegenüber Maßnahmen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene klare Vorteile bringt, könne ihre positive Wahrnehmung unter den BürgerInnen Europas weiter verbessern, heißt es. Die PräsidentInnen bekräftigen in diesem Sinne den Stellenwert der Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente.

Brexit: Hoffen auf Verhandlungslösung

Zum Thema Brexit schließlich bringt das Dokument den Wunsch der ParlamentspräsidentInnen zum Ausdruck, daß im Austrittsprozeß zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union eine Verhandlungslösung gefunden werden kann.

Die Konferenz

Die Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments (EU-PPK) trat erstmals 1963 zusammen und trifft sich seit 1999 jährlich (zuvor alle zwei Jahre, alternierend mit der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der Mitgliedsstaaten des Europarats).

Jeweils das Land, das in der zweiten Hälfte des Vorjahres die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, lädt zum jährlichen Treffen in der ersten Hälfte des Folgejahres ein. In der EU-PPK sind die 41 Parlamentskammern der nationalen Parlamente der EU-MS sowie das EP durch ihre PräsidentInnen vertreten. Nach der Konferenz in Wien geht der Vorsitz an Finnland über, das ab 1. Juli 2019 den EU-Ratsvorsitz übernehmen wird.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / BKA / Regina Aigner

Gruppenfoto mit der chinesischen Delegation und Bundesratspräsident Ingo Appé (4. von rechts)

Chinesischer Spitzenpolitiker Ma Biao zu Besuch in Wien

Foto: Parlamentsdirektion / BKA / Regina Aigner

Der Vizepräsident der Chinesischen Politischen Konsultativversammlung Ma Biao (l.) und Bundesratspräsident Ingo Appé

Die Neue Seidenstraße liege für China und Europa in beiderseitigem Interesse. Diesen Standpunkt zum 2013 von Peking angestoßenen Ausbau der Handelswege zwischen dem Reich der Mitte und dem Rest der Welt teilten am 11. April im Parlament die Mitglieder der bilateralen parlamentarischen Freundschaftsgruppe mit Ma Biao, Vizepräsident der Politischen Konsultativversammlung Chinas, und seiner Delegation. Peter Wittmann (SPÖ), der das Arbeitsgespräch leitete, versicherte Ma die Unterstützung Österreichs beim Ausbau der Handelsverbindungen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Kooperationen zwischen China und mittel- und osteuropäischen Ländern (16+1-Format). Das heimische Interesse an einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China zeigt sich laut Wittmann nicht nur am regen politischen Austausch auf höchster Führungsebene, sondern auch daran, daß Österreich eines der Gründungsmitglieder der Asian Investment Bank ist.

JETZT-Klubobmann Bruno Rossmann begrüßte ebenso verbesserte Handelsbeziehungen mit China, wobei er auf die neue qualitative Wachstumsstrategie der asiatischen Supermacht einging. Neben dem Schließen der Einkommensschere bilde der Fokus auf Umwelt- und Klimaschutz dabei ein wichtiges Element. Erfreut über die Öffnung des chinesischen Markts für österreichisches Schweinefleisch zeigte sich als Landwirtschaftsvertreter ÖVP-Bundesrat Peter Raggl, der ein ähnliches Vorgehen für weitere Agrarprodukte anregte.

Österreichische Erzeugnisse bildeten einen wichtigen Bestandteil der chinesischen Öffnungspolitik für landwirtschaftliche Produkte, verdeutlichte Ma. Generell trete China für freien Handel weltweit ein. Mit der Neuen Seidenstraße suche man daher verstärkte Kooperationen in mehreren Feldern, vom Infrastrukturausbau über die Finanzwirtschaft bis hin zum Telekommunikationssektor. Dank seiner Standortvorteile habe Österreich hier eine bedeutende Brückenschlagfunktion. Chinas Engagement in Mittel- und Osteuropa sei nicht zuletzt im Streben nach regionaler Sicherheit und Stabilität begründet, so Ma, der grundsätzlich ein Bekenntnis zum Zusammenhalt Europas ablegte.

Im Anschluß an das Gespräch traf Ma noch mit Bundesratspräsident Ingo Appé zusammen.

Österreich, Europa und die Welt

Zweite NR-Präsidentin Doris Bures besuchte New York

Zum Auftakt ihrer dreitägigen New York-Reise besuchte die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures am 30. April hochrangige Vertreter der jüdischen Gemeinde in den USA. Der seit langem anberaumte Besuch erlangte durch den erschütternden Anschlag auf eine Synagoge in Poway/Kalifornien, bei dem am 27. April eine Frau getötet und drei weitere Personen verletzt wurden, traurige Aktualität. Die Zweite Präsidentin hat ihre Gespräche mit der Vorstandsvorsitzenden und zugleich designierten Präsidentin des American Jewish Committees (AJC), Harriet Schleifer, und dem Rabbiner Arthur Schneier genutzt, um der amerikanischen jüdischen Gemeinde die Anteilahme Österreich persönlich auszudrücken. Darüber hinaus erörterte sie Fragen um die Gefahren von steigendem Antisemitismus, Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit in Europa und den USA.

„Auf beiden Kontinenten werden die Sprache und der politische Diskurs immer rauer. Wir müssen diese Entwicklung ernst nehmen und ihr auch entschieden entgegentreten, denn die ersten Leidtragenden sind Minderheiten“, so Bures. AJC-Vorsitzende Harriet Schleifer forderte, daß Antisemitismus immer in einem 360-Grad-Blick Beachtung finden müsse. Der diplomatische Direktor des AJC, Aaron Jacob, führte weiter aus, daß Antisemitismus in einem breiten Kontext gesehen werden müsse, da dieser immer als genereller Hass gegen Minderheiten zum Ausdruck käme.

„Österreich hat eine besondere historische Verantwortung, den Kampf gegen Antisemitismus mit besonderer Sorgfalt und Vehemenz zu führen. Es wäre zu kurz gegriffen, eine Religion politisch zu missbrauchen um sie für den wachsenden Antisemitismus verantwortlich zu machen. Dadurch werden keine Probleme gelöst, sondern lediglich Ressentiments gegenüber einer Minderheit befördert. Wir müssen für eine offene und humanistische, demokratische und liberale Gesellschaft eintreten und nicht für die Spaltung dieser“, so die Zweite Nationalratspräsidentin am Rande der Gespräche.

Nach dem Besuch der Park East Synagoge eröffnete sie einen Empfang mit Holocaust-Überlebenden aus Österreich und deren Familien im österreichischen Generalkonsulat. Dabei sprach Bures den Gästen ihre tiefempfundenen Demut sowie ihren höchsten Respekt aus: „Österreich hat Ihnen Ihre Wurzeln genommen, Ihnen und Ihren Familien schreckliches Leid zugefügt und Sie in die Emigration gezwungen. Es muß Sie unendlich viel Kraft gekostet haben, die Brücken wieder aufzubauen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie diese Kraft aufgebracht und nicht aufgegeben haben."

Foto: Parlamentsdirektion / Anton Brookes

Die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures traf auch mit dem Holocaust-Überlebenden Rabbi Arthur Schneier zusammen. Der gebürtige Wiener ist Gründer der „Appeal of Conscience Foundation“, die sich weltweit für Religionsfreiheit und Menschenrechte einsetzt.

Sobotka: Liechtenstein ist ein wichtiger Wirtschaftspartner

Seinen zweitägigen Besuch in Liechtenstein nutzte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 30. April, um das freundschaftliche Verhältnis Österreichs zum Fürstentum zu betonen. „Liechtenstein ist ein Nachbar und Freund, mit dem uns viel verbindet“, so Sobtoka bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit Liechtensteins Landtagspräsident Albert Frick. Man blicke 300 Jahre nach der Erhebung von Vaduz und Schellenberg zum Reichsfürstentum auf eine gemeinsame Geschichte zurück, in der sich beide Staaten nach der Zäsur 1919 schließlich als Partner im Europäischen Wirtschaftsraum, der größten Wirtschaftszone der Welt, wiedergefunden hätten.

Foto: Liechtenstein MFA

Landtagspräsident Albert Frick und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sprachen über bilaterale Beziehungen und europäische Integration in Vaduz.

Der Nationalratspräsident würdigte Liechtenstein als dynamischen Wirtschaftsstandort und wichtigen Handelspartner Österreichs. „Über 8000 Österreicherinnen und Österreicher haben hier ihren Arbeitsplatz gefunden.“ Große Übereinstimmung gebe es zudem im internationalen Bereich. So setzten sich die Nachbarländer gemeinsam für eine starke UNO zur globalen Zusammenarbeit bei Herausforderungen der Zukunft ein. Konkret nannte Sobotka hier Regeln für den Finanzmarkt, faire Handelsbedingungen, das Engagement für Rechtsstaatlichkeit im Rahmen des Internationalen Strafgerichtshofs sowie die Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption. Zur weiteren Vertiefung der Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich sprach sich Nationalratspräsident Sobotka für eine parlamentarische Freundschaftsgruppe beider Länder aus. „Parlamente spielen eine wichtige Rolle in internationalen Beziehungen.“ Speziell im Bereich Digitalisierung könne die Republik vom Fürstentum lernen, sei Liechtenstein doch ein Vorreiter bei Forschung und Innovation. ■

http://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Wechselseitige Kooperationen mit China verstärken

Bundeskanzler Sebastian Kurz beim »Belt and Road Forum« in Peking – Gespräche mit Präsident Xi und Premier Li

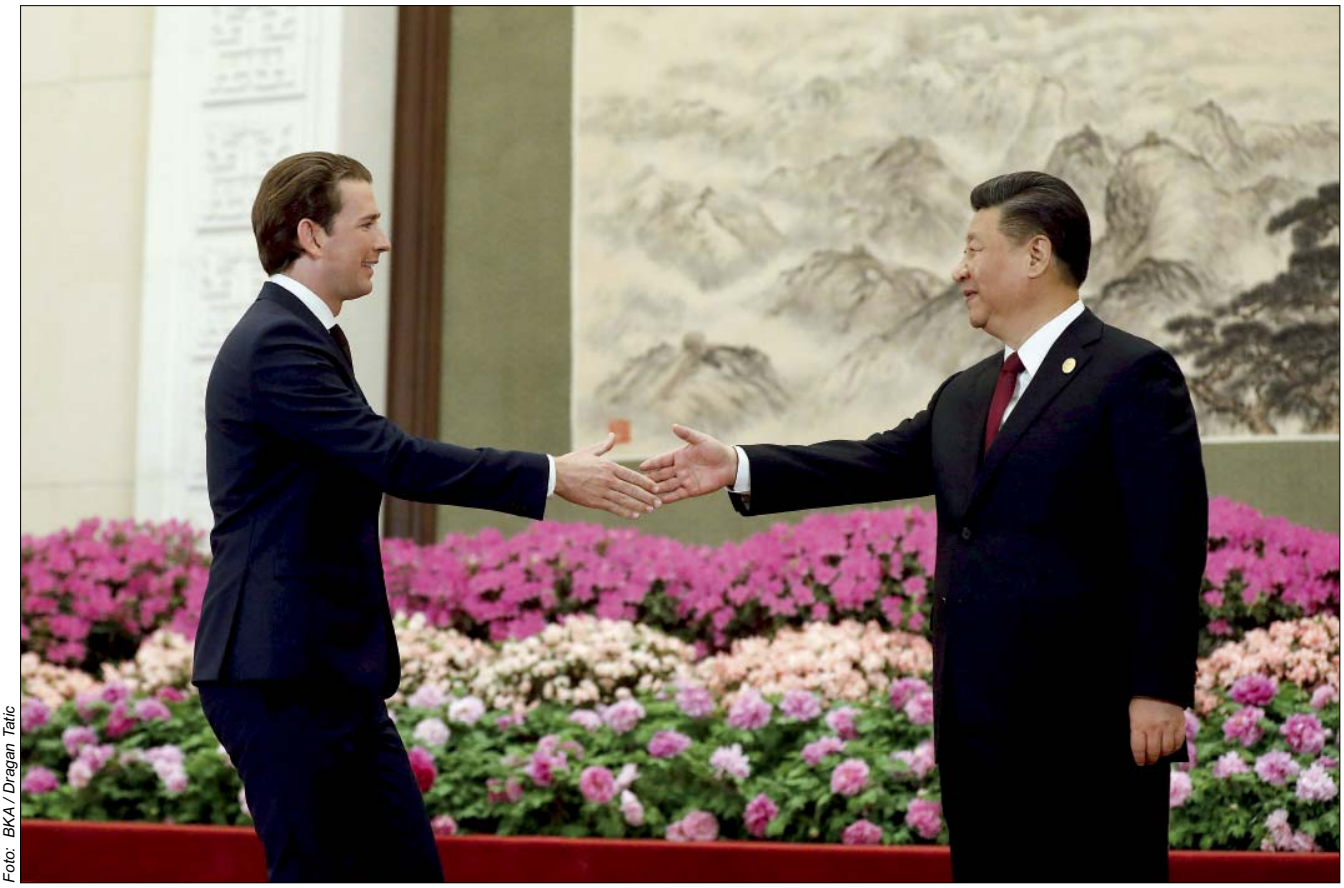


Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) traf mit dem chinesischen Präsident Xi Jinping beim Belt and Road Forum zusammen.

Zu Beginn seines China-Aufenthalts traf Bundeskanzler Sebastian Kurz am 25. April mit Alibaba-Chef Jack Ma in Hangzhou zusammen. Das Angebot des Firmengründers, 30 österreichische Unternehmen darin zu schulen, wie sie den chinesischen Markt besser erreichen können, sah der Österreichs Regierungschef „als Chance, den heimischen Export in einem rasant wachsenden Markt zu fördern". Es gelte jedoch darauf zu achten, daß der stationäre Handel nicht zu reinen Schauräumen verkomme. Kurz betonte im Zuge des Treffens neuerlich, daß nicht einzusehen sei, warum die stärkste Volkswirtschaft der Welt in der Welthandelsorganisation WTO noch immer als Entwicklungsland mit entsprechenden Privilegien geführt werde: „Österreich pocht auf einen fairen Handel auf Augenhöhe mit China." Wichtig sei es, daß Europa nicht in Ängsten verharre, sondern innovativ und mutig sei: „Sonst besteht die Gefahr, daß uns Länder wie China mit einer hohen Geschwindigkeit abhängen."

Wirtschaftliche Beziehungen verstärken

Anlaß für die zweite Reise des Bundeskanzlers nach China war das „Belt and Road Forum" in Peking , das mit einem bilateralen Handelsvolumen von 13 Milliarden Euro (2018) der „wichtigste Handelspartner Österreichs in Asien" ist. Bei dem Forum waren an die 40 Staats- und Regierungschefs sowie UN-Generalsekretär Antonio Guterres und IWF-Chefin Christine Lagarde zugegen. „Für mich stehen eine Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen mit China sowie eine vermehrte internationale Zusammenarbeit auf der Basis von Nachhaltigkeit, Transparenz und fairen Wettbewerbsbedingungen im Mittelpunkt der Reise", betonte der Bundeskanzler.

Offizielle bilaterale Gespräche in Peking standen mit Präsident Xi Jinping, Premierminister Li Keqiang und Parlamentspräsident Li Zhanshou auf dem, Progamm, „damit die freundschaftliche, strategische Partnerschaft zwischen unseren beiden Ländern weiter ausgebaut werden kann". Sebastian Kurz erinnerte auch an die Tatsache, daß voriges Jahr rund eine Million TouristInnen aus China Österreich besucht haben.

Der Bundeskanzler wurde bei dieser Reise von einer aus 26 Firmen bestehenden Wirtschaftsdelegation begleitet. Zu Beginn nahm er gemeinsam mit Niederösterreichs

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Dragan Tatic

Gruppenfoto vom Belt and Road Forum in Peking

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner Termine in Shanghai und Hangzhou wahr. So fand unter anderem ein Business Forum mit Vertreterinnen beider Länder statt.

Vor Abschluß seiner China-Reise traf der Bundeskanzler mit Präsident Xi Jinping zusammen. „Der chinesische Präsident betrachtet Österreich als relevanten Player in der EU und hat für die Ängste einiger Länder aufgrund der starken Entwicklung Chinas Verständnis. Er ist auch sehr interessiert an guten Beziehungen Chinas mit den USA“, erläuterte der österreichische Regierungschef im Anschluß an das Gespräch. Besonders wichtig sei es dem Präsidenten, die Menschen in seinem Land aus der Armut zu führen. Ebenso habe man sich über die „Neue Seidenstraße“ ausgetauscht. Insgesamt zeigte sich der Bundeskanzler „sehr zufrieden mit der Art und Weise, wie Österreich in China geschätzt wird“.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz im Bild (v.r.) mit Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, mit dem Parteisekretär von Shanghai, Li Qiang, und Landesrat Martin Eichtinger

Handel und Tourismus verstärken

Bereits am Tag davor kam es zu einem Treffen zwischen Sebastian Kurz und Chinas Premierminister Li Keqiang. „Unsere grossen Ziele sind es, die Nächtigungszahlen der Urlauberinnen und Urlauber aus China bis 2025 zu verdoppeln und den bilateralen Handel von 13 auf 20 Milliarden Euro zu steigern. Dafür ist es unter anderem nötig, gemeinsame Exportkredite zu vergeben“, betonte der Kanzler nach der Unterredung, bei der auch die Bürgerrechte thematisiert wurden. Chinesischen TouristInnen solle das Einkaufen in Österreich erleichtert werden, zudem werde es ab Juni mit Guangzhou eine vierte Direktflugdestination geben. Außerdem sei mit Li eine verstärkte Zusammenarbeit in Blickrichtung Olympische Winterspiele „Peking 2022“ vereinbart worden.

Wirtschafts- und Kulturkooperationen vereinbart

Darüber hinaus erfolgte die Unterzeichnung von sechs Vereinbarungen, unter anderem über die Intensivierung der Zusammenarbeit des Tiergartens Schönbrunn mit der „China Wildlife Conservation Association“ zum Schutz des Großen Pandas. Im wirtschaftlichen Bereich richtete sich der Fokus auf die Zusammenarbeit in Drittstaaten sowie auf die Rückgabe eingefrorener Geldmittel. Zudem erfolge eine Verlängerung der Forschungszusammenarbeit im Bereich der Nanotechnologie von 2020 bis 2025.

Das Kunsthistorische Museum Wien und das Palastmuseum Peking einigten sich auf Großausstellungen im Jahr 2021. Kooperationen werde es auch zwischen der Bundesfinanzierungsagentur und der chinesischen Großbank ICBC in Zusammenhang mit deren Standorteröffnung in Wien geben. Der vorletzte Tag des Aufenthalts bot auch die Möglichkeit zu einem Treffen mit dem Präsidenten der Bank of China, Liu Liange, so-

Foto: BKA / Dragan Tatic

Der Bundeskanzler beim Empfang durch den chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang …

Foto: BKA / Dragan Tatic

… und mit dem Gründer und Executive Chairman der Alibaba Group Jack Ma und Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner

wie zu einem Besuch in der „Verbotenen Stadt“ und im „Künstlerviertel 798“.

Projekt Seidenstraße genau beobachten

Im Mittelpunkt der China-Reise des Bundeskanzlers stand das auf zwei Tage anberaumte „Belt and Road Forum“ in Peking. „Es ist begrüßenswert, daß der chinesische Präsident die Marktöffnung seines Landes angekündigt hat“, sagte Kurz. Ein konkreter Maßstab sei die für kommendes Jahr geplante Unterzeichnung eines Investitionsschutzabkommens zwischen der EU und China. „Für ein exportorientiertes Land wie Österreich ist die Zielsetzung des Projekts ‚Neue Seidenstraße‘, das die Verkehrsinfrastruktur auf den Handelsrouten verbessern soll, positiv. In Summe ist das Projekt dann zu unterstützen, wenn es zum Vorteil aller ausfällt und auf Augenhöhe agiert wird“, so der Bundeskanzler. Er wies darauf hin, wie wichtig es in dem Zusammenhang sei, daß Österreich auf seine Wettbewerbsfähigkeit achte. Dies gelte auch für Europa insgesamt. Sebastian Kurz nutzte eine Rede im Rahmen des „Leaders Roundtable“, um seine wichtigsten Anliegen darzulegen. An dem Forum nahmen 37 Staats- und Regierungschefs sowie UN-Generalsekretär Antonio Guterres und IWF-Chefin Christine Lagarde teil. „Es ist wichtig, das Projekt Seidenstraße genau zu beobachten und wachsam zu sein, denn es wird darüber noch viele Diskussionen im Speziellen sowie über die internationale Zusammenarbeit im Allgemeinen brauchen“, betonte der Regierungschef. Österreich habe von Anfang an alle Texte zur gemeinsamen Schlusserklärung mit der EU geteilt und besprochen. Das „Belt and Road Forum“ in Peking bot auch die Möglichkeit zu bilateralen Treffen. So konnte sich Kurz unter anderem mit der Regierungschefin von Myanmar, Aung San Suu Kyi, über vertiefende wirtschaftliche Kooperationen austauschen.

Fairer Handel auf Augenhöhe mit China

Wie eingangs bereits erwähnt, traf der Kanzler mit Alibaba-Chef Jack Ma in Hangzhou zusammen. Das Angebot des Firmengründers, 30 österreichische Unternehmen darin zu schulen, wie sie den chinesischen Markt besser erreichen können, sah der österreichische Regierungschef „als Chance, den heimischen Export in einem rasant wachsenden Markt zu fördern“. Es gelte jedoch darauf zu achten, daß der stationäre Handel nicht zu reinen Schauräumen verkomme. Kurz betonte im Zuge des Treffens neuerlich, daß nicht einzusehen sei, warum die stärkste Volkswirtschaft der Welt in der Welthandelsorganisation WTO noch immer als Entwicklungsland mit entsprechenden Privilegien geführt werde: „Österreich pocht auf einen fairen Handel auf Augenhöhe mit China.“ Wichtig sei es, daß Europa nicht in Ängsten verharre, sondern innovativ und mutig sei: „Sonst besteht die Gefahr, daß uns Länder wie China mit einer hohen Geschwindigkeit abhängen."

Investitionskontrollgesetz in Planung

Am Rande der Termine in Peking skizzierte der Bundeskanzler ein Vorhaben der Bundesregierung, das sich „nicht nur an China“ richte, „sondern wesentlich für den Standort Österreich“ sei. „Das in Vorbereitung befindliche Investitionskontrollgesetz soll sicherstellen, daß die Republik bei Verkäufen von über zehn Prozent von Anteilen an Firmen aus Drittstaaten einen kurzen Check machen kann, ob das für Österreich sicherheitsrelevant ist. Unsere Vorschläge sind im guten Austausch mit Deutschland entstanden“, erläuterte Sebastian Kurz. Investitionen sollen nicht verhindert werden, aber man sei gleichzeitig vorsichtig, was die Sicherheit, Ordnung und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs betreffe. In 99 Prozent der Fälle werde es nur ein Durchwinken geben. „So ein Gesetz erscheint uns in Zeiten wie diesen wesentlich“, betonte der Regierungschef. ■

https://www.bundeskanzleramt.gv.at/

Kurz empfängt Söder

Bundeskanzler empfängt Bayerns Ministerpräsidenten – Lob für Steuerreform – Bilaterale Beziehungen im Fokus des Arbeitsgesprächs im Bundeskanzleramt

Österreich pflegt mit Bayern und Deutschland als unseren wichtigsten Nachbarn in vielen Bereichen eine gute Zusammenarbeit. Wir haben einen beeindruckenden wirtschaftlichen Austausch, eine sehr starke menschliche Verbundenheit und arbeiten auch auf europäischer Ebene politisch sehr eng zusammen“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 3. Mai nach dem Arbeitsgespräch mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder bei der gemeinsamen Pressekonferenz im Bundeskanzleramt.

„Natürlich haben wir auch über das eine oder andere herausfordernde Thema gesprochen wie etwa über die Grenzregion oder den Transit- und Grenzverkehr.“ Auch die Zusammenarbeit in der Europäischen Union und die bevorstehenden EU-Wahlen seien Thema bei dem Gespräch gewesen. „Wir wünschen uns beide eine starke EU, die in den großen Fragen stärker wird und das Prinzip der Subsidiarität lebt. In der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, des Grenzschutzes und Freihandels braucht es eine starke und handlungsfähige Europäische Union", so der österreichische Regierungschef.

Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) empfing den Ministerpräsident von Bayern, Markus Söder

Fotos: BKA / Dragan Tatic

Großer Medienandrang im Arbeitszimmer der Bundeskanzlers am Ballhausplatz

»Steuerreform ist ein echtes Vorbild«

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hob, wie der Bundeskanzler, die „enge Partnerschaft und gute Zusammenarbeit“ hervor. „Wir sind sehr beeindruckt von den Aktivitäten, die in Österreich stattfinden. Die jüngste Steuerreform ist ein echtes Vorbild. Die Leistungen der Bürgerinnen und Bürger müssen besser anerkannt werden.“ Für Deutschland würde eine ähnliche Reform ein Volumen von 60 bis 70 Milliarden Euro Entlastung bedeuten. Die Bundesregierung setze mit der Steuerreform und anderen Projekten einen Maßstab in Europa. „Österreich geht es gut, das ist ein Gradmesser für gute Politik.“

Der Ministerpräsident ging auch auf die Lage in Europa ein: „Für Europa ist es wichtig, daß wir im Gleichklang sind.“ Die EU müsse vor allem dem Druck von außen entgegentreten. Es brauche „eine innere Stärkung Europas, wir müssen Europa leben“. Die Europäische Union sei das größte Friedensprojekt und die Antwort der Europäerinnen und Europäer auf die globale Entwicklung.

Zu den Herausforderungen betonte Söder: „Wir wollen bei der Grenzsicherung, den Grenzübergängen und dem Verkehr gemeinsam eine gute Lösung erreichen.“ Es sei wichtig, die Anwohnerinnen und Anwohner in den Grenzgebieten zu entlasten.

Österreich ist wichtigster Exportpartner für Bayern

Für den Freistaat Bayern ist Österreich der wichtigste Exportpartner. Im Vorjahr lagen die österreichischen Exporte bei 16,3 Milliarden Euro.

Das Handelsvolumen betrug 31,3 Milliarden Euro. Zudem leben rund 140.000 AuslandsösterreicherInnen in Bayern. ■

Österreich, Europa und die Welt

Aus dem Außenministerium

Eine Auswahl an Terminen von Außenministerin Karin Kneissl

Oman

Im Rahmen ihres Arbeitsgesprächs am betonte Außenministerin Karin Kneissl am 12.April die exzellenten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und dem Sultanat Oman. Diese sollen durch die geplante Wiedereröffnung der Österreichischen Vertretungsbehörde Ende 2019 in Maskat weiter intensiviert werden. In den Zuständigkeitsbereich der Botschaft wird neben dem Sultanat Oman auch die Republik Jemen fallen.

„Ich freue mich über die Wiedereröffnung der Botschaft, die Vorbereitungen hierfür sind bereits weit fortgeschritten“, so Karin Kneissl.

Während des Arbeitsgesprächs würdigte die Außenministerin auch die Rolle Omans als wichtigen Vermittler in der Region. Besprochen wurde ebenso der Nahost-Friedensprozeß. Im Ergebnis der israelischen Wahlen, welche Ministerpräsident Benjamin Netanyahu für sich entschied, sieht der omanische Außenminister Yusuf bin Alawi bin Abdullah eine Chance für einen Friedensschluß mit den Palästinensern. Kneissl betonte: „Die ökonomische Lebensfähigkeit Palästinas ist eine unerlässliche Bedingung für eine langfristige Lösung in der Region.“

Weitere Themen waren auch die aktuellen Entwicklungen zwischen dem Golfkooperationsrat und Katar sowie die aktuelle Lage im Iran, Jemen und Saudi-Arabien. Auch die von der Außenministerin initiierten Entminungspläne in Syrien waren Thema des Gesprächs. Auch im Jemen wolle man sich für Entminungsaktivitäten einsetzen, sobald die Sicherheitslage dies erlaube.

Außenministerin Karin Kneissl empfing den omanischen Außenminister Yusuf bin Alawi bin Abdullah Wiener Minoritenplatz, dem Sitz des BMEIA

Fotos: BMEIA / Mahmoud

Erörterte Themen waren auch die aktuellen Entwicklungen zwischen dem Golfkooperationsrat und Katar sowie die aktuelle Lage im Iran, Jemen und Saudi-Arabien.

Europa-Gemeinderäte in Brüssel

Die Initiative des Außenministeriums „Europa fängt in der Gemeinde an“ schafft mit mittlerweile über 1.000 EU-GemeinderätInnen österreichweit starke Multiplikatoren für EU-Themen auf kommunaler Ebene. Ein wichtiges Element dabei ist die zweimal jährlich stattfindende Reise nach Brüssel, die es 25 TeilnehmerInnen ermöglicht, sich in Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern und Experten über richtungsweisende Themen zu informieren.

Während der Reise zu den Institutionen nach Brüssel vom 10. bis 12. April konnten die mitreisenden EU- GemeinderätInnen tiefe Einblicke in die Arbeitsweise der EU und aktuell wichtige Agenden gewinnen. Neben dem Besuch bei der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU, wo sie unter anderem über kommunales Lobbying in der EU sprachen, stand die Reise vor allem im Zeichen der bevorstehenden EU-Parlamentswahlen. Experten im Europäischen Parlament zur Beobachtung der öffentlichen Meinung informierten unter anderem über die Kommunikationsstrategie für die EU-Parlamentswahlen am 26. Mai. Der Austausch mit einigen österreichischen Europaabgeordneten ermöglichte es den EU- GemeinderätInnen zudem, die Anliegen ihrer Gemeindebürger direkt zu kommunizieren.

Den Abschluß der drei Tage in Brüssel bildete ein Ideenaustausch über den EU-Aussengrenzschutz und die Reform der EU-Agrarpolitik in der EU-Kommission.

Die politische Arbeit auf kommunaler Ebene stellt eine EU-Priorität dar, die mit der Initiative "Europa fängt in der Gemeinde an" stetig gefördert wird.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA/ Berger

Die neue Gesprächsreihe ermöglicht einen fundierten Austausch zu drängenden außen-, wirtschafts- und europapolitischen Fragestellungen.

Foto: BMEIA/ Berger

Außenministerin Karin Kneissl am Podium mit Thomas Wieser

Espresso Gespräche

23. April fand die erste Ausgabe der „Espresso Gespräche“ im Außenministerium statt. Die neue Gesprächsreihe ermöglicht einen fundierten Austausch zu drängenden außen-, wirtschafts- und europapolitischen Fragestellungen und lädt interessierte Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Kultur und Politik zu einem Gedankenaustausch ins Außenministerium ein.

Gastvortragender beim ersten „Espresso Gespräch“ war Thomas Wieser, welcher bis 2018 Präsident der Euro-Arbeitsgruppe in Brüssel war. In seinem Vortrag sprach er über mögliche Konsequenzen eines britischen Austritts aus der Europäischen Union: „Ein Austritt aus der Europäischen Union hat definitiv mehr negative ökonomische Auswirkungen, als ein Eintritt positive mit sich bringt. Darüber hinaus hätte der Brexit große Auswirkungen auf die EU-Politik: neben massiven Veränderungen bei Verhandlungen im Bereich der Budgetpolitik, müsste man auch mit einem neuen Verhältnis in der Wettbewerbs-, Agrar- und Handelspolitik rechnen.“

Dem Gastvortrag von Wieser folgte eine ausgedehnte Diskussionsrunde mit Außenministerin Karin Kneissl, Thomas Wieser und dem anwesenden Publikum. Dabei betonte die Außeninisterin: „Der Brexit ist bestimmt nicht das letzte Kapitel europäischer Geschichte. Wir müssen lernen, mit diesem Bruch umzugehen und darüber hinauszublicken.“

Foto: BMEIA/ Berger

Frankreichs Botschafter in Österreich, François Saint-Paul, bei seinem Diskussionsbeitrag

Österreich, Europa und die Welt

Albanien

Außenministerin Karin Kneissl traf am 26. April den seit Jänner 2019 amtierenden Außen- und EU-Minister Albaniens zum bilateralen Austausch am Wiener Minoritenplatz. Die beiden hoben im Gespräch die exzellenten bilateralen Beziehungen der beiden Länder hervor, die sich nicht zuletzt im Erfolg des gemeinsamen Kulturjahres 2018 widerspiegelten. Karin Kneissl verdeutlichte erneut das große Interesse Österreichs an einer verstärkten regionalen Kooperation auf allen Ebenen: „Im Hinblick auf Südosteuropa ist es wichtig, das große Gesamtbild zu verstehen – vor allem im geopolitischen Kontext. Die Länder sind ein fester Bestandteil Europas."

Im Zentrum des Austausches stand vor allem die Annäherung Albaniens an die Europäische Union. Cakaj Gent würdigte die Unterstützung Österreichs im Hinblick auf die gewünschte Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen im Juni 2019. Von zentraler Bedeutung seien dabei der Reformprozeß des südosteuropäischen Landes sowie die innenpolitische Stabilisierung, betonte Karin Kneissl. Auch der albanische amtierende Außenminister bestärkte: „Der Fokus Albaniens liegt derzeit klar auf der Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen im Juni dieses Jahres." Thematisiert wurden zudem der OSZE-Vorsitz Albaniens, der für 2020 geplant ist, sowie die Bedeutung des Belgrad-Pristina Dialogs für den Fortschritt der gesamten Region. ■

http://www.bmeia.gv.at

Foto: BMEIA / Berger

Außenministerin Karin Kneissl empfing den amtierendern Außen- und EU-Minister Albaniens, Gent Cakaj, zu einem Arbeitsbesuch in Wien

Das digitale Amt

Im März 2019 wurde die neue Online-Plattform oesterreich.gv.at mit der zugehörigen App „Digitales Amt" in Betrieb genommen. Auch im Ausland lebende Österreicherinnen und Österreicher können somit zeit- und ortsunabhängig auf Desktops oder mobilen Geräten Informationen abrufen und bestimmte Amtswege digital erledigen.

Voraussetzung für die Nutzung der digitalen Dienste ist die Handy-Signatur als rechtsgültige elektronische Unterschrift im Internet. Mit dem Ausbau der elektronischen Identität wird es voraussichtlich ab dem Jahr 2020 an allen österreichischen Paßantragsstellen weltweit möglich sein, einen elektronischen Identitätsnachweis (E-ID) registrieren zu lassen und damit von den laufend erweiterten digitalen Services bestmöglich zu profitieren.

Mit der Plattform „oesterreich.gv.at" wurde ein zentraler Zugang zu sämtlichen digitalen Amtsservices geschaffen. Der bisher unter help.gv.at bekannte Amtshelfer wurde in ***https://www.oesterreich.gv.at/*** integriert.

Noch mehr Komfort bietet Ihnen die aus den App-Stores kostenlos herunterladbare Verwaltungs-App mit dem Namen „Digitales Amt". Über diese App ist das gesamte digitale Informationsangebot des Bundes uneingeschränkt zugänglich und es finden sich auch sämtliche digitalen Amtsservices, die mit der Handy-Signatur über Face- oder TouchID nutzbar sind. Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres ist bemüht darauf hinzuwirken, daß die von den zuständigen Stellen zur Verfügung gestellten Dienste auch vom Ausland aus genutzt werden können.

Bereits jetzt sind digitale Services betreffend Wohnsitzänderungen, Wahlkartenanträge, ein Erinnerungsservice zum Ablauf von Reisepässen und Personalausweisen sowie der Digitale Babypoint – in der Anfangsphase zum Teil noch eingeschränkt – verfügbar.

Nähere Informationen dazu erhalten Sie auf der Plattform oesterreich.gv.at sowie in der App „Digitales Amt". Dort steht Ihnen mit „MONA" auch ein Chatbot als Verwaltungsassistent zur Verfügung, der Ihnen zu bestimmten Themen mit Rat und Tat zur Seite steht und der kontinuierlich ausgebaut wird.

Im Fall von Problemen mit der Nutzung der Plattform oesterreich.gv.at sowie der App „Digitales Amt" kann die vom BMDW eingerichtete Service-Hotline unter Telefon Nr. +43 1 71123-884466 kontaktiert werden.

Ein Beitrag des Büros für Digitale Anwendungen in der konsularischen Bürgerinnenbetreuung im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

Bundesministerium
Europa, Integration
und Äußeres

Niemals Nummer. Immer Mensch.

Mehr als 9.000 Menschen gedenken der Befreiung des KZ Mauthausen.

Foto: MKOE / Jacqueline Godany

Der gemeinsame Auszug aus dem ehemaligen KZ gilt als symbolischer Akt der Solidarität und als Erinnerung an die Befreiung am 5. Mai 1945

Gemeinsam mit den Überlebenden des ehemaligen Konzentrationslagers haben am 5. Mai mehr als 9.000 Menschen trotz winterlicher Temperaturen an der internationalen Befreiungsfeier der KZ-Gedenkstätte Mauthausen teilgenommen. Der gemeinsame Auszug aller TeilnehmerInnen aus dem ehemaligen Konzentrationslager gilt als symbolischer Akt der Solidarität und als Erinnerung an die Befreiung am 5. Mai 1945. Österreichweit gibt es mehr als 100 Gedenkfeiern mit dem Schwerpunktthema „Niemals Nummer. Immer Mensch.“.

Die TeilnehmerInnen aus dem In- und Ausland erinnerten gemeinsam mit den Überlebenden an die Gräueltaten des NS-Terrors und gedachten zum 74. Mal der Befreiung der Häftlinge.

Das Gedenken in Mauthausen ist weltweit das größte mit Kranzniederlegungen und Delegationen aus mehr als 100 Ländern, die in ihren Landessprachen begrüßt werden. Das diesjährige Gedenken widmet sich dem Schwerpunktthema „Niemals Nummer. Immer Mensch.“ und setzt ein Zeichen gegen die grausame Ideologie des Entzugs der Menschenwürde und der Individualität. Zu den Gedenkfeiern lädt seit Jahrzehnten das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) in enger Zusammenarbeit mit der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen (ÖLM) und dem Comité International de Mauthausen (CIM).

Foto: MKOE / Jacqueline Godany

Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitee Österreichs

Diesjähriges Schwerpunktthema »Niemals Nummer. Immer Mensch.«

Im Zuge der namentlichen Erfassung der Häftlinge im Konzentrationslager Mauthausen wurden den Häftlingen ihre Eigennamen geraubt. Nach einer grausamen Prozedur, begleitet von Einschüchterungen, Drohungen, Schikanen und Stockschlägen durch SS-Angehörige und Funktionshäftlinge, waren die Häftlinge, die diese und weitere Gewaltexzesse überlebten, nur mehr eine „Nummer“, unter der sie sich auszuweisen hatten. Das diesjährige Schwerpunktthema „Niemals Nummer. Immer Mensch.“ erinnert daran, wie Menschen zur Zeit des Nationalsozialismus kategorisiert und nummeriert wurden und gibt den Menschen ihren Namen zurück, indem es Einzelschicksale der verfolgten und ermordeten Menschen in den Vordergrund stellt.

Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitee Österreich, ruft angesichts der Aktualität des diesjährigen Schwerpunktthemas zu Solidarität und Menschlichkeit auf:

„Wir sehen das Wiedererstarken von Gruppierungen, die Identität zum Thema machen, die Entindividualisierung und Entsolidarisierung vorantreiben und die die Gesellschaft bewusst spalten wollen. Es liegt an uns, sich der Menschenverachtung entgegenzustellen und die Menschenwürde von uns allen zu verteidigen."

Das Mauthausen Komitee Österreich erinnert an die Opfer des NS-Terrors und deren Namen, indem die Einzelschicksale zahlreicher Häftlinge des KZ Mauthausen und aus den Außenlagern in ganz Österreich aufgearbeitet und über die sozialen Medien sowie auf der MKÖ-Website an deren Schicksal und vor allem an deren Menschsein erinnert wird.

Seit 2006 widmen sich die Gedenk- und Befreiungsfeiern jedes Jahr einem speziellen Thema, das zur Geschichte des KZ-Mauthausen bzw. zur NS-Vergangenheit Österreichs in Beziehung steht. Der Gegenwartsbezug bildet bei jedem Jahresthema einen essentiellen Bestandteil und soll vor allem für junge Menschen einen Bezug zu ihrer Erfahrungswelt heute herstellen.

Foto: MKOE / Jacqueline Godany

Die gemeinsame Befreiungsfeier auf dem ehemaligen Appellplatz begann mit der Verlesung des Mauthausen-Schwurs, den die Häftlinge wenige Tage nach der Befreiung verfaßten.

Foto: BKA / Arno Melicharek

Bundeskanzler Sebastian Kurz (m.) mit Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer (l.), Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (2.v.l.) und Staatssekretärin Karoline Edstadler

Delegationen aus mehr als 100 Ländern

An der Gedenk- und Befreiungsfeier nehmen rund zehntausend Menschen aus Europa und der ganzen Welt teil, darunter die letzten Überlebenden des Konzentrationslagers Mauthausen und seiner Außenlager sowie zahlreiche Jugendliche aus Österreich und der ganzen Welt. Weit über 90 Prozent der Opfer waren weder Deutsche noch Österreicher, weshalb das Gedenken an die Opfer des Konzentrationslagers Mauthausen und seiner Außenlager einen besonderen internationalen Stellenwert hat.

Die diesjährige Gedenkfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen begann mit Gedenkfeiern bei den nationalen Denkmälern. Am Morgen gab es auch eine Protestaktion der Präsidenten Internationaler Lagerkomitees, die auf die Sperrung der „Todesstiege" und des Steinbruchs durch den jüngsten Umbau aufmerksam machten. Auf der „Todesstiege" im Steinbruch wurden tausende der Häftlinge in den grausamen Tod getrieben, sie gilt international als eine der wichtigsten Erinnerungsstätten, die durch den Umbau eine Trivialisierung erfuhr.

Unter der musikalischen Begleitung von „Musica Viva", dem Chor der Pfarre Mauthausen, traten die TeilnehmerInnen zum ökumenischen Wortgottesdienst unter der Leitung von Alfred Hochedlinger zusammen. Der Gottesdienst wurde von Diözesanbischof Manfred Schauer, von Bischof Michael Bünker und von Metropolit Arsenios Kardamakis gehalten. Auf das gemeinsame Andenken der Religionen folgte die Internationale Jugendgedenkfeier und die geordnete Aufstellung der Jugendorganisationen sowie der großen italienischen Delegation am ehemaligen Appellplatz.

Die gemeinsame Befreiungsfeier auf dem ehemaligen Appellplatz begann mit der Verlesung des Mauthausen-Schwurs, den die ehemaligen Häftlinge wenige Tage nach der Befreiung verfaßten. Der Schwur wird traditionell in mehreren Sprachen verlesen – ein symbolischer Akt an einem Ort, an dem Deutsch die einzig erlaubte Sprache war und die Benützung der eigenen Sprachen verboten und verfolgt wurde.

Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitee Österreichs, richtete seine Begrüßungsworte an die tausenden TeilnehmerInnen, insbesondere an die KZ-Überlebenden und an die zahlreichen anwesenden Jugendlichen. Im Rahmen der gemeinsamen Befreiungsfeier erfolgten die Kranzniederlegungen, unter anderem durch mehr als 100 Delegationen. Währenddessen sprachen VertreterInnen der nationalen Opferorganisationen der Länder Weißrussland, Luxemburg, Slowenien und Österreich in den jeweiligen Landessprachen.

Durch das Programm führten mehrsprachig die beiden Schauspielerinnen Konstanze Breitebner und Mercedes Echerer, die musikalische Gestaltung gab es vom Ensemble „Widerstand" und der Militärmusik Oberösterreich.

Österreich, Europa und die Welt

Den Höhepunkt der Gedenk- und Befreiungsfeier bildet der gemeinsame Auszug aller TeilnehmerInnen am Ende der Feierlichkeit. Ähnlich der ersten Befreiungsfeiern der KZ-Überlebenden aus dem ehemaligen „Schutzhaftlager“ wird mit dem Auszug die Befreiung der KZ-Inhaftierten im Jahr 1945 symbolisiert. Auch dieses Jahr wurde die Spitze des Auszugs aus Mauthausen von den KZ-Überlebenden, u. a. Shaul Spielmann, Ed Mosberg, Anna Hackl, Ewgenij Hrol, György Frisch, Stanislaw Zalewski, Jan Wojciech, Lucjan Miller, Ryszard Sempka gemeinsam mit US-Soldaten der amerikanischen Botschaft und SchülerInnen der NMS Mauthausen gebildet. Die TeilnehmerInnen setzten damit ein beeindruckendes Zeichen für ein „Niemals wieder.“

Foto: BKA / Arno Melicharek

Bundeskanzler Sebastian Kurz mit einem der Überlebenden des Konzentrationslagers

Statements österreichischer Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

„Anläßlich der Gedenkfeier zur Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen erinnern wir an die Schicksale der Menschen, die dem NS-Terror zum Opfer gefallen sind. Mit Fassungslosigkeit und Trauer blicken wir auf dieses Symbol der Menschenverachtung, Gewalt und Intoleranz und gedenken dem unfaßbaren Leid der Menschen. ‚Niemals Nummer. Immer Mensch.‘ ist ein Aufruf an uns alle, sich für Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und für eine freie, demokratische Gesellschaft einzusetzen.“

Foto: MKOE / Jacqueline Godany

US-Botschafter in Österreich, Trevor Traina, bei der Kranzniederlegung durch US-Militärs

Präsident des Nationalrats Wolfgang Sobotka

„Wir tragen die Verantwortung, daß Abgrenzung und Ausgrenzung nicht noch einmal die Oberhand in unserer Gesellschaft gewinnen. Bildung und Erziehung haben sich als wirksames Gegenmittel zu Rassismus und Antisemitismus erwiesen. Antisemitismus geht uns alle an.“

Bundeskanzler Sebastian Kurz

„Am 5. Mai 1945 wurde das Konzentrationslager Mauthausen befreit. Auch heute, 74 Jahre später, erinnern wir uns an die damals verübten Verbrechen und gedenken insbesondere den rund 66.000 Jüdinnen und Juden aus Österreich, die in der Shoah ermordet wurden. Österreich hat eine besondere historische Verantwortung, jüdisches Leben in unserem Land aktiv zu unterstützen und gegen jede Form des Antisemitismus anzukämpfen. Denn nur, wenn Juden uneingeschränkt in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können, kann aus einem ‚Niemals vergessen‘ ein ‚Nie mehr wieder‘ werden."

Foto: MKOE / Jacqueline Godany

Berührender Augenblick: Zwei Überlebende des Konzentrationslagers begrüßen einander…

Österreich, Europa und die Welt

Foto: MKOE / Jacqueline Godany

Zahlreiche Jugendliche aus Österreich und der ganzen Welt nahmen an der Befreiungs- und Gedenkfeier in der KZ-Gedenkstätte teil.

Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Heinz Faßmann

„Wir brauchen Zusammenhalt, Toleranz und gegenseitigen Respekt, um den gesellschaftlichen Frieden in Europa zu wahren. Die Gedenk- und Befreiungsfeier in Mauthause erinnert uns jährlich neu an unsere Verantwortung. Es braucht eine starke und lebendige Erinnerungskultur, um wachsam zu bleiben und um sicherzustellen, daß sich die Schrecken des Nationalsozialismus nie wiederholen. An unseren Schulen ist eine aktive Erinnerungspolitik deshalb integrativer Bestandteil schulischer Bildung."

Oö. Landeshauptmann Thomas Stelzer

„Bei dieser Erinnerung erneuern wir unsere Verpflichtung, als Gesellschaft, als Land, als Menschen, daß wir es nicht hinnehmen und nicht zulassen, daß Menschen Haß, Verachtung und Gewalt ausgesetzt sind", so der Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer. Er verstehe es als seine Aufgabe, alles dafür zu tun, „daß Oberösterreich ein Land der Weltoffenheit und der Toleranz bleibt und dies fördert sowie den Extremismus unterbindet. Die Oberösterreichische Landesregierung hat dies in den vergangenen Wochen auch deutlich gemacht, indem sie jede Art von Extremismus strikt abgelehnt hat und ebenso bekämpfen will: Hauptschwerpunkt bleibt die aktive Aufklärungs- und Präventionsarbeit." Abschließend erinnerte Stelzer nochmals: „Es ist unsere Aufgabe, für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde bedingungslos einzustehen."

Wiens Stadtrat für Bildung und Integration Jürgen Czernohorszky

„Hinter den Millionen Ermordeten stekken Menschen, die die gleichen Hoffnungen und Wünsche wie wir hatten. Menschen, die ihre Kinder sorglos aufwachsen, gemeinsam mit ihren Liebsten alt werden und ein friedliches Leben führen wollten."

SPÖ-Bundesparteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner

„Der Nationalsozialismus kam nicht über Nacht, sondern in vielen kleinen Schritten. Die Grenzen des politischen und menschlichen Anstandes wurden jeden Tag aufs Neue überschritten, verschoben und damit täglich neu gesetzt. An solche Grenzüberschreitungen kann und darf sich die Politik und die Gesellschaft niemals gewöhnen, denn die größte Bedrohung ist die schrittweise Gewöhnung an solche Überschreitungen. Wenn wir uns heute an diesem Ort zusammengefunden haben, dann ist dies nicht nur ein Zeichen unserer Ehrerbietung an alle Opfer des Antisemitismus und des Nationalsozialismus, sondern auch ein Zeichen: Als Gesellschaft übernehmen wir die Verantwortung dafür, daß dies nie wieder geschehen darf. Nie wieder."

Das Mauthausen Komitee Österreich

Die Überlebenden des KZ-Mauthausen übergaben im Jahr 2000 dem Mauthausen Komitee Österreich offiziell ihr Vermächtnis. Dieses Vermächtnis der KZ-Überlebenden bildet die Grundlage der Aktivitäten des MKÖ. Neben der Gedenkarbeit für die Opfer der Verbrechen des NS-Regimes, insbesondere jene, die im KZ-Mauthausen und in den Außenlagern gefangen gehalten wurden, sind Aktivitäten gegen Rechtsextremismus sowie die engagierte anti-faschistische und anti-rassistische Arbeit vor allem mit jungen Menschen weitere wichtige Schwerpunkte. In den vergangenen Jahren führte das MKÖ mit mehr als 100.000 Jugendlichen Zivilcourage-Trainings, Begleitungen durch die KZ-Gedenkstätte Mauthausen sowie an Orten ehemaliger Außenlager, die Vor- und Nachbereitung der KZ-Gedenkstättenbesuche, Anti-Rassismus-Workshops wie den Workshop „Wir sind alle" sowie die neuen thematischen Rundgänge „denk mal wien" sowie diverse anlaß- und themenbezogene Jugendprojekte durch. ■

https://www.mkoe.at/

Österreichs Parteien zur EU-Wahl – ÖVP

ÖVP-Spitzenkandidat Othmar Karas

Am 26. Mai geht Europa in eine Richtungswahl. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament entscheiden die Bürgerinnen und Bürger Europas, wer sie in den kommenden fünf Jahren im EU-Parlament vertritt. Es liegt an den Wählerinnen und Wählern darüber zu entscheiden, ob sie den pro-europäischen Kräften ihre Stimme schenken, oder jenen rechten und linken Zündlern, die Europa schaden und zerstören wollen. Gerade in Zeiten großer Herausforderungen braucht es Lösungen – die können populistische Kräfte nicht liefern. Meine Position ist klar: Ich bin der Kandidat für all jene, die an das Gemeinschaftsprojekt Europa glauben, aber auch für jene, die zu zweifeln begonnen haben, aber Europa besser machen wollen.

Europa verändern, um es zu bewahren

Ich möchte Europa verändern, um es zu bewahren. Nur wenn wir gemeinsam an der Zukunft der Europäischen Union arbeiten, stärken wir unsere Position auf der internationalen Weltbühne und schaffen Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger Europas. Daher gilt es die europäische Idee weiterzuentwickeln und das Gemeinsame zu stärken, ohne dabei nationale Interessen aus den Augen zu verlieren. Uns muß klar sein, daß jeder Einzelne zum Zusammenhalt in der Europäischen Union beiträgt.

Verantwortung der Mitgliedsstaaten

Die Mitgliedsstaaten müssen Verantwortung übernehmen und gemeinsame Regeln einhalten. Nur dann gelingt es uns auch den Wohlstand der Europäischen Union im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu bewahren. Mein Anspruch ist daher: Schluß mit der Schuldenpolitik. Alle Mitgliedsstaaten müssen sich dazu verpflichten, nachhaltig zu haushalten, denn die Schulden von heute sind die Krisen von morgen. Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen und mit Nachdruck darauf beharren, daß jedes einzelne Mitglied einen sparsamen Budgetpfad einhält – für ein Europa, das mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann. Zudem braucht es eine konsequente Umsetzung und Sanktionierung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie eine Vertiefung der Wirtschafts-und Währungsunion.

Wer den Wohlstand Europas bewahren will, muß außerdem alles daran setzen, den Binnenmarkt zu stärken. Unser Ziel muß

Foto:

Othmar Karas

sein, mit der Digitalisierung und den technologischen Entwicklungen Schritt zu halten. Neue Technologien ziehen Wertschöpfung an und bringen wirtschaftliche Vorteile.

Digitalisierung als Chance

Die Digitalisierung ist eine Chance, die uns neue Möglichkeiten eröffnet, den europäischen Binnenmarkt zu vollenden. Deshalb setze ich mich auch dafür ein beste Rahmenbedingungen für digitale innovative Wirtschaft bereitzustellen, um Europa an die Spitze der digitalen Revolution zu befördern und seine Position auf der internationalen Weltbühne zu stärken. Zudem muß unser Fairnessgrundsatz auch in der digitalen Welt gelten. Mit einer Digitalsteuer für große Internetkonzerne stärken wir den europäischen Standort und sorgen für mehr Steuergerechtigkeit. Ich möchte, daß die Googles, Facebooks und Youtubes von morgen aus Europa kommen..

Schutz der EU-Außengrenzen

Transnationale Flucht- und Migrationsströme stellen uns vor Herausforderungen, die uns alle betreffen und denen wir uns nicht verschließen dürfen. Es braucht einen effektiven Schutz der EU-Außengrenzen. Grenzschutz bedeutet nicht, Mauern zu bauen, sondern, daß wir selber entscheiden, wer hereinkommt – nicht die Schlepper. Uns muß bewußt werden, daß wir ein Europa ohne Grenzen nach innen nur mit einem funktionierenden Außengrenzschutz bewahren können. Durch strategische Zusammenarbeit beim Ausbau von Frontex und der Schließung von illegalen Fluchtrouten müssen wir die Sicherheit Europas gemeinsam bewahren. Gleichzeitig sind offene Grenzen innerhalb der Europäischen Union ein hohes Gut, das es zu schützen gilt.

Sozialpolitik muß im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedsstaaten bleiben

Personenfreizügigkeit darf jedoch nicht heißen, sich das beste Sozialsystem auszusuchen. Ganz generell muß Sozialpolitik im Sinne der Subsidiarität im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedsstaaten bleiben. Sozialer Zusammenhalt in Europa entsteht durch die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung der ärmeren Regionen Europas, durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, nicht durch Umverteilung. Ich trete klar für ein Europa ein, das die großen Fragen gemeinsam bewältigt. Aber in kleineren Fragen, die Entscheidungskompetenz weitestgehend den Mitgliedsstaaten überläßt. Erst wenn ein Problem zu groß ist oder nicht auf einer unteren Ebene gelöst werden kann, soll es in die Zuständigkeit der EU fallen. Nur so können wir ein bürgernahes Europa schaffen. Beispielsweise in Fragen der Gesundheits-, Sozial-, oder Familienpolitik sollen daher die Mitgliedsstaaten auch weiterhin individuell ihren Gestaltungsspielraum nutzen.

Klima-und Umweltschutz

Mehr Zusammenhalt bedarf es hingegen beim Klima-und Umweltschutz. Die Erderwärmung ist schon lange kein einzelstaatliches Problem mehr. Nur wenn wir Verantwortung beim Klimaschutz übernehmen, auf nachhaltige Energie setzen und die Plastikplage beenden, können wir unseren Kindern eine vielversprechende Zukunft bieten. Gleichzeitig müssen wir für unsere bäuerlichen Familienbetriebe jene Unterstützung sicherstellen, die sie benötigen, um ihre zahlreichen Aufgaben für unsere Natur, die Qualität unserer Lebensmittel und unseren ländlichen Raum zu erfüllen.

Wir müssen ein handlungsfähiges und effizientes Europa schaffen, daß geeint auftritt und uns dadurch stark und selbstbewußt auf der internationalen Bühne vertritt. Nur so können wir uns den gemeinsamen Herausforderungen unserer Zeit widmen. Wenn wir mit Weitsicht agieren und unser heutiges Handeln an einer gemeinsamen Zukunft orientieren, verändern und verbessern wir Europa. Für uns alle. ■

https://www.dieneuevolkspartei.at/

Unentgeltliche Einschaltung für die ÖVP anläßlich der Wahlen zum EU-Parlament am 26. Mai 2019

SPÖ-Spitzenkandidat Andreas Schieder

Am 26. Mai SPÖ – Mensch statt Konzern

Am 26. Mai wird in Europa gewählt – und dabei geht es um viel: Die EU-Wahlen sind eine Richtungsentscheidung für die Zukunft Österreichs in Europa. Denn am 26. Mai entscheidet sich, ob das Friedensprojekt Europa den Weg in eine soziale und gerechte Zukunft einschlägt – oder ob es an jenen Kräften zugrunde geht, die rücksichtslos an dessen Zerstörung arbeiten.

Europa vor dem Rechtsruck bewahren

Rechtsnationalisten und Rechtsextreme am ganzen Kontinent – die Salvinis, Orbans und Straches – verbünden sich und verfolgen ein gemeinsames Ziel: Sie wollen Europa zerstören. Ihre Politik ist die der Hetze und der Spaltung. Die Konservativen schauen diesen Umtrieben nur tatenlos zu oder gießen selbst Öl ins Feuer des Nationalismus. In Österreich goutiert die ÖVP die demokratieschädlichen Umtriebe der FPÖ, während in Großbritannien die Folgen dieser Politik ersichtlich werden: Chaos und die Gefährdung unseres Wohlstands. Diesem Rechtsruck müssen wir entschieden entgegentreten! Denn wir wollen eine gute Zukunft für alle Menschen – in einem geeinten Europa. Dafür müssen wir die EU grundlegend verändern.

Wir müssen für einen Kurswechsel in Europa sorgen und garantieren, daß die Interessen der Menschen im Mittelpunkt der europäischen Politik stehen.

Mensch statt Konzern

Das bedeutet für uns, Europa wieder gerecht zu machen und an den Menschen auszurichten. Nicht an den Konzernen. Jeder arbeitende Mensch in Österreich, jedes Gasthaus und jeder Tischler leistet seinen Beitrag. Die größten und mächtigsten internationalen Konzerne machen das nicht! Google, Facebook, Amazon und Co. erwirtschaften jedes Jahr Milliardenprofite, zahlen aber fast keine Steuern. Jedes Jahr entgehen uns durch Steuertricksereien und Winkelzüge in ganz Europa 1.000 Milliarden Euro. Geld, das beim Bau von Schulen, Krankenhäusern und Wohnungen fehlt. Das ist zutiefst ungerecht – und muß geändert werden! Wir müssen dafür sorgen, daß US-Großkonzerne in die Pflicht genommen werden und eine Digitalsteuer sowie Finanztransaktionssteuern eingeführt werden. Nur durch konsequente europäische Politik können wir Konzerne fair besteuern und Steuerbetrug wirksam bekämpfen.

Foto: SPÖ / Christoph Meissner

Andreas Schieder

Zusammenhalten statt spalten

Europa ist das wichtigste Friedensprojekt aller Zeiten. Deshalb muß es weiterentwickelt werden. In der Vergangenheit ist Europa zu oft falsch abgebogen, weil man sich zu stark auf Themen wie Binnenmarkt, Zölle und Wettbewerb konzentriert hat. Wichtige Bereiche wie Armutsbekämpfung, Gleichberechtigung oder sozialer Zusammenhalt sind zu kurz gekommen. Ganz besonders deutlich wird dieses Ungleichgewicht bei den dramatischen Lohnunterschieden zwischen den Mitgliedsstaaten. Große Konzerne nutzen das eiskalt aus, Arbeits- und Sozialstandards bleiben dabei auf der Strecke. Die Folgen sind Unterbezahlung und Ausbeutung. Daher braucht es soziale Mindeststandards, Bestimmungen für nationale Mindesteinkommen und strenge Regeln für Konzerne. Der Missbrauch der Marktfreiheiten zulasten der ArbeitnehmerInnen muß ein Ende haben! Wir wollen Europa wieder auf den Weg der Zukunft bringen, hin zu einem sozial gerechten Europa.

Versorgungssicherheit statt Privatisierungsdruck

Außerdem müssen wir weiterhin dafür sorgen, daß die öffentliche Versorgung lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen erhalten bleibt. Denn egal ob Trinkwasser, Wohnen, Nahverkehr, Müllentsorgung oder Gesundheit: Die öffentliche Versorgung von allen Menschen ist Grund für die hohe Lebensqualität in Österreich. Und dabei muß es auch bleiben! Wir sagen: Hände weg von unserem Wasser! Hände weg von unseren Krankenhäusern! Hände weg von der ÖBB! Und Hände weg vom Gemeindebau! Denn Wohnungen sind zum Wohnen da. Und nicht zur Spekulation. Der Fokus der EU muß auf Versorgungssicherheit gelegt werden, nicht auf Privatisierungen. Es liegt an uns, die EU am 26. Mai zum Schutzschild vor Privatisierung und Ausverkauf zu machen!

Nachhaltig statt kurzsichtig

Und wir müssen die EU zum Schutzschild vor Klimawandel und Umweltkatastrophen machen, denn die Zukunft unseres Planeten ist gefährdet: Überschwemmungen, Hitzewellen, Waldbrände, Dürren und Hagelstürme zeigen, daß die Klimakrise auch in Österreich längst angekommen ist. Damit nicht genug, vergiften Agrarkonzerne mit Pestiziden wie Glyphosat unsere Umwelt und unser Essen. Für die Milliardenprofite von Großkonzernen wie Monsanto und Co. muß nicht nur unsere Gesundheit leiden, sondern auch Bienen und andere Insekten. Der Einfluß der Pharmalobby muß auf europäischer Ebene dringend zurückgedrängt werden. Wir wollen dem Klimawandel entschieden entgegentreten und unsere heimische Landwirtschaft schützen. Dieser Kampf ist auch immer ein Kampf für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Denn die größte Last des Klimawandels darf nicht auf die Schultern der Ärmsten und Schwächsten gelegt werden.

Gemeinsam mit der SPÖ Europa besser machen

Für uns ist klar: Wir wollen einen Kurswechsel in Europa. Die EU ist mehr als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum – sie ist ein Ort, an dem sich die Menschen mit all ihren sozialen Bedürfnissen entfalten können. Wir müssen dafür sorgen, daß Europa gleichbedeutend ist mit der fairen Chance auf Aufstieg und ein gutes Leben – und zwar für jede und jeden, nicht für ein paar Wenige. Wir kämpfen für ein Europa, in dem kein Platz für rechtspopulistische Hetze ist, für ein gerechtes Europa, in dem alle ihren Beitrag leisten und das allen etwas bringt. Für ein Europa der Menschen, nicht der Konzerne, in dem Zusammenhalt vor Profitgier steht. Wir kämpfen gegen den Rechtsruck für ein geeintes, starkes und soziales Europa!

https://europa.spoe.at/

Unentgeltliche Einschaltung für die SPÖ anläßlich der Wahlen zum EU-Parlament am 26. Mai 2019

Österreichs Parteien zur EU-Wahl – NEOS

NEOS-Spitzenkandidatin Claudia Gamon

Jede Generation seit dem zweiten Weltkrieg ist eine Generation Europa. Jede Generation hatte ihren großen europäischen Moment. Für unsere Großeltern war es der Frieden und der Wohl-stand, den Europa gebracht hat. Für unsere Eltern die erste Auslandsreise mit offenen Grenzen und für uns die Einführung des Euro.

Die Umstellung auf den Euro ist aber schon wieder eine Zeit her. Seitdem gab es nur einen großen Moment in Europa und der heißt Brexit. Der einzige große europäische Moment der letzten Jahre ist also ein wirklich negativer. Die Welt heute ist eine andere als bei der Einführung des Euro.

Bedrohungslage und Souveränität

Auch die Bedrohungslage heute ist eine ganz eine andere. Wir haben auf der einen Seite die USA mit Donald Trump im Weißen Haus, der Tweet für Tweet die Weltordnung und den Multilateralismus zerstört. Auf der anderen Seite haben wir Rußland unter einem Diktator Wladimir Putin, der Europa gezielt schwächt. Außerdem giert die autoritäre kommunistische Führung in China nach mehr Macht.

Wenn wir Aufgaben auf die europäische Ebene verlagern, verlieren wir keine Souveränität, wir gewinnen Souveränität und zwar gegenüber diesen globalen Mächten. Wenn wir nicht wollen, daß wir unsere europäische Art zu leben verlieren, dann braucht es einen mutigen, selbstbewußten und radikalen Schritt in die Zukunft. Die Welt dreht sich in einer Geschwindigkeit weiter, wie wir sie früher nicht gekannt haben und das muß die Politik ändern anerkennen. Die Europäerinnen und Europäer wollen nicht mehr in kleinen Schritten weiter wurschteln, sondern, daß Europa einen großen Schritt nach vorne macht. Genau das ist es, was wir im Angebot haben: die Vereinigten Staaten von Europa. Das ist europäische Politik auf der Überholspur.

Frustration über kleinsten gemeinsamen Nenner

Die Europäerinnen und Europäer sind zurecht frustriert von der herrschenden Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Konservative und Sozialdemokraten haben sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten im Klein-Klein verloren. Viele sitzen schon seit Jahren in den europäischen Institutionen und sagen uns nach jeder Minimallösung

Foto: NEOS

Claudia Gamon

„Mehr war nicht möglich“. Viele von ihnen haben auch einmal von großen Lösungen geträumt, einige sogar von Vereinigten Staaten von Europa. Die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners hat ihnen ihre Vision und ihre Ambition geraubt. Sie haben dadurch eine große Lücke in der Politik in Europa geschaffen. In diese Lücke drängen Nationalisten und Populisten, die unser Europa zerstören wollen. Orban, Salvini, Le Pen und Kickl sind ein Produkt der Politik dieses kleinsten gemeinsamen Nenners.

Mehr Europa und ein ganz anderes Europa?

Wir müssen uns jetzt entscheiden, in welche Richtung sich unser Europa weiterentwickeln soll. Bleiben wir bei diesem Klein-Klein, wo man sich alle paar Jahre darauf einigt weiter im Hamsterrad zu bleiben und weiter zu wursteln? Oder wollen wir einen radikal anderen Weg einschlagen, der heißt: mehr Europa und ein ganz anderes Europa? Die Vereinigten Staaten von Europa werden funktionieren, weil sie für die Menschen auf diesem Kontinenten liefern werden. Sie werden die Ergebnisse bringen und die Erwartungen erfüllen, die die Bürgerinnen und Bürger zurecht an sie stellen – nämlich, daß man die großen Themen auch mit europäischen Antworten löst. Da geht es um die Themen Digitalisierung, Klimawandel, Sicherheit und Wohlstand.

Und da geht es auch um das Thema Freiheit – nämlich die Freiheit überall in Europa ohne Hindernis studieren, arbeiten, wohnen und hinreisen zu können. Das sind ungeheure Errungenschaften, die es zu verteidigen gilt. Doch statt die Freiheit zu sichern, werden die innereuropäischen Grenzkontrollen wieder hochgezogen. Die Folgen sind lange Staus, Wartezeiten, Umsatzeinbußen für Betriebe und hohe Kosten für Einsatzkräfte. Dabei braucht es einen effektiven Schutz der europäischen Außengrenzen – keine Freiheitseinschränkungen innerhalb Europas. Wir lassen uns die Freiheiten, mit denen unsere Generation aufgewachsen ist, sicher nicht durch Grenzzäune innerhalb Europas und durch das miese Spiel der Populisten wegnehmen. Schluß damit!

Wir NEOS wollen den Tag erleben, an dem wir in den Vereinigten Staaten von Europa aufwachen. In diesem Europa wird sich ein Kind, dessen Eltern aus Frankreich und Österreich kommen, nicht mehr zwischen zwei Nationalitäten und Identitäten entscheiden müssen, denn es hat einen europäischen Paß.

Vereinigte Staaten von Europa

Wir wollen ein handlungsfähiges Europa erleben, das nicht auf Trump oder Putin angewiesen ist, sondern seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Ein entscheidungsfähiges Europa, das jeder Generation alle Chancen bietet und bei großen Herausforderungen mutig und selbstbewußt mit einer Stimme spricht. Dieses Europa hat eine echte europäische Regierung mit einer direkt gewählten Präsidentin. Es hat ein echtes Parlament mit Initiativrecht. Die Länder sind in einer zweiten Kammer vertreten, die Lösungen anbietet statt als Schrebergarten für nationale Alleingänge und Blockaden herzuhalten. Unser Europa ist verteidigungsfähig und hat eine europäische Armee – nicht weil wir Krieg spielen wollen, sondern weil unsere Vereinigten Staaten von Europa souverän und handlungsfähig sind und wir unsere Freiheiten auch verteidigen müssen – gerade auch im Cyberspace. Unser Europa muß sich nicht mehr entscheiden, ob es lieber von Trump, Putin oder China beschützt und abgehört wird, sondern ist eine anerkannte, starke Stimme in der Welt. Unser Europa ist auch überlebensfähig. Hier werden die großen globalen Fragen behandelt – und europäische Antworten darauf gefunden. Im Klimaschutz. Bei der künstlichen Intelligenz. Im Kampf gegen unheilbare Krankheiten. Wir haben genug von mutlosen Halblösungen und dem Klein-Klein von mutlosen Politikern.

https://www.neos.eu/

Unentgeltliche Einschaltung für NEOS anläßlich der Wahlen zum EU-Parlament am 26. Mai 2019

Österreichs Parteien zur EU-Wahl – 1 Europa

1 Europa-Spitzenkandidat Johannes Voggenhuber

Sehr geehrte Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher! Liebe Landsleute!

Die kommende Europa Wahl am 26. Mai 2019 ist richtungsweisend. Auch Ihre Stimme entscheidet darüber.

Wir treten ein für das Gemeinschaftseuropa und betrachten das intergouvernementale Europa der Regierungen, ihre intransparente, parlamentarisch weitgehend unkontrollierte Machtsphäre und den nicht öffentlichen Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs als schwarzes Loch der Demokratie.

Starkes Europäisches Parlament

Ein starkes Europäisches Parlament mit Initiativrecht zur Gesetzgebung und uneingeschränkten Kontrollrechten ist der erste Schlüssel zu einer Europäischen Demokratie in der Union. Wir fordern die strikte Gewaltenteilung von Exekutive und Legislative, die Öffentlichkeit der Gesetzgebung und die Direktwahl der Mitglieder des Rates als Staatenkammer.

Die Nachkriegsgeschichte ist zu Ende. Europa muß sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Herrschaft über Mittel- und Osteuropa, neue aufstrebende Weltmächte, revolutionäre Techniken und eine beschleunigte Globalisierung haben eine neue Welt geschaffen. Immer mehr Menschen fühlen sich darin existenziell ausgesetzt und bedroht. Die Klimaerwärmung stellt die Sicherheit des Planeten in Frage. Massenhafte Migration und die wachsende Zahl von Flüchtlingen in weiten Teilen der Welt schaffen soziale, kulturelle und verteilungspolitische Konflikte.

Überwachungssysteme drohen die Privatsphäre der Menschen zu zerstören.

Die wahre Vielfalt Europas bilden seine Regionen und Städte. Sie sind seit vielen Jahrhunderten die Quellgebiete der europäischen Kulturen, Sprachen und Lebensweisen. Ihre Rechte zur Selbstverwaltung sollen geschützt und ausgebaut werden.

Aus der Zukunftsunfähigkeit des Nationalstaates in einer neuen Welt gibt es zwei Wege: die politische Einigung Europas zu einer handlungsfähigen Union oder eine schleichende Abgabe unseres demokratischen Selbstbestimmungsrechts, unserer Werte und unseres politischen Willens an anonyme, internationale Regime und nicht gewählte

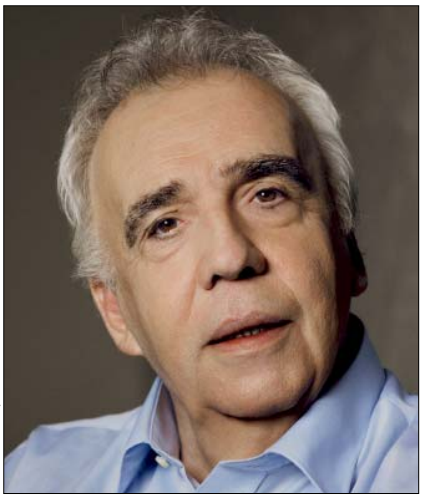


Foto: 1 Europa / Jork Weismann

Johannes Voggenhuber

Institutionen, an globale Konzerne, an die Finanzmärkte, an andere hegemoniale Staaten oder einfach an die unsichtbare Faust eines globalen Marktes – das alles sorgfältig verborgen vor den Menschen, die in der illusionären Scheingeborgenheit eines in Wahrheit machtlosen Nationalstaates leben.

Große Fragen bedürfen großer Lösungen

Doch nach über sieben Jahrzehnten bleibt die Europäische Einigung immer noch Stückwerk. Die nationalen Regierungen hintertreiben die notwendigen Einigungsschritte zur Schaffung eines Raums der sozialen Sicherheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Sie weigern sich das Steuer- und Sozialdumping durch soziale Mindeststandards, Mindesteinkommen und gemeinsame Steuersätze zu beenden. Soziale Konflikte verschärfen sich dadurch, Herausforderungen bleiben ungelöst. Die Europäische Union droht, statt zu einem Instrument der Zivilisierung der Globalisierung, zu einem Vehikel der weltweiten Herrschaft entfesselter Finanzmärkte und der Ideologie eines fundamentalistischen Neoliberalismus zu werden. Das nährt den Euroskeptizismus.

Im EU-Vertrag verankerte Ziele der Union

Die Initiative „1 Europa“ besteht auf den im EU-Vertrag verankerten Zielen der Union, der sozialen Marktwirtschaft, der Vollbeschäftigung und des Schutzes der allgemeinen Dienste im öffentlichen Interesse und erteilt allen Bestrebungen zu einer blossen Wettbewerbsgesellschaft eine entschiedene Absage. Wir verlangen die Durchsetzung der sozialen Rechte der Europäischen Charta der Grundrechte. Wir treten für eine europäische Sozialordnung ein, für einen gemeinsamen Kampf gegen die Armut und gegen jede Diskriminierung, für einen europäischen Finanzausgleich zwischen reichen und armen Regionen und für europäische Initiativen zu einer gerechteren Welthandelsordnung.

Wir treten ein für deutlich erhöhte Anstrengungen zum Klimaschutz um die Ziele des Pariser Abkommens tatsächlich und fristgerecht zu erfüllen und für ein nachhaltiges, ökologisch verträgliches Wirtschaften in allen Bereichen.

Asyl und Einwanderung

Wir fordern eine gemeinsame europäische Asyl und Einwanderungspolitik unter strenger Wahrung der Menschenrechte, die gegen die Ursachen von Flucht und Massenmigration angeht, die Integration fördert, legale Fluchtwege einrichtet, eine solidarische Aufnahme und Gleichbehandlung durch sämtliche Mitgliedstaaten verfolgt, Machtansprüchen von Religionen entgegentritt und die gemeinsamen Außengrenzen schützt.

Einigung Europas

Die Initiative „1 Europa“ will dazu beitragen, die Einigung Europas voran zu treiben. Sie tritt für eine gemeinsame, souveräne und autonome Außen- und Sicherheitspolitik ein, die auf einer Europäischen Friedensordnung beruht und sich den Werten und Zielen der Vereinten Nationen verpflichtet. Keine militärische Aktion darf von der Union oder einem seiner Mitgliedsstaaten ausgehen ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Europa muß sich neu erfinden in einem gemeinsamen Raum der Bildung, Wissenschaft und Forschung und des Dialogs der Kunst und Kultur seiner Regionen. Eine europäische Geschichtsschreibung muß die Befangenheit der nationalen Narrative überwinden.

Es wäre uns eine große Ermutigung, wenn Sie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit Ihrer Stimme für die Initiative „1 Europa“ diese Allianz bestärkten.

Mit herzlichen Grüßen Ihr
Johannes Voggenhuber

https://1europa.at/

Unentgeltliche Einschaltung für 1europa anläßlich der Wahlen zum EU-Parlament am 26. Mai 2019

Österreichs Parteien zur EU-Wahl – Die GRÜNEN

GRÜNEN-Spitzenkandidat Werner Kogler

Europawahl – eine Klimawahl

Die kommende Europawahl steht an einem globalen Wendepunkt. Hitzestress und Dürrekatastrophen, Bienen- und Insektensterben, Luft- und Wasserverschmutzung: der Schutz der Umwelt ist nicht eine von vielen Herausforderungen. Es ist die zentrale Frage, wenn es um die Zukunft geht. Die 100.000 Jugendlichen, die jeden Freitag auf der Straße streiken und sich zu Recht beklagen, daß ihre Zukunft auf dem Spiel steht, lassen uns wissen: Es geht jetzt um alles. Es geht letztlich darum, das zu erhalten, was uns erhält. Diese Wahl wird zur entscheidenden Klimawahl. Denn solche riesigen Herausforderungen wie die Klimakrise lassen sich nur gemeinsam auf europäischer Ebene bewältigen.

Europa steht an der Kippe

Die kommende Wahl zum Europaparlament wird die Richtung nicht nur der Europäischen Union maßgeblich mitbestimmen: Überlassen wir die Zukunft den Nationalisten und den Leugnern der Klimakrise? Oder wird die Europäische Union als starke Gemeinschaft weiterentwickelt, die sich ihrer Errungenschaften besinnt und die drängenden Probleme unserer Zeit löst: Die drohende Klimakatastrophe, die Gefährdung unserer ökologischen Lebensgrundlagen, und die Angriffe auf Demokratie, Menschlichkeit und sozialen Frieden.

Die Gegner der Europäischen Idee haben sich in Stellung gebracht. Von innen attakkieren Orban, Le Pen, Salvini und Strache die gemeinsame Spielregeln. Von außen stiften Trump, Putin & Co Chaos, um Europa zu destabilisieren. Und die ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu organisieren. Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander auszuspielen, und die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die niedrigsten Löhne geraten. Europa ist aber mehr als ein Markt. Das europäische Projekt ist eine Idee, eine Vision, ein Versprechen, basierend auf dem historischen Erfolg der Versöhnung nach dem zweiten Weltkrieg.

Doch mittlerweile scheinen Wohlstand, Freiheit, Grundrechte und Frieden genauso wenig selbstverständlich wie die Reisefreiheit in der EU.

Viel steht auf dem Spiel: unser Europa, und damit unsere Zukunft.

Foto: Die Grünen / Gebhart de Koekkoeck

Werner Kogler

Wir brauchen Europa

Weil uns Europa gemeinsame Heimat ist, wollen wir die Union weiterentwickeln. Um das Europäische Projekt zu retten, braucht es Mut zur Veränderung für eine gemeinsame, gestärkte EU. Denn die großen Probleme unserer Zeit können wir nur gemeinsam lösen. Wir wollen Europa als globaler Taktgeber und Innovationsmotor im Kampf gegen die Klimakrise und für den Erhalt der Artenvielfalt, in dem die Freiheit des Menschen garantiert und zugleich die ökologischen Grenzen des Planeten respektiert wird. Unser unermüdlicher Einsatz gilt einer Europäischen Union, welche Demokratie, Meinungsfreiheit, Gleichstellung, Menschenrechte und Frieden verteidigt, und zugleich die europäische Idee weiterentwickelt.

Wir kämpfen für eine Union, die sich nicht den Interessen einzelner unterwirft, sondern von gemeinsamer Verantwortung getragen wird.

Europa braucht die GRÜNEN

Die GRÜNEN sind eine wahrhaft europäische Bewegung, die durch eine gemeinsame Vision und Leidenschaft vereint ist. Von Irland bis Georgien, von Norwegen bis Malta kämpfen wir für Menschenwürde, Nachhaltigkeit, Gleichberechtigung, Frieden und Solidarität. Auch dieses Programm ist geprägt vom europäischen Geist. Das zeichnet uns GRÜNE aus: daß wir als Fraktion und Bewegung in der Lage sind, gemeinsam Position zu beziehen und die EU damit zu verändern.

Im Laufe der Jahre hat unsere beharrliche Arbeit viele Erfolge hervorgebracht. Die GRÜNEN haben eine führende Rolle gespielt, damit der Klimaschutz vorangetrieben wird, in erneuerbare Energien investiert wird, die Privatsphäre der Menschen im Internet geschützt wird, das Recycling verbessert und schädliche Pestizide verboten werden.

Dank der Grünen bewegt sich Europa und versucht Maßnahmen gegen autoritäre Regierungen zu ergreifen, unnötige Kunststoffe zu verbieten, die Landwirtschaft zu ökologisieren und Steuertricksereien durch Großkonzerne zu bekämpfen.

Ob Pestizide wie das krebserregende Glyphosat oder die bienenbedrohenden Neonikotinoide: Geht es um Lebens- und Überlebensfragen, stehen die GRÜNEN kompromißlos an der Seite der Menschen. Es gilt, die Energie, Verkehrs- und die Agrarwende sowie auch die Entwicklung zu einem gerechteren und nachhaltigen Wirtschaftssystem voranzutreiben. Wir wollen, daß Europa die Welt dabei anführt, einen gerechten Übergang zu nachhaltigen Gesellschaften zu vollziehen.

Die Ökologisierung unserer Wirtschaft ist eine historische Chance, Arbeitsplätze zu schaffen und unsere Lebensqualität zu verbessern und gleichzeitig sicherzustellen, daß niemand zurückbleibt.

Menschlicher Fortschritt kann nur innerhalb der Grenzen unseres Planeten stattfinden. Wir haben die Verpflichtung, die Umwelt zu erhalten – für die Menschen von heute wie auch für unsere Kinder und Enkel. Wir müssen uns für die Interessen derjenigen einsetzen, die unseren Planeten erben.

Grünes Comeback

Es geht bei dieser Wahl um die Zukunft Europas. Aber es geht damit auch um die Zukunft der GRÜNEN.

Wir haben in tausenden Gesprächen und Foren landauf landab, in der Stadt und im Dorf, im Wirtshaus und im Rathaus zugehört, Ideen gesammelt und neue Kraft geschöpft. Gerade weil die Gegner der Europäischen Idee und Umweltbewegung mächtig sind, gilt es konsequent, unbestechlich und auf Augenhöhe mit den Menschen unermüdlich für den Schutz von Umwelt, Natur, gesunder Lebensmittel, Gerechtigkeit und Demokratie zu kämpfen. Es heißt: zurück zu den Wurzeln – nach vorne in die gemeinsame Zukunft.

https://www.gruene.at/europa

Unentgeltliche Einschaltung für die Grünen anläßlich der Wahlen zum EU-Parlament am 26. Mai 2019

Weiter gedämpftes Winterergebnis im Tourismus

WIFO: Tourismusanalyse November 2018 bis März 2019 – Auslöser sind der späte Ostertermin und ein schwacher März

Nach Nächtigungsrückgängen im Jänner und Februar (-1,7 % bzw. -1,9 %) blieb die Nachfrage auch im März 2019 hinter dem Ergebnis 2018 zurück (-3,8 %), wofür vor allem die in diesem Jahr in den April fallende Osterwoche verantwortlich zeichnete. Für die bisherige Wintersaison 2018/19 bedeutet dies eine weitere Abschwächung der Wachstumsdynamik (Gästeankünfte +1,3 %, Übernachtungen +0,0 %).

Ersten Schätzungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) zufolge beliefen sich die Gesamteinnahmen im österreichischen Tourismus von November 2018 bis März 2019 auf nominell 12,76 Mrd. €. Das Niveau des Vorjahres konnte damit gehalten werden (+0,0 %). Die Aussagekraft dieses Ergebnisses im zeitlichen Vergleich wird jedoch durch die verschobene Lage der Osterwoche (2018 im März, heuer im April) beeinträchtigt. Um die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahresergebnis zu gewährleisten, kann dieser Ostereffekt statistisch bereinigt[1] werden. Nach einer solchen Bereinigung belaufen sich die nominellen Umsätze im Analysezeitraum auf 13,13 Mrd. € und liegen damit um 4,9 % über dem (ebenso bereinigten) Vergleichswert 2017/18, was auf eine doch positive Bilanz der aktuellen Wintersaison hindeutet. Auch in realer Rechnung zeigt sich das um die Osterwoche bereinigte Ergebnis der bisherigen Wintersaison 2018/19 mit +3,1 % deutlich positiv, während die realen Einnahmen ohne Berücksichtigung des Ostereffektes rückläufig ausfallen (-1,8 %). Es ist zu erwarten, daß auch das Ergebnis der gesamten Wintersaison 2018/19 (November 2018 bis April 2019) durch die späten Osterfeiertage nach unten verzerrt wird: Nach bisherigen Erfahrungen ist vor allem die Nachfrage nach wintersportorientierten Urlaubsaufenthalten im April bereits deutlich geringer als im März, unabhängig von der Schneelage.

Auf regionaler Ebene liegen nur unbereinigte Daten vor – die Bundesländerergebnisse im Zeitraum November 2018 bis März 2019 sind daher potentiell nach unten verzerrt. Über die gesamte Wintersaison (November 2018 bis April 2019) betrachtet ist damit zu rechnen, daß der Ostereffekt die einzelnen Urlaubsregionen unterschiedlich beeinflußt: Während die auf Wintersport spezialisierten Bundesländer von späten Osterfeiertagen nachteilig betroffen sein dürften, könnten andere Bundesländer (wie etwa Wien oder das Burgenland) davon sogar profitieren.

Über den Zeitraum November 2018 bis April 2019 und ohne Bereinigung des Ostereffektes erzielte vor allem die Städtedestination Wien (+15,7 %) kräftige Zuwächse der nominellen Tourismuseinnahmen, aber auch Ober- und Niederösterreich konnten ihre Umsätze merklich steigern (+5,2 % bzw. +4,0 %). In Kärnten wurde das nominelle Umsatzniveau des Vorjahres hingegen nur knapp übertroffen (+0,4 %). In den übrigen Bundesländern zeigten sich die Tourismuseinnahmen zu laufenden Preisen rückläufig (-1,5 % bis -2,0 %), das stärkste Minus verzeichnete aber Vorarlberg (-3,6 %). Die

Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

	Wintersaison 2017/18				November 2018 bis März 2019			
	Umsätze im Gesamtreiseverkehr	Übernachtungen Insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Übernachtungen Aus dem Ausland	Umsätze im Gesamtreiseverkehr [1]	Übernachtungen [2] Insgesamt	Übernachtungen [2] Aus dem Inland	Übernachtungen [2] Aus dem Ausland
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Österreich	+ 6,7	+ 4,7	+ 3,4	+ 5,1	– 1,5	– 1,8	– 1,6	– 2,7
					+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,8
Wien	+ 5,5	+ 3,5	+ 4,8	+ 3,2	+ 4,0	+ 3,7	+ 1,7	+ 8,3
Niederösterreich	+ 7,0	+ 3,7	+ 2,5	+ 6,4	+ 5,2	+ 4,8	+ 3,0	+ 7,6
Burgenland	+ 4,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,7	– 1,6	– 1,4	– 0,2	– 1,7
Steiermark	+ 6,2	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,1	– 1,9	– 1,2	– 1,4	– 0,9
Kärnten	+10,0	+ 7,9	+ 4,6	+10,0	– 2,0	– 2,2	– 2,9	– 2,2
Oberösterreich	+ 7,2	+ 5,8	+ 4,3	+ 8,2	– 3,6	– 2,6	– 2,7	– 2,6
Salzburg	+ 8,0	+ 6,1	+ 2,6	+ 7,0	+15,7	+14,1	+ 4,4	+16,7
Tirol	+ 6,3	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0
Vorarlberg	+ 5,4	+ 4,0	– 1,4	+ 4,5	– 1,5	– 1,8	– 1,6	– 2,7

Q: Statistik Austria, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. - 1) Schätzung laut WIFO. - 2) März 2019: Hochrechnung.

Vergleich unbereinigter und bereinigter Ergebnisse

	Ankünfte	Übernachtungen	Einnahmen im Gesamtreiseverkehr	
			Nominell	Real
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
März 2019				
Unbereinigt	– 2,5	– 3,8	–	–
Bereinigt [1]	+ 10,9	+ 17,7	–	–
November 2018 bis März 2019				
Unbereinigt	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,0	– 1,8
Bereinigt [1]	+ 4,4	+ 4,9	+ 5,0	+ 3,1

Q: Statistik Austria, WIFO. Datenstand per 26. April 2019. März 2019: Werte auf Hochrechnungsbasis. - 1) Für einen korrekten Vorjahresvergleich der Ergebnisse von November 2018 bis März 2019 wurde der verzerrende Effekt der verschobenen Lage der Karwoche (2018 im März, 2019 im April) entsprechend korrigiert: Den um den reinen Ostereffekt bereinigten Werten liegt im März 2019 eine Anhebung der Ist-Werte um 6,2% (Ankünfte) bzw. 9,6% (Nächtigungen) zugrunde; gleichzeitig erfolgte eine Korrektur der Ist-Werte des März 2018 nach unten (Ankünfte -6,7%; Übernachtungen -10,6%).

enormen Schneemassen im Jänner 2019 und die dadurch bedingten Straßensperren und Verkehrsbehinderungen dürften zu den rückläufigen Einnahmen der westlichen Bundesländer beigetragen haben.

Nach Einbußen im Jänner und Februar (-1,7 % bzw. -1,9 %) zeigte sich die Nächtigungsnachfrage im sehr milden und überwiegend trockenen März 2019 auf Basis tatsächlicher Ist-Werte (also ohne Berücksichtigung eines Ostereffektes) erwartungsgemäß rückläufig (-3,8 %). Nachdem die drei Hauptsaisonmonate zusammen ein Gewicht von rund zwei Dritteln an den Winternächtigungen haben, wird auch das Gesamtergebnis der bisherigen Wintersaison 2018/19 maßgeblich von der Entwicklung in diesem Zeitraum bestimmt: Die Zahl der in österreichischen Beherbergungsbetrieben tatsächlich verzeichneten Gästeankünfte nahm von November 2018 bis März 2019 nur schwach zu (um +1,3 % auf 17,58 Mio.), jene der Übernachtungen stagnierte mit 64,59 Mio. am Vergleichsniveau 2017/18 (64,56 Mio.). Die daraus resultierende Aufenthaltsdauer ging damit auf 3,67 Nächte (-1,3 %) zurück (seit 1992/93 reduzierte sich die Kennzahl damit um knapp ein Drittel oder 1,7 Nächte). Eine Bereinigung der März-Daten um den Ostereffekt[2] läßt diese Ergebnisse jedoch in einem deutlich positiveren Licht erscheinen: Wäre die Lage der Osterfeiertage dieses Jahr ähnlich wie im letzten, lägen die Ankünfte um +4,4 %, die Nächtigungen um +4,9 % über dem Vorjahresniveau.

Mit 78,1 % stellten internationale Gäste den überwiegenden Teil der tatsächlich registrierten Nächtigungen in Österreich. Auf Basis von Ist-Werten stagnierte die Nächtigungsnachfrage dieses Besuchersegmentes von November 2018 bis März 2019 ebenso wie die der inländischen Gäste (+0,0 % bzw. +0,1 %), um die Osterwoche bereinigt ergeben sich dagegen deutliche Zuwächse (internationale Gäste +5,1 %; Binnenreisende +4,4 %).

Von den in der bisherigen Wintersaison 2018/19 tatsächlich verzeichneten 50,47 Mio. Übernachtungen ausländischer Gäste stammten 88,7 % von 15 ausgewählten Quellmärkten. Diese zeigten sich im Durchschnitt leicht rückläufig (-0,9 %; nur unbereinigte Ist-Werte verfügbar), im Einzelnen entwickelten sich diese jedoch sehr unterschiedlich: Am stärksten zog die Nächtigungsnachfrage amerikanischer Gäste an (+15,0 %), gefolgt von Reisenden aus Belgien (+6,9 %)[3], Rumänien (+5,7 %), Tschechien (+4,7 %), Dänemark (+4,6 %), Polen (+4,5 %), Italien (+4,2 %) und dem mit 12,0 % zweitwichtigsten internationalen Markt, den Niederlanden (+3,0 %). Österreich-Gäste aus Ungarn nächtigten von November 2018 bis März 2019 um 1,7 % häufiger als in der Periode 2017/18, jene aus Frankreich um 0,8 %; letztere blieben im März aufgrund heuer um etwa 2 Wochen früherer Winterferien (Mitte statt Ende Februar) zu einem beträchtlichen Teil aus (-46,9 %), nachdem sich die Nachfrage in den Februar (+50,1 %) verschoben hatte. Während sich die (unbereinigte) Nächtigungszahl schwedischer und britischer Gäste im Analysezeitraum kaum veränderte (-0,1 % bzw. -0,3 %), verzeichnete der wichtigste Auslandsmarkt im österreichischen Tourismus, Deutschland (Marktanteil 47,6 %) – ebenso wie die Nachfrage aus der Schweiz – einen spürbaren Rückgang (jeweils -3,5 %). Obwohl in Bayern die Winterferien heuer in den März fielen (2018 im Februar) und sich auch in einigen Kantonen der Schweiz die Sportferien von Februar auf März verschoben haben, fielen die März-Ergebnisse jeweils negativ aus (Deutschland insgesamt -8,2 %, Schweiz -2,7 %). Die größten relativen Nächtigungseinbußen waren im Analysezeitraum mit 7,9 % am russischen Markt zu verzeichnen; auf das in der Periode 2013/14 bereits erreichte Niveau von 1,28 Mio. Übernachtungen fehlen aktuell 46,3 %.

In den einzelnen Unterkunftsarten stieg von November 2018 bis März 2019 nur die Nachfrage in gewerblichen Ferienwohnungen nennenswert (Übernachtungen +3,5 %; unbereinigte Ist-Werte), jene in Hotels insgesamt stagnierte (+0,1 %; 5/4-Stern +0,5 %, 3-Stern -0,5 %, 2/1-Stern +0,3 %). Während in privaten Ferienwohnungen nur ein leichter Nächtigungsrückgang zu verzeichnen war (-0,9 %), fiel das Minus in Privatquartieren (auf und nicht auf Bauernhof) spürbar aus (-5,5 %).

In übrigen Unterkünften (Campingplätze, Unterkünfte für Kinder und Jugendliche, Kurheime, bewirtschaftete Schutzhütten, sonstige) nächtigten auf unbereinigter Basis 0,7 % weniger Österreich-Gäste. ■

http://www.wifo.ac.at

[1] Für die Ermittlung der Kalendereffekte (beispielsweise die Lage von Ostern oder die Berücksichtigung eines Schaltjahres) wurde das Programm JDemetra+ verwendet. Als Datenbasis dienten Monatsdaten von Jänner 1996 bis Dezember 2018; die Bereinigung erfolgte für Ankünfte, Übernachtungen und Umsätze im Gesamtreiseverkehr (jeweils für Österreich insgesamt). Für den „reinen" Ostereffekt im jeweiligen Kalenderjahr und Monat (März bzw. April) maßgeblich ist die Verteilung der Tage vor dem Ostersonntag (Palmsamstag bis Karsamstag) zwischen den beiden Monaten. Die Bereinigung der Umsätze um den reinen Ostereffekt erfolgte für den März 2018 durch eine Korrektur des Ist-Wertes um 9,2 % nach unten; der (Ist-)Wert des März 2019 erfuhr gleichzeitig eine Aufwertung um 8,5 %.

[2] Die Ist-Werte für März erfuhren hier 2018 eine Verringerung um 6,7 % (Ankünfte) bzw. 10,6 % (Übernachtungen), 2019 hingegen eine Korrektur nach oben (+6,2 % bei Ankünften; +9,6 % bei Nächtigungen).

[3] Die Nachfrage von belgischen Gästen zog im März aufgrund von Ferienverschiebungen um 172,9 % an.

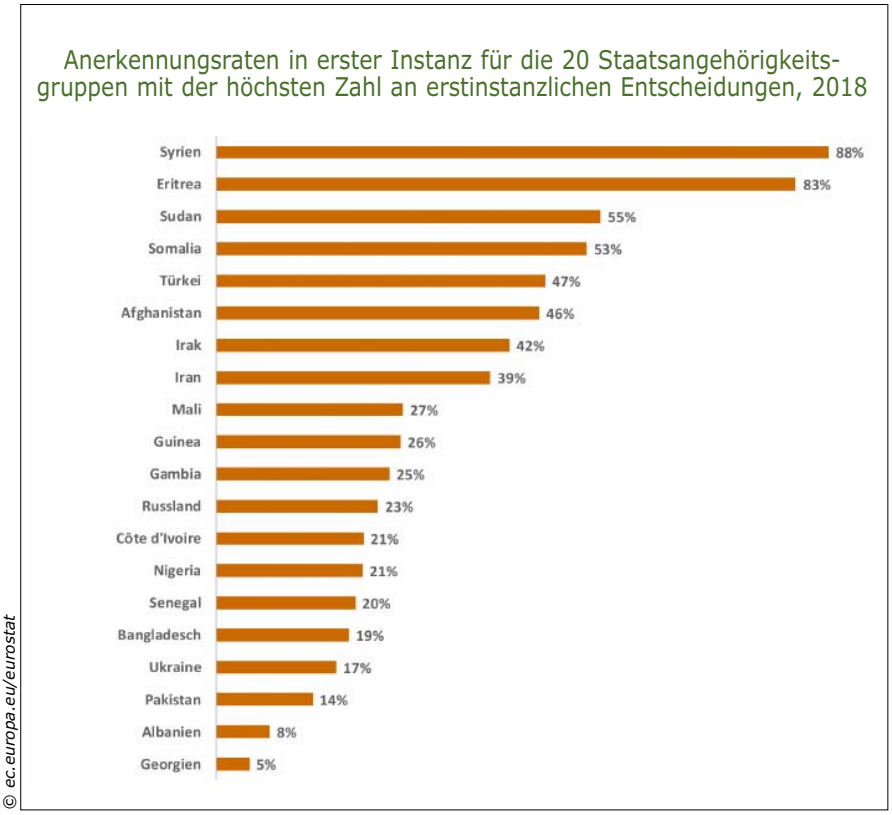
Asylentscheidungen in der EU

Die EU-Mitgliedsstaaten erkannten im Jahr 2018 mehr als 300.000 Asylbewerber als schutzberechtigt an.

Die 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) erkannten im Jahr 2018 nahezu 333.400 Asylbewerber als schutzberechtigt an. Dies entspricht einem Rückgang um fast 40 % gegenüber 2017 (533.000). Zusätzlich nahmen sie über 24.800 umgesiedelte Flüchtlinge auf.

Die größte Gruppe von Personen, denen im Jahr 2018 in der EU der Schutzstatus zuerkannt wurde, waren weiterhin Staatsangehörige Syriens (96.100 Personen bzw. 29 % aller Personen, denen in den EU-Mitgliedsstaaten der Schutzstatus zuerkannt wurde), gefolgt von Staatsangehörigen Afghanistans (53.500 bzw. 16 %) und des Irak (24.600 bzw. 7 %). Im Vergleich dazu waren im Jahr 2017 172.900 bzw. 32 % aller Personen, denen der Schutzstatus zuerkannt wurde, Syrer, 99.800 bzw. 19 % waren Afghanen und 63.800 bzw. 12 % waren Iraker.

Syrer waren im Jahr 2018 in 16 Mitgliedsstaaten weiterhin die größte Personengruppe, der der Schutzstatus zugesprochen wurde. Von den 96.100 Syrern, denen in der EU der Schutzstatus zuerkannt wurde, erhielten nahezu 70 % den Schutzstatus in Deutschland (67 000). Diese Daten über die Ergebnisse von Asylentscheidungen in der EU wurden von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlicht.



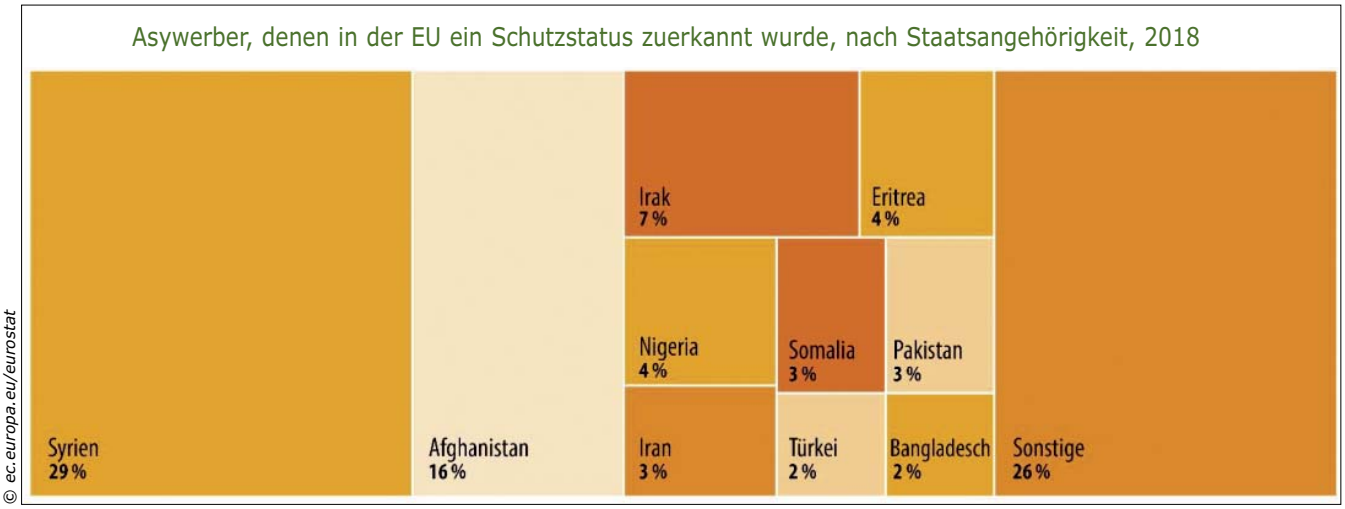
© ec.europa.eu/eurostat

Über 40 % der positiven Entscheidungen wurden in Deutschland zuerkannt

Im Jahr 2018 wurde die größte Anzahl von Personen, denen der Schutzstatus zugesprochen wurde, in Deutschland (139.600) verzeichnet, gefolgt von Italien (47.900) und Frankreich (41 400) – in absoluten Zahlen.

Von allen Personen, denen im Jahr 2018 in der EU der Schutzstatus zuerkannt wurde, erhielten 163.800 den Flüchtlingsstatus (49 % aller positiven Entscheidungen), 100.300 subsidiären Schutz (30 %) und 69.300 eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (21 %).

Es ist anzumerken, daß sowohl der Flüchtlingsstatus als auch der subsidiäre Schutzstatus durch EU-Recht festgelegt sind, während die Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen auf nationaler Rechtsgrundlage vergeben wird.



© ec.europa.eu/eurostat

Österreich, Europa und die Welt

Erstinstanzliche Asylentscheidungen in der EU

Im Jahr 2018 wurden in den EU-Mitgliedsstaaten fast 582.000 erstinstanzliche Entscheidungen über Asylanträge und 309.000 endgültige Berufungsentscheide gefällt. Bei Entscheidungen in erster Instanz wurde 217.400 Personen der Schutzstatus zugesprochen, während weitere 116.000 Personen den Schutzstatus durch einen endgültigen Berufungsentscheid erhielten.

Die Anerkennungsrate von Asylbewerbern, d. h. der Anteil der positiven Entscheidungen an der Gesamtzahl der Entscheidungen, lag in erster Instanz in der EU bei 37 %. Bei endgültigen Berufungsentscheiden lag die Anerkennungsrate bei 38 %.

Die Ergebnisse von Asylentscheidungen, und daher auch die Anerkennungsraten, unterscheiden sich je nach Land der Staatsangehörigkeit der Asylbewerber. Betrachtet man die 20 Staatsangehörigkeitsgruppen, auf die im Jahr 2018 die höchste Zahl an erstinstanzlichen Entscheidungen entfiel, so reichte die Anerkennungsrate in der EU von rund 5 % für Staatsangehörige Georgiens bis 88 % für Staatsangehörige Syriens und 83 % für Staatsangehörige Eritreas.

Geographische Informationen

Die Europäische Union (EU) umfaßt Belgien, Bulgarien, Tschechien, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Positive Entscheidungen über Asylanträge im Jahr 2018

	Positive Entscheidungen*					Umgesiedelte Flüchtlinge
	Gesamtzahl		Davon:			
	Anzahl	Je eine Million Einwohner**	Flüchtlingsstatus	Subsidiärer Schutz	Humanitäre Gründe	
EU	**333 355**	**650**	**163 790**	**100 305**	**69 260**	**24 815**
Belgien	10 250	900	8 340	1 910	-	880
Bulgarien	760	110	320	440	-	20
Tschechien	165	15	45	120	5	0
Dänemark	1 650	285	1 025	185	440	0
Deutschland	139 555	1 685	61 350	52 690	25 515	3 200
Estland	20	15	15	5	0	30
Irland	1 275	265	815	225	235	340
Griechenland	15 805	1 470	12 810	2 670	325	0
Spanien	2 965	65	620	2 335	10	830
Frankreich	41 440	620	27 135	14 305	-	5 565
Kroatien	155	40	130	25	0	110
Italien	47 885	790	7 315	8 570	31 995	1 180
Zypern	1 225	1 415	200	1 025	0	0
Lettland	30	15	25	10	-	0
Litauen	140	50	120	20	0	20
Luxemburg	1 000	1 660	940	60	-	0
Ungarn	365	35	70	280	20	0
Malta	660	1 385	160	480	25	0
Niederlande	4 795	280	2 160	2 110	530	1 225
Österreich	20 700	2 345	14 815	4 685	1 200	0
Polen	435	10	185	220	30	0
Portugal	625	60	220	405	-	35
Rumänien	665	35	320	345	0	0
Slowenien	105	50	100	5	-	35
Slowakei	45	10	0	35	10	0
Finnland	3 820	695	2 695	665	460	605
Schweden	19 605	1 935	8 010	4 820	6 770	4 935
Ver. Königreich	17 205	260	13 845	1 660	1 695	5 805
Island	195	560	115	40	40	50
Liechtenstein	10	260	0	5	5	0
Norwegen	1 755	330	1 445	80	230	2 480
Schweiz	15 550	1 835	6 360	1 150	8 040	1 080

Die Daten wurden auf die Endziffern 5 oder 0 auf- bzw. abgerundet. Aus diesem Grund können die Summen von der Gesamtzahl abweichen. 0 bedeutet 2 oder weniger Entscheidungen im Bezugszeitraum.- Nicht zutreffend. * Entscheidungen in erster Instanz und endgültige Berufungsentscheide. ** Bezogen auf die Wohnbevölkerung zum 1. Januar 2018

Methoden und Definitionen

Diese Daten über Asylentscheidungen werden Eurostat von den Innen- oder Justizministerien oder den Einwanderungsbehörden der Mitgliedsstaaten bereitgestellt. Sie werden von den Mitgliedsstaaten aufgrund der Bestimmungen von Artikel 4 der Verordnung (EG) 862/2007 vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz übermittelt.

Eine Entscheidung über einen Asylantrag ist eine Entscheidung über einen Antrag auf internationalen Schutz gemäß der Definition in Artikel 2 (h) der Richtlinie 2011/95/EG des Rates, wobei unerheblich ist, ob der Antrag bei der Ankunft an der Grenze oder im Land gestellt wurde und ob die Person legal (d. h. als Tourist) oder illegal eingereist ist.

Entscheidung in erster Instanz bezeichnet eine Entscheidung als Antwort auf einen Asylantrag auf der Ebene der ersten Instanz des Asylverfahrens.

Endgültiger Berufungsentscheid bezeichnet eine Entscheidung in der letzten Instanz des administrativen/juristischen Asylverfahrens als Ergebnis eines von einem in der vorherigen Verfahrensstufe abgewiesenen Asylbewerber eingelegten Rechtsmittels. Da die Asylverfahren und die Zahl/Ebenen der Entscheidungsgremien in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich sind, kann es sich bei der jeweiligen letzten Instanz entsprechend den nationalen Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren um eine Entscheidung des höchsten nationalen Gerichts handeln. In der angewandten Methodik heißt es jedoch, daß „endgültige Entscheidungen" sich auf die tatsächlich „endgültige Entscheidung" in der Mehrzahl der Fälle beziehen sollte, d. h. alle normalen Einspruchsmöglichkeiten wurden ausgeschöpft.

Drei verschiedene Schutzkategorien

Eine Person, der die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde, ist eine Person, die von einer Entscheidung einer Verwaltungseinrichtung oder eines Gerichts, ergangen während des Berichtszeitraums, betroffen ist, mit der ihr die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wird. „Flüchtlingseigenschaft" bezeichnet die in Artikel 2 (e) der Richtlinie 2011/95/EG definierte Eigenschaft im Sinne von Artikel 1 des Genfer Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, geändert durch das New Yorker Protokoll vom 31. Januar 1967. Gemäß Artikel 2 (d) dieser Richtlinie bezeichnet „Flüchtling" einen Drittstaatsangehörigen, der aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht nicht in Anspruch nehmen will, oder einen Staatenlosen, der sich aus denselben vorgenannten Gründen außerhalb des Landes seines vorherigen gewöhnlichen Aufenthalts befindet und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen dieser Furcht nicht dorthin zurückkehren will.

Eine Person, der der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt wurde, ist eine Person, die von einer Entscheidung einer Verwaltungseinrichtung oder eines Gerichts, ergangen während des Berichtszeitraums, betroffen ist, mit der ihr der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt wird. „Subsidiärer Schutzstatus" bezeichnet den Status im Sinne des Artikels 2 (g) der Richtlinie 2011/95/EG. Gemäß Artikel 2 (f) dieser Richtlinie ist eine „Person mit Anspruch auf subsidiären Schutz" ein Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser, der die Voraussetzungen für die Anerkennung als Flüchtling nicht erfüllt, der aber stichhaltige Gründe für die Annahme vorgebracht hat, daß er bei einer Rückkehr in sein Herkunftsland oder, bei einem Staatenlosen, in das Land seines vorherigen gewöhnlichen Aufenthalts, tatsächlich Gefahr liefe, einen ernsthaften Schaden zu erleiden, und der den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Gefahr nicht in Anspruch nehmen will.

Eine Person, der eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen gewährt wurde, ist eine Person, die von einer Entscheidung einer Verwaltungseinrichtung oder eines Gerichts, ergangen während des Berichtszeitraums, betroffen ist, mit der ihr gemäß den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zum internationalen Schutz eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erteilt wurde. Dies schließt Personen ein, die nach der Definition in den Rechtsinstrumenten der ersten Phase nicht für internationalen Schutz in Betracht kommen, aber dennoch aufgrund von Verpflichtungen, die allen Mitgliedsstaaten nach Maßgabe internationaler Flüchtlings- oder Menschenrechtsinstrumentarien bzw. der sich aus diesen Instrumentarien ergebenden Grundsätze obliegen, vor Abschiebung geschützt sind. Als Beispiel seien Personen genannt, die aus gesundheitlichen Gründen nicht abgeschoben werden können und unbegleitete Minderjährige.

Umgesiedelte Flüchtlinge bezeichnet Personen, die im Rahmen eines nationalen oder gemeinschaftlichen Umsiedlungsprogramms in einem Mitgliedsstaat eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben. Umsiedlung meint die Überstellung von Drittstaatenangehörigen oder staatenlosen Personen, auf Ersuchen des UNHCR, basierend auf ihrem Anrecht auf internationalen Schutz und einer dauerhaften Lösung, in einen Mitgliedstaat, in dem sie sich mit einem sicheren Rechtsstatus aufhalten können. Die Daten beziehen sich auf die umgesiedelten Flüchtlinge, die tatsächlich auf dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates angekommen sind. Umgesiedelte Flüchtli nge werden in die Daten zu „Entscheidungen über Asylanträge" nicht einbezogen.

Als Staatenlose werden Menschen bezeichnet, die keine bzw. keine anerkannte Staatsangehörigkeit besitzen. ■

Über Eurostat

Eurostat ist das statistische Amt der Europäischen Union mit Sitz in Luxemburg. Sein Auftrag ist es hochwertige Statistiken für Europa bereitzustellen. Neben der Erfüllung dieses Auftrages steht Eurostat für die folgenden Werte: Respekt und Vertrauen, Streben nach hervorragender Leistung, Förderung von Innovation, Dienstleistungsorientierung, professionelle Unabhängigkeit. Auf der Suche nach Möglichkeiten zur kontinuierlichen Verbesserung ihrer Produkte und Dienstleistungen wurde Eurostat im November 2016 von der Europäische Stiftung für Qualitätsmanagement (EFQM) „Verpflichtung zur Exzellenz" anerkannt.

Eine Schlüsselaufgabe ist es, für die Europäische Union Statistiken auf europäischer Ebene bereitzustellen, die Vergleiche zwischen Ländern und Regionen ermöglichen. Eine solide Grundlage an zuverlässigen und objektiven Statistiken ist unerläßlich, wenn eine demokratische Gesellschaft reibungslos funktionieren soll. Zum einen müssen Entscheidungsträger auf EU-Ebene, in den Mitgliedsstaaten, bei regionalen und kommunalen Behörden sowie in den Unternehmen auf Statistiken zurückgreifen können. Zum anderen brauchen Öffentlichkeit und Medien statistische Daten, wenn sie die wirtschaftliche und soziale Lage wirklichkeitsgetreu erfassen und PolitikerInnen und andere Entscheidungsträger beurteilen wollen. Selbstverständlich ist die Erstellung von Statistiken für eigene Zwecke durch die Mitgliedstaaten nach wie vor sehr wichtig. ■

https://ec.europa.eu/eurostat/

15 Jahre EU-Erweiterung – Mehrheit zieht positive Bilanz

55 Prozent: Aufnahme der Nachbarstaaten war gute Entscheidung – 59 Prozent: Österreich und Nachbarländer sind einander näher gerückt

Am 1. Mai vor 15 Jahren wurden Österreichs Nachbarn Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien Mitglieder der Europäischen Union. Vor acht Jahren wurde der heimische Arbeitsmarkt für unsere Nachbarländer geöffnet. Die Österreicherinnen und Österreicher bilanzieren hierzu positiver, als dies noch in den letzten Jahren der Fall war. Neue Erweiterungsrunden sehen die Befragten hingegen nach wie vor skeptisch", analysiert Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), das Ergebnis einer aktuellen ÖGfE-Umfrage.

Eine Mehrheit von 55 % der ÖsterreicherInnen ist der Ansicht, daß die Erweiterung der EU um unsere Nachbarländer eine „gute Entscheidung" gewesen ist. Im Jahr 2010 hatten dies 56 % als gut bewertet, im Jahr 2014 53 %. Zurückgegangen ist die Zahl jener, die die Aufnahme unserer Nachbarländer in die EU als „schlechte Entscheidung" einstufen: Waren es im Jahr 2010 noch 19 % und 2014 24 %, so sind es aktuell rund ein Zehntel (11 %). Ein knappes Viertel (24 %) meint, die Erweiterungsrunde 2004 sei „weder gut noch schlecht" gewesen (2010: 21 % / 2014: 20 %), eine/r von zehn Befragten (11 %) hat dazu keine Meinung.

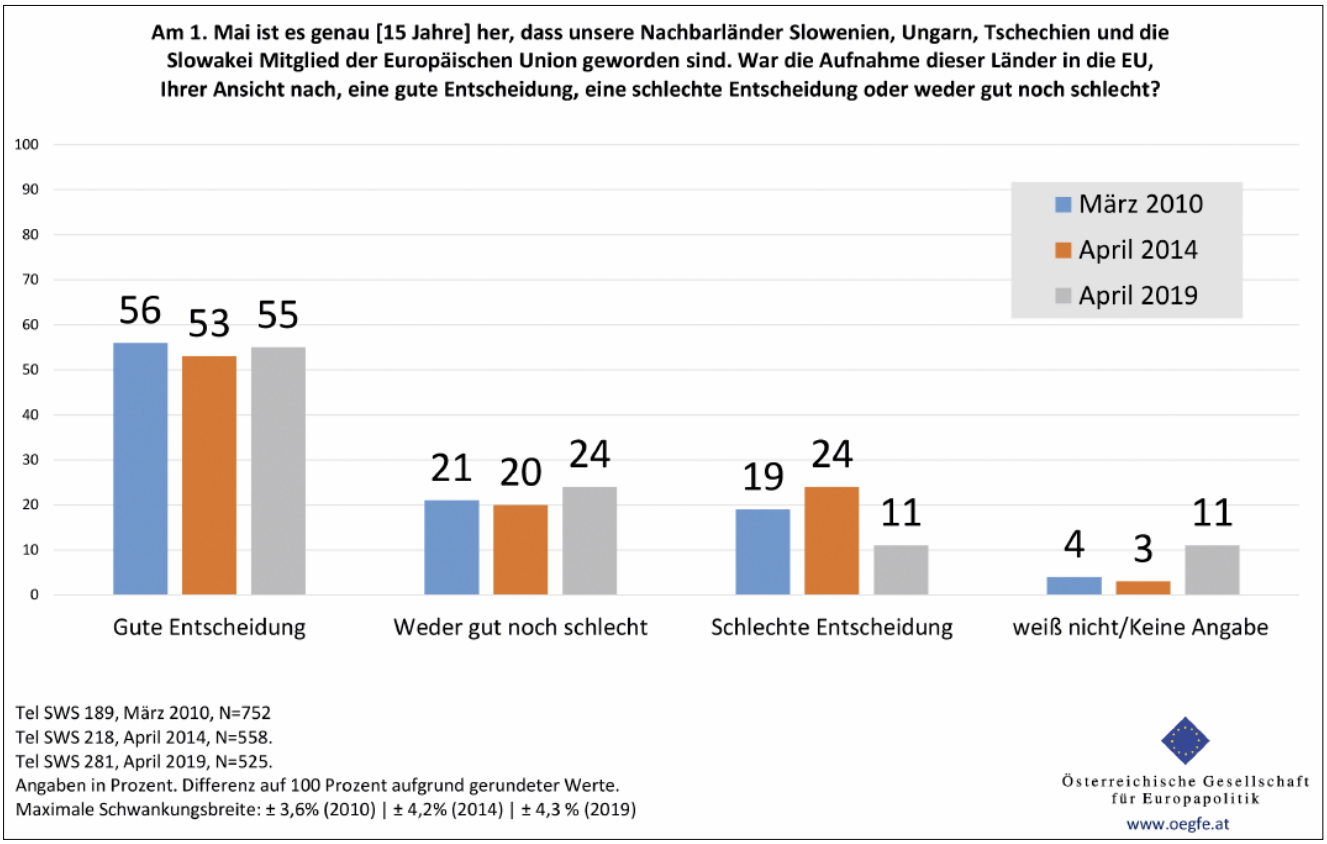
51 % der Befragten glauben, daß die EU-Mitgliedschaft Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Sloweniens insgesamt gesehen mehr Vorteile für Österreich mit sich gebracht hat. 20 % sehen die Nachteile überwiegen, 21 % äußern sich neutral („weder noch"), ein knappes Zehntel (9 %) antwortet „weiß nicht/Keine Angabe".

Wenn es um die Beurteilung der Frage geht, ob die EU-Mitgliedschaft unserer Nachbarn für die EU insgesamt bzw. die österreichischen Grenzregionen eher mit Vor- oder Nachteilen verbunden war, ist das Meinungsbild der Befragten nicht ganz so scharf.

37 % der ÖsterreicherInnen meinen, daß der Europäischen Union durch die Erweiterung um die vier mitteleuropäischen Länder insgesamt gesehen mehr Vorteile erwachsen sind. 20 % sehen mehr Nachteile, 23 % antworten „weder noch", ein hoher Anteil von einem Fünftel der Befragten hat zu dieser Frage keine Meinung.

Ähnlich gestaltet sich die Einschätzung, ob jene österreichischen Regionen, die an die genannten Nachbarländer angrenzen, von deren EU-Mitgliedschaft profitiert haben. Dem stimmen 37 % zu, 25 % jedoch explizit nicht. Für 22 % halten sich Vor- und Nachteile die Waage, 16 % beziehen keine Stellung.

Knapp sechs von zehn Befragten (59 %) haben den Eindruck, daß Österreich und



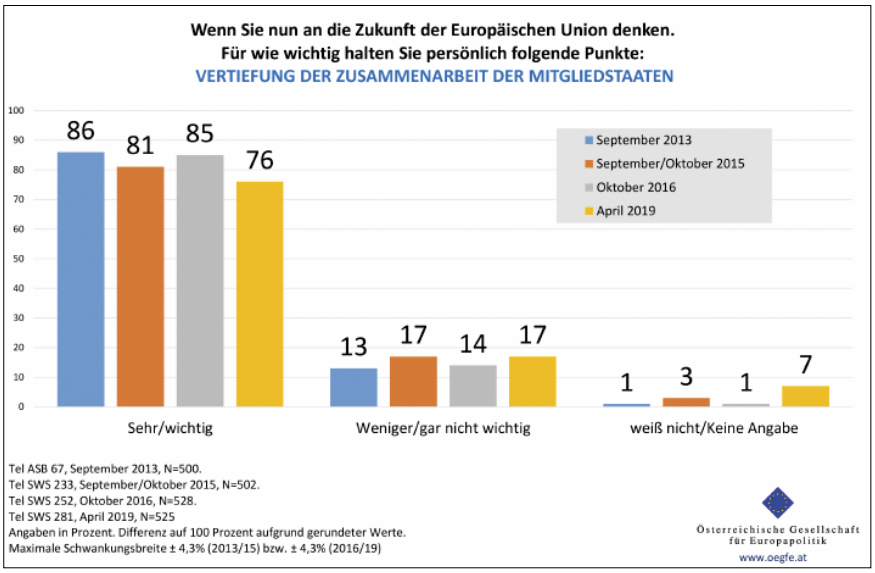
seine 2004 in die EU aufgenommenen Nachbarländer durch die gemeinsame Mitgliedschaft in der Union näher zusammengerückt sind. Ein Fünftel kann sich dieser Meinung nicht anschließen, ebenso hoch ist die Zahl jener, die zu dieser Frage keine Einschätzung wagen (21 % „weiß nicht/Keine Angabe“).

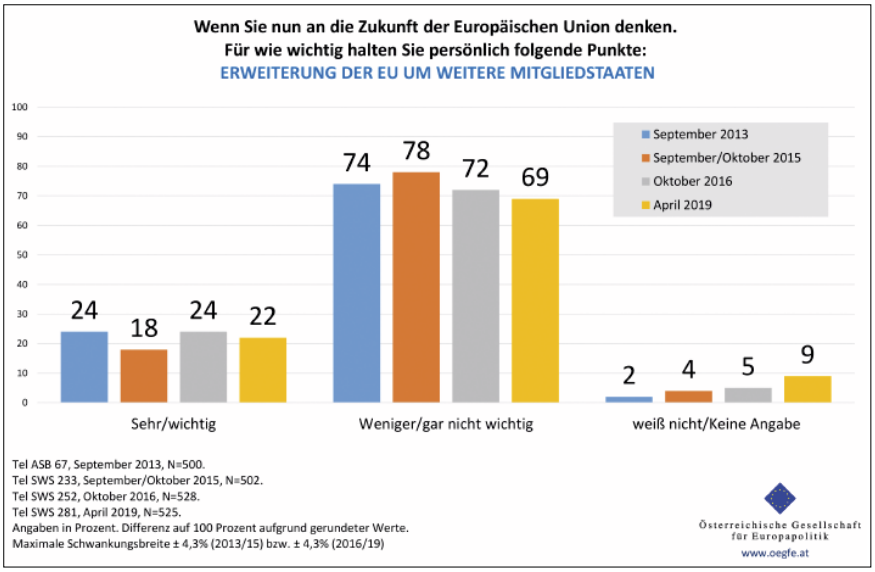
„Die EU-Erweiterung hat dazu beigetragen, daß die Nachbarländer einander näher gerückt sind. Ein Beweis für das verbindende Potential, das der EU von so manchem Skeptiker gerne abgesprochen wird. Für die Zukunft heißt es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, auch auf Ebene der Regionen, noch zu verstärken.“

Am 1. Mai 2011 öffnete sich der österreichische Arbeitsmarkt für tschechische, slowakische, ungarische und slowenische ArbeitnehmerInnen. Zeigten sich die ÖsterreicherInnen fünf Jahre nach diesem Datum einigermaßen skeptisch, so hat sich das Meinungsbild seither durchaus verbessert.

Im April 2016 gaben 16 % der Befragten an, daß die Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes „eher positive Auswirkungen“ mit sich gebracht hätte. Im April 2019 hat sich diese Zahl auf 32 % verdoppelt. Hatten vor drei Jahren noch 43 % die negativen Folgen überwiegen gesehen, so sind es heute 27 %. Kaum geändert dagegen hat sich die Zahl jener, die die Folgen der Öffnung des österreichischen Arbeitsmarkts eher neutral sehen und „keine wesentlichen Auswirkungen“ erkennen können (2016: 29 % | 2019: 26 %). Damals wie heute kann etwas mehr als ein Zehntel der Befragten zu diesem Punkt nicht Stellung beziehen (2016: 12 % | 2019: 15 %).

„Acht Jahre nach der Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für ArbeitnehmerInnen aus den Nachbarstaaten hat sich das Meinungsbild in Österreich leicht zum Positiven gewandelt. Die Wirtschaftslage stellt sich freundlicher dar als zum Zeitpunkt der letzten Umfrage vor drei Jahren. Ebenso hat sich die EU-Stimmung seither – 2016 stand die politische Debatte ganz im Zeichen der Migrationsherausforderung – deutlich verbessert. Der Anstieg des Arbeitskräftepotentials aus den Nachbarländern war gerade im ersten Jahr nach Beginn der Arbeitnehmerfreizügigkeit besonders hoch, flachte dann aber wieder ab. Ob sich diese Entwicklung fortsetzen wird, ist unsicher, schließlich haben einige der 2004 beigetretenen Länder selbst mit Arbeitskräftemangel zu kämpfen. Die Etablierung einer neuen Europäischen Arbeitsbehörde könnte jedenfalls dazu beitragen, Lohn- und Sozialdumping effizienter zu bekämpfen.“





Künftigen Erweiterungen der EU stehen die ÖsterreicherInnen weiterhin skeptisch gegenüber. 69 % halten diese für „weniger“ (37 %) oder „gar nicht“ (32 %) wichtig, wenn sie an die Zukunft der Europäischen Union denken. Lediglich ein Fünftel (22 %) bewertet eine Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang als „sehr“ (3 %) bzw. „eher“ wichtig (19 %). Das Meinungsbild in dieser Frage hat sich im Verlauf der letzten sechs Jahre – wie vier Vergleichsumfragen seit 2013 zeigen – kaum geändert.

Für deutlich dringender wird hingegen eine Vertiefung der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten gehalten. Insgesamt 76 % bezeichnen eine solche als „sehr“ (33 %) bzw. „eher“ wichtig (43 %), wenn es um die Zukunft der EU geht. 17 % messen dem „weniger“ (11 %) bzw. „gar keine“ (6 %) Wichtigkeit zu. Auch hier zeigen sich im Zeitverlauf keine relevanten Unterschiede im Meinungsbild der Befragten.

„Für die Europäische Union ist es hoch an der Zeit, sich – spätestens nach der Neuaufstellung der EU-Institutionen im Herbst – den eigentlichen Zukunftsfragen zu widmen und dabei eine einheitliche Linie zu finden. Obwohl die Aufnahme neuer Mitglieder in die Union aktuell nicht am Radar der ÖsterreicherInnen aufscheint, sollte die EU dennoch danach streben, die Länder Südosteuropas noch stärker zu unterstützen und Entwicklungen im Bereich der Demokratie und Rechtstaatlichkeit genau beobachten“, betont Schmidt. ■

http://www.oegfe.at

Die Umfrage wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) vom 4. bis 11. April 2019 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt (Tel SWS 281). Befragt wurden österreichweit 525 Personen per Telefon (repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahre/Gewichtung nach Geschlecht, Alter und Bildung). Maximale Schwankungsbreite ca. +/- 4,3 %. Differenz auf 100 % aufgrund gerundeter Werte bzw. „weiß nicht/Keine Angabe“. Vergleichsumfragen 2010 bis 2016: SWS.

25 Jahre NP Neusiedler See-Seewinkel / Fertö-Hanság

Eisenkopf: »Vorbild für grenzüberschreitende Zusammenarbeit«

Vor 25 Jahren, am 24. April 1994, wurde der Nationalpark Neusiedler See – Seewinkel / Fertö-Hansag mit einer Feier an der österreichisch-ungarischen Staatsgrenze offiziell eröffnet. Im Rahmen eines Festes wurde am 2. Mai das Jubiläum im Umweltbildungszentrum von Fertöujlak (Mexikopuszta) im Beisein von Natur- und Umweltschutzlandesräten Astrid Eisenkopf, Minister Nagy István, Maria Patek, Leiterin der Sektion III - Forstwirtschaft und Nachhaltigkeit im Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus in Vertretung von Bundesministerin Elisabeth Köstinger, und den Nationalpark Direktoren Johannes Ehrenfeldner (Burgenland) und Kulcsárné Roth Matthaea (Ungarn) begangen.

Das insgesamt mittlerweile rund 300 km² große Schutzgebiet, davon rund 90 km² auf burgenländischer Seite, ist nicht nur der erste grenzüberschreitende Nationalpark Österreichs, sondern auch der erste, der von der IUCN (Internationale Union zur Bewahrung der Natur) international anerkannt wurde. Auf burgenländischer Seite haben sieben Gemeinden Anteil am Nationalpark: Andau, Apetlon, Illmitz, Neusiedl/See, Podersdorf, Tadten und Weiden/See.

Die Gründung des gemeinsamen Nationalparks löste zahlreiche weitere grenzüberschreitende Naturschutzinitiativen wie die Gründung gemeinsamer Naturparks und andere Naturschutzaktivitäten aus.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Maria Patek und Viktoria Hasler, BM für Nachhaltigkeit und Tourismus Natur- und Umweltschutz, Landesrätin Astrid Eisenkopf, die Nationalpark-Direktoren Johannes Ehrenfeldner und Kulcsárné Roth Matthaea und der zweite Landtagspräsident Rudolf Strommer

Der Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel sei ein Erfolgsmodell und „ein Vorbild dafür, wie gut grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktionieren kann“, so Eisenkopf. Der Nationalpark trage viel zum Erhalt der Artenvielfalt bei. „Ich sehe es auch als Verpflichtung, die Natur, so wie wir sie übernommen haben noch in einem besseren Zustand weiterzugeben.“ Eisenkopf erinnerte auch daran, daß die Errichtung des Nationalparks ohne finanzielle Unterstützung der Europäischen Union kaum möglich gewesen wäre.

http://www.burgenland.at
http://www.nationalpark-neusiedlersee-seewinkel.at/

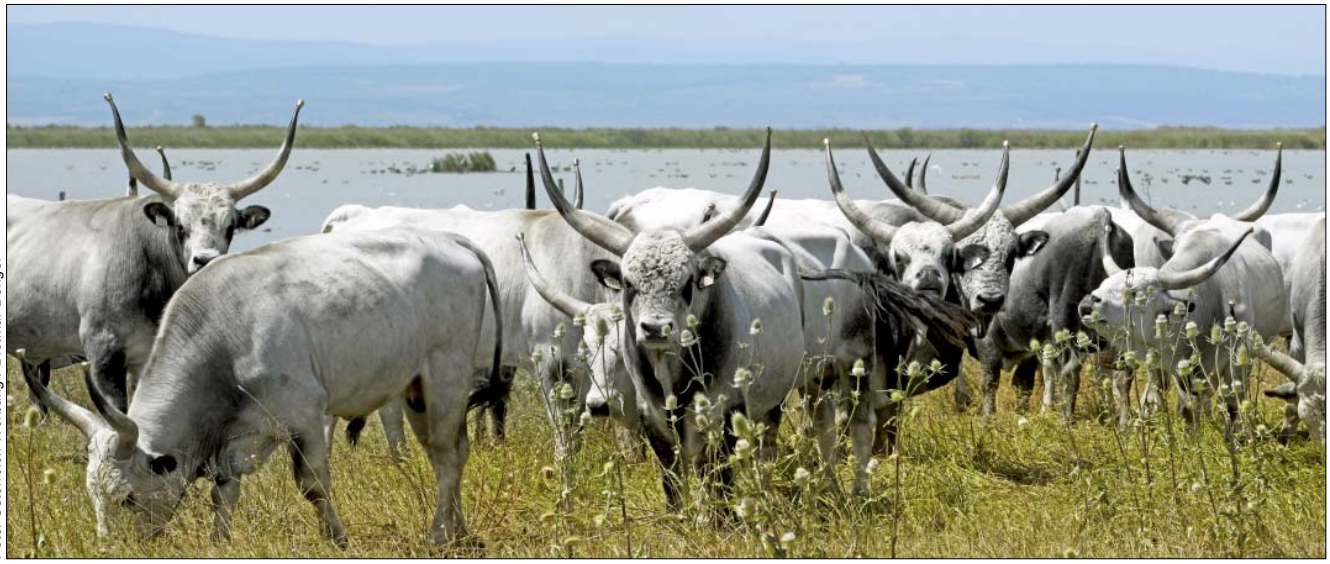


Foto: Österreich Werbung / Dietmar Denger

Steppenrinder im Nationalpark Neusiedler See – Seewinkel / Fertö-Hanság

»Kleiner Bruder« des Lindwurms steht nun in Dachau

Seit 45 Jahren verbindet die Kärntens Klagenfurt und die Kreisstadt Dachau eine aktive, gelebte Städtepartnerschaft. Nun wurde das Jubiläum gefeiert.

Foto: StadtPresse / Wedenig

Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz, Dachaus Oberbürgermeister Florian Hartmann, Vizebürgermeister Wolfgang Germ, Stadtrat Markus Geiger und Stadtrat Frank Frey feierten mit BürgerInnen und Musik der Klagenfurter und Dachauer Stadtkapellen das Jubiläum in Dachau.

Auf die Frage, ob Städtepartnerschaften heute noch zeitgemäß sind, kann ich aus voller Überzeugung sagen: städtepartnerschaftliche Aktivitäten stellen nicht nur eine Bereicherung für alle Beteiligten dar, sie sind eine wichtige Basis für ein friedliches Miteinander, für die gegenseitige Verständigung und für den Abbau von Vorurteilen. Das ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je“ – mit diesen Worten unterstrich Klagenfurts Bürgermeisterin Maria-Luise am 7. April beim Festakt in Dachau die große Bedeutung von städtepartnerschaftlichen Verbindungen. Als sichtbares Zeichen der 45 Jahre dauernden Freundschaft der beiden Städte wurde auf dem Klagenfurter Platz eine Miniatur des Klagenfurter Lindwurms aufgestellt, was den Dachauer Oberbürgermeister Florian Hartmann mit Freude und Stolz erfüllte: „Mögen hier auch in Zukunft die Menschen aus unseren beiden Städten gemeinsam feiern, sich begegnen und diese großartige Städtepartnerschaft weiter vertiefen und mit Leben erfüllen“.

Im Anschluß an die Enthüllung des Lindwurms trug sich die Bürgermeisterin im Beisein von Vizebürgermeister Wolfgang Germ, Stadtrat Markus Geiger und Stadtrat Frank Frey in das Goldene Buch der Kreisstadt Dachau ein. Umrahmt wurde der Festakt von der Bundesbahner Stadtkapelle Klagenfurt, die heuer ihr 100jähriges Vereinsjubiläum feiert.

Mathiaschitz und Hartmann zeigten sich erfreut über die jahrzehntelange Verbindung der beiden Städte: „Das Schöne an dieser Städtepartnerschaft war und ist: Von Anfang an entwickelten sich sofort zahlreiche Kontakte und Freundschaften zwischen Vereinen, Austauschprogramme wurden umgesetzt und Veranstaltungen ins Leben gerufen: im Brauchtum, in der Kultur, im Sport, zwischen Rathausmitarbeitern und in vielen Bereichen, in den letzten Jahren auch verstärkt in der Erinnerungsarbeit“, so Hartmann.

Klagenfurt und Dachau haben in den letzten 45 Jahren bewiesen, daß gelebte Städtepartnerschaft ein ausgesprochen bewährtes Werkzeug für die Aufarbeitung der Vergangenheit und für echte Freundschaft und gegenseitigen Respekt ist. Die Stadt Dachau hatte jahrzehntelang große Identifikationsprobleme mit ihrem ungewollten KZ-Erbe. Auch die Stadt Klagenfurt war durch die in der Nazi-Zeit errichteten Außenlager des KZ-Mauthausen historisch belastet. „Aus der Geschichte lernen, sich der Aufarbeitung der grauenhaften Vergangenheit der Nazi-Zeit widmen, durch gemeinsame Manifestationen bei Gedenkveranstaltungen, bei Begegnungen mit Überlebenden und Zeitzeugen, bei Holocaust-Gedenktagen, bei Stolpersteinen, bei Jugendbegegnungen alle Formen von Intoleranz in unserer Gesellschaft entgegentreten – das ist und bleibt unsere Aufgabe“, betonte Mathiaschitz.

Dachau ist Kreisstadt, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Mittelpunkt des Dachauer Landes. Von der bayrischen Hauptstadt München ist es nur wenige Kilometer entfernt. Dachau liegt direkt an der Amper, die südlich der Altstadt vorbei fließt. Das Stadtgebiet umfaßt rund 135 Quadratkilometer, an die

48.000 BürgerInnen leben hier. Ab Mitte des 19. bis zu den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts war Dachau bedeutende Künstlerstadt und wurde oft in einem Atemzug mit den Worpswede und Barbizon genannt. Untrennbar mit der Stadtgeschichte verbunden sind bekannte Künstlernamen wie Carl Spitzweg, Max Liebermann, Lovis Corinth oder Adolf Hölzel. Mit dem Ersten Weltkrieg verarmte die Stadt und bald kamen noch schlimmere Zeiten. 1933 errichteten die Nationalsozialisten hier das erste Konzentrationslager, heute ist es Gedenk- und Mahnstätte sowie Erinnerungsort. Die Stadt hat es sich zur Aufgabe gemacht mit aktiver Erinnerungsarbeit dem Vergessen entgegenzuwirken. ■

http://www.klagenfurt.at/
https://www.dachau.de/

Ökologische Visitenkarte aus Niederösterreich in Brüssel

Über 49 Millionen Europäer leben in »Natur im Garten«-Regionen. Niederösterreich ist Vorreiter beim ökologischen Gärtnern.

Für die Stärkung der Positionierung von Niederösterreich als ökologisches Gartenland Nummer eins in Europa wurde in der Ständigen Vertretung Österreichs in Brüssel ein bepflanztes Hochbeet realisiert. „Mit dieser Maßnahme, die quasi eine ökologische Visitenkarte in Brüssel ist, wollen wir die blau-gelbe ‚Natur im Garten' Idee noch stärker in Europa positionieren sowie gezielt auf unsere Naturjuwele und unsere Jahrhunderte lange Gartenkultur hinweisen", so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. „Niederösterreich ist immer einen Besuch wert, wie die über drei Millionen Besucherinnen und Besucher aus der ganzen Welt in den niederösterreichischen Schaugärten beweisen", betonte die Landeshauptfrau.

„Unser Igel ist Europäer geworden", sagte Landesrat Martin Eichtinger stolz. „Die Idee der ökologischen Gartenpflege hat Europa erobert. Über 49 Millionen Menschen in Regionen von sechs Nationen können ihren Garten nach unseren Kriterien zertifizieren lassen. Die Idee der ökologischen Gartenpflege ist es wert, daß sie in ganz Europa aktiv verfolgt und gelebt wird – für die Zukunft unserer Kinder und unserer Umwelt", so Eichtinger.

„Wir bedanken uns sehr herzlich beim Land Niederösterreich, daß die Ständige Vertretung Österreichs in Brüssel für ‚Natur im Garten' ausgewählt wurde. Unser rot-weißrotes Team bekommt damit im Büro einen ökologischen Garten mitten in Brüssel. Der Garten wird unseren oft grauen Arbeitsalltag bunter machen und wir werden ihn als Quelle und Ansporn für positive und nachhaltige Ideen nutzen", so Botschafter Nikolaus Marschik.

Foto: NLK / Filzwieser

Natur im Garten-Igel in Brüssel gelandet: Landesrat Martin Eichtinger, Botschafter Nikolaus Marschik und Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner

Die Aktion „Natur im Garten"

Erste Schritte zu einer Naturgarteninitiative in Niederösterreich wurden 1996 getan, als ein Arbeitsprogramm ausgearbeitet wurde, in dem sich sich die drei Träger der Aktion, die Koordinierungsstelle für Umweltschutz, „die umweltberatung" und die Agrarbezirksbehörde auf ein gemeinsames Ziel einigten: Bedeutung und Vorteile einer naturnahen Gestaltung und umweltschonenden Bewirtschaftung von Gärten und Grünräumen bewußt zu machen, interessierte KundInnen am Telefon und vor Ort zu beraten, Praxisbeispiele mittels Schaugärten und Modellprojekten zu präsentieren und am Gartenmarkt umweltfreundliche Initiativen zu setzen. Das Projekt erhielt einen Namen: „Unsere Gärten – natürlich lebendig" und der Igel wurde zum Wappentier.

Gestartet wurde die neue Gartenbewegung erst 1999: Mit der Genehmigung eines EU-Life Projektes mit den Inhalten der Naturgartenaktion und dem Engagement des damaligen Umweltlandesrats Wolfgang Sobotka wurde die Aktion mit den entsprechenden finanziellen und strukturellen Mitteln des Landes ausgestattet. Der Aktionstitel „Natur im Garten – gesund halten, was uns gesund hält" wurde gefunden, die Marke kreiert und die grundlegende Struktur des Erfolgskonzeptes geschaffen, die bis heute Gültigkeit hat. Als wichtigste erste Schritte standen fest: Eine Ratgeber-Sammelmappe informierte die ersten Interessierten umfangreich. Ein Gartentelefon für alle Gartenfragen wurde aufgebaut und eine Beratung in den Gärten vor Ort organisiert.

Heute ist „Natur im Garten" ein breites Netzwerk von Partnerbetrieben, Schaugärten und Gartenplanern, die das Bewußtsein für naturnahes Gärtnern einer breiten Bevölkerung vermittelt. In Niederösterreich wurden schon über 15.000 „Natur im Garten"-Plaketten an private HausgartenbesitzerInnen verliehen.

Diese Plaketten werden auch in Deutschland, Südtirol, Tschechien, in der Schweiz und in der und Slowakei an NaturgärtnerInnen vergeben. ■

http://www.noel.gv.at
https://www.naturimgarten.at/

Sigl besucht mit Polens Parlamentspräsidenten Mauthausen

Zu einem gemeinsamen Gedenken an die 37.000 polnischen Opfer des KZ Mauthausen und seiner Nebenlager trafen sich die Präsidenten der beiden Kammern des polnischen Parlaments Marek Kuchcinski und Stanislaw Kaczewski und die polnische Botschafterin Jolanta Roza Kozlowska am 8. April mit Oberösterreichs Landtagspräsidenten KommR Viktor Sigl.

„Gerade weil wir uns die Brutalität der Täter und die Leiden der Opfer nicht vorstellen können, müssen wir uns erinnern und diese Erinnerungen an das Geschehene wach halten. Die Gedenkorte Mauthausen und Gusen sowie all die Nebenlagern sind Orte, an denen ein würdiges Gedenken ermöglicht wird – und zwar jeder Besucherin/jedem Besucher, egal welcher Nationalität. Die Gedenkstätten verdeutlichen aber auch, daß Demokratie Wachsamkeit braucht gegenüber allem, was einem neuen Extremismus den Weg bereiten könnte“, betonte der Landtagspräsident.

Die Vergangenheit in eine Beziehung zur Gegenwart und Zukunft zu setzen, um Lehren aus ihr zu ziehen, das sei der Sinn des Erinnerns. Entscheidend sei dabei, daß die Vergangenheit nicht zum Museum werde.

Foto: Land OÖ / Daniel Kauder

Im KZ Mauthausen (v.l.): Landtagspräsident Viktor Sigl, Präsident Stanislaw Kaczewski, Präsident Marek Kuchcinski und Polens Botschafterin in Österreich, Jolanta Roza Kozlowska

„Das Geschehene muß Teil unserer Gegenwart bleiben und die Lehren aus der Vergangenheit gehören zur Grundlage unseres Selbstverständnisses. Dazu verpflichtet uns sowohl die Verantwortung gegenüber den Toten, aber auch der Respekt vor den Überlebenden“, so Sigl. „Wir müssen den Jugendlichen die Zusammenhänge immer wieder erklären. Darum ist die Schärfung des historischen Bewußtseins eine wichtige politische und kulturelle Erklärung. Das sind wir den Opfern schuldig.“ ■

http://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.mauthausen-memorial.org/

Stelzer unterstützt Entwicklungszusammenarbeitsprojekt

St. Martin im Mühlkreis: In der Vorweihnachtszeit führten die SchülerInnen und Schüler der Neuen Mittelschule St. Martin im Mühlkreis die Aktion „Wohlstand teilen“ durch und sammelten für die Volksschule und das Kinderheim „St. Matiya Mulumba Home of Hope“ in Uganda Spenden.

Die SchülerInnen kauften symbolisch Nahrungsmittel, Kleidung und Bedarfsgegenstände für das Projekt ein und klebten diese auf ein für alle sichtbares Plakat in der Schule: Landeshauptmann Thomas Stelzer konnte sich bei seinem Besuch in der Schule von dieser sichtbaren Symbolik überzeugen, er hatte die Spendeneinnahmen des Projekts mit 2000 Euro aus den Mitteln der Aktion „Fair Play“ der Entwicklungszusammenarbeit verdoppelt. „Entwicklungszusammenarbeit war dem Land Oberösterreich immer ein großes Anliegen und es freut mich, daß sich die SchülerInnen bereits in ihren jungen Jahren derart engagieren. Daß es uns in Oberösterreich so gut geht ist nicht selbstverständlich, es ist daher auch unser Auftrag, den anderen, denen es nicht so gut geht, vor Ort zu helfen“, so der Landeshauptmann.

Foto: Land OÖ / Denise Stinglmayr

Bgm. Wolfgang Schirz, Landeshauptmann Thomas Stelzer, Projektbetreuerin Dipl-Päd. Eva Aufreiter und Direktor HD Manfred Spenlingwimmer mit SchülerInnen der NMS St. Martin

Insgesamt sammelten die SchülerInnen in der Vorweihnachtszeit 1.846,20 Euro, durch die Unterstützung des Landeshauptmanns kamen nochmals 2.000 Euro hinzu. Die Weihnachtsaktion wurde mit dem Ziel veranstaltet, die Versorgung der Kinder im Projekt „St. Matiya Mulumba Home of Hope“ sicherzustellen. ■

http://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.nms-sankt-martin.at/

In Kroatien für Salzburg gelernt

Internationale Katastrophenschutz-Übung in Cres unter Salzburger Federführung

Foto: Landesfeuerwehrkommando Salzburg

Gruppenfoto der österreichischen Feuerwehrmänner bei der Internationalen Katastrophenschutzübung auf der kroatischen Insel Cres

Im Ernstfall alles richtig machen. Dazu ist nicht nur eine fundierte Aus- und Weiterbildung notwendig, sondern auch laufende Praxis angesagt. Feuerwehrleute aus Salzburg haben dies bei einer internationalen Katastrophenschutzübung auf der kroatischen Insel Cres getan: 52 Stunden Waldbrandbekämpfung. „Wenn du da bestehst, dann regt dich daheim bei einem Einsatz nichts mehr auf“, ist der Tennengauer Abschnittsfeuerwehrkommandant Markus Kronreif aus Abtenau – er war Teamleiter des österreichischen Kontingents bei „Cresex“ – überzeugt. 69 Mitglieder der Kat-Züge aus Salzburg, Niederösterreich und der Steiermark – unter Salzburger Federführung – waren mit 21 Fahrzeugen im Einsatz, gemeinsam mit mehr als 200 weiteren Kollegen aus Kroatien, Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland, Rumänien und Bulgarien.

Erste große Waldbrandübung der EU überhaupt

650 Kilometer Anreise, fast elf Stunden im Auto, dann drei Tage Übung und nur wenig Schlaf – warum macht man das eigentlich? Österreich hat sich in Brüssel dazu verpflichtet, an einer bestimmten Zahl an internationalen Übungen teilzunehmen „Es war die erste große Waldbrandübung der EU überhaupt. Das war für uns besonders interessant und wir haben uns gleich gemeldet“, erklärt Kronreif, denn: „So etwas haben wir noch nie im Ausland und unter internationaler Beteiligung geübt.“

Und nachdem Salzburg – was die Übungserfahrung betrifft – eine gewisse Vorreiterrolle im Bundes-Feuerwehrverband hat, stand das österreichische Kontingent unter seinem Kommando.

„Das war Dienst unter erschwerten Verhältnissen. Wir waren mit überraschenden, ungewöhnlichen Aufgabenstellungen konfrontiert, mußten flexibel arbeiten und findig sein. Nach einer solchen Übung ist jeder mit seinem Gerät auf ‚Du und Du‘. Das bringt uns natürlich enorm viel, auch für die Einsätze zuhause“, schildert der Abschnittsfeuerwehrkommandant den Benefit für die tägliche Arbeit in der Heimat.

Bestens »zusammengespielt«

Ein Übungsziel war es auch, die Zusammenarbeit der Landesfeuerwehrverbände zu intensivieren. „Es hat völlig problemlos funktioniert und ist ein Beweis für die hohen Qualitätsstandards der Feuerwehren in Österreich“, betont Kronreif. Quasi wie am Schnürchen lief dabei auch die Kooperation innerhalb des achtköpfigen salzburgisch-niederösterreichisch-steirischen Führungsteams ab. „Das sind alles Kollegen mit internationaler Ausbildung. Wir waren bestens ‚zusammengespielt‘“, so Kronreif.

Kat-Züge und 250 Feuerwehr-Experten

Insgesamt verfügt Salzburg über einen Pool von 250 bestausgebildeten Feuerwehr-Experten für Katastrophenfälle. Außerdem gibt es noch die Kat-Züge des Landes. Je nach Größe hat jeder Bezirk eine oder zwei dieser Einheiten mit je rund 40 Personen und sieben bis acht Fahrzeugen zu stellen. 28 Mann aus allen Gauen des Landes waren in Cres mit dabei. Für Landeshauptmann Wilfried Haslauer ist klar: „In Salzburg haben wir hervorragend ausgebildete Feuerwehrleute und ein insgesamt sehr gut organisiertes und ausgerüstetes Feuerwehrwesen.“ Das Land unterstützt diese bestmöglich beim Ankauf von Fahrzeugen und anderen Spezialgeräten für die immer vielfältigeren Aufgaben – auch im Ernstfall im Ausland.

Nachbarschaftshilfe bei Katastrophen

So waren Mitglieder der Salzburger Kat-Züge mit Notstromaggregaten und Hochleistungspumpen vor fünf Jahren bei unseren südlichen Nachbarn im Einsatz: nach einem Eisregen im Winter 2014 in Slowenien zur Stromversorgung und dann im Sommer desselben Jahres bei der Hochwasserkatastrophe in Serbien. Auch heuer im Jänner haben zwei Salzburger Kat-Züge „drent“ in Bayern nach den enormen Schneefällen geholfen.

Wie in einer großen Familie

Damit das „Retten, Bergen, Löschen und Schützen“ weiterhin so schlagkräftig und professionell praktiziert werden kann, wird laufend weiter geübt: egal ob im eigenen Ort, gemeinsam mit den Kollegen aus der Nachbargemeinde – etwa bei einer Waldbrandübung auf dem Zinkenkogel in Hallein Ende April, bezirksweise oder national – bei der nationalen Übung „Lentia“ Anfang Oktober in der oberösterreichischen Landeshauptstadt. Und dabei spielt noch ein weiterer Faktor eine ganz entscheidende Rolle: die Gemeinschaft, denn: „Am Ende ist es fast wie in einer großen Familie“, bringt es Markus Kronreif auf den Punkt. ■

https://www.salzburg.gv.at/
https://www.lfv-sbg.at/

Abkommen mit Département de la Vienne erneuert

Das Land Steiermark erneuerte sein Kooperationsabkommen mit der westfranzösischer Region

Steiermarks Europalandesrätin Barbara Eibinger-Miedl und Bildungslandesrätin Ursula Lackner unterzeichneten am 25. April in Poitiers mit dem Präsidenten des Département de la Vienne, Bruno Belin, ein weiteres Partnerschaftsabkommen zwischen der Steiermark und der westfranzösischen Region. Die seit 1995 bestehende Zusammenarbeit, bei der bisher vor allem gemeinsame Projekte in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur im Mittelpunkt standen, soll künftig auch in der Energie- und Umwelttechnik intensiviert werden.

Die Regionspartnerschaft mit la Vienne ist die längste und eine der erfolgreichsten des Landes Steiermark. „Wir arbeiten mit dem Département de la Vienne seit 1995 in unterschiedlichen Bereichen sehr eng zusammen und es konnten zahlreiche Projekte umgesetzt werden, von denen beide Regionen profitieren“, so Landesrätin Eibinger-Miedl, die besonders den neuen Schwerpunkt der Energie- und Umwelttechnik im Abkommen betont: „Wir setzen in der Steiermark seit vielen Jahren auf den Ausbau grüner Technologien und haben in diesem Bereich sehr innovative, international erfolgreiche Unternehmen. Unser Green Tech Cluster wurde bereits mehrfach als weltbester Umwelttechnik-Cluster ausgezeichnet. Hier gibt es großes Interesse von französischer Seite an einer engen Zusammenarbeit. Ich freue mich daher sehr, daß wir die bisher so erfolgreiche Partnerschaft mit dem Département de la Vienne in Zukunft noch erweitern können!“

Bildungslandesrätin Ursula Lackner verwies auf die lange Tradition an erfolgreichen gemeinsamen Projekten im Bildungsbereich: „Schon bisher hat diese Kooperation vielen steirischen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben, Bildungsangebote über die österreichischen Grenzen hinaus in Anspruch zu nehmen, sei es über Schüleraustauschprogramme, Direktoren- und Lehreraustausch, verschiedene Jugendaktivitäten oder EU-Programme. Diese Zusammenarbeit wollen wir nun ausbauen und auch digitale Kooperationsmöglichkeiten einfließen lassen. Es gibt zahlreiche Ideen und für beide Seiten interessante Ansatzpunkte, die in den nächsten Wochen und Monaten in konkrete Pläne und Angebote verpackt werden“, so Lackner, die auch Präsidentin der Bildungsdirektion Steiermark ist.

Foto: Land Steiermark

Europalandesrätin Barbara Eibinger-Miedl (l.) und Bildungslandesrätin Ursula Lackner überreichen das Schreiben des Landeshauptmanns mit dem Unterstützungsangebot für den Wiederaufbau der Notre Dame an den Weihbischof von Paris, Monseigneur Denis Jachiet. Mit dabei: der Österreichs Botschafter in Frankreich, Michael Linhart

Steiermark bietet Know-How beim Wiederaufbau von Notre-Dame an

In Paris überreichten die beiden Landesrätinnen gemeinsam mit dem österreichischen Botschafter Michael Linhart ein Schreiben von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an den Weihbischof von Paris, Monseigneur Denis Jachiet, in dem die Steiermark ihre Unterstützung beim Wiederaufbau von Notre-Dame anbietet. In dem von Landesrat Johann Seitinger initiierten Schreiben wird auf das Know-How und die Leistungen der steirischen Holzwirtschaft sowie von heimischen Forschungseinrichtungen verwiesen. Der Weihbischof schilderte seine Wahrnehmungen über den Brand in der berühmten Kathedrale und die Pläne für den Wiederaufbau.

Langjährige erfolgreiche Partnerschaft

Die Steiermark und das Département de la Vienne haben seit 1995 ein Partnerschaftsabkommen. Die Kooperation war bisher vor allem von gemeinsamen Projekten in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur geprägt. Neben zahlreichen Austauschprogrammen arbeiten beispielsweise die Universitäten Graz und Poitiers seit vielen Jahren eng zusammen. Die Fachhochschule Joanneum hat seit 2007 eine Partnerschaft mit der ENSMA (École Nationale Supérieure en Mécanique et Aéronatique), einer der führenden Ausbildungsstätten für Luftfahrttechnik in Frankreich.

Das Département de la Vienne liegt im Westen Frankreichs. Es hat rund 437.000 EinwohnerInnen, 150.000 leben in der Hauptstadt Poitiers.

La Vienne gehört zur Region Nouvelle-Aquitaine, die als flächenmäßig größte Region Frankreichs insgesamt 12 Départements umfaßt. ■

https://www.verwaltung.steiermark.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/D%C3%A9partement_Vienne

Tiroler Know-How punktet in Japan

Land Tirol fördert »SynCraft. Das Holzwerk« mit 318.000 Euro

Bald liefert ein Holzkraftwerk „made in Tirol“ Energie am anderen Ende der Welt: Die Firma SynCraft konzipiert hocheffiziente Holzkraftwerke. Ein Millionenprojekt wird nun – nach Kraftwerksbauten in Innsbruck, Vorarlberg und Südtirol – auch in Japan realisiert. Möglich machen diese Erfolgsgeschichte unter anderem die Förderungen des Landes Tirol, die seit 2009 in Summe 318.000 Euro betrugen. „SynCraft ist ein beeindruckendes Beispiel für ein Tiroler Unternehmen, das durch seine Innovationskraft besticht und damit in Übersee nun höchst erfolgreich ist“, erklärte Wirtschaftslandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf beim Besuch des Unternehmenssitzes in Schwaz. SynCraft-Geschäftsführer Marcel Huber betonte: „Die Förderungen des Landes waren neben den Förderungen des Austria Wirtschafts Service (AWS) und der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) ein wichtiger Faktor für unsere erfolgreiche Entwicklung.“

Mithilfe des AußenwirtschaftsCenters Österreich und durch eine Messe in Nagano kam SynCraft in Kontakt mit ihren heutigen japanischen Partnern von „Forest Energy“. Bereits nach eineinhalb Jahren wurde der große Deal vereinbart. „Für japanische Verhältnisse ist das ein sehr schneller Geschäftsabschluß und zeigt, daß die Tiroler mit ihrem Produkt überzeugen konnten“, analysiert Zoller-Frischauf, die den Wirtschaftskontakt heimischer Betriebe mit japanischen Unternehmen und die dabei einhergehenden Gepflogenheiten gut kennt.

v.l.: Karl Heinz Greil (GF Stadtwerke Schwaz), Marcel Huber (GF SynCraft), LR Patrizia Zoller-Frischauf und Rainer Seyrling (Vorstand Landesabteilung Wirtschaft und Wissenschaft)

Fotos: Land Tirol/Kathrein

Ein SynCraft-Biomasseheizkraftwerk, das als Entwicklungsplattform der Schwebebettvergasungstechnologie und für alternative, biogene Rohstoffe wie Rinde, Stroh und Altholz fungiert

Wertschöpfung bleibt in Tirol

In Sachen Firmenphilosophie versteht sich SynCraft als 100prozentiger Tiroler Betrieb. „Wir haben hier in Tirol unsere Basis und arbeiten mit regionalen Lieferanten zusammen. Dabei ist es egal, ob wir in Österreich oder in Japan Projekte realisieren“, betont Huber. Zoller-Frischauf freut das: „Damit ist gesichert, daß die Wertschöpfung zu einem guten Teil im Land und bei heimischen Betrieben bleibt – auch bei einem Kraftwerksbau in Übersee.“ Ein Holzkraftwerk von SynCraft kann zwischen 400 und 4.000 Haushalte versorgen. „Mit Holz verwenden wir einen nachwachsenden Rohstoff. Das Kraftwerk funktioniert auf Knopfdruck und ist nicht von Wind oder Sonne abhängig“, informiert Huber. Beim Betrieb entstehen keine Emissionen – im Gegenteil. Das Ne–benprodukt in Form von hochwertiger Holzkohle stellt de facto gespeichertes CO_2 dar und eignet sich zusätzlich als Bodendünger oder zum Grillen. Es findet auch in der Tierfütterung als Bio-Futterzusatz Verwendung. Mit dieser Entwicklung ist SynCraft eine Negativ-Emission-Technologie gelungen.

Innovations- und Technologieförderung des Landes Tirol

Die Fördermittel für SynCraft, die eine Ausgründung des Management Centers Innsbruck (MCI) ist, stammen aus der Innovations- und Technologieförderung des Landes. Ein Teil davon wurde über das Förderungsprogramm Regionale Kompetenzzentren (K-Regio) ausgeschüttet, das über die Standortagentur Tirol abgewickelt wird. „Ziel der Unterstützung ist eine höhere Innovations- und Technologieentwicklungstätigkeit der kleinstrukturierten Tiroler Wirtschaft. Damit erhöhen wir die Wettbewerbsfähigkeit und sichern das nachhaltige Wachstum“, erläutert Zoller-Frischauf.

https://www.tirol.gv.at/
http://www.syncraft.at/

Österreich, Europa und die Welt

Vorarlberg braucht ein wirtschaftlich leistungsfähiges Europa

Hochrangige internationale Spitzenvertreter aus Politik und Wirtschaft unterhielten sich bei Europa Forum Lech über wichtige europäische Zukunftsfragen

Foto: VLK / Bernd Hofmeiste

Lech war einmal mehr Plattform für einen hochkarätigen Austausch von zahlreichen Politikern und CEOs – Gruppenfoto mit Günther H. Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, und Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner

Wenige Wochen vor den Wahlen zum Europäischen Parlament fand in Lech das 8. Europaforum statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Europas Werte und die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Jahren. „Die EU hat Europa Friede, Wohlstand und eine starke wirtschaftliche Position gebracht. Das ist keine Selbstverständlichkeit, auch wenn das heute gern vergessen wird. Europa muß sich aber weiterentwickeln und auf die bevorstehenden Herausforderungen bürgernahe Antworten entwickeln“, betonte Landeshauptmann Markus Wallner am 12. April anläßlich des Abschlusses des Europa Forum Lech.

Die zum bereits achten Mal unter der Patronanz von EU-Kommissar Günther H. Oettinger stattfindende Veranstaltung führte wiederum zahlreiche hochrangige europäische Spitzenvertreter aus Wirtschaft und Politik in die Arlberggemeinde. Das Europaforum wurde intensiv genutzt, um mehrere, auch für Vorarlberg bedeutende politische und wirtschaftliche Fragestellungen zu thematisieren. Einen Schwerpunkt in den Impulsvorträgen und Diskussionen bildete die europäische Wirtschaft.

Wallner: Politische und wirtschaftliche Stabilität bedingen einander

Zehn Jahre nach der Finanzkrise steht Europa wirtschaftlich wieder auf starken Beinen. Das Wirtschaftswachstum liegt europaweit im Schnitt bei zwei Prozent, die Arbeitslosigkeit ist auf das niedrigste Niveau seit dem Jahr 2000 gefallen. Vorarlberg hat als eine der erfolgreichsten Regionen Europas diese Daten sogar noch übertroffen. „Als stark exportorientierter Standort ist die wirtschaftliche Stabilität Europas für Vorarlberg von großer Bedeutung. Der europäische Binnenmarkt ist mit Abstand unser wichtigster Absatzmarkt“, erinnerte Wallner. „Vorarlberg hat von der EU-Mitgliedschaft sehr stark profitiert. Das Exportvolumen hat sich innerhalb von zwei Jahrzehnten mehr als vervierfacht. 2017 wurde erstmals die 10-Milliarden-Marke überschritten.“

Deutlich handlungsfähiger müsse die EU aber in anderen Bereichen werden: bei der inneren Sicherheit, in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Stichwort: Schutz der Außengrenzen –, in der Forschung und Innovation sowie auch bei der wichtigen Zukunftsfrage Digitalisierung. „Wir müssen den Menschen die Vorteile der EU näher bringen und das Feld nicht den Populisten und Europaskeptikern überlassen. Denn politische und wirtschaftliche Stabilität bedingen einander“, erklärte Wallner.

Lech als Plattform für hochkarätigen Austausch zu Europa

Bürgermeister Ludwig Muxel zeigte sich erfreut darüber, daß Lech einmal mehr als Plattform für einen hochkarätigen Austausch von zahlreichen Politikern und CEOs fungiert hat. „Lech bietet ausgezeichnete Rahmenbedingungen für einen fruchtbaren Austausch. Umso mehr freut es mich, daß Lech auch im kommenden Jahr vom 16. bis 17. April wieder hochrangige Gäste zum Europaforum begrüßen wird!“ ■

https://vorarlberg.at/
https://ec.europa.eu/

150 Jahre Japan-Österreich mit Wien-Schwerpunkt

WienTourismus sowie das Wien Museum, das Belvedere und das Kunsthistorische Museum Wien begehen das Jubiläum »150 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Japan und Österreich«.

Vor 150 Jahren – im Oktober 1869 – wurde der österreichisch-japanische Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag unterzeichnet und damit der Grundstein für einen intensiven Austausch zwischen Japan und Österreich gelegt. WienTourismus und drei Wiener Museen nützen dieses Jubiläum, um Wien in Japan noch stärker als vielfältige Kulturdestination zu positionieren. „Eine Stadt besuchen. Kulturelle Schätze aus ganz Europa entdecken“ – so lautet die Botschaft des WienTourismus, die mittels Out-of-home- und Digitalkampagne im April, Mai und Oktober in Tokio ausgespielt wird. Untermauert wird der Slogan durch Gastausstellungen des Wien Museums, des Belvedere und des Kunsthistorischen Museums, die zwischen April 2019 und Jänner 2020 in Tokio, Osaka und Toyota zu sehen sind. Das Wien Museum am Karlsplatz schickt einige seiner bedeutendsten Werke aus der permanenten Ausstellung auf Reisen, das KHM präsentiert Schätze der Habsburg-Monarchie und das Belvedere zeigt Schlüsselwerke von Gustav Klimt (u.a. „Judith“), der sich immer wieder von japanischer Kunst hat inspirieren lassen.

Foto: WienTourismus / M. Kumekawa

v.l.: Gerhard Hirczi (Geschäftsführer Wirtschaftsagentur Wien), Tourismusdirektor Norbert Kettner, Stadträtin Veronica Kaup-Hasler, Botschafter Hubert Heiss und Stadtrat Peter Hanke.

Hanke und Kettner launchten Wien-Kampagne in Tokio

Als Auftakt luden Wiens Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke, Tourismusdirektor Norbert Kettner und Botschafter Hubert Heiss am 22. April MultiplikatorInnen aus Wirtschaft, Kultur und Reisebranche sowie JournalistInnen zu einem Wien-Abend in die Österreichische Botschaft in Tokio. Stadtrat Peter Hanke, der im Rahmen einer Delegationsreise der Stadt Wien zur Vertiefung wirtschaftlicher Beziehungen nach Japan gekommen war, berichtet: „Die Nächtigungen aus Japan sind im vergangenen Jahr um 12 Prozent auf knapp 300.000 gestiegen, mehr als drei Viertel davon entfielen auf 4- und 5-Sternehotels. Das zeigt deutlich, wie wichtig japanische Gäste als Wirtschaftsfaktor sind und wie sehr sie sich für Wiens Premiumangebote interessieren.“ Kettner ergänzt: „Städtereisende aus Japan sind äußerst kulturaffin, sehr informiert und zählen seit Jahrzehnten zu erklärten Wien-Fans. Zum aktuellen Jubiläum zeigen wir gemeinsam mit dem Wien Museum, dem Belvedere und dem KHM Wiens enorme kulturelle Bandbreite, was die Begeisterung an unserer Stadt weiter schüren wird.“

Foto: WienTourismus / Paul Bauer, Unteres Belvedere

Kampagnensujet, Unteres Belvedere. Deutsch: »Eine Stadt besuchen. Kulturelle Schätze aus ganz Europa entdecken.«

Wiens Kulturschaffende waren beim Launch-Event prominent vertreten durch Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler, Stella Rollig, Generaldirektorin des Belvedere, und Matti Bunzl, Direktor des Wien Museums. Zu den weiteren Gästen des Wien-Events zählten Walter Ruck, Präsident der Wirtschaftskammer Wien, und Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien. Für die musikalische Umrahmung des Abends sorgte das Kammermusikensemble „Toyota Master Players, Wien“ mit Mitgliedern der Wiener Philharmoniker.

Umfassende Wien-Kampagne

Der aktuelle Wien-Schwerpunkt in Japan umfaßt neben der Out-of-home- und Digitalkampagne gemeinsame Medienaktivitäten rund um die einzelnen Ausstellungen, Wien-Branding in den japanischen Museen, Kooperationen mit Reiseveranstaltern und die Bewerbung der Ausstellungen über die Online-Kanäle des WienTourismus und der drei Museen.

Tokio-Wien ist ganzjährig durch Direktflüge verbunden. ■

https://www.wien.info/
https://www.khm.at/
http://www.belvedere.at/
https://www.wienmuseum.at/

Ein Zuhause für Israel-Pilger

Wiener Erzbischof segnet Zubau zum Österreichischen Hospiz in Jerusalem – In heiliger Stadt dreier Religionen »Alltag im Sinne eines Miteinanders leben«

Die „Casa Austria“, der neue Zubau zum „Österreichischen Pilger-Hospiz zur Heiligen Familie“ an der Via Dolorosa in der Jerusalemer Altstadt, steht laut Kardinal Christoph Schönborn in Kontinuität zu dem, was seit mehr als 150 Jahren im Hospiz geschieht – nämlich, daß PilgerInnen im Heiligen Land dort eine Anlaufstelle, ja ein „Zuhause“ haben. Das sei das Anliegen Kaiser Franz Josephs I. bei der Gründung gewesen und bis heute Auftrag, sagte der Wiener Erzbischof in seiner Funktion als Protektor des Hospizes am 25. April in Jerusalem, wo er die „Casa Austria“ segnete.

Der Kardinal hob im Interview mit der katholischen Presseagentur „Kathpress“ die Bedeutung des Hospizes als Integrationsstätte an der Schnittstelle dreier Religionen im Heiligen Land hervor. Diese geschehe schon allein durch Arbeitsplätze im Haus, die ebenso Muslime aus der Altstadt wie auch christliche Palästinenser einnähmen. Die Rektoren des Hospizes, bis hin zum heutigen Leiter Markus Bugnyar, hätten sich zugleich immer bemüht, ein offenes Haus nicht nur für PilgerInnen, sondern auch eine Begegnungsstätte zwischen den Religionen zu sein. Als „Highlight“ und Anziehungspunkt gerade für Israelis mit Bezug zu Österreich bezeichnete Schönborn das im Hospiz geführte Wiener Kaffeehaus.

Zum seit Jahrzehnten schwelenden und immer wieder neu aufflammenden Nahost-Konflikt meinte der Kardinal, er wisse dafür keine Lösung, „niemand hat eine Lösung“. Jerusalem nachhaltig zu befrieden und zum Ort von Begegnung und Miteinanders zu machen, gelinge in vieler Hinsicht nicht, bedauerte der Erzbischof. Aber es gelte auch positive Schritte in diese Richtung nicht zu übersehen. Das Hospiz sei einer der Schauplätze dafür, „und darum dürfen wir ihm viel Segen und viele gute Jahre wünschen“, so Schönborn.

Mit dem Ausbau für knapp 3,5 Mio. Euro wurden 12 neue Gästezimmer und einige weitere Räumlichkeiten geschaffen. Das Hospiz hat 800.000 Euro aufgebracht; 1,35 Mio. Euro steuern die Diözesen der katholischen Kirche in Österreich bei; von den Bundesländern kamen Förderungen von insgesamt 675.000 Euro, dieselbe Summe schoß der Bund zu. Der Kardinal dankte für die Unterstützung und bat um weitere Hilfe: Mit der notwendigen Generalsanierung des Altbaus stehe ein weiterer „großer Brocken“ bevor. ■

https://www.austrianhospice.com/

Foto: Kathpress/ Georg Pulling

Kardinal Schönborn bei der Segnung des Zubaus des Österreichischen Pilgerhospizes in Jerusalem, in dem 12 neue Gästezimmer und weitere Räumlichkeiten zu Verfügung stehen.

Foto: Kathpress/ Georg Pulling

Initiative für Bioland-wirtschaft in Armenien

Anzahl der Bioproduzenten verdoppelt: EU und ADA schließen Initiative ab

Ökologische Landwirtschaft und neue Absatzmärkte für armenische Bioprodukte: Die Austrian Development Agency zieht erfolgreich Bilanz über ihr bisher größtes für die EU umgesetztes Projekt in Armenien. Höhere Wertschöpfung in der armenischen Biolandwirtschaft und effizientere öffentliche und private Institutionen in Armenien – das waren die Hauptziele der Organic Agriculture Support Initiative (OASI). Ihr Startschuß fiel im September 2015. Im Auftrag der Europäischen Union setzte die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, das großangelegte Vorhaben in der kleinen Republik am Südkaukasus um. Dreieinhalb Jahre später feiern die EU, Armenien und die ADA den Abschluß der Initiative mit Resultaten, die für sich sprechen.

„Wir haben uns 2015 auf den Weg gemacht, um den Biosektor in Armenien zu vereinigen, zu stärken und auszubauen. Es freut uns besonders, daß sich die Anzahl der Bioproduzentinnen und -produzenten seitdem verdoppelt hat. Armenische Bioprodukte stossen auch auf internationales Interesse – unter anderem auf Messen in Dubai, Deutschland und Großbritannien. Das Ergebnis sind Aufträge im Wert von über einer halben Million Euro“, freuen sich OASI-Projektleiter David Muckenhuber und ADA-Auslandsbüroleiter in Jerewan Gerhard Schaumberger über den erfolgreichen Abschluss des Projekts.

Biolandwirtschaft für bessere Lebensbedingungen

Armenien ist seit 2011 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Rund die Hälfte der armenischen Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig, und das meist im kleinbäuerlichen Bereich mit wenig Know-how und ohne die erforderlichen Maschinen. KleinbäuerInnen waren es, die mit dem EU-Projekt Unterstützung in Form von dringend benötigtem Zubehör und finanziellen Starthilfen erhielten – und zeitgleich ermutigt wurden, ihre Betriebe auf Bioproduktion umzustellen.

Die Initiative unterstützte insgesamt 45 BäuerInnen sowie weiterverarbeitende Pro-

Foto: Austrian Development Agency

Der gelernte Pharmazeut Areg Galstyan

duzentInnen dabei, auf Biolandwirtschaft umzusteigen. Auch bei der Vermarktung und dem Vertrieb ihrer Produkte auf lokalen und internationalen Märkten war OASI hilfreiche Anlaufstelle. In enger Zusammenarbeit mit dem armenischen Landwirtschaftsministerium verbesserte OASI zudem die rechtlichen Rahmenbedingungen für biologische Landwirtschaft in Armenien und half bei der Anpassung nationaler Standards an internationale Biomaßstäbe. So wurden im Laufe der vergangenen dreieinhalb Jahre nicht nur 680 Arbeitsplätze geschaffen – auch der Umsatz der Beteiligten ist deutlich gestiegen.

Areg Galstyan ist einer von ihnen. Mit seinen 25 Jahren ist er in der armenischen Provinz Gegharkunik bereits Pionier auf seinem Gebiet. Der gelernte Pharmazeut produziert Kräuter und Tees, die in der Medizin zum Einsatz kommen und komplett biologisch hergestellt werden. Mit einer Förderung durch OASI konnte er die dafür notwendigen Maschinen finanzieren. Sie halfen Galstyan, seine Produkte nach EU-Standards zu verarbeiten und exportfähig zu machen. „Das kurbelte meine Bioproduktion so richtig an. Mittlerweile haben wir vier Geschäftspartner in Deutschland“, freut sich der Kräuterbauer, der mittlerweile Vorstandsmitglied und Koordinator für die Gruppe „Biokräuter“ im neu gegründeten armenischen Landwirtschaftsverband „Organic Armenia“ ist. Sein Ziel: Zertifizierten Landwirtinnen und Landwirten eine starke und einheitliche nationale Stimme bieten.

Bewußtsein für die Vorteile von Biolebensmitteln um 40 Prozent gestiegen

Beeren, Honig, getrocknete Früchte, Kräutertees und Biodünger – die Palette an Produkten, die OASI unter ihrem Dach vereinte, ist breit. Sie erhielten ein neues Branding und neue Verpackungen. Marketingkampagnen steigerten das Bewußtsein für die Vorteile von Biolebensmitteln in Armenien um 40 Prozent, und armenische Landwirtschaftsschulen integrierten einen neuen Lehrplan für ökologische Landwirtschaft. Dadurch, und mithilfe eigens entwickelter Schulbücher und Trainingsunterlagen, bildet Armenien nun seine zukünftigen Agrarexpertinnen und Agrarexperten aus.

Gemeinsam ans Ziel

Die „Organic Agriculture Support Initiative“ erstreckte sich über den Zeitraum September 2015 bis Ende März 2019. Insgesamt 3,3 Millionen Euro standen für die Förderung der ökologischen Landwirtschaft Armeniens zur Verfügung. Davon stammt der Großteil – 2,8 Millionen Euro – aus EU-Geldern. 500.000 Euro steuerte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit bei. Das Projekt weist zwei Premieren auf: Bis dato ist OASI die umfangreichste Initiative, die die Austrian Development Agency für die EU in Armenien abgewickelt hat. Und sie ist die erste Kooperation im Land, in der die ADA sowohl Geber- als auch die implementierende Organisation war.

„Jedes Ende ist ein Neuanfang – die ADA ist ein verlässlicher Partner der EU im Bereich der Landwirtschaft. Das haben wir nicht zuletzt mit dem Erfolg von OASI unter Beweis gestellt. Wir werden uns weiterhin für den Ausbau der Biolandwirtschaft in Armenien starkmachen. Aktuell arbeiten wir hier mit der EU bereits an einem weiteren – und noch umfangreicheren – Projekt in diesem Bereich, das in den kommenden Monaten starten soll“, betont ADA-Geschäftsführer Martin Ledolter. ■

https://www.entwicklung.at/

Vorzeigeprojekt Zeitgeist

Bundespräsident Van der Bellen und der Oberösterreichische Landeshauptmann gratulieren zum Gewinn gewinnt des EU Rural Inspiration Award in Brüssel

Max Homolka, Geschäftsführer der Tourismus und Stadtmarketing Enns GmbH (TSE) hat vor zwei Jahren das Pop Up Store Konzept „Zeitgeist" entwickelt und in die Ennser Innenstadt gebracht. Nun wurde das Projekt bei den „Rural Inspiration Awards" in Brüssel unter 180 best practice-Projekten beim Public Voting auf Platz eins gewählt.

Gemeinsam mit dem Regionalentwicklungsverein Zukunft Linz-Land war Homolka in den vergangenen Wochen, auf Einladung des European Network for Rural Development (ERND), in Brüssel, wo die intensive Arbeit über die letzten Jahre belohnt wurde. Übergeben wurde die Auszeichnung von EU Kommissar Phil Hogan persönlich.

„Den Rural Inspiration Award zu gewinnen, ist eine große Ehre für uns. Diese Auszeichnung bestätigt den Ansatz der cittaslow Enns, ständig neue innovative Konzepte zu entwickeln und diese dann auch mit anderen Städten zu teilen. Wir gehören nun zu jenen Städten, die europaweit als ‚best practice-Beispiel' gelten. Auch wenn es noch viel zu tun gibt, können wir sehr stolz sein für Österreich diese Auszeichnung geholt zu haben", so der TSE-Chef.

Foto: European Commission 2019 / Vivian Hertz

EU Kommissar Phil Hogan (l.) bei der Überreichung des Awards an Max Homolka in Brüssel

Beim Projekt Zeitgeist werden Leerstände herangezogen, um Platz für neue Geschäftsideen zu schaffen. Damit haben MieterInnen die Möglichkeit, ihre Idee risikofrei auszutesten und bekommen dabei Unterstützung der Tourismus & Stadtmarketing Enns GmbH im Bereich Marketing, Einrichtung und diversen anderen Bereichen. Damit sollen Leerstände minimiert und die Frequenz sowie der Angebotsmix der Innenstädte erhöht werden. Diese Idee wird auch an andere Städte weitergegeben um einen Wirtschaftskreislauf innerhalb des Projektes zu forcieren. Je mehr Städte sich daran beteiligen, desto größeren Nutzen wird jede einzelne Stadt aus diesem Projekt schöpfen. Erst vor wenigen Wochen startete auch Amstetten mit dem Projekt Zeitgeist.

Und auch Bürgermeister Franz Stefan Karlinger zeigt sich erfreut: „Ich bin stolz, daß die Stadt Enns mit dem Pop Up Store Konzept wie auch der cittáslow-Bewegung eine Vorreiterrolle eingenommen hat und sehe den Preis als große Motivation, in dieser Richtung weiterhin aktiv zu sein." Weiters nennt er das Pop Up Store Konzept eine große Chance für junge Unternehmer, um zu tollen Konditionen eine Geschäftsidee auszuprobieren. Erst vor kurzem wurde das Konzept von Amstetten übernommen, wodurch eine Kooperation mit Enns entstanden ist. Weitere Städte haben bereits Interesse bekundet und werden folgen.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen sagte: „Ich gratuliere der Stadt Enns sowie Herrn Max Homolka zum Rural Inspiration Award. Dieses Projekt zeigt eindrucksvoll, was man mit gemeinsamer Arbeit und Tatkraft erreichen kann. Mit dieser Auszeichnung wird wieder einmal deutlich, welchen hohen Stellenwert Österreich mit seinen innovativen Projekten innerhalb der EU genießt."

Landeshauptmann Thomas Stelzer erklärte, mit dem Pop-Up-Store Projekt beweise Enns, die älteste Stadt Österreichs, Zeitgeist und liege somit voll im Trend. „Zu dieser Auszeichnung gratuliere ich sehr herzlich, weil von dieser Idee mehrere Seiten profitieren. Einerseits werden leerstehende Geschäftsflächen in guter Innenstadtlage wieder belebt und andererseits entstehen neue Geschäftsideen. Das Land OÖ fördert dieses Projekt daher gerne, weil Oberösterreich damit einmal mehr zeigt, welch innovativer Zeitgeist von unserem Bundesland ausgeht."

Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander gratulierte zur Auszeichnung „ganz herzlich. Das ausgezeichnete Projekt ist eine hochinteressante Antwort auf die Frage, wie es uns gelingt, unsere Innenstädte lebendig und mit hoher Lebensqualität zu erhalten. Denn die Innenstädte – in früheren Zeiten Keimzelle und Lebensmittelpunkt eines selbstbewussten Bürgertums – stehen durch die verfügbare Mobilität in einem Wettbewerb mit anderen Gebieten in der Peripherie. Wie sie in diesem Wettbewerb durch innovative Ideen bestehen können, zeigt dieses Projekt!" ■

https://www.popupstores.at/
https://www.enns.at/

Grazer Expertise im Kampf gegen die Melioidose in Afrika

Pionierarbeit zur Erhöhung der Diagnosekompetenz

Die Melioidose ist eine schwere Infektionskrankheit, die in den Tropen und Subtropen durch ein Bodenbakterium hervorgerufen wird und deren Bedeutung auch durch Diagnosen bei Reisenden in diese Länder zunehmend erkannt wird. Weltweit werden ähnlich viele Todesfälle durch Melioidose wie durch Masern prognostiziert. Wissenschafter der Medizinischen Universität Graz haben Tests zum Nachweis von Antikörpern gegen den Erreger entwickelt und gemeinsam mit internationalen Kollegen und der WHO erstmalig einen Workshop in Lagos, Nigeria organisiert, um konkrete Hilfestellungen vor Ort anzubieten. Gemeinsame Forschungsprojekte folgen, um die „Hot Spots" der Melioidose zu finden.

Foto: Med Uni Graz

TeilnehmerInnen an dem von der Meduni Graz organisierten „First African Melioidosis Workshop" in der nigerianischen Hauprstadt Lagos Ende März 2019

Ahnlich viele Todesfälle durch Melioidose wie durch Masern vorhergesagt

Die Infektionskrankheit Melioidose wird weltweit massiv unterdiagnostiziert. Infektionen erfolgen in den Tropen und Subtropen durch die Aufnahme des Erregers Burkholderia pseudomallei über kontaminierte Erde oder Wasser. So ist auch Afrika ein Gebiet, in dem die Melioidose zunehmend erkannt wird, wenngleich bisher nur sporadisch Fälle berichtet wurden. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen des Amsterdam University Medical Centre, des Lagos University Teaching Hospital und der Weltgesundheitsorganisation WHO organisierte Univ.-Prof. Ivo Steinmetz, Vorstand des Diagnostik- und Forschungsinstituts für Hygiene, Mikrobiologie und Umweltmedizin der Medizinischen Universität Graz Ende März den „First African Melioidosis Workshop".

„Aktuelle Modellrechnungen sagen voraus, daß weltweit jährlich 165.000 Menschen an Melioidose erkranken, von denen 89.000 versterben", so Ivo Steinmetz. „Die Zahl der Todesfälle läge damit in der gleichen Grössenordnung wie bei Masern und zeigt, daß Melioidose mit großer Wahrscheinlichkeit bisher viel zu wenig Aufmerksamkeit erhalten hat."

Melioidose wurde bisher in Afrika nur sehr selten diagnostiziert. Allein in mehr als 20 afrikanischen Ländern wird aufgrund entsprechender Umweltbedingungen Melioidose vorhergesagt, Erkrankungsfälle wurden in diesen Ländern jedoch bisher noch nie diagnostiziert.

Pionierarbeit: Erster WHO-Workshop im Kampf gegen Melioidose in Afrika

Aufgrund des extrem variablen klinischen Bildes ist die mikrobiologische Diagnostik im Labor unverzichtbar. Ein Impfstoff gegen Melioidose wurde bisher nicht entwickelt. Ziel des Workshops war es, das Bewußtsein für Melioidose in Afrika zu schärfen und die Diagnosekompetenz zu stärken, indem sich regionale und internationale ExpertInnen vernetzen, um Best Practices für die Diagnostik, Behandlung und Prävention auszutauschen. Die WHO übernahm die Finanzierung des Workshops.

Trend: Zunahme der Melioidose-Fälle wird erwartet

Melioidose ist mit Grunderkrankungen wie z.B. chronischen Nieren- und Lungenerkrankungen und Typ-2-Diabetes assoziiert. Diabetes kommt in diesem Zusammenhang als Risikofaktor eine besonders große Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund, daß in den kommenden Jahrzehnten insbesondere in Asien und Afrika ein deutlicher Anstieg von Typ-2-Diabetes-Fällen vorhergesagt wird, ist auch eine Zunahme von Melioidose-Fällen zu erwarten. Die korrekte Diagnostik ist von großer Relevanz, da häufig eingesetzte Antibiotika unwirksam sind und gezielt behandelt werden muß.

Grazer Experten orten dringenden Forschungsbedarf

Das Team um Ivo Steinmetz hat in den letzten Jahren an der Med Uni Graz u.a. neue Tests für den Nachweis von Antikörpern gegen den Erreger der Melioidose entwickelt. Ein Ergebnis des Workshops ist u.a. der konkrete Plan Studien durchzuführen, in denen gezielt Seren von Blutspendern aus unterschiedlichen Regionen in Nigeria und weiteren afrikanischen Regionen getestet werden. „Wir versuchen auf diesem Wege erste Hinweise auf mögliche ‚hot spots' für Infektionen zu erhalten", so Ivo Steinmetz. Darüber hinaus versucht das Grazer Team durch die Entwicklung neuer molekularer Methoden, die Verbreitung von B. pseudomallei in der Umwelt präziser zu erfassen und Umweltfaktoren zu identifizieren, die mit der Anwesenheit von B. pseudomallei assoziiert sind. Neben seiner klinischen Bedeutung ist B. pseudomallei für das Team um Ivo Steinmetz auch ein wichtiger Modellorganismus für die Grundlagenforschung im Bereich Infektionsimmunologie und Wirt-Pathogen-Interaktion. ■

http://www.medunigraz.at/

Entwicklung eines neuen Raumanzug-Prototypen

ÖWF und Empa kooperieren – Memorandum of Understanding unterzeichnet

Am 18. April unterzeichneten Vertreter des Österreichischen Weltraum Forums (ÖWF) und des Eidgenössischen Forschungsinstituts für Materialwissenschaften und Technologie (Empa) im Schweizer St. Gallen eine Kooperationsvereinbarung, um bei der Entwicklung des neuen ÖWF-Raumanzug-Prototypen „Serenity“ noch enger zusammenzuarbeiten. Im Mittelpunkt der Kooperation steht die Optimierung des Tragekomforts und des Wärmeregulierungssystems von „Serenity“ basierend auf Körpermodellen, welche an der Empa entwickelt wurden.

„Mit dieser Kooperationsvereinbarung starten das ÖWF und die Empa ein gemeinsames Forschungs- und Entwicklungsprojekt, das wesentlich zur Optimierung von Anzügen für Analog-AstronautInnen beitragen wird“, erklärt Gernot Grömer, Administrative Director des ÖWF und ergänzt, „Wir werden die Effizienz des Wärmeregulierungssystems unseres Prototypen unter state-of-the-art Laborbedingungen testen können. Die Empa hat eine herausragende Expertise, wenn es um die Evaluation derartiger Systeme geht.“

„Zusammen mit dem ÖWF als österreichischem Partner aus der astronautischen Raumfahrt wird ein europaweit einzigartiges Know-How für die Optimierung und Weiterentwicklung von Raumanzügen entstehen, das auch für zukünftige Marsmissionen eine wichtige Rolle spielen wird. Material- und Technologieentwicklung in der Raumfahrt nehmen eine Vorreiterrolle für Entwicklungen auch im textilen Bereich ein“, meint Simon Annaheim, wissenschaftlicher Gruppenleiter am Labor für biomimetische Membrane und Textilien am EMPA, Standort St. Gallen.

Die geplante Testreihe bei der Empa basiert auf Meßdaten aus 750 Stunden simulierter Außenbordeinsätze mit dem Marsanzug-Vorgängermodell „Aouda.X“, durchgeführt bei insgesamt zwölf ÖWF-Mars-Missions-Simulationen. Weitere Daten lieferten vorbereitende Studien an der TU München sowie computergestützte Simulationen an der Universität Lulea, Schweden. Die Soft-

Foto: ÖWF

Gernot Grömer, ÖWF-Administrative Director, (l.) und Simon Annaheim, Empa

ware-Algorithmen zur Steuerung des Wärmeregulierungssystems (TCS, Thermal Control System) des neuen ÖWF-Raumanzug-Prototypen „Serenity“ wurden vom Institut für Luft- und Raumfahrt der TU München entwickelt. In Lulea wurde das TCS zunächst simuliert und anschließend im Labor gemessen. Erst nach dieser ersten Bestätigung der richtigen Funktionsweise des Wärmeregulierungssystems folgen Untersuchungen bei der Empa in St. Gallen.

Bei der nächsten Mars-Missions-Simulktion 2020 in Israel werden die Analog-AstronautInnen voraussichtlich bereits mit „Serenity“ und dem neuen Wärmeregulierungssystem arbeiten.

Über das ÖWF

Das ÖWF gehört im Bereich der Analog-Forschung weltweit zu den führenden Organisationen, die eine astronautische Raumfahrt vorbereiten. RaumfahrtspezialistInnen sowie ExpertInnen verschiedenster Disziplinen bilden innerhalb des ÖWFs die Basis für diese Arbeit. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen, Industrie und Unternehmen unterschiedlicher Branchen wird hier Forschung auf höchstem Niveau betrieben. Dabei nutzt das ÖWF seine ausgezeichneten Kontakte zu MeinungsbildnerInnen, Politik und Medien, um österreichische Spitzenforschung und Technologie international voranzutreiben und bekanntzumachen. Das ÖWF ist zudem einer der wichtigsten Bildungsträger in Österreich, wenn es um Raumfahrt geht und darum, junge Menschen für Wissenschaft und Technik zu begeistern sowie ihnen einen Zugang zu dieser Branche zu ermöglichen. Neben der Betreuung von universitären Arbeiten bietet das ÖWF auch immer wieder Studierenden und SchülerInnen die Möglichkeit, im Rahmen von Praktika ihr Wissen zu erweitern.

Über die Empa

Die Empa ist das interdisziplinäre Forschungsinstitut des ETH-Bereichs für Materialwissenschaften und Technologieentwicklung. Als Brücke zwischen Forschung und Praxis erarbeitet sie Lösungen für die vorrangigen Herausforderungen von Industrie und Gesellschaft. Indem die Empa Forschungsergebnisse dank effizientem Technologietransfer gemeinsam mit Industriepartnern in marktfähige Innovationen umwandelt, trägt sie maßgeblich dazu bei, die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft zu stärken getreu ihrem Motto: „Empa – The Place where Innovation Starts“. Die Abteilung „Biomimetic Membranes and Textiles“ erforscht Material-Haut-Interaktionen und entwickelt aus diesen Erkenntnissen Materialien und Technologien zur Überwachung und Unterstützung von Körperfunktionen. ■

https://oewf.org/
http://www.empa.ch

IST Austria Professor Sazanov ist Mitglied der Royal Society

Die Royal Society, Großbritanniens Akademie der Wissenschaften, gab am 17. April bekannt, daß IST Austria Professor Leonid Sazanov als Mitglied in die Gelehrtengesellschaft aufgenommen wird. Laut Royal Society wird dem Strukturbiologen diese große Ehre zuteil, weil er mit seiner Forschung das Verständnis für die Strukturen und Mechanismen des Enzyms NADH in der Atmungskette erweitert hat. „Seine Leistungen haben die Türe zum Verständnis vieler menschlicher Krankheiten geöffnet, die durch Mutationen im Atmungskomplex I entstehen."

Leonid Sazanov: „Die Aufnahme in die Royal Society ehrt mich sehr. Unter den Mitgliedern der Royal Society waren stets große Vorbilder für mich. Nun auch zu diesem auserwählten Kreis zu gehören, ist ein Zeichen großer Anerkennung meiner wissenschaftlichen Arbeit."

Leonid Sazanov ist Strukturbiologe und Biochemiker und widmet sich in seiner Forschungsarbeit der Struktur und Funktion großer Membranproteinkomplexe, die an der Energieproduktion der Zelle beteiligt sind. Am Modell eines Bakterienenzyms entdeckte

Foto: IST Austria

Prof. Leonid Sazanov

Sazanov mithilfe röntgenstrukturanalytischer Methoden die atomare Struktur des Atmungskomplexes I, eines zentralen Bestandteils der Atmungskette, der sich für den Großteil der Energieproduktion in der Zelle verantwortlich zeigt. Darüber hinaus beschrieb Sazanov mittels neuer Methoden im Bereich der Cryo-Elektronenmikroskopie auch erstmalig die vollständige atomare Struktur des viel größeren mitochondrialen Komplexes I bei Säugetieren. Bevor er 2015 als Professor ans IST Austria berufen wurde, war der Brite Programmleiter der Mitochondrial Biology Unit in Cambridge, Großbritannien.

Die Royal Society

ist eine Vereinigung von weltweit herausragenden WissenschafterInnen und die älteste nationale Wissenschaftsakademie, die durchgehend besteht (gegründet 1660). Wesentliche Ziele der Royal Society sind es, wissenschaftliche Exzellenz anzuerkennen, zu fördern und zu unterstützen sowie einen Beitrag zum Einsatz von Wissenschaft zum Wohle der Gesellschaft zu leisten.

IST Austria

The Institute of Science and Technology Austria (IST Austria) ist ein interdisziplinäres Forschungsinstitut mit Promotionsrecht, das sich der Spitzenforschung in den Bereichen physikalische Wissenschaften, Mathematik, Computerwissenschaft und Biowissenschaften widmet.

https://ist.ac.at/
https://royalsociety.org/

Austrian Holocaust Memorial Award an Historiker Dulic

Historiker Tomislav Dulic, Direktor des Hugo Valentin Centres an der Uppsala Universität, erhielt am 12. April in der Residenz der Österreichischen Botschaft Stockholm den Austrian Holocaust Memorial Award. Er wurde vom Verein Österreichischer Auslandsdienst für seine Forschung zu Holocaust und Genoziden in Osteuropa ausgezeichnet. Durch seine international und interdisziplinär angelegte Forschung schafft er es die Zusammenhänge und Prozesse sichtbar zu machen, die notwendig sind, um den Zweiten Weltkrieg in seiner Gesamtheit verständlicher zu machen. „Das wichtigste, das wir heute zu einer offenen Gesellschaft beitragen können, ist es, gerade bei jungen Leuten die Begeisterung für die Wissenschaft anzuregen und zu fördern", sagte Dulic unmittelbar nach Überreichung des Preises.

Österreichs Botschafterin in Schweden, Gudrun Graf, betonte in ihrer Rede die Wichtigkeit dieser transnationalen Forschung am Hugo Valentin Centre und strich auch die Rolle der österreichischen Gedenkdiener heraus, die derzeit am Hugo Valentin Centre ihren Beitrag zur wissenschaftlichen Aufarbeitung leisten.

Foto: Verein Österreichischer Auslandsdienst

Bei der Verleihung in Stockholm (v.l.): Gedenkdienerin Flora Hrovat, Botschafterin Gudrun Graf, Preisträger Tomislav Dulic, Felix Michael Hafner vom Verein Österreichischer Auslandsdienst und Gedenkdiener Theo Dorfner

Als Vertreter des Vereins Österreichischer Auslandsdienst betonte Felix Michael Hafner die Notwendigkeit von transnationaler Aufarbeitung, wozu auch der Austrian Holocaust Memorial Award animieren möchte: „Die Komplexität des Zweiten Weltkrieges und dessen Folgen bis heute können nur durch neue, globale Perspektiven in der Forschung begreifbar gemacht werden." ■

https://www.auslandsdienst.at/

Ausstellung im New Yorker Metropolitan Museum of Art

Im Rahmen der Ausstellung »Marking Marvels. Art, Technology and Entertainment at the Courts of Europe« werden außergewöhnliche Exponate und technische Kuriositäten aus Renaissance und Barock gezeigt.

Foto: Esterhazy / Cornelia Gobauer

Beim Rundgang auf Burg Forchtenstein im Burgenland (v.l.): Florian T. Bayer (Sammlungsleiter Esterhazy Privatstiftung), Prof. Dirk Syndram (Direktor des Grünen Gewölbes und der Rüstkammer der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden), Stefan Ottrubay (Direktionsrat Esterhazy Stiftungen) und Sabine Haag (Generaldirektorin KHM-Museumsverband). Im Bild zu sehen der Silbertisch aus dem 17. Jahrhundert

Die königliche und auch fürstliche Praxis der Repräsentation stellte in der frühen Neuzeit einen wesentlichen Bestandteil des adeligen Lebens und der höfischen Praxis dar. Der Besitz und die Anwendung von oft kunstfertig geschaffenen Gerätschaften und Gegenständen, deren Existenz sich aus der wissenschaftlichen und technologischen Innovation, aber auch aus den großen Fragestellungen der Zeit heraus ergab, waren hochgeschätzt.

Die Ausstellung „Making Marvels. Art, Technology and Entertainment at the Courts of Europe“ zeigt über 200 Objekte von mehr als 40 verschiedenen Leihgebern aus aller Welt, darunter das J. Paul Getty Museum in Los Angeles, das Victoria & Albert Museum in London, das Art Institute of Chicago oder beispielsweise das Kunstgewerbemuseum der Staatlichen Museen zu Berlin.

Außergewöhnliche und besonders kostbare Objekte zeigen auch das Kunsthistorische Museum Wien mit einer Auswahl aus dem habsburgisch-kaiserlichen Sammlungsumfeld, das Grüne Gewölbe der Staatlichen Kunststammlungen Dresden mit herausragenden Exponaten aus dem sächsisch-königlichen Umfeld, sowie die Esterhazy Privatstiftung mit ihrer einzigartig erhaltenen barocken Silbermöbelgarnitur sowie weiteren Kunstgegenständen aus der Kunstkammer auf Burg Forchtenstein. Insbesondere der Silbertisch aus der Werkstatt des David I. Schwestermüller, mit der Darstellung des Urteils des Paris als zentrales Motiv, gilt als eines der bedeutendsten frühen Beispiele deutscher barocker Silberschmiedekunst des 17. Jahrhunderts.

Die Ausstellung vereint unter großem Aufwand erstmals die wesentlichsten Objekte der Zeit zum gestellten Thema in New York. Sie ist mit großem Fachwissen vom Kunsthistoriker Wolfram Koeppe über viele Jahre hinweg konzipiert und kuratiert worden und faßt im geplanten Katalog den rezenten Forschungsstand mit ganzheitlichem Anspruch zusammen. In der Kunstkammerforschung wird mit dieser Ausstellung weltweit ein markanter Meilenstein gesetzt.

Präsentation der Leihgaben auf Burg Forchtenstein

Am 11. April wurde zur Präsentation der Ausstellungsstücke für das New Yorker MET

auf Burg Forchtenstein im Burgenland geladen. Nach der Begrüßung durch Stefan Ottrubay, Direktionsrat der Esterhazy Stiftungen, wurde das Wort an die beiden weiteren Hauptleihgeber aus dem deutschsprachigen Raum übergeben.

Sabine Haag, Generaldirektorin KHM-Museumsverband, wies auf die Bedeutung des internationalen Leihverkehrs und der wichtigen Kooperationen mit großen Sammlungshäusern hin. „Mit dem Metropolitan Museum verbindet uns eine langjährige und fruchtbare Zusammenarbeit in der Forschung und im Leihverkehr. Für die Ausstellung „Making Marvels“ leiht das KHM einige besondere Objekte aus der ehemals Kaiserlichen Kunstkammer der Habsburger, die zu den bedeutendsten ihrer Art weltweit zählt.“

Zur offiziellen Präsentation der Leihgaben sprach auch Dirk Syndram, Direktor des Grünen Gewölbes und der Rüstkammer der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden. Er unterstützt die Sammlungsabteilung der Privatstiftung Esterhazy bei der internationalen Vernetzung und der Kontaktpflege im Kulturumfeld: „Wir arbeiten gemeinsam an weiteren zukünftigen Kooperationen im Ausstellungs- und Leihbereich im internationalen Umfeld. Nur so können wir einen fachlichen Austausch vorantreiben.“

Florian T. Bayer, Sammlungsleitung der Privatstiftung Esterhazy, führte anschließend durch die Schatzkammer der Burg Forchtenstein. „Die Ausstellung im New Yorker MET ist nicht nur in bezug auf die Erforschung der ausgewählten Kunstkammerstücke ein Meilenstein, sondern unterstreicht auch die globale Bedeutung der Esterhazy Schatzkammer als authentischen Ort einer historischen Kunstkammer. Für die Privatstiftung Esterhazy ist die Teilnahme als Leihgeber an dieser Ausstellung ein wichtiger erster Schritt nach Übersee.“

Foto: Esterhazy / Cornelia Gobauer

Wird ebenfalls im New Yorker MET zu bewundern sein: eine Bacchus-Figurenuhr aus Sammlung Esterházy aus der Zeit des 17. Jahrhunderts.

Der Kurator der Ausstellung, Wolfram Koeppe, vereint in dieser Jahrhundertausstellung insgesamt 200 der bedeutendsten Sammlungsstücke der europäischen Herrscherhäuser des 16., 17. sowie 18. Jahrhunderts. Von November 2019 bis März 2020 werden die „Wunderdinge“ der damaligen Zeit erstmals für die Öffentlichkeit zugänglich werden. ■

https://esterhazy.at/
https://www.khm.at/
https://www.metmuseum.org/

© Wikipedia / Cc-by-sa-3.0 / Foto: G. Scott Segler

Brunnen in der David H. Koch Plaza an der Fifth Avenue am Eingang des Metropolitan Museum of Art New York

25 Jahre niederösterreichisches Verbindungsbüro in Brüssel

Foto: Institut der Regionen Europas

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (Mitte) mit Gästen beim 25-Jahr-Jubiläum des niederösterreichischen Verbindungsbüros in Brüssel.

Das ist einfach ein Jubiläum, das man feiern muß“, meinte die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. Und so feierte das Land Niederösterreich (IRE-Mitgliedsregion) am 10. April mit zahlreichen Gästen aus dem In- und Ausland in Brüssel: Seit mittlerweile 25 Jahren vertritt das Verbindungsbüro dort die Interessen der NiederösterreicherInnen – in Partnerschaft mit möglichst vielen verbündeten Regionen. Denn die regionalen Parlamente sind ein wichtiger Baustein, wenn es darum geht an einer erfolgreichen Zukunft Europas zu bauen. „Der Herzschlag Europas muß in den Regionen pulsieren“, so der niederösterreichische Europa-Landesrat Martin Eichtinger.

Bei der Abstimmung zwischen den europäischen Institutionen und dem Land Niederösterreich spielt das Verbindungsbüro eine wichtige Rolle und findet auch parteiübergreifend große Anerkennung.

Im Zuge der Feierlichkeiten hat Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner die Ideen von St. Pölten zur europäischen Kulturhauptstadt 2024 vorgestellt – um die Landeshauptstadt zu einem Rolemodel und zu einer europäischen Mittelstadt zu machen.

Wichtig bleibt immer, die europäische Politik stärker in die Regionen zu bringen um so eine gemeinsame europäische Zukunft zu sichern. ■

http://www.noel.gv.at
http://www.institut-ire.eu

VfGH-Delegation zu Arbeitsgesprächen in Zagreb

Auf Einladung des kroatischen Verfassungsgerichts-Präsidenten Miroslav Šeparović fanden am 9. April in Zagreb Arbeitsgespräche statt. Im Rahmen der Tagung in der kroatischen Hauptstadt referierte Verfassungsrichter Prof. Wolfgang Brandstetter eingangs zum Verhältnis zwischen den Verfassungsgerichten und dem Gerichtshof der Europäischen Union im Rahmen des Vorabentscheidungsverfahrens, wobei er im Besonderen auf den Datenschutz einging.

Zweites Thema der Fachgespräche war die Rolle der Verfassungsgerichte bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mit Impulsvorträgen der kroatischen Vizepräsidentin Snježana Bagić sowie von VfGH-Vizepräsident Prof. Christoph Grabenwarter, der hervorhob, daß die Verfassungsgerichte im Verbund mit den Europäischen Gerichtshöfen in Straßburg und Luxemburg für die Wahrung der verfassungsrechtlich und europarechtlich gebotenen Standards für Demokratie und Rechtsstaat zu sorgen hätten. Er verwies dabei insbesondere auf die Garantie freier Wahlen und die Unabhängigkeit der Justiz, die als Maßstäbe gerade in Krisen zu beachten seien, wie sie derzeit in Polen, Ungarn und Rumänien, aber auch außerhalb der Europäischen Union in Rußland und in der Türkei sichtbar würden. ■

Foto: Verfassungsgerichtshof Österreich

v.l: VfGH-Vizepräsident Prof. Christoph Grabenwarter, die Präsidentin des VfGH Brigitte Bierlein und der kroatische Verfassungsgerichts-Präsident Miroslav Šeparović

https://www.vfgh.gv.at/

Britischer Botschafter zu Besuch im Burgenland

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil empfing am 25. April S.E. Leigh Turner CMG, Botschafter des Vereinten Königreichs in Österreich, in seinen Amtsräumen zum Besuch. Im Zentrum des freundschaftlichen Gesprächs standen der Brexit und die Bildungsoffensive des Burgenlandes im Bereich des freiwilligen Englisch-Sprachunterrichts in den Volksschulen sowie der Klimaschutz.

Man könne aus derzeitiger Sicht kaum ein Szenario im Hinblick auf den Brexit ausschließen, sagte Botschafter Turner, er sei jedoch zuversichtlich, daß es letztlich zu einem geordneten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union kommen werde.

Landeshauptmann Doskozil berichtete über das kürzlich präsentierte Projekt des Gratis-Englischunterrichts an allen burgenländischen Volksschulen ab dem kommenden Schuljahr. Um diesen in möglichst hoher Qualität anbieten zu können, bedürfe es entsprechend ausgebildeter PädagogInnen; Doskozil sondierte dazu bei Botschafter Turner die Möglichkeit der Erhöhung der Zahl der englischen Sprachassistenten für das Burgenland.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (l.) hieß S.E. Leigh Turner, Botschafter des Vereinten Königreichs in Österreich, herzlich in der Landeshauptstadt Eisenstadt willkommen.

Ein weiteres Gesprächsthema war auch der Klimaschutz. Großbritannien sei bemüht, die Abkehr von der Kohlekraft voranzutreiben und werde künftig verstärkt auf erneuerbare Energie setzen. Das Burgenland mit seiner Energiepolitik sei dabei ein Vorbild, so Botschafter Turner. ■

http://www.burgenland.at

Neuer Honorarkonsul der Russischen Föderation für OÖ

Am 10. April wurde zur Eröffnung des Büros des neuen Honorarkonsuls der Russischen Föderation für das Bundesland Oberösterreich geladen. Der russische Botschafter in Österreich, S.E. Dmitry Lyubinskiy, überreichte offiziell das Ernennungsdekret. „Es ist für mich eine große Ehre in dieser Funktion für das größte Land der Welt tätig sein zu dürfen. Ich bedanke mich bei der Russischen Föderation für das Vertrauen und werde mich bemühen, die guten Beziehungen zu Rußland noch weiter zu festigen“, so Wolfgang Mayer, der seit 2013 Unternehmenskommunikation, Marketing und Sponsoring des internationalen Backgrundstoffherstellers backaldrin verantwortet.

Der Botschafter sagte: „Rußland und Österreich verbindet eine lange Geschichte der Freundschaft. Vor allem Oberösterreich, mit seiner starken Wirtschaft und dem umfassenden kulturellen Angebot, bietet viele Anknüpfungspunkte. Daher freut es mich besonders, heute das Honorarkonsulat in Oberösterreich eröffnen zu können und bedanke mich bei Wolfgang Mayer für seinen Einsatz.“

Auch viele hochrangige Ehrengäste aus der oberösterreichischen Wirtschaft und Politik folgten der Einladung nach Asten. Landeshauptmann Thomas Stelzer ließ es sich nicht nehmen, dem neuen russischen Honorarkonsul persönlich zu gratulieren: „Das Honorarkonsulat ist jene Stelle, dank der bilaterale Kontakte zu beiderseitigen Vorteil geknüpft und erhalten werden. Es ist eine große Ehre dieses Amt zu erhalten und ich darf Wolfgang Mayer herzlich dazu gratulieren und mich für seine Bereitschaft und sein Engagement bedanken.“ ■

Foto: Roland Pelzl

v.l.: Der russische Botschafter S.E. Dmitry Lyubinskiy sowie Landeshauptmann Thomas Stelzer gratulierten dem neuen Honorarkonsul Wolfgang Mayer zu seiner ehrenvollen Aufgabe.

http://www.rus-konsulat.at/

»Maple Leaf« schwebt am Flughafen Wien ein

Am 30. April ist Air Canada mit einer neuen Direktverbindung aus Toronto in Wien gelandet. Der Erstflug wurde mit einem Water-Salute in Wien begrüßt und die Verbindung offiziell von Heidi Alberta Hulan, Botschafterin Kanadas in Österreich, Mark Galardo, Vice President Network Planning von Air Canada und Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG, eröffnet. Jäger freut sich über den Neuzugang: „Verbindungen zwischen Wien und Nordamerika verzeichnen ein enormes Plus. Mit Air Canada begrüßen wir einen idealen Langstrecken-Partner für diese Region, die im Jahr 2019 weiter wachsen wird."

Kanadas größter Carrier bedient die neue Flugverbindung täglich und direkt: Eine Boeing 787-Dreamliner hebt dabei an jedem Wochentag um 18:35 Uhr aus Toronto ab und landet um 08:40 Uhr am Folgetag in Wien, der Rückflug findet um 10:40 Uhr statt und landet um 13:30 Uhr wieder in Toronto. Über den Winter werden fünf wöchentliche Flüge angeboten. Buchbar sind dabei drei Serviceklassen Signature Class, Premium Economy und Economy Class. Unabhängig von der Buchungsklasse können

Foto: Flughafen Wien AG

v.l.: Mark Galardo, Vice President Network Planning von Air Canada, Crew Air Canada, Heidi Alberta Hulan, Botschafterin Kanadas in Österreich, Crew Air Canada, und Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG bei der Begrüßung am 30. April am Flughafen Wien

Fluggäste aus mehr als 600 Stunden beste Unterhaltung auf einem persönlichen Touchscreen wählen, sowie kostenfreie Mahlzeiten und Getränke. Zum Laden mitgebrachter Geräte befinden sich an jedem Sitzplatz praktische USB-Anschlüsse.

Als einer der 20 größten Airlines weltweit transportiert Air Canada jährlich knapp 51 Millionen zu 220 Zielen auf sechs unterschiedlichen Kontinenten. ■

http://www.viennaairport.com/
http://www.aircanada.com/

ÖBB startet erste Verbindung zwischen Xi'an und Budapest

Rekordzeit: Innerhalb von zehn Tagen ist der erste Zug von Xi'an über den Umschlagsbahnhof Záhony-Eperjeske im Rail Cargo Terminal-BILK angekommen. Nach über 7.000 km wurde der mit Konsumgütern beladene Containerzug am 14. April in Budapest begrüßt. Start des Containertransports auf der Schiene war die Stadt Xi'an, eine Metropole mit 13 Millionen EinwohnerInnen. Der Zug verkehrte auf der Route über Kasachstan und die Ukraine.

Zwischen dem Rail Cargo Terminal-BILK und Xi'an ist die Rail Cargo Group die erste Güterbahn, die einen Zug auf dieser Route abgewickelt hat. Der erste Probezug auf der alternativen Strecke über den chinesisch-kasachischen Grenzübergang Alashankou/Dostyk und ukrainische Grenze via Batjevo/Eperjeske wurde von der RCG abgewickelt. Mit einer Laufzeit von nur zehn Tagen profitieren Kunden von einer umschlagbaren Transportdauer. Die RCG erreicht damit ein neues Niveau im eurasischen Containerverkehr.

Die RCG betreibt mehrere regelmäßige Relationen zwischen Europa und Asien. In Ungarn werden Waren aus China zum Großteil über den Hafen Piräus, beziehungsweise über die Adriahäfen und teilweise auch über die kontinentalen Korridore nach Ungarn transportiert. Von den Seehäfen fahren durchschnittlich jeden zweiten Tag Züge nach Mitteleuropa. Darüber hinaus ist die RCG jährlich an der Abwicklung von etwa 1.600 Zügen pro Jahr beteiligt und verwaltet so insgesamt eine Warenmenge von rund 120 Tausend TEU. Dadurch wird die Umwelt um 60.000 LKW-Fahrten und mehrere hunderttausende Tonnen Treibhausgasen entlastet. ■

Foto: ÖBB / Peter Balint Molnar

Innerhalb von zehn Tagen ist der erste Zug von Xi'an über den Umschlagsbahnhof Záhony-Eperjeske im Rail Cargo Terminal - BILK angekommen.

http://www.oebb.at/
https://www.railcargo.com/

Trotz Brexit: Automobil-Cluster baut Brücke nach Großbritannien

Brexit hin oder her – der Automobil-Cluster der oö. Standortagentur Business Upper Austria reiste am 11. April mit 22 innovativen österreichischen Autozulieferern zur Ford Motor Company nach Dunton. Mit im Gepäck: viele neue Ideen zu Vernetzte Mobilität, Leichtbau, Anwendererlebnis, elektrische Antriebe, Sicherheit und Assistenzsysteme sowie Prozessinnovationen. Mit der Ford Einkaufsleitung sowie mehr als 400 Technikern und Einkäufern ergaben sich Erstgespräche mit guten Aussichten auf weiterführende Geschäftsbeziehungen.

Auch wenn sich die EU und Großbritannien wahrscheinlich trennen werden – der Automobil-Cluster schlägt neue Brücken nach Großbritannien. Beim Lieferanteninnovationstag setzte er mit seiner Initiative ein starkes Zeichen der oberösterreichischen Wirtschaft. Heimische Autozulieferer wie z.B. voestalpine Metal Forming GmbH, Schunk Carbon Technology GmbH, Gruber & Kaja High Tech Metals GmbH und KVT-Fastening GmbH präsentierten ihre Technologien und Dienstleistungen bei Ford UK. Im Fokus standen Vernetzte Mobilität, Leichtbau, Anwendererlebnis, elektrische Antriebe, Sicherheit und Assistenzsysteme sowie Prozeßinnovationen.

Foto: Business Upper Austria

Die voestalpine Metal Forming GmbH knüpfte in Dunton wertvolle Erstkontakte bei der Ford Motor Company.

„Die Traditionsmarke Ford ist der fünftgrößte Autohersteller weltweit“, sagt Cluster-Manager Wolfgang Komatz, „die österreichischen Innovationen der Zulieferer sind bei Ford sehr gefragt.“ Die 22 Unternehmen konnten in den entsprechenden Fachabteilungen von Ford überzeugen. ■

http://www.automobil-cluster.at/

Großer Erfolg für Steiermark-Film in Texas

Rund 4.500 Einreichungen gab es beim 52. International WorldFest Filmfestival in Houston/Texas – und der neue Steiermark-Imagefilm „Ich bin Steiermark“ hat dabei nun erfreulicherweise in der Kategorie „Public Service“ den Platinum Remi Award gewonnen. Das 1961 gegründete WorldFest-Houston International Film & Video Festival gehört zu den ältesten und renommiertesten Filmfestivals der USA mit einem Fokus auf unabhängige Projekte aus dem In- und Ausland. Dort wurden zahlreiche bekannte Persönlichkeiten entdeckt und gewannen ihre ersten internationalen Awards, so z. B. Steven Spielberg, George Lucas, Ang Lee, Ridley Scott, die Coen-Brüder, Spike Lee, …

Mehr als 20 Filmproduktionsfirmen aus dem In- und Ausland bekundeten ihr Interesse an der vom Tourismusressort ausgeschriebenen Produktion dieses Tourismusfilms. Aus dem anschließenden Vergabeprozess ging die „ScienceVision Filmproduktions GmbH“ aus Gratwein-Straßengel als Sieger hervor. Die Dreharbeiten für „Ich bin Steiermark“ starteten im Juli 2017. Bei den DarstellerInnen setzte Produzent und Regisseur Michael Schlamberger auf SteirerInnen, die in unterschiedlichen Bereichen im und für den Tourismus tätig sind, unter ihnen Winzerin Tamara Kögl (Weingut Kögl in Ratsch an der Weinstraße), Designerin Bettina Grieshofer (Inhaberin der Dirndlerei „Platzhirsch“ in Bad Aussee) sowie Berg- und Skiführer René Guhl (Leiter der Alpinschule „Bergpuls“ in Liezen und Einsatzleiter der steirischen Bergrettung). ■

Foto: Steiermark Tourismus / Bernhard Loder

Tourismuslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl (2.v.r.) und Steiermark Tourismus-Geschäftsführer Erich Neuhold (2.v.l.) mit Produzent Michael Schlamberger (Mitte) sowie zwei von drei HauptdarstellerInnen Bettina Grieshofer (links außen) und René Guhl (rechts außen)

http://www.youtube.com/SteiermarkCOM

Schwedische Königsfamilie auf Zoobesuch in Wien

Im Zuge eines Privataufenthalts in Wien besuchte die schwedische Königsfamilie am 7. April den Tiergarten Schönbrunn. Bei einer Führung durch den Zoo wurden Königin Silvia von Schweden, Kronprinzessin Victoria und Prinzessin Estelle die tierischen Highlights des Zoos gezeigt: von Pandas über Löwen bis zu den Elefanten. Die kleine Prinzessin entpuppte sich als große Tierfreundin und hatte viele Fragen zu den Vierbeinern. Zum Abschluß fütterten die Ehrengäste noch gemeinsam die beiden Giraffen-Weibchen Fleur und Sofie und hatten sichtlich viel Vergnügen dabei.

Sie habe von der Schönheit des Zoos in Wien gehört, begründete die Monarchin ihren Besuch. Natürlich war auch die Geschichte des ältesten Zoos der Welt von grossem Interesse. Eine kleine Stärkung wurde im imperialen Ambiente des Kaiserpavillons zu sich genommen. Bei schönem Frühlingswetter war der Tiergarten Schönbrunn natürlich sehr gut besucht und so manche BesucherInnen staunten, als die schwedische Königsfamilie neben ihnen durch den Zoo spazierte. ■

https://www.zoovienna.at/

Foto: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Königin Silvia von Schweden, Kronprinzessin Victoria und Prinzessin Estelle fütterten die Ehrengäste noch gemeinsam die beiden Giraffen-Weibchen Fleur und Sofie.

Panda-Männchen Yuan Yuan ist da

Die Freude im Tiergarten Schönbrunn ist groß: Das sehnlich erwartete Große Panda-Männchen Yuan Yuan ist an Abend des 17. April angekommen. Zoologin Eveline Dungl und Zootierarzt Thomas Voracek zuvor nach China gereist, um ihn nach Wien zu begleiten. Die Reise hat er entspannt verbracht. „Yuan Yuan hat Bambussprossen gefressen, geschlafen und immer wieder neugierig aus der Kiste geschaut“, so Dungl.

Die Ankunft von Yuan Yuan freut auch die für den Tiergarten zuständige Bundesministerin Margarete Schramböck. „Noch müssen wir uns etwas gedulden, aber ich freue mich sehr für den Tiergarten und seine Besucher, daß Yuan Yuan nun da ist. Ich wünsche mir, daß der Tiergarten mit dem neuen Männchen an seine Zuchterfolge anknüpfen kann.“ Yuan Yuan wurde am 23. August 1999 geboren. Er wurde als neuer Partner für die 18 Jahre alte Yang Yang ausgewählt. Bis Ende Mai ist er zur Quarantäne in der Innenanlage.

Erwachsene Große Pandas sind Einzelgänger. Yang Yang und Yuan Yuan bewohnen getrennte Anlagen. Aber sie sehen und riechen einander. Schratter: „Yang Yang hat durch die Glasscheibe schon einen Blick auf ihn geworfen. Wir hoffen, daß er ihr gefällt.“ Auch Yuan Yuan markiert schon eifrig, um zu zeigen, daß wieder ein Männchen im Haus ist. Aufeinander treffen werden die beiden erst in der Paarungszeit im kommenden Frühjahr. Seit 2003 leben im Tiergarten Schönbrunn Große Pandas.

Die seltenen Bambusbären sind das Symbol für den Artenschutz. ■

https://www.zoovienna.at/

Foto: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Yuan Yuan wurde als neuer Partner für die 18 Jahre alte „Wienerin“ Yang Yang ausgewählt.

WK Wien tritt Vereinigung großer Städtekammern bei

Die Wirtschaftskammer Wien trat bei der diesjährigen chamber 6-Konferenz in Peking der weltweiten Vereinigung von Wirtschafts-Interessenvertretungen bei – Wien ist damit neben Peking, Berlin, London, Paris, Moskau und Sao Paulo das nunmehr siebte Mitglied und erhebt die Gruppe somit zum chamber 7. Gemeinsam arbeiten die chamber-Mitglieder an Konzepten für Stadtentwicklung, Handel, Exportförderung, Ausbildung und Positionierung der jeweiligen Wirtschaftsstandorte. Die C7 veranstalten ein jährliches Treffen, um diese Themen zu diskutieren. „Wir werden unsere Expertise in diesen Themenbereichen aktiv einbringen. Wien ist ja etwa im Bereich Ökolösungen für Städte weltweit führend, auch in vielen anderen Bereichen ist unser Wissen gefragt. Dieser Rahmen bietet uns die Möglichkeiten, uns mit anderen Metropolen auszutauschen und gemeinsam Lösungsansätze für die Herausforderungen, die das Wachstum mit sich bringt, zu entwickeln“, freut sich Anton Ofner, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Wien.

Foto: WKW / Vanicek

Beim Treffen in Peking: WKW-Vizepräsident Anton Ofner (2.v.r.) mit Vladimir Platonov (Moskau), Didier Kling (Paris), Zhang Yongming (Peking) und Tobias Weber (Berlin) (v.l.)

Das heurige Treffen der Kammervereinigung in Peking, bei dem die Wirtschaftskammer Wien offiziell aufgenommen wurde, stand ganz im Zeichen der „Neuen Seidenstraße“ und der Chancen die sie bietet. Für den Wirtschaftsstandort Wien bieten sich mit der Anbindung an dieses größte Infrastrukturprojekt der Menschheitsgeschichte auch enorme Chancen, die es zu nutzen gilt. Das betont auch Alexander Biach, stv. Direktor der WK Wien, der die dringend nötige Anbindung Österreichs anmahnt: „Während der Güterumschlag auf den Korridoren der Neuen Seidenstraße monatlich steigt, steht Österreich noch immer auf der Zuschauertribüne…“ ■

https://www.wko.at/

Design aus Niederösterreich ziert Traktoren in Indien

International sehr gefragt ist der Industriedesigner Johannes Geisler in Gramatneusiedl, Bezirk Bruck an der Leitha. Seinen Schwerpunkt hat der Einpersonenunternehmer im Automotive- bzw. Fahrzeugdesign. Stolz ist er darauf, daß er das Design für die nächste Generation der Traktoren des indischen Konzerns International Tractors Limited (ITL) erstellen durfte, erklärte Geisler dem NÖ Wirtschaftspressedienst.

Er hat erst vor kurzem sein eigenes Studio gegründet, ist aber bereits jetzt auf dem Weg zu einer internationalen Karriere. Einer seiner ersten großen Aufträge, eine weltweite Designsprache für einen indischen Traktorenhersteller zu entwickeln, hat Geisler viel Beachtung und bereits auch erste Auszeichnungen eingebracht.

© Johannes Geisler

Johannes Geisler am Solis90 des indischen Konzerns International Tractors Limited, für dessen Design er verantwortlich zeichnet.

Geisler zählt zu den heimischen Designern einer neuen Generation, die sich vor allem der Zukunft der Fortbewegung in Städten und auf dem Land verschrieben haben. Bereits mit seiner Diplomarbeit „City Air Way”, das Design einer urbanen Seilschwebebahn und Statement für „future urban mobility“, wurde Geisler 2008 beim Createch Award als Sieger in der Kategorie „Schiene“ des Bundesministeriums prämiert und das Konzept mit der Firma Doppelmayr ausgearbeitet. Es stellt nach wie vor einen Meilenstein im Bereich Future urban Mobility dar, und ist ein Lösungsansatz für das Verkehrsproblem von Städten der Zukunft.

Die handwerkliche Basis wurde in den Kreativ-Teams der weltweit bekanntesten Automarken gelegt – Geisler war jahrelang bei Magna Steyr Fahrzeugtechnik AG & Co KG tätig und zeichnete als Senior Automotive Designer und Deputy Chief Designer u.a. für Entwicklung und Ausstattung von Premiummarken wie z.B. Mini, BMW oder OPEL mitverantwortlich. Nun kann Geisler mit seinem Studio als selbstständiger Designer seiner eigenen Kreativität freien Lauf lassen. ■

http://www.johannesgeisler.design/

Ein Karfreitag in Aparecida

Ein Bericht über die österliche Prozession und das Nationale Heiligtum in Brasiliens Bundesstaat São Paulo.

Von Gerhard Held *)

Foto: Gerhard Held

Das mehr als beeindruckende nationale Heiligtum „Santuário de Nossa Senhora Aparecida“ im morgendlichen Nebel

Aparecida ist eine kleine Stadt mit ca. 36.000 Einwohnern, eingebettet im Tal des Flusses Paraíba zwischen der Mantiqueira-Bergkette im Norden und der Serra do Mar, 180 km nordöstlich der Hauptstadt São Paulo. Ihr Ursprung geht auf den Fund einer kleinen Marienstatue im Fluß durch drei Fischer im Jahr 1717 zurück. Im Laufe der mehr als 300 Jahre entwickelte sich Aparecida in eine der wichtigsten Wahlfahrtsstätten Lateinamerikas und wird nun jährlich von mehr als 12 Millionen PilgerInnen besucht.

Aber bevor ich den historischen Hintergrund erläutere, beginne ich lieber mit einem aktuellen Ereignis zur Osterzeit, nämlich

Foto: Gerhard Held

Kreuzwegstation III im ersten Tageslicht (im Hintergrund sieht man die Mantiqueira-Bergkette)

*) Gerhard Held lebte 30 Jahre in Südafrika, seit 2000 lebt er in Brasilien (seine Frau ist Brasilianerin). Seit 2014 sind beide in Pension, aber weiterhin wissenschaftlich aktiv (Radar Meteorologie, Gewitterforschung, Tornados, etc).

dem Kreuzweg, der auf den Morro do Cruceiro (Hügel des Kreuzes) führt, welcher mit etwas über 100 m die Stadt weithin sichtbar überragt. Am Karfreitag (19. April) begann sich die Prozession um 5 Uhr früh Lokalzeit in der Dunkelheit, aber bei klarem Himmel und Vollmond, vom Stadtzentrum in Aparecida Richtung Via Sacra in Bewegung zu setzen. Laut Nationalen TV-Nachrichten globonews nahmen mehr als 5.000 Gläubige daran teil. Ein Großteil davon waren WallfahrerInnen, die hauptsächlich in großen Gruppen mit gecharterten Autobussen aus allen Staaten Brasiliens anreisten. Die Stimmung war einmalig, irgendwie unheimlich im Mondlicht mit der nächtlichen Stille – nur vom Gesang und den Gebeten bei jeder der 14 Stationen unterbrochen und über eine hervorragende Lautsprecheranlage, für alle Gläubige gut hörbar, übertragen. Nach etwa einer Stunde wich die Dunkelheit dem Morgengrauen, während sich die Prozession langsam den Berg hinaufwälzte.

Der ursprüngliche einfache Kreuzweg mit hölzernen Bildstöcken aus dem Jahre 1925 wurde im April 2000 durch die modernen 14 Stationen vom aus Metropolitan São Paulo stammenden Bildhauer Adélio Sarro Sobrinho ersetzt. Die Stationen sind aus Beton gefertigt, aber mit einer speziellen Beschichtung versehen, um Kupferplatten zu imitieren, und sehr effektiv in die Seite des dicht bewachsenen Hügels gesetzt. Als wir dann bei der VII Station angekommen waren, kam die Sonne langsam hinter dem Hügel hoch, während sich das unter uns liegende Paraíba Tal mit durchsichtigen Nebelschwaden füllte. Nach etwa 2 ½ Stunden kamen wir dann bei der letzten Station auf 685 m Seehöhe an. Die Temperatur war inzwischen von 16° C auf 25° C angestiegen. Das 23 m hohe Kreuz aus Stahl wurde vom Bildhauer Cláudio Pastro zur feierlichen Erinnerung an 500 Jahre Evangelisierung Brasiliens geschaffen und steht vor der XIV Station, die die Grabstätte von Jesus symbolisiert.

Vom Morro do Cruzeiro hat man einen wunderbaren Blick auf Aparecida und vor allem auf die „Neue Basilika“. Seit Juni 2014 gibt es auch eine Seilbahn, mit der man von der „Neuen Basilika“ über das Stadzentrum bis auf den Morro do Cruzeiro schwebt (ca. 1,2 km lang und 115 m Höhenunterschied).

Santuário de Nossa Senhora Aparecida

Das Portugisische Wort „aparecida“ bedeutet „erschienen“, was sich auf den Fund der kleinen, in zwei Teile zerbrochenen, Marienstatue im Paraíba-Fluß bezieht.

Foto: Gerhard Held

Via Sacra, VII Station – Jesus fällt zum zweiten Mal

Foto: Gerhard Held

Via Sacra, XI Station – Jesus wird ans Kreuz genagelt

Also nun zurück ins Jahr 1717, als für den Gouverneur von São Paulo, Dom Pedro de Almeida e Portugal, Graf von Assumar, während einer Besichtigungsreise in der Region vom 17. bis 30. Oktober 1717 ein Bankett zubereitet wurde. Drei lokale Fischer wurden beauftragt, dafür frische Fische im Paraíba-Fluß zu fangen – aber trotz mehrerer Versuche blieben ihre Netze leer. In ihrer Verzweiflung, den hohen Auftrag erfüllen zu müssen, begannen sie zu beten und plötzlich fand sich in einem ihrer Netze der Körper einer Statue, und etwas später, flußabwärts, der dazugehörige Kopf Marias. Die aus Ton gefertigte Statue (um 1600) wird einem Augustiner Mönch zugeschrieben. Nachdem die Fischer beiden Teile im Boot bargen, begannen sich ihre Netze zu überfüllen – dies wird später als erstes Wunder registriert. Danach stellten sie die zusammengefügte Statue auf einen kleinen Familienaltar in ihrem Haus in Porto Itaguaçu auf, nahe der Fundstelle, um Maria für das „Wunder der Fische“ zu danken.

Daraus entwickelte sich rasch ein Verehrungskult der lokalen Einwohner, und 1740 wurde dann eine kleine Kapelle gebaut. Den Bitten der Lokalbevölkerung folgend und basierend auf den Berichten diverser Wunder, autorisierte der damalige Bischof von Rio de Janeiro 1743 den ersten Bau einer kleinen Kirche auf einem nahen Hügel im heutigen

Zentrum von Aparecia zu Ehren der Statue, die in einer Altarnische aufgestellt und von da an als „Mutter Aparecida“ anerkannt wurde. Es gab bereits einen „Saal der Wunder und Versprechen von Pilgern“. Dies war das „Erste Heiligtum“ (Primeiro Santuário), aber wegen Baufälligkeit wurde im Jahr 1844 beschlossen, die alte Struktur durch eine neue Kirche an der selben Stelle zu ersetzen. Sie wurde 1888 vom Bischof von São Paulo eingeweiht. Das war nun die erste Basilika, heute bekannt als „Alte Basilika“ (‚Igreja de Monte Carmelo‘ – Basílica Velha).

Sechs anerkannte Wunder

Die bisher sechs, vom Vatikan anerkannten Wunder sind: 1. Wunder des Fischfangs (1717; oben beschrieben; 2. Wunder der Kerzen (1717; als die Fischer die Statue auf ihrem Altar zwischen zwei Kerzen aufstellten, gingen die Flammen plötzlich aus, aber bevor sie wieder angezündet werden konnten, flammten sie von selbst wieder auf); 3. Wunder des blinden Mädchens (1874; nachdem eine Mutter und Tochter, seit Geburt blind, von Nossa Senhora Aparecida gehört hatten, reisten sie drei Monate lang vom fernsten Zipfel im nordwesten des Staates São Paulo nach Apararecida. Als sie sich endlich dem Ort näherten, rief die Tochter „Schau Mutter, da ist die Kapelle der Heiligen“ – und beide konnten wieder normal sehen); 4. Wunder des Sklaven Zacarias (als ein geflüchteter Sklave von seinem Herrn gefesselt zur Farm zurückgebracht wurde, bat er kurz vor der Kapelle zu halten um zu beten; plötzlich fielen seine Ketten ab und er war frei); 5. Wunder des Ritters (der ungläubige Mann aus einem Nachbarstaat verhöhnte die Verehrer von Nossa Senhora Aparecida, beschloß aber dennoch eines Tages mit seinem Pferd in die Kapelle einzureiten; doch bereits auf der ersten Stufe wurden die Hufe seines Pferdes festgehalten); 6. Wunder des ertrinkenden Jungen (1862; das Kind fiel beim Spielen aus dem Boot in den Paraíba Fluß und war am Ertrinken; seine Mutter und Schwester begannen zu Maria zu beten und sofort begann er zu schwimmen ohne Wasser zu schlucken, sodaß ihn sein Vater unverletzt retten konnte).

Berühmte Besucher des Heiligtums

Berühmte Besucher des Heiligtums waren, meist auf dem Wege nach Rio de Janeiro, der damalige Prinzregent und später erster Kaiser von Brasilien, Dom Pedro I (1822), sein Sohn Kaiser Pedro II (Sohn von Kaiserin Leopoldina und Enkel von Kaiser Franz II)

Foto: Gerhard Held

Mirante do Cruzeiro, 685 m über dem Meeresspiegel

mit Ehefrau Kaiserin Teresa Cristina de Bourbon (1843 & 1865), sowie während des Festes „Maria Empfängnis“ am 8. Dezember 1868 die schwangere Thronerbin, Prinzessin Isabel, die mit ihrem Mann, Graf d´Eu, Nossa Senhora Aparecida um die Gnade eines Erben bat. In Anerkennung ihrer Hingabe schenkte sie danach der Madonna einen mit 21 Diamanten (je einen für die damaligen Provinzen Brasiliens) bestickten Mantel. Als sie in 1884 wieder Aparecida mit ihrem Mann und nun drei Söhnen besuchte, schenkte sie für die erwiesene Gnade eine 24karätige, mit Diamanten verzierte Goldkrone. Heute kann man Imitationen in den hunderten Souvenir-Läden und Ständen in allen Größen und Preisklassen erwerben ... (Aparecida lebt vom Pilger-Tourismus!). Interessant ist auch, daß der berühmte österreichische Landschaftsmaler Thomas Ender der damaligen Basilika während seiner Durchreise in 1817 ein Aquarell schenkte.

Der Neubau

Im Jahr 1894 kamen die Redemptoristischen-Missionare aus Bayern an und wurden als offizielle Betreuer des Heiligtums in Aparecida bestellt. Im Juli 1930 erklärte Papst Pius XI Nossa Senhora Aparecida zur Schutzpatronin von Brasilien. Mit dem rapide

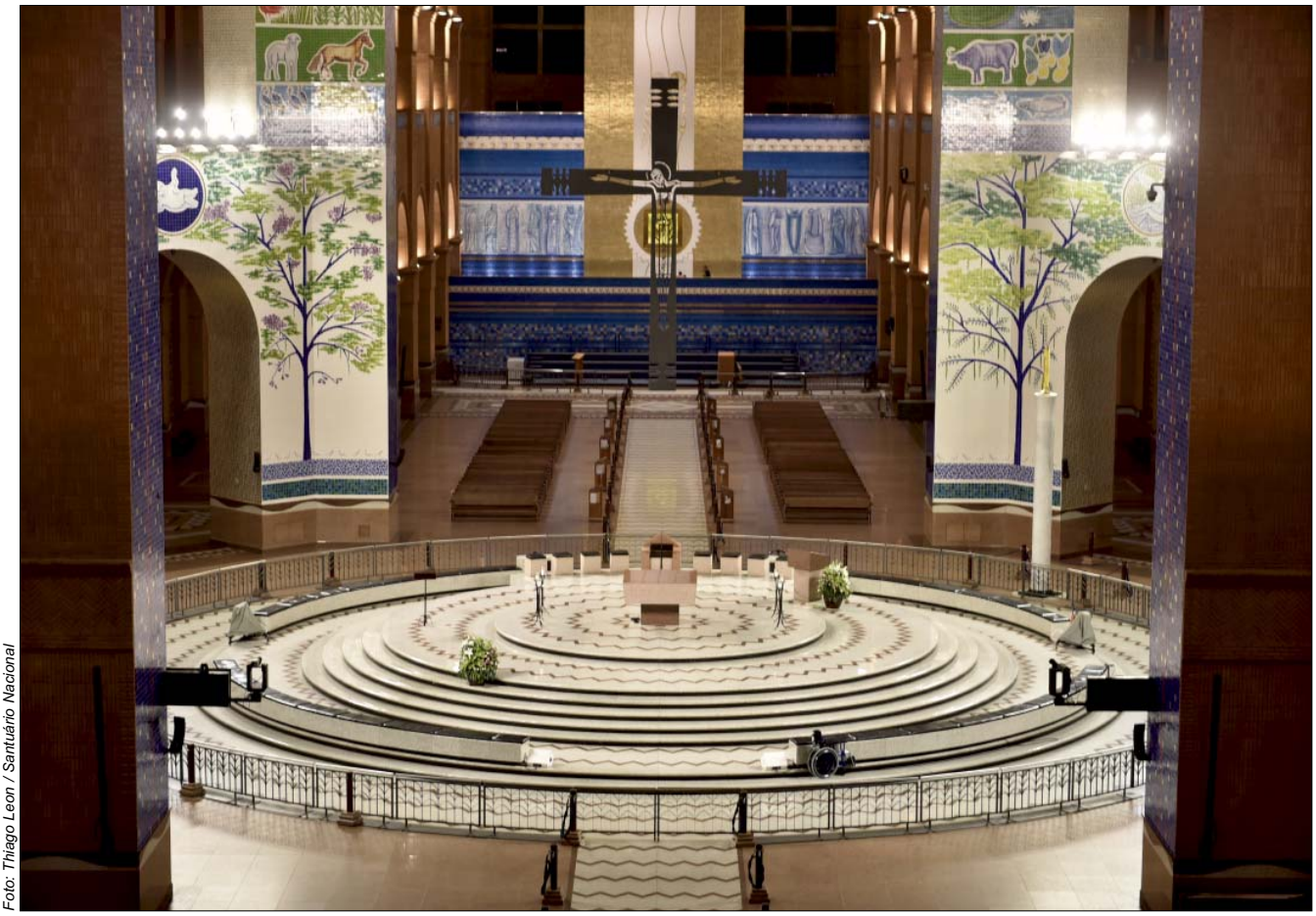


Foto: Thiago Leon / Santuário Nacional

Dieses Foto zeigt den beeindruckenden Hauptaltar im Mittelschiff des Heiligtums unserer lieben Frau Aparaecida

wachsenden Wallfahrtstourismus wurde die Basilika viel zu klein, sodaß 1946 der erste Grundstein (er wurde bereits in der selben Nacht gestohlen!) für den Bau einer neuen Basilika auf einem benachbarten Hügel gelegt wurde. Aber die eigentliche Konstruktion begann erst im November 1955, eingeweiht als Basilika von Papst Johannes Paulus II im Juli 1980. Religiöse Aktivitäten begannen am 3. Oktober 1982 mit der feierlichen Übersiedlung der Statue von der Alten in die Neue Basilika. In 1953 hatte die Nationale Bischofskonferenz von Brasilien in ihrer Vollversammlung beschlossen, daß das Fest der Schutzpatronin von Brasilien am 12. Oktober gefeiert wird, jetzt ein Nationalfeiertag, an dem bis zu 140.000 Wallfahrer in die Stadt strömen.

Die zweit-größte Kathedrale der Welt

Die Neue Basilika ist im Neo-Romanischen Rundbogenstil in Form eines griechischen Kreuzes erbaut, 173 m lang und 168 m breit. Sie wurde vom Architekten Benedito Calixto Neto entworfen und konstruiert, bis zu seinem Tode in 1972, folgend einer Inspiration von der „Basilica of the National Shrine of the Immaculate Conception“ in Washington, DC. Der Dom hat eine Höhe von 70 m und der Turm (Campanile) 109 m. Die Kirchenhalle bietet Platz für 45.000 Gläubige oder bei Großveranstaltungen mit Einbeziehung des Vorplatzes für 300.000. Damit ist sie, nach dem Petersdom in Rom, die zweitgrößte Kathedrale der Welt.

Um diese gigantischen Ausmasse zu verstehen, muß man auch bedenken, daß der Parkplatz für 4.000 Autobusse und 6.000 PKW ausgelegt ist.

Die Innenarbeiten zur Vervollständigung und Verschönerung sind noch immer angehend. Der separat stehende weiße Glockenturm mit 13 kleinen Bronze-Glocken aus Holland wurde erst zu Weihnachten 2016 eingeweiht. Außerhalb der Basilika gibt es eine Kapelle, wo man Kerzen mit bis zu 2 m Länge anzünden kann. Im Untergeschoß befinden sich Taufkapellen, sowie der „Saal der Versprechen von Pilgern“ oder auch „Saal der Wunder“ genannt, in dem man tausende Fotos, Prothesen und auch Schmuck sieht, die zur Danksagung abgegeben wurden. Außerdem gibt es unterirdisch auch riesige Aufenthaltsräume für die Pilger.

Das Innere der Kirche ist einfach überwältigend und man benötigt geraume Zeit, um die Dimensionen zu absorbieren. Außer dem Hauptschiff und seinen beiden Seitenschiffen gibt es mehrere Seitenkapellen. Der Hauptaltar ist unter der Kuppel zentralisiert. Das hochgesicherte Original der Nossa Senhora Aparecida befindet sich im Süd-Schiff, mit separat zugänglicher Rampe zur Besichtigung und Medidation.

1971 wurde die 389 m lange, S-förmige „Fußgängerbrücke“ (Passarela da Fê), die die alte mit der neuen Basilika verbindet, eingeweiht.

Zum Abschluß ist es vielleicht noch interessant hervorzuheben, daß in den letzten vier Jahrzenten drei Päpste das Heiligtum persönlich besuchten, nämlich Papst Johannes Paulus II (Juli 1980), Papst Benedikt XVI (Mai 2007) und Papst Franciscus (Juli 2013). Die Basilika erhielt drei „Goldene Rosen“, das älteste Ehrengeschenk der Päpste, nämlich von Papst Paulus VI (1967), sowie persönlich überreicht von Papst Benedikt XVI und Papst Franciscus. ■

https://www.a12.com/en

https://de.wikipedia.org/wiki/Bas%C3%ADlica_de_Nossa_Senhora_Aparecida

Innenpolitik

Einfach weniger Steuern durch »Entlastung Österreich«

ÖsterreicherInnen werden durch Entlastungsprogramm der Bundesregierung ab 2022 mit insgesamt 8,3 Milliarden Euro pro Jahr entlastet.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 1. Mai beschloß die Bundesregierung die Steuerreform »Entlastung Österreich« – im Bild (v.l.): Finanzminister Hartwig Löger, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Heinz Christian Strache und Finanzstaatssekretär Herbert Fuchs bei der Pressekonferenz im Bundeskanzleramt

Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Heinz Christian Strache, Finanzminister Hartwig Löger und Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs haben am 30. April die Eckpunkte der Steuerreform präsentiert. „‚Entlastung Österreich' steht für eine neue Umverteilung vom Staat zu den Bürgern und Unternehmen. Bis 2022 werden die Österreicherinnen und Österreicher mit insgesamt 8,3 Milliarden Euro pro Jahr entlastet", hielt Finanzminister Hartwig Löger fest. Bisher traten bereits der Familienbonus Plus, die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und die Umsatzsteuer-Reduktion im Tourismus in Kraft. Ab 2020 folgen in Etappen weitere Maßnahmen für Geringverdiener, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie Unternehmen.

„‚Entlastung Österreich' ist nicht nur eine Steuerreform. Es ist ein umfassendes Programm, das auch jene entlastet, die keine Steuern zahlen. Es enthält Maßnahmen für alle ÖsterreicherInnen, Beschäftigungs-und Investitionsanreize und bringt viele steuerrechtliche Vereinfachungen. Besonders kleine und mittlere Einkommen werden durch unser Programm weniger Steuern zahlen", so der Finanzminister.

„Als Finanzminister ist es mir besonders wichtig, daß all diesen Entlastungen eine vernünftige Gegenfinanzierung gegenübersteht. Wir bringen die erste Steuerreform ohne neue Schulden auf den Weg. ‚Keine neuen Steuern und keine neuen Schulden' macht diese Steuerreform zu einer Reform mit Hausverstand und ist Ausdruck unseres Verständnisses, nicht auf Kosten der nächsten Generationen Politik zu machen", so der Finanzminister weiter.

Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs ergänzt: „In der Vergangenheit wurden Steuerreformen vor allem durch eine Neuverschuldung oder durch neue Steuern finanziert. Wir sorgen hingegen für eine ehrliche und nachhaltige Entlastung. Wir stärken die kleinen und mittleren Einkommen, aber auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen."

Bereits im kommenden Jahr werden niedrige Einkommen über die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge entlastet, die Grenze von geringwertigen Wirtschaftsgütern angehoben und Maßnahmen zur Entbürokratisierung sowie im Umweltbereich gesetzt.

2021 folgen die erste Etappe der Entlastung von Lohn- und Einkommensteuerzahlern durch die Tarifsenkung der ersten Steuerstufe von 25 auf 20 Prozent, die Entbürokratisierung für ArbeitnehmerInnen durch die Erhöhung des Werbungskostenpauschales, strukturelle Vereinfachungen im Steuerrecht wie insbesondere die Neukodifikation des Einkommensteuergesetzes sowie strukturelle Vereinfachung der Lohnverrechnung und der Gewinnermittlung. Außerdem werden die Forschungsprämie ausgeweitet und Maßnahmen zur Erhöhung der Rechtssicherheit und der schnelleren Verfahrensdauer gesetzt.

Die zweite Etappe der Entlastung von Lohn- und EinkommensteuerzahlerInnen über die Senkung der zweiten und dritten Steuerstufe von 35 auf 30 und von 42 auf 40 Prozent sowie Maßnahmen zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes wie die Sen-

Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Sebastian Kurz: „Wir entlasten all jene Menschen, die Tag für Tag arbeiten gehen, ihren Beitrag leisten und unser Land nach vorne bringen, damit ihnen ein Stück weit mehr zum Leben übrigbleibt."

kung der Körperschaftssteuer oder die Ausweitung des Gewinnfreibetrages auf 100.000 Euro werden 2022 in Kraft treten. Ebenso kommt es zur Abschaffung von Bagatellsteuern und zur Schaffung einer einheitlichen Bemessungsgrundlage bei den Lohnnebenkosten.

„Mit dieser Steuerreform – und das ist mir als ehemaliger Steuerberater ein besonderes Anliegen – sorgen wir nicht nur für eine Entlastung von Steuern und Abgaben für alle, sondern auch für eine Befreiung von bürokratischem Ballast und staatlichen Hürden, indem wir für Vereinfachungen im Steuerrecht sorgen und die Anzahl der Steuererklärungen für Unternehmer und Arbeitnehmer um bis zu 460.000 Stück reduzieren", erklärt Staatssekretär Fuchs.

Faktor Arbeit wird jährlich um fünf Milliarden Euro entlastet

Rund 75 Prozent des Gesamtvolumens von „Entlastung Österreich" entfallen auf die Entlastung des Faktors Arbeit. Ab 2022 wird die Belastung dieses Faktors jedes Jahr um fünf Milliarden Euro gesenkt.

Bereits kommendes Jahr werden die Krankenversicherungsbeiträge reduziert. 1,8 Millionen geringverdienende ArbeitnehmerInnen, 1,8 Millionen PensionistInnen, 500.000 Selbstständige sowie Land- und ForstwirtInnen werden durch diese Maßnahme im Gesamtausmaß von rund 900 Millionen Euro pro Jahr entlastet. „Damit profitieren vor allem jene Personen, die zwar Sozialversicherung, aber noch keine Einkommensteuer zahlen. Ein Arbeitnehmer erhält im Durchschnitt 280 Euro pro Jahr, ein Pensionist im Durchschnitt 170 Euro pro Jahr", so Löger.

Eine weitere Maßnahme, die den Faktor Arbeit im Ausmaß von 3,9 Milliarden Euro pro Jahr entlasten wird, ist die Senkung der ersten drei Tarifstufen. Die derzeit geltenden 25, 35 und 42 Prozent werden auf 20, 30 und 40 Prozent gesenkt. „Aufgrund unseres progressiven Steuersystems bedeutet die Senkung der ersten drei Tarifstufen eine Entlastung für 100 Prozent der 4,8 Millionen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Insbesondere profitieren davon jene mit kleinen und mittleren Einkommen", betonte Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs.

Eine weitere finanzielle, aber insbesondere auch vereinfachende Maßnahme für steuerzahlende ArbeitnehmerInnen stellt die Erhöhung des Werbekostenpauschales dar. Das Werbungskostenpauschale, das bereits im Rahmen der Lohnverrechnung berücksichtigt wird, wird von bisher 132 Euro auf 300 Euro pro Jahr ab 2021 erhöht. Damit ersparen sich zusätzlich rund 60.000 Personen zukünftig die Abgabe einer Arbeitnehmerveranlagung. ArbeitnehmerInnen werden in der Höhe von rund 140 Millionen Euro pro Jahr entlastet. Gleichzeitig baut das Finanzministerium damit Bürokratie ab.

„Unsere Steuerreform motiviert wieder zu Leistung und Arbeit. Vor allem jene, die in den vergangenen Jahren besonders unter der hohen Steuerlast gelitten haben, werden durch ‚Entlastung Österreich' deutlich entlastet und haben künftig mehr Geld zur Verfügung", hielt der Finanzminister fest.

Steuerreform entlastet Unternehmen mit mehr als 1,5 Milliarden Euro

Mit „Entlastung Österreich" setzt die Bundesregierung mehr als 1,5 Milliarden Euro zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Österreich frei. Damit fördert sie Wachstum und Investitionen, stärkt die Eigenkapitalausstattung der heimischen Unternehmen und unterstützt den Ausbau von Arbeitsplätzen.

Das Kernstück bildet dabei die Senkung der Körperschaftssteuer. Während die nominellen Körperschaftssteuersätze in den vergangenen Jahren in fast allen Nachbarländern gesenkt wurden, geht der derzeit in Österreich geltende Körperschaftssteuersatz von 25 Prozent auf das Jahr 2005 zurück. Um im internationalen Wettbewerb nicht an Attraktivität zu verlieren, senkt die Bundesregierung daher die Körperschaftsteuer im Jahr 2022 um 2 Prozent von 25 Prozent auf 23 Prozent und um weitere 2 Prozent auf 21 Prozent im Jahr 2023. Daraus ergibt sich für österreichische Unternehmen ab 2022 eine Entlastung im Ausmaß von rund 800 Millionen. Euro und ab 2023 um 1,6 Milliarden Euro pro Jahr.

Darüber hinaus werden zahlreiche weitere Maßnahmen zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes gesetzt. So wird etwa der Grundfreibetrag, der für einkommensteuerzahlende Unternehmen die Steuerbemessungsgrundlage senkt, bis 100.000 Euro erweitert (Entlastung: 100 Millionen Euro). Ebenso wird die Grenze von geringwertigen Wirtschaftsgütern von 400 Euro auf 800 Euro im Jahr 2020 und im Jahr 2021 auf 1.000 Euro erhöht, wodurch es zu einer Erleichterung der Sofortabschreibung kommt (Entlastung 300 Millionen Euro). „Entlastung Österreich" wird darüber hinaus eine Begünstigung für Mitarbeitererfolgsbeteiligungen in Höhe von maximal 10 Prozent des Gewinns und jährlich bis zu 3.000 Euro pro Arbeitnehmer enthalten (Entlastung: 100 Millionen Euro). Auch die Kleinunternehmergrenze, also jene Umsatzgrenze, ab der Umsatzsteuerpflicht besteht, wird von derzeit 30.000 auf 35.000 Euro erhöht. Zudem soll es für diese Unternehmen zukünftig auch eine einfache Pauschalierungsmöglichkeit im Bereich der Einkommensteuer geben (Entlastung: 75

Millionen Euro). Nicht zuletzt wird die Forschungsprämie ausgeweitet, wobei allen voran EinzelunternehmerInnen und GesellschafterInnen von Personengesellschaften profitieren werden.

Finanzminister Hartwig Löger: „Mit ‚Entlastung Österreich' fördern wir als österreichische Bundesregierung den Ausbau von Arbeitsplätzen und setzen Anreize, in Österreich zu investieren. Damit stärken wir das Wachstum und sorgen dafür, daß Österreich im internationalen Wettbewerb noch attraktiver wird."

Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs: „Mit unseren Maßnahmen zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes stärken wir vor allem unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dabei entlasten wir unsere Unternehmerinnen und Unternehmer nicht nur finanziell, sondern sorgen auch für Entbürokratisierung sowie Vereinfachungen und machen ihnen dadurch den Arbeitsalltag deutlich einfacher."

»Entlastung Österreich« setzt umfassende Maßnahmen zur Vereinfachung und im Umweltbereich

Mit „Entlastung Österreich" setzt die österreichische Bundesregierung bereits ab dem Jahr 2020 Maßnahmen im Umweltbereich, um die rasche Umsetzung der österreichischen Klima- und Energiestrategie voranzutreiben. Insbesondere sollen Kraftfahrzeuge mit geringem Schadstoffausstoß steuerlich begünstigt werden.

So wird im Bereich der Mobilität die NoVA aufkommensneutral, sozial verträglich und ökologisch umgestaltet. Die Steuerbelastung soll abhängig vom CO_2-Ausstoß hin zu jenen Fahrzeugen verlagert werden, die einen überdurchschnittlich hohen CO_2-Ausstoß verursachen. Ebenso wird die Bundesregierung die Grenzwerte des CO_2-Ausstoßes bei der lohnsteuerlichen Behandlung von Fahrzeugen anpassen und bei der motorbezogenen Versicherungssteuer neben der Motorleistung auch den CO_2-Ausstoß aufkommensneutral mitberücksichtigen. Um für Betriebe den Anreiz zu erhöhen Mitarbeitern vermehrt Elektrofahrräder anzubieten, wird auch für diese die Möglichkeit des Vorsteuerabzuges bei unternehmerischer Tätigkeit geschaffen.

Abseits der Mobilität wird die Eigenstromsteuer für Photovoltaikanlagen abgeschafft. Auch Biogas, Wasserstoff und LNG werden steuerlich begünstigt – nachhaltig produzierter Wasserstoff und nachhaltig produziertes Biogas aus erneuerbaren Quellen wird dabei steuerfrei. Abschließend wird aus ökologischen Überlegungen und im Sinne der Gleichbehandlung künftig auch für elektronische Zeitungen und Bücher der ermäßigte Steuersatz von 10 Prozent zur Anwendung kommen.

Finanzminister Hartwig Löger

Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs

Fotos: BKA / Andy Wenzel

Von all dem profitiert allen voran unsere Umwelt, aber auch SteuerzahlerInnen, denn insgesamt ist mit den dargestellten Maßnahmen eine Entlastungswirkung im Ausmaß von rund 55 Mio. Euro verbunden.

Finanzminister Hartwig Löger: „Die rasche Umsetzung der österreichischen Klima- und Energiestrategie ist uns ein wichtiges Anliegen, das auch im Rahmen von ‚Entlastung Österreich' nicht zu kurz kommen soll. Neben zahlreichen Maßnahmen im Bereich der Mobilität, sorgen wir auch für eine stärkere Förderung erneuerbarer Energien um diesem Anspruch gerecht zu werden."

Mit „Entlastung Österreich" sorgt die Bundesregierung auch für eine Befreiung von bürokratischem Ballast und staatlichen Hürden durch Vereinfachungen im Steuerrecht. So wurde etwa das Einkommenssteuergesetz über 30 Jahre lang permanent geändert, aber nie strukturell erneuert. Nach über 160 Novellen ist es durch die zahlreichen Ausnahme- bzw. Sonderbestimmungen hoch komplex. Daher kommt es nun zu einer Modernisierung und Vereinfachung des Steuerrechts, einer Erhöhung der Anwenderfreundlichkeit sowie einer Erleichterung der Vollziehung.

Ebenso kommt es im Rahmen der Vereinfachungsmaßnahmen zu einer Erhöhung der Rechtssicherheit und kürzeren Verfahrensdauern. Dies beinhaltet den Ausbau und die Stärkung des Steuerombudsdienstes für ArbeitnehmerInnen, die Abschaffung von Bagatellsteuern (wie etwa der Schaumweinsteuer), sowie die Vereinfachung der Lohnverrechnung (z.B. durch Schaffung einer einheitlichen Bemessungsgrundlage bei den Lohnnebenkosten).

Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs: „Das Steuerrecht ist über Jahrzehnte permanent geändert worden. Jedoch fehlt bis heute eine strukturelle Vereinfachung, wodurch die Anwendung zu einer Qual wurde. Wir sorgen nun für eine deutliche Vereinfachung, um die Anwenderfreundlichkeit zu erhöhen und die Vollziehung zu erleichtern."

Ministerrat beschließt Steuerreform

„Es ist heute ein freudiger 1. Mai, denn wir haben im Ministerrat gemeinsam den Beschluß zur Steuerreform gefaßt. Es ist eine Reform ohne neue Schulden und ohne zusätzliche Steuern. Es ist eine ehrliche Entlastung für die Menschen in unserem Land. Ich freue mich, daß wir das umsetzen können, was wir im Regierungsprogramm vereinbart haben", sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 1. Mai beim Pressefoyer gemeinsam mit Vizekanzler Heinz-Christian Strache, Finanzminister Hartwig Löger und Staatssekretär Hubert Fuchs nach dem Ministerrat im Bundeskanzleramt. „Wir entlasten all jene Menschen, die Tag für Tag arbeiten gehen, ihren Beitrag leisten und unser Land nach vorne bringen, damit ihnen ein Stück weit mehr zum Leben übrigbleibt", so der Bundeskanzler. Darüber hinaus stärke die Reform den Wirtschaftsstandort Österreich, sichere die bestehenden Arbeitsplätze und schaffe neue. ■

http://www.bmf.gv.at

Innenpolitik

Frauenwahlrecht

Nationalratspräsident Sobotka lud zu Podiumsdiskussion ins Untere Belvedere

Im Jahr 1918 wurde in Österreich als eines der ersten Länder der Welt das Frauenwahlrecht eingeführt. Im Februar 1919 durften die Österreicherinnen zum ersten Mal wählen. Zum 100-Jahr-Jubiläum dieses historischen Ereignisses hat Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka eine parlamentarische Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, die am Abend des 10. April im Unteren Belvedere mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Frauen – Kunst“ ihre Fortsetzung fand. Unter der Moderation von Clarissa Stadler diskutierten die Literatin Myung-Hwa Cho-Sobotka, die Kunsthistorikerin Kerstin Jesse, die Fotografin Claudia Prieler, die Schauspielerin Nina Proll und Universitätsrektorin Ulrike Sych unter anderem über Frauenquoten, Frauennetzwerke, Geschlechterstereotypen, die MeToo-Bewegung und die Vereinbarkeit von künstlerischem Schaffen und der Mutterrolle.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

v.l.: Fotografin Claudia Prieler, Literatin Myung-Hwa Cho-Sobotka, Rektorin Ulrike Sych, Moderation Clarissa Stadler, Schauspielerin Nina Proll, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Kuratorin Kerstin Jesse

Den passenden Rahmen für die Podiumsdiskussion bildete die Ausstellung „Stadt der Frauen. Künstlerinnen in Wien von 1900 bis 1938“, die bis Mitte Mai im Unteren Belvedere gezeigt wird. Die Ausstellung rückt mehr als 50 Künstlerinnen, die größtenteils aus dem Kanon der Kunstgeschichte verdrängt und vergessen wurden, wieder ins Blickfeld und zeigt zentrale Werke, die zum Teil seit Generationen nicht mehr zu sehen waren.

Die Ausstellung zeige sehr schön, was Frauen in der Zeit von Klimt, Schiele und Kokoschka geleistet haben. Und sie zeige auch, daß Frauen Männern um nichts nachstünden, sagte Jesse, die bei der Diskussion die Kuratorin der Ausstellung Sabine Fellner vertrat. Frauen hätten damals dafür kämpfen müssen, künstlerisch tätig zu sein. Hilfreich war dabei die Vereinigung bildender Künstlerinnen, die 1910 gegründet wurde. Auch heute könnten Frauennetzwerke durchaus unterstützend wirken, meinten die Frauen am Podium, auch wenn Künstlerinnen und Künstler eher EinzelkämpferInnen seien.

Sych: Frauenquoten machen Künstlerinnen sichtbar

Uneinig waren sich Ulrike Sych, Rektorin der Universität für Musik und darstellende Kunst, und Nina Proll, was Frauenquoten in der Kunst betrifft. Für Sych sind diese ein wichtiges Instrument, um Frauen sichtbar zu machen. Sie kann sich durchaus vorstellen, Theater oder Konzerthäuser zu verpflichten, beispielsweise jedes Monat zumindest zwei Stücke von Frauen aufzuführen oder in einem Konzert wenigstens eine Komposition einer Frau zu spielen. Auch ist es für sie höchst an der Zeit, daß einmal eine Frau das Neujahrskonzert dirigiert. „Frauen können das genauso gut wie Männer“, ist sie überzeugt.

Kunst müsse frei sein, „ich glaube nicht, daß uns eine Quote zum Ziel führt“, hielt Proll Sych entgegen. Sie glaube auch nicht, daß heutzutage jemand nicht für eine Intendanz oder einen anderen Job im Kunstbetrieb engagiert wird, weil es sich um eine Frau handelt. Daß Frauen in derartigen Positionen unterrepräsentiert sind, hänge eher damit zusammen, daß Frauen weniger bereit seien, solche Jobs zu machen.

Unterschiedliche Bewertung der MeToo-Bewegung

Auch die MeToo-Bewegung wurde von den Diskutantinnen unterschiedlich bewertet und führte zu einer spannenden Debatte. Die Bewegung habe zu einer „Hypersensibilisierung“ geführt, meinte Proll, während Sych, die 20 Jahre im Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen gearbeitet hat, die Auffassung vertrat, die Gesellschaft sei dadurch wachgerüttelt worden und hellhörig geworden. Es sei gut, daß das an die Oberfläche gekommen ist, unterstrich auch Claudia Prieler.

Ein Thema der Debatte war auch die schwierige Vereinbarkeit von künstlerischem Schaffen und Muttersein, wobei Proll auf den enormen Egoismus verwies, den Künstlerinnen bräuchten, um sich einen Namen zu machen und sich zu etablieren.

Myung-Hwa Cho-Sobotka hielt dazu fest, daß Frauen in ihrem Heimatland Korea, wo die Gesellschaft sehr leistungsorientiert sei, generell keine Kinder mehr bekommen wollen, um Karrierenachteile zu vermeiden. Eine Beeinträchtigung des künstlerischen Schaffens durch das Großziehen von Kindern kann Sych nicht erkennen, es brauche aber entweder familiären oder finanziellen Support.

Veranstaltungsreihe Frauenwahlrecht

Den Auftakt zu dieser Veranstaltungsreihe bildete eine Lesung im Dezember 2018, der eine Gedenkveranstaltung im Jänner in Erinnerung an die österreichischen Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und eine Festsitzung zu „100 Jahre erste Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung – 100 Jahre Frauenwahlrecht“ folgten. ■

http://www.parlament.gv.at

Landtagspräsidentin Dunst präsentiert ihre Vorhaben

… und gibt den Startschuß zur »umfassenden Demokratie-Offensive« – Dunst: »Interesse an politischen und gesellschaftlichen Prozessen steigern«

Den Landtag und politische Zusammenhänge den Menschen näherbringen und zur aktiven Teilnahme an der Politik einladen – um diese Ziele zu erreichen, startet Landtagspräsidentin Verena Dunst „eine umfassende Demokratie-Offensive". Gelingen soll das mit einem Bündel an Maßnahmen und Veranstaltungen, so die Präsidentin des Burgenländischen Landtages, die am 11. April im Rahmen eines Pressefrühstücks die ersten Fixpunkte der Offensive ankündigte. Wichtig sei es, alle Altersgruppen anzusprechen, auch werde sie weiterhin „internationale Partnerschaften pflegen und durch Veranstaltungen in und rund um den Landtagssitzungssaal Leben ins Haus bringen. Aber ich werde auch vor Ort bei den Menschen sein und den Landtag ins Land hinaustragen."

Foto: Landesmedienservice Burgenland

Landtagspräsidentin Verena Dunst

Speed-Dating mit den Landesrätinnen am Girls-Day

Ein besonderes Ereignis gab es bereits am internationalen „Girl´s Day" am 25. April. Es wurde ein Speed Dating organisiert: Frauen, die im Land Führungspositionen einnehmen – von den Landesrätinnen über die Landtagsdirektorin bis hin zu anderen Führungskräften – standen Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren dabei Rede und Antwort. Ziel sei es gewesen, Mädchen berufliche Tätigkeitsfelder im sowie den beruflichen Alltag in der Politik näherzubringen. Wie in handwerklichen, technischen oder naturwissenschaftlichen Bereichen seien Frauen auch in Führungspositionen noch unterrepräsentiert. Deshalb habe der burgenländische Landtag am Girls Day seine Pforten geöffnet „speziell für Mädchen, um den Austausch mit Frauen in Spitzenpositionen zu ermöglichen, ihr Interesse für Berufe in Politik und Verwaltung zu wecken und Kontakte zu knüpfen", so die Landtagspräsidentin.

UNO-Ausstellung am 7. Mai

Am 7. Mai wird die Wanderausstellung anläßlich des 40jährigen Jubiläums der UNO-City in Wien Station vor dem Landtagssitzungssaal in Eisenstadt machen. In der Ausstellung werden die Organisationen der Vereinten Nationen, die in Wien ihren Sitz haben, vorgestellt.

Zur Eröffnung der Ausstellung wird ein Vertreter der UNO zu Gast sein und für eine Diskussionsrunde mit Jugendlichen zur Verfügung stehen.

Demokratie-Offensive: Projekt mit führenden Bildungseinrichtungen wird ausgearbeitet

Ein wichtiges Vorhaben sei es, das Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer an der Politik zu steigern, so Dunst. Dazu wird gemeinsam mit der Fachhochschule Burgenland, der Pädagogischen Hochschule, der Akademie Burgenland, der Bildungsdirektion und den Burgenländischen Volkshochschulen ein umfassendes Projekt ausgearbeitet. „Interesse an politischen und gesellschaftlichen Prozessen sind unbezahlbare Erfahrungen und aus demokratiepolitischer Sicht enorm wichtig. Wählerinnen und Wähler sollen wissen, warum sie am demokratischen Entscheidungsprozess aktiv teilnehmen, wie man politische Debatten führt und welche Rechte sie haben", das wolle man vermitteln, so Dunst. Details zum Demokratie-Paket sollen innerhalb der nächsten Wochen präsentiert werden.

Angebot für alle Altersgruppen – vom Kindergartenkind bis hin zu Senioren

In Zukunft werden Führungen im Landhaus für jede Altersgruppe speziell gestaltet. Ein Schwerpunkt ist dabei die Neugestaltung des Besucherprogrammes. Über den Landtag im Burgenland, die Politik und Geschichte des Burgenlandes soll altersgerecht informiert werden.

Jugendlandtag mit neuem Konzept

Der Jugendlandtag soll neu gestaltet werden, damit er demokratische Prozesse besser wiederspiegle, so Dunst. So sollen im Jugendlandtag nicht nur Schüler, sondern auch Lehrlinge und Studenten vertreten sein. Das neue Konzept wird gemeinsam mit Jugendlichen erarbeitet.

Gebärdensprachdolmetsch bei Landtagssitzungen ab September

Landtagssitzungen werden künftig auch für Gehörlose zugänglich gemacht. „Wir starten ab September dieses Jahres mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern, also noch bevor die gesetzliche Verpflichtung dazu zu Tragen kommt", so Dunst.

Internationale Partnerschaften weiter pflegen und ausbauen

Die seit Jahrzehnten gepflegten internationalen Partnerschaften mit der autonomen Provinz Bozen Südtirol und dem saarländischen Landtag werden weitergeführt und intensiviert. „Um den Informations- und Gedankenaustausch zu fördern, die Rolle der Regionen in Europa zu stärken und die Idee eines gemeinsamen Europas voranzubringen, haben wir den Saarländischen Landtag eingeladen, uns im Herbst zu besuchen", sagt Dunst.

Mit der autonomen Provinz Bozen Südtirol ist eine kulturelle Zusammenarbeit und kulturellen Austausch beabsichtigt. ■

http://www.bgld-landtag.at/

Zukunftsplan Pflege

Fast 400 neue Plätze und zusätzlich rund 6 Mio. Euro jährlich

Nach der Präsentation des „Zukunftsplans Pflege“ durch Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Soziallandesrat Christian Illedits Ende März wird nun bereits intensiv an der Umsetzung gearbeitet. Der Zukunftsplan umfaßt 21 Maßnahmen – ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der von der überwiegenden Anzahl der Senioren gewünschten „Pflege daheim“, einem neuen Anstellungsmodell für pflegende Angehörige und einer verbindlichen Durchsetzung des Prinzips der Gemeinnützigkeit bei allen Anbietern. Daneben soll es aber auch einen gut geplanten, an die Bevölkerungsentwicklung angepaßten Ausbau von stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen und des Angebots für „betreutes Wohnen“ für alternative Wohnformen geben. Die konkreten Ausbaupläne dafür wurden von Doskozil und Illedits am 2. Mai präsentiert.

In Summe werden bis 2021 im Burgenland 279 neue Plätze in Altenwohn- und Pflegeheimen geschaffen, 60 davon mit der Ausstattung für behinderte Menschen, und 120 neue teilstationäre Plätze in Seniorentageszentren. Dazu kommen Spezialversorgungsplätze, etwa für COPD-Patienten, für Wachkoma-Fälle und für die Bereiche Alterspsychiatrie und Hospiz. „Das ist ein verantwortungsvoller, gut kalkulierter Ausbau – gleichzeitig setzen wir aber alles daran, daß pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben können. Daher bereiten wir derzeit bereits die Trägergesellschaft vor, über die sich Angehörige in Zukunft anstellen lassen können“, betonte Doskozil.

„Der Ausbau ergänzt das vorhandene Pflege- und Betreuungsangebot, so daß ein engmaschiges Netz entsteht. Rund 5,8 Millionen Euro werden dafür dann jährlich zusätzlich in die Pflege fließen. Wenn die notwendige Versorgung im häuslichen Umfeld nicht mehr gewährleistet werden kann, dann soll eine stationäre Unterbringung möglich sein“, so Illedits. Damit werde man dem Wunsch der BurgenländerInnen gerecht, die laut einer Befragung zu 98,5 Prozent so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden betreut werden möchten. Im Sinne individueller Lösungen sieht das burgenländische Pflegekonzept auch neue Betreuungsangebote vor: Das „Neue Betreute Wohnen“ beruht auf der Versorgung von mehreren betreuten Wohneinheiten im Nahebereich zu einer stationären Einrichtung oder zum Standort eines mobilen Anbieters. Starten wird dieses rund 1 Millionen Euro teure Pilotprojekt in den Bezirken Neusiedl und Mattersburg.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

LH Hans Peter Doskozil und LR Christian Illedits vor der Karte mit den den neuen Standorten

Folgende Neu- und Ausbauvorhaben wurden für stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen (Altenwohn- und Pflegeheime bzw. Seniorentageszentren) präsentiert:

Versorgungsregion Neusiedl

- Neubau Altenwohn-und Pflegeheim Zurndorf: 48 + 12 Plätze (bei Bedarf für Menschen mit Behinderung) – stationär
- Neubau STZ Nickelsdorf: 10 Plätze – teilstationär
- Standort offen: 10 Plätze – teilstationär

Versorgungsregion EU/E/MA

- Neubau AWH Eisenstadt: 48+12 Plätze – stationär; 10 Plätze teilstationär (6 Kurzzeitpflege)
- Ausbau AWH Draßburg: 12+12 stationär (= gesamt 60)
- Neubau STZ Hornstein: 10 Plätze – teilstationär
- Neubau STZ Sieggraben: 10 Plätze – teilstationär
- Neubau STZ Loipersbach: 10 Plätze – teilstationär
- Standort offen: 10 Plätze – teilstationär

Versorgungsregion OP

- Neubau AWH Neutal: 29 Plätze – stationär (bereits genehmigt & vor Baustart)
- Neubau STZ Markt St. Martin: 10 Plätze – teilstationär
- Standort offen: 10 Plätze – teilstationär

Versorgungsregion OWGSJE

- Neubau AWH Schandorf / (3sprachig): 48 + 12 Plätze – stationär
- Ausbau AWH Rechnitz: 15 Plätze – stationär (=gesamt 90) + 12 Plätze alterspsychiatrische Spezialversorgung
- Ausbau AWH Olbendorf: 19 + 12 Plätze stationär (=gesamt 60)
- Neubau STZ Güssing: 10 Plätze – teilstationär
- Neubau STZ Heiligenkreuz: 10 Plätze – teilstationär
- Standort offen: 10 Plätze – teilstationär

Spezialversorgung im stationären Bereich

- COPD-Beatmungsplätze: Zurndorf (3), St. Peter/Oberpullendorf (4) und Olbendorf (3)
- Hospiz: St. Peter / Oberpullendorf (5)
- Wachkoma: St. Peter / Oberpullendorf (5)
- (Alters-)Psychiatrie: Rechnitz (12)

Pilotprojekte für „Neues betreutes Wohnen plus“

- Bezirk Neusiedl
- Bezirk Mattersburg

12. Traditionstag der Heerestruppenschule

Der 12. Traditionstag der Heerestruppenschule fand am 26. April in der Martin-Kaserne Eisenstadt mit einem militärischen Festakt und einem Empfang statt.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landtagspräsidentin Verena Dunst und Brigadier Jürgen Baranyai, Kommandant der Heerestruppenschule, beim Abschreiten der Front

Der Tag steht im Zeichen der Erinnerung an den Traditionstruppenkörper aus der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, der k.k. Kadettenschule Eisenstadt, die am 1. Mai 1858 von den ersten Kadetten bezogen worden war. Zahlreiche Fest- und Ehrengäste, unter ihnen Landtagspräsidentin Verena Dunst in Vertretung von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz und Bürgermeister LAbg. Thomas Steiner, wohnten der Veranstaltung bei.

Die Landtagspräsidentin hob in ihrer Ansprache die Verdienste des Österreichischen Bundesheeres für das Land hervor: „Das Österreichische Bundesheer war stets Garant für Stabilität und Sicherheit. Die vergangenen Jahrzehnte waren in Österreich eine Periode des Friedens, des Aufstiegs und des steigenden Wohlstands. Besonders große Verdienste hat sich dabei das Österreichische Bundesheer erworben. Sicherheit ist gerade für das Burgenland aufgrund seiner geografischen Lage als Grenzregion seit jeher von besonderer Bedeutung. Gerade heute brauchen wir eine gemeinsame Kraftanstrengung, damit es ein Höchstmaß an Sicherheit für die Menschen gibt. Das Bundesheer muß deshalb gestärkt werden. Es müssen die notwendigen Gelder zur Verfügung stehen und an den richtigen Stellen investiert werden. Dabei kommt der Aus- und Weiterbildung eine besondere Bedeutung zu. Ein großer Dank an die Heerestruppenschule auch für die Ausrichtung des Traditionstages und die ausgezeichnete, engagierte Arbeit, die hier geleistet wird“, so Dunst.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Sicherheitsreferent Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz bei seiner Ansprache

Auch Tschürtz sprach sich für die Anhebung der Mittel für das Österreichische Bundesheer aus: „Bei der Sicherheit darf nicht gespart werden. Österreich braucht ein starkes, ein modernes, ein effizientes Bundesheer, das seine Aufträge für die Republik im In- wie im Ausland bestens erfüllen kann, denn es muß und soll der Garant für Österreichs Sicherheit sein“, betonte Tschürtz in seiner Ansprache. Neben bestens ausgebildetem Personal und guter Infrastruktur brauche es dazu vor allem auch entsprechende Mittel; das Verteidigungsbudget von derzeit 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts müsse auf internationale Standards von rund zwei Prozent angehoben werden.

„Was unser Bundesheer braucht, ist vor allem eine Erhöhung des jährlichen Regelbudgets“, so Tschürtz, der sich bei der Heerestruppenschule für die Ausrichtung des Traditionstages bedankte. ■

https://www.bundesheer.at/

Längste Virtual Reality Wasserrutsche der Welt

Wichtiger Impuls für Urlaubsdestination Lutzmannsburg und Tourismusland Burgenland

Die längste Virtual Reality Wasserrutsche der Welt in der Sonnentherme Lutzmannsburg wurde am 11. April von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz, WiBuG Geschäftsführer Harald Zagiczek, Geschäftsführer Werner Cerutti sowie Stargast Julia Dujmovits, Snowboard-Olympiasiegerin, offiziell eröffnet.

Mit dem ersten Water Slide Erlebnis mit Virtual Reality Brille beginnt in Österreich eine neue Ära des Wasserrutschens. Auf der 202 Meter langen Wasserrutsche „Space Twister“ können alle Badegäste ab dem 7. Lebensjahr in eine der drei faszinierenden Welten „Fantasy“, „Dragons“ oder „Aliens“ eintauchen. Die BenutzerInnen der Rutsche tragen während der gesamten Fahrt auf dem Wasserbob seine VR-Brille mit 360° Rundumsicht und werden so selbst zu AkteurInnen. Das VR-Erlebnis entführt den Badegast während der rund einminütigen Rutschfahrt als Astronaut in die Welt tausender Galaxien, leuchtender Planeten, riesiger Asteroiden und Raumschiffe.

Das gesamte Investitionsvolumen beläuft sich auf rund 400.000 Euro.

Übergeben Virtual Reality Wasserrutsche offiziell ihrer Bestimmung (v.l.): WiBuG Geschäftsführer Harald Zagiczek, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Geschäftsführer Werner Cerutti sowie Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz

Planung & Umsetzung

Bereits im Sommer 2018 begann die Planung für den Umbau der Rutsche Twister in die erste Virtual Reality Wasserrutsche in Österreich. Nach einer Intensivumbauphase von nur knapp sechs Wochen wurde der Plan, die Sonnentherme noch attraktiver für Familien & Kids zu machen, umgesetzt, um somit auch weiterhin national und auch international in der „höchsten Liga“ mitspielen zu können. Die VR-Profis von Ballast und Samsung entwickelten gemeinsam mit dem führenden Rutschen-Hersteller Wiegand. Maelzer GmbH die Kombination aus hochmoderner VR-Technik und Wasserrutsche. Ballast CEO Stephen Greenwood und sein Team konzipierten die drei Erlebniswelten „World of Fantasy“, „World of Dragons“ und „World of Aliens“. Den visuellen Part ermöglichte Smartphone Partner und Innovationsführer Samsung mithilfe von wasserdichten Galaxy S8 Displays. Die leichten VR-Brillen sind bereits kurz nach dem Aufsetzen kaum noch zu spüren.

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Der Landeshauptmann mit bereits ungeduldig auf die erste VR-Reise wartenden Buben

Investitionen, Marktsicherung & Wettbewerbsfähigkeit

Seit der Eröffnung des Resorts im Jahr 1994 wurden insgesamt ca. 80 Millionen Euro investiert und 230 Arbeitsplätze geschaffen. Mit einem zusätzlichen finanziellen Gesamtaufwand von 28 Millionen Euro in den kommenden vier Jahren, der auf vier Investitionsphasen aufgeteilt wird, und wo in der aktuellen Investitions-Phase I knapp 6,5 Millionen Euro investiert werden, soll der betriebswirtschaftliche Erfolg dieses Kinder- und Familienresorts weiterhin nachhaltig gesichert werden. Das Resort ist ein wichtiges Aushängeschild für den Tourismus im Burgenland und soll in Zukunft noch mehr Gäste – auch aus dem Ausland – anlocken. Derzeit beträgt die durchschnittliche Tagesauslastung der Sonnentherme ca. 1.200 Gäste, an Spitzentagen in Ferienzeiten bzw. Schlechtwetterphasen bis zu 2.800. Das entspricht ca. 420.000 Gästen pro Jahr, davon ca. 15 Prozent aus dem Ausland – Hauptanteil aus dem Nachbarland Ungarn. Durch diese Großinvestitionen soll vor allem die Marktposition bei der Zielgruppe Familie gefestigt bzw. ausgebaut, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Arbeitsplätze in der Region gesichert sowie neu geschaffen werden. Weiters sollen diese Investitionen auch als wichtiger Impulsgeber für die Weiterentwicklung der anderen Tourismusbetriebe am Standort dienen. ■

http://www.sonnentherme.at

Im Gespräch vor Ort für mehr Information

Landesrat Christian Illedits beim Bezirkstag in der BH Oberpullendorf

Landesrat Christian Illedits, als neues Mitglied der Burgenländischen Landesregierung für die Bereiche Gemeinden, Soziales, Arbeitsmarkt, Integration, Breitband, Sport sowie für die ältere Generation im Burgenland zuständig, ist es ein wichtiges Anliegen, mit möglichst vielen Menschen, politischen Entscheidungsträgern in den Gemeinden sowie MitarbeiterInnen auf den Bezirkshauptmannschaften in Kontakt zu treten. „Daher habe ich Anfang des Monats die ‚Bezirkstage' gestartet, die mittlerweile bereits in Mattersburg, Güssing und Jennersdorf stattgefunden haben. Rund 150 MitarbeiterInnen konnte ich bisher persönlich kontaktieren. Es gab mit den MitarbeiterInnen in den Sozialabteilungen der Bezirkshauptmannschaften konstruktive Gespräche, bei denen Anliegen, Wünsche und Vorstellungen besprochen wurden. Ebenso konnte ich bei den drei bisherigen ‚Bezirkstagen' sehr viele BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen begrüßen und mit ihnen wichtige kommunale Anliegen erörtern. Es gab bisher – sowohl von den MitarbeiterInnen, als auch von den BürgermeisterInnen – eine äußerst gute Resonanz. Es ist mir deshalb auch wichtig, im Bezirk Oberpullendorf das Gespräch zu suchen und die dementsprechenden Rückmeldungen in meine Arbeit einfließen zu lassen", betonte Landesrat Christian am 24. April bei der nächsten Station seiner „Bezirkstag-Tour" in der Bezirkshauptmannschaft Oberpullendorf.

Zu diesem Meinungs- und Informationsaustausch mit dem Landesrat waren auch in Oberpullendorf sehr viele BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen des Bezirkes gekommen. Illedits dazu: „Bei den Gesprächen mit den politischen Entscheidungsträgern in den Gemeinden ist es vor allem wesentlich, was wir seitens des Landes positiv verändern können und wo derzeit auf Gemeindeebene überall der Schuh drückt, denn die Herausforderungen und Anforderungen werden auch auf kommunaler Ebene immer komplexer. Als neuer Landesrat für Gemeindeangelegenheiten möchte ich deshalb ein Partner für alle Kommunen des Landes werden und die Verantwortlichen bei der Erledigung ihrer oft schwierigen Aufgaben unterstützen. Wir wollen aber auch die Gemeinden noch besser servicieren. Die Gemeindeabteilung soll dabei eine kompetente und verlässliche Anlaufstelle für alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung sein. Das ist ein zentrales Anliegen meiner Tätigkeit."

Dank und Anerkennung von Landesrat Christian Illedits und Bezirkshauptmann WHR Klaus Trummer gab es für Eva Blazovits, Fachbereich Soziales, bzw. Ingrid Leser, Fachbereich Gemeinde- und Sicherheitswesen, für ihr umsichtiges Engagement bei der jahrelangen Betreuung einer Mutter, wofür sich der Sohn bei den beiden Mitarbeiterinnen der BH Oberpullendorf schriftlich bedankte.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landesrat Christian Illedits und Bezirkshauptmann WHR Klaus Trummer mit Beate Igler, Pflege- und Sozialberaterin der BH Oberpullendorf

Beim seinem Zusammentreffen mit den BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen des Bezirkes präsentierte Illedits mit der Pflegeberatung auf den Bezirkshauptmannschaften auch ein neues Angebot des Landes. Seit Anfang des Jahres sind auf den Bezirkshauptmannschaften eigene Pflege- und Sozialberater tätig. Sie sollen als fundierte Ansprechpartner für pflegebedürftige Menschen und vor allem auch für ihre Angehörigen über die gesamte Angebotspalette im Pflegesektor informieren und mithelfen, eine möglichst individuelle Pflegelösung zu finden. Dieses neue Angebot wird sehr gut angenommen. In den ersten drei Monaten wurden insgesamt 626 Beratungsfälle, davon mehr als 100 in Oberpullendorf, abgehandelt. ■

http://www.oberpullendorf.at/

Außenministerin Karin Kneissl zu Besuch im Burgenland

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil empfing am 5. April Außenministerin Karin Kneissl zum Antrittsbesuch. Themen des Gesprächs, dem auch Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz und die 3. Landtagspräsidentin Ilse Benkö beiwohnten, waren die außenpolitische Lage mit Fokus auf die Situation in Syrien und die daraus resultierende Flüchtlingsproblematik sowie die Rolle des Burgenlandes im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung seiner Nachbarländer.

„Wir stimmen in der Einschätzung der Situation in Syrien und die daraus resultierende Flüchtlingsfrage vollinhaltlich überein“, betonte Doskozil. Angesprochen wurde auch die besondere Lage des Burgenlandes als Grenzland zu drei neuen EU-Mitgliedsstaaten. „Das Burgenland hat damit eine interessante zentraleuropäische Rolle inne. Im Hinblick auf die nächste Förderperiode und die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern kann das Burgenland viel von seiner Erfahrung in Fragen der Förderung einbringen“. Vom Wachstum und einer positiven Entwicklung in den Nachbarländern könne auch das Burgenland profitieren, so der Landeshauptmann, der die ausgezeichnete Gesprächsbasis mit Ministerin Kneissl hervorhob. ■

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Ein Willkommensgeschenk für Außenministerin Karin Kneissl (v.l.): LR Christian Illedits, BM Karin Kneissl, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, LH-Stellvertreter Johann Tschürtz

https://www.bmeia.gv.at

Hans Niessl erhielt Martinsorden in Gold der Diözese Eisenstadt

Für die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit wurde Alt-Landeshauptmann Hans Niessl am 10. April mit dem St. Martinsorden in Gold, der höchsten diözesanen Auszeichnung, geehrt. „Ob im Bereich des Schulwesens, der Kultur, im Sozialen, bei gemeinsamen zeichenhaften Veranstaltungen und Initiativen und vielen weiteren Aktivitäten: Das Zusammenwirken zwischen Ihnen und den Diözesanbischöfen war stets geprägt von großem gegenseitigen Respekt und Vertrauen sowie vom ehrlichen Bemühen, gemeinsam zu einer guten Lösung zu kommen“, würdigte Bischof Ägidius Zsifkovics den Alt-Landeshauptmann im Rahmen der feierlichen Überreichung der Auszeichnung im Bischofshof, an der neben Generalvikar Martin Korpitsch und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil noch weitere hohe VertreterInnen von Diözese und Land teilnahmen.

„Ich erinnere etwa an die Basilika-Erhebungen in Güssing und Frauenkirchen, an Ihre unterstützende, fördernde Begleitung des 50-Jahr-Jubiläums der Diözese Eisenstadt, das wir im Jahr 2010, gemeinsam feiern durften, sowie allgemein an Ihre partnerschaftliche Haltung, die Sie gegenüber meinem hochgeschätzten Vorgänger Bischof Paul an den Tag gelegt haben und die Sie auch mir als Bischof stets entgegengebracht haben, wofür ich sehr dankbar war und bin“, so Bischof Zsifkovics.

„Die Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche war immer eine ganz ausgezeichnete. Und ich durfte aus den zahlreichen Begegnungen mit den Menschen in den Pfarren ungemein viel lernen. Ich denke, ein Schlüssel dafür war immer, daß wir das Miteinander und das Gemeinsame vor das Trennende gestellt haben“, sagte Hans Niessl in seinen Dankesworten. ■

Foto: Diözese Eisenstadt / Gerald Gossmann

Mit großer Freude nahm Alt-Landeshauptmann Hans Niessl die höchste Auszeichnung der Diözese Eisenstadt aus den Händen von Bischof Zsifkovics entgegen.

http://www.martinus.at

Hochwasserschutz: Kräftige Investitionen im Südburgenland!

Am 27. April erfolgten in Olbendorf die Eröffnung der Rückhaltebecken am Dürrebach und Haxbach sowie der Spatenstich für die Hochwasserschutzanlagen in Grafenschachen und Loipersdorf-Kitzladen. Deren Errichtung umfaßt Investitionen in der Höhe von 1,4 Millionen Euro. Die Kosten teilen sich Bund (47,9 %), Land (40 %) und Gemeinde (12,1 %). In Grafenschachen und Loipersdorf-Kitzladen werden am Stögersbach sowie am Kroisbach drei Rückhaltebecken mit geplanten Investitionen in der Höhe von 3,5 Millionen Euro (50 % Bund, 40 % Land, 10 % Gemeinde) errichtet.

„Damit werden wichtige Investitionen in den vorbeugenden Hochwasserschutz getätigt. Die Sicherheit und der Hochwasserschutz sind ein primäres Anliegen des Landes Burgenland“, so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil. Seitens des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus nahm Generalsekretär Josef Plank teil.

Der für Hochwasserschutz zuständige Landesrat Heinrich Dorner weist darauf hin, daß bisher rund 250 Hochwasserschutzbauten im Burgenland errichtet wurden. Weitere 30 Projekte würden sich in Bau befinden.

Foto: Bgld. Landesmedienservice / Mario Unger

Spatenstich zur Hochwasserschutzanlage in Loipersdorf-Kitzladen

„Diese Investitionen sind von großer Bedeutung, weil das Land in den vergangenen Jahren immer wieder massiv von Hochwasserereignissen betroffen war.“ Der Olbendorfer Bürgermeister LAbg. Wolfgang Sodl: „Es freut mich sehr, daß wir in Olbendorf dieses wichtige Vorhaben im Interesse des Schutzes und der Sicherheit der Bevölkerung umsetzen konnten und es in unserer Gemeinde nicht wieder zu Hochwasserschäden wie im Jahr 2009 kommt.“ ■

https://wasser.bgld.gv.at/

Dank und Anerkennung für den Einsatz an der Grenze

Am 26. April besuchten Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und LAbg. Manfred Haidinger in Vertretung von LH-Stellvertreter Johann Tschürtz die Assistenzsoldaten in der Montecuccoli-Kaserne in Güssing. Als Dank und Anerkennung für den Einsatz an der burgenländischen Grenze überbrachten Doskozil und Haidinger den SoldatInnen Jausenkörbe mit regionalen Schmankerln. Derzeit befinden sich im Burgenland rund 450 SoldatInnen im Assistenzeinsatz an der Grenze.

„Dieser Besuch hat eine persönliche Komponente und ist für mich ein besonderer Moment erstmalig in meiner neuen Funktion bei den Assistenzsoldatinnen und Assistenzsoldaten zu sein. Das Österreichische Bundesheer insgesamt gesehen und die Soldatinnen und Soldaten an der Grenze im Speziellen leisten für das Burgenland, für die Bevölkerung des Landes, aber auch generell für die Sicherheit Österreichs enorm viel. Das Bundesheer ist ein starker und verläßlicher Partner. Es stellt seine hohe Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit – wie bei der Sicherung unserer Grenzen oder bei Katastropheneinsätzen laufend unter Beweis. Deshalb ist es für mich ein wesentlicher Aspekt, daß für das Österreichische Bundesheer mittel- und langfristig die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden und mit einem dementsprechenden Aufgabenspektrum zu hinterlegen sind“, so der Landeshauptmann.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

LH Hans Peter Doskozil und LAbg. Manfred Haidinger in Vertretung von LH-Stellvertreter Johann Tschürtz mit Wachtmeisterin Johanna Pratl und Wachtmeister Oliver Krenn

Der Einsatz an der Grenze wird mit drei Assistenzkompanien geführt. ■

http://www.bundesheer.at/

Erfolgsmodell Stadtbus

1.400 Fahrgäste pro Tag – Eisenstadts System wird hervorragend angenommen

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

v.l.: Stadtbezirksvorsteher Josef Weidinger, Bürgermeister Thomas Steiner, Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister und Baudirektor Werner Fleischhacker

Im Dezember 2018 wurde die vierte Stadtbus-Linie eingeführt. „Fanny" ergänzt das bestehende System aus drei Linien und schafft mit neuen Haltestellen eine bessere Vernetzung im öffentlichen Verkehr der kleinsten Großstadt der Welt. Dies bestätigt eine kürzlich durchgeführte Evaluierung des gesamten Stadtbusses.

Auch knapp 2,5 Jahre nach Einführung des ersten innerstädtischen öffentlichen Nahverkehrssystems des Burgenlandes erfreuen sich Martin, Georg, Vitus und ihre neue „Schwester" Fanny größter Beliebtheit. Die aktuelle Evaluierung aller vier Linien zeigt, daß die Fahrgastzahlen sukzessive gestiegen sind: An Wochentagen benützen täglich rund 1.400 Passagiere den Stadtbus. Das bedeutet eine Steigerung der Fahrgäste seit Jänner 2017 um ca. 400 Personen pro Tag. Hochrechnet auf ein ganzes Jahr befördert der Stadtbus rund 350.000 Fahrgäste!

„Die Stadtbusse sind aus dem Straßenbild der kleinsten Großstadt der Welt nicht mehr wegzudenken und haben sich bestens etabliert. Wer den Stadtbus benutzt leistet auch gleichzeitig einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz. Unnötige Auto-Kilometer, Abgase und Schadstoffe werden eingespart", weiß Bürgermeister Thomas Steiner.

Vergleicht man die einzelnen Linien bedeutet das eine Steigerung der Fahrgäste um ca 40 Prozent pro Kurs. Bei Georg zeigt sich eine ausgeprägte Morgenspitze und eine konstante Auslastung zwischen 8.00 und 19.30 Uhr. Ähnlich sieht es auch auf der Linie Martin aus. Hier werden vor allem die neuen Haltestellen „Josef Joachim-Straße" und „Stadiongasse" gut akzeptiert. Bei Vitus fällt die hohe Auslastung auf allen Kursen und die starke Schüler-Nutzung auf.

Verbesserungen für vierte Linie

Fanny hat sich seit der Einführung im Dezember 2018 als gute Ergänzung zu Georg und Vitus in der frühen Hauptverkehrszeit etabliert. Besonders zwischen dem Oberberg und Bahnhof gibt es eine sehr gute Auslastung.

Die Evaluierung zeigte ein Verbesserungspotential für die neue Linie auf. Die Route wird künftig etwas angepaßt. Nach der behördlichen Genehmigung durch die Verkehrsbehörde des Landes werden die neuen Haltestellen Leithabergstraße, Landhaus, Joseph-Haydn-Gasse, Schloßplatz und Pfarrgasse/Haydnbräu angefahren. Fanny fährt also bis zur Kreuzung Pfarrgasse und Fanny Elßler-Gasse gleich mit der Linie Martin.

Nachdem Fanny ihre übliche Route gedreht hat und am Bahnhof ankommt, macht sie künftig eine Extrarunde: Gartengasse, Joachimstraße, Domplatz, KUZ, Bürgerspitalgase, Finanzamt, Langriedgasse, Römerweg, Gölbeszeile, Krautgartenweg, Feldstrasse und zurück zum Bahnhof. „Somit wird der Domplatz nun auch von der vierten Linie angefahren, Fanny fährt durch die Innenstadt und erschließt nun auch noch besser das Gebiet Römerweg-Gölbeszeile", erläutert Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister, ihres Zeichens Obfrau des Ausschusses für Planung, Bau und Umweltschutz.

Sitzbänke für Haltestellen

Aufschluß lieferte die Evaluierung auch über starkfrequentierte Haltestellen der vier Linien. Anhand dieser Ergebnisse wurde eine Prioritätenliste erstellt, um die Infrastruktur noch zu verbessern. Viele Haltestellen verfügen zwar bereits über Sitzbänke und Mistkübel, starkfrequentierte werden nun noch sukzessive ausgestattet.

Bürgerbeteiligung dank Stadtbus-Beirat

Spätestens seit den Arbeiten am Stadtentwicklungsplan „Eisenstadt 2030" wird Bürgerbeteiligung groß geschrieben – so geschehen auch bei der Namensfindung der einzelnen Busse oder zuletzt dem Bürgerbudget. „Diesen Weg wollen wir auf künftig weiter gehen und rufen einen Stadtbus-Beirat ins Leben. Dieser wird als beratendes Gremium zur Weiterentwicklung des Eisenstädter Stadtbusses wirken. Das Gremium setzt sich aus Mitgliedern von Politik, Verwaltung, Planung, Fahrern und Fahrgästen zusammen", erläutert der Bürgermeister.

Der Stadtbus-Beirat ist ein beratendes Gremium und sammelt Meinungen von KundInnen und aktuelle Entwicklungen im regionalen öffentlichen Verkehr. Der Beirat tagt ein- bis zweimal jährlich. Die Ergebnisse werden dann zur weiteren Verwendung vorleget.

Ziel ist es aktuelle Entwicklungen, Probleme und Verbesserungsvorschläge zu sammeln, zu diskutieren und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. „Die Bevölkerung hat sich bereits sehr gut eingebracht und ist im regen Kontakt mit den zuständigen Mitarbeitern im Rathaus. Es kommt sehr gutes und vor allem konstruktives Feedback aus den Bürgern, das wir nun mit dem Beirat kanalisieren wollen", so Bürgermeister Steiner abschließend. ■

http://www.eisenstadt.at

Oberwart erwirtschaftet Überschuß

Im Gemeinderat wurde der Rechnungsabschluß für das Jahr 2018 beschlossen.

Die Zahlen, die am 11. April präsentiert und vom Gemeinderat beschlossen wurden, sprechen für sich: die Stadt konnte im vergangenen Jahr einen Überschuß erwirtschaften und auch der Schuldenstand wurde abgebaut.

In den vergangenen Jahren hat die Stadtgemeinde Oberwart zahlreiche Infrastrukturprojekte umsetzen können. Kanal und Wasserleitung wurden in verschiedenen Straßenzügen saniert. Auch in moderne LED-Lampen für die Straßenbeleuchtung wurde investiert. Umso erfreulicher ist es, daß der Jahresabschluß 2018 im ordentlichen Haushalt einen Überschuß in der Höhe von 1.841.697,31 Euro und im außerordentlichen Haushalt einen Überschuß in der Höhe von 385.816,37 Euro aufweist. Bürgermeister LAbg. Georg Rosner sieht darin eine Bestätigung in seiner Arbeit: „Es gibt viel zu tun, das ist mir klar. Der Fokus muß ganz klar auf den Finanzen der Stadt liegen. Die finanzielle Situation genau im Blick zu haben, führt uns auf einen erfolgreichen Weg. Uns stehen in den nächsten Jahren große Vorhaben bevor und wenn wir sparsam mit unseren finanziellen Mitteln umgehen, dann können wir voller Zuversicht in die Zukunft gehen."

Foto: Stadtgemeinde Oberwart / Alexander »Lexi« Horvath

Bürgermeister LAbg. Georg Rosner zum Rechnungsabschluß 2018: »Der Fokus muß ganz klar auf den Finanzen der Stadt liegen.«

2018 ist es gelungen, die Schulden der Stadtgemeinde Oberwart abzubauen. Konkret geht es um einen Schuldenabbau in der Höhe von 1.087.239,02 Euro. Außerdem konnte der Leasingstand um 248.917,57 Euro und die Haftungsstände um 274.630,09 Euro reduziert werden. Neue Schulden sind nicht entstanden, da die vielen Projekte im Jahr 2018 ausschließlich mit Eigenmittel finanziert wurden.

Gemeinderat beschließt Subventionen

Bei der Sitzung des Gemeinderates stand außerdem die finanzielle Unterstützung für die Vereine im Mittelpunkt. Die zuständige Ausschüsse und auch der Stadtrat haben sich intensiv mit dieser Thematik beschäftigt und dem Gemeinderat ihre Vorschläge vorgelegt. Diese wurden einstimmig angenommen. Damit subventioniert die Stadt die Vereine und Institutionen wie in den vergangenen Jahren auch mit mehr als 180.000 Euro. Bürgermeister Georg Rosner freut sich über die Einigkeit im Gemeinderat: „Die Vereine und Institutionen sind ein wichtiger Bestandteil unseres Stadtlebens, es ist mir ein besonderes Anliegen, daß wir ihr Engagement und ihr Ehrenamt finanziell unterstützen können." ■

http://www.oberwart.at

Foto: Stadtgemeinde Oberwart

Am 6. April stand der große Frühjahrsputz am Programm. Zahlreiche Freiwillige waren bei der alljährlichen Flurreinigungs-Aktion dabei und haben die Wege und Grünflächen in Oberwart und St. Martin/Wart vom Müll befreit. Im Anschluß an die Arbeit wartete natürlich eine zünftige Jause auf alle fleißigen Helfer. Bürgermeister LAbg. Georg Rosner bedankte sich bei allen TeilnehmerInnen für den Einsatz: „Ein wichtiger Beitrag, um unsere Stadt für den Frühling schöner zu machen!" ■

Ein Jahr neue Wege

Ein Jahr nach seiner einstimmigen Wahl zum Präsidenten der Burgenländischen Landwirtschaftskammer resümiert Abg.z.NR Nikolaus Berlakovich über seine bisherige Amtszeit und gibt Einblicke in die zukünftigen Schwerpunkte

Nach der Einigung mit der Landesregierung über den Kammervertrag im Herbst 2018, stehen nun die Arbeits-Schwerpunkte im Vordergrund: Innovation, Regionalität, Bürokratieabbau und Verbesserung des Kammer-Services.

Rückblick: Amtsantritt mit Blitzstart

Nach der konstituierenden Vollversammlung wurde in der Burgenländischen Landwirtschaftskammer sofort mit der Arbeit begonnen. Seither arbeiten alle Ausschüsse intensiv an den Schwerpunkt-Themen. „Das mir entgegengebrachte Vertrauen ist ein Auftrag, gemeinsam für ein starkes Land mit vollem Einsatz zu arbeiten“, so Präsident Nikolaus Berlakovich. Gemeinsam mit Vizepräsident Werner Falb-Meixner und Kammerdirektor Otto Prieler besuchte er alle Abteilungen und Bezirksreferate. Mit Funktionären aller Fraktionen wurden dabei die zukünftigen Schwerpunkte erörtert. „Der persönliche Kontakt zu den Menschen ist mir sehr wichtig und ist eine wichtige Voraussetzung, um punktuell und zielgerichtet in den Regionen Schwerpunkte zu setzen“, so Berlakovich weiter.

Kammervertrag: Erfolgreiche Einigung mit Landesregierung

Die Landwirtschaftskammer stand im Herbst 2018 vor einer schwierigen Situation. Die Landesregierung kündigte Kürzungen der Landesmittel um die Hälfte sowie die Reduzierung der Leistung auf Bioberatung an. Kündigungen und Einschränkungen der Serviceleistungen wären die Folge gewesen. Nach harten Verhandlungen kam es aber zu einer Einigung: Die befürchteten Kündigungen wurden verhindert, Service- und Beratungsleistungen bleiben erhalten. Alle Betriebe und Kammermitglieder werden weiterhin beraten. „Niemand wird zurückgelassen“, kann der Präsident das Kapitel abschließen.

Die Schwerpunkte der kommenden Arbeit der Landwirtschaftskammer

Innovation

„Innovation ist einer der neuen Schwerpunkte der Arbeit der Landwirtschaftskammer. Die heimische Land- und Forstwirtschaft ist ständig mit neuen Herausforderungen konfrontiert und braucht daher neue Impulse“, betont Berlakovich. Bisher gab es dazu zwei Innovationsveranstaltungen zu Themen wie Ackerbau und Tierhaltung. Eingebunden wurde hier die Wissenschaft, Fachberater und auch Praktiker, die Best Practice Beispiele präsentierten. „Beispiele wie Caviar und Weinbergschnecken aus dem Burgenland zeigen, daß Innovation eine große Chance gerade für unsere vielen kleinstrukturierten Betriebe ist. So wird heuer erstmals die Landwirtschaftskammer bei der Inform in Oberwart über den Schwerpunkt Innovation informieren. Innovation soll unseren bäuerlichen Betrieben neue Chancen geben und die Vielfalt der Landwirtschaft zeigen“, so Berlakovich.

Foto: Bgld. Landwirtschaftskammer / Hettlinger

Präsident Nikolaus Berlakovich bei der Pressekonferenz, die bei Hans Bauer – Wein & Prosciutto – in Pöttelsdorf stattfand. Der Betrieb ist ein Beispiel für regionale Qualitätslebensmittel und innovative Ideen.

Regionalität

„Unsere Bäuerinnen und Bauern produzieren hochwertige regionale Lebensmittel unter strengsten Auflagen. Prämierungen und Auszeichnungen auf nationaler und internationaler Ebene sind Ausdruck der Qualität der heimischen agrarischen Erzeugnisse. Das schmecken die Konsumenten und der Trend zur Regionalität hält an“, betont Berlakovich. Vom Kauf regionaler Produkte profitiere nicht nur der Konsument: „Die regionale Wertschöpfung im Burgenland sichert Arbeitsplätze in der Region und durch geringere Transportwege wird die Umwelt geschont.“ Erste Initiativen dazu sind der Genussgipfel auf Burg Schlaining und erste Gespräche zum Netzwerk Kulinarik im Burgenland.

Bürokratieabbau – Gemeinsame Agrarpolitik

Auch Bäuerinnen und Bauern klagen über viel Bürokratie. Bei Betriebskontrollen gibt es oft Strafen. Nach dem Motto „Beraten statt Strafen“ soll die Bürokratie reduziert und damit weniger gestraft werden. Größte Herausforderung werden hier die derzeit laufenden Verhandlungen der gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP). Eine Kürzung der Leistungsentgelte steht hier im Raum. „Wir lehnen Kürzungen der Agrarmittel ab. Unsere Bäuerinnen und Bauern brauchen Einkommenssicherheit“, pocht Berlakovich auf die Beschlüsse der Landwirtschaftskammer-Vollversammlung vom 19. Dezember 2018. Eine Lösung wird aufgrund der EU-Wahl erst für Jahresende erwartet.

Gemeinsame Projekte mit Landesregierung

Die Landwirtschaftskammer hatte 2018 im Zuge der Verhandlungen mit der Landesregierung das „BIOaktionsprogramm Burgenland‘ vorgelegt. Dieses soll nun mit vereinten Kräften umgesetzt werden. „Wir wollen künftig gemeinsam den ‚Bioweg‘ gehen“, bringt es Berlakovich auf den Punkt. Erste konkrete Maßnahme: Burgenlands erste „Bio-Gemeinde“ soll entstehen. „Die Burgenländische Landwirtschaftskammer hat bereits langjährige Kompetenzen in der Bio-Beratung. Nicht umsonst sind wir Top-Bio-Land. Weitere Maßnahmen mit der Landesregierung sind verstärkte Projekte zu Bildung und Beratung für Schüler und Konsumenten. Ein Beispiel hierfür ist der Aufbau von Bio-Modell-Schulen.“ ■

https://bgld.lko.at/

Lukas Janitsch

OCEC – Vom Kristallin bis heute – von 26. April – 16. Juni 2019 in der Landesgalerie Burgenland im Kultur Kongress Zentrum Eisenstadt

Foto: KBB – Kultur-Betriebe Burgenland GmbH

Kuratorin Margit Fröhlich, der Künstler Lukas Janitsch, Claudia Priber und Theresia Gabriel bei der Eröffnung der Ausstellung in der Landesgalerie

Der 1989 in Ritzing geborene Lukas Janitsch ist ein Shootingstar in der heimischen Kunstszene. Er nähert sich dem Thema Natur und Mensch über Kanäle der Vermittlung, die durch eine dialektische Verflochtenheit gekennzeichnet sind. Seine Ausstellungstätigkeit führte ihn bereits durch ganz Europa. Basis dieser Ausstellung ist die Geografie und Geologie des Burgenlandes. „OCEC – Omnis cellula e cellula", übersetzt „Jede Zelle stammt aus einer Zelle" ist ein Grundsatz der Zytologie und ein Kausalitätsprinzip, nachdem diese Schau aufgestellt wird. Lukas Janitsch sammelt Gesteine und Fossilien, die dann künstlerisch verarbeitet werden. Seine Geschichten rund um die Arbeiten werden mit archäologischen Funden verknüpft und assoziative Zusammenhänge hergestellt.

Die Steine für die Ausstellung werden alle im Burgenland und auch aus der Umgebung wie Kroisberg, Mannersdorf oder Wr. Neustadt gesammelt – in Zusammenarbeit mit Geologen, Mineralogen und Archäologen. Für diese eigens kreierte Schau in der Landesgalerie Burgenland schneidet, fräst, schleift und poliert der Künstler kristalline Gesteine aus den Sieggrabener, Landseer und Günser Bergen, sowie aus dem Leithakalk des Nordburgenlandes. Um die Steine vom Ursprung zu einem Ganzen zu vereinen, werden sie abschließend in Polyester, Gips oder Zement gegossen.

Foto: KBB – Kultur-Betriebe Burgenland GmbH

Lukas Janitsch mit seinem Werk „gelöwter Leopard"

Die Kuratorin der Ausstellung ist Margit Fröhlich.

Kunstwerk des Monats

Ab 2019 startet zusätzlich zu den bestehenden sechs Ausstellungsformaten eine weitere Präsentationsmöglichkeit für KünstlerInnen, sich selbst und ihr Werk vorzustellen. Monatlich wird ein/e KünstlerIn mit einem von ihr/ihm ausgewählten Werk das „Kunstwerk des Monats" präsentieren.

Ergänzt wird das physische Objekt mit einem kurzen persönlichen Filmtrailer über die Person und das künstlerische Oeuvre. Diese Informationen werden sowohl in der Landesgalerie Burgenland präsentiert als auch über Social Media-Netzwerke der Kultur-Betriebe Burgenland bzw. der KünstlerInnen verbreitet. ■

https://kulturbetriebe.at/

KLANGfrühling Burg Schlaining

Sphärenklänge und eine musikalische Reise zum Mond vom 25. Mai bis 2. Juni 2019

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Präsentierten die Highlights des Festivals „KLANGfruehling Burg Schlaining 2019“ (v.l.): Geschäftsführer Werner Glösl, Bgm. Markus Szelinger, Musicaldarsteller Michael Postmann, LH Hans Peter Doskozil, Künstlerin Anna Maria Niemiec und der künstlerische Leiter Gerhard Krammer

Unter dem Motto „Flieg mit mir zum Mond! Reisen in musikalische und andere Sphären“ geht der „KLANGfrühling Burg Schlaining“ vom 25. Mai bis 2. Juni 2019 über die Bühne. 20 Veranstaltungen – von Konzerten, Ausstellungen und Diskussionen bis zum gemeinsamen Singen – stehen auf dem Programm. Unter den prominenten KünstlerInnen sind Erika Pluhar, das Baubo-Collective, Boris Bloch, das Wiener Glasharmonika-Duo, das ArTime Quartet und der Wiener Kammerchor.

„Der Klangfrühling deckt in seiner ganz speziellen programmatischen Ausrichtung eine besondere Facette in der burgenländischen Festivallandschaft ab und unterstreicht unsere große Vielfalt. Die Herausforderung, die Ortsteile und die Region einzubinden, zugleich die Regionalität durch die Mitwirkung bekannter Künstlerinnen und Künstler mit internationalem Flair zu beleben, ist in Schlaining hervorragend gelungen. Die Bevölkerung konnte so wieder vermehrt als FestivalbesucherInnen gewonnen werden. Daß stets auch burgenländischen Künstlerinnen und Künstler eine Bühne geboten wird, zeichnet den KLANGfrühling als ganz besonderes, in der Region verankertes Festival mit hohem künstlerischen Anspruch aus“, erklärte Kulturreferent Landeshauptmann Hans Peter Doskozil bei der Programmpräsentation.

„Der KLANGfrühling ist eine musikalische Reise durch die Jahrhunderte mit klassischer Musik und dem Schwerpunkt auf Barock, aber auch mit neuester Musik. Wir verfolgen zudem einen interdisziplinären Ansatz, indem wir auch Film einbinden. Wir wollen ein vielfältiges Programm in einer großartigen Location bieten, für ein Publikum, das sich auf etwas einläßt, aber sich auch Muße nimmt, schöne Musik zu hören. Heuer wollen wir hoch hinaus und reisen musikalisch bis zum Mond“, so der künstlerische Leiter Gerhard Krammer.

Ganz im Zeichen von Musik, Begegnung und Geselligkeit steht der Auftakt am 25. Mai, der in allen fünf Ortsteilen unter Einbindung der Bevölkerung stattfindet und mit der Blasmusik Stadtschlaining und, als Pre-Opening und Angebot an die jüngere Generation, der heimischen Band „Schilfgürtel“ in der Burgarena ausklingt.

„Eine Reise in Liedern“ und „Lieder vom Himmel und der Erde“, interpretiert von Erika Pluhar, begleitet von Klaus Trabitsch, stehen im Mittelpunkt des Eröffnungskonzerts am Sonntag, 26. Mai. Hoch hinaus geht es am mit Mond-Film-Musik von Baubo Collective und einem Film von Kristina Schranz, der erfolgreichen Filmemacherin aus Oberwart, deren Erstlingswerk hier am 28. Mai ihre offizielle Premiere erleben wird. Mit Boris Bloch, der erstmals in Schlaining auftritt, folgt am Mittwoch, 29. Mai, einer der Höhepunkte; der internationale Starpianist wird die Mondscheinsonate und weitere Werke von Beethoven, Bach und Haydn zum Besten geben.

Joseph Haydn ist der Donnerstag, 30. Mai, gewidmet: „Haydns letzte Reise. Durch die Burg zum Mond“ mit dem Wiener Glasharmonika-Duo und mit Musik vom ArTime Quartet. Durch „Haydns Todesnacht“ führen schließlich das ArTime Quartet, stimmlich begleitet von Frank Hoffmann. Michael Postmann, ein Musical-Darsteller aus dem Burgenland, gibt sich mit Band am 31. Mai die Ehre, und am Abend stehen Ernst Molden & das Frauenorchester am Programm. Am Sonntag, 2. Juni, treten auf der Burg die All Stars – Young Stars auf; mit dabei ist mit Anna Maria Niemic am Violoncello eine junge burgenländische Künstlerin, das Festivalorchester Klangfrühling leitet der künstlerische Leiter Gerhard Krammer selbst vom Dirigentenpult, wenn Werke von Haydn, Mozart und Beethoven zur Aufführung gebracht werden. ■

https://www.klangfruehling.at

300 Jahre gesammelt – in 3 Tagen entwendet

Neue Sonderausstellung auf Burg Forchtenstein von 3. April bis 31. Oktober 2019

Foto: Esterhazy / Gergely Csigó

Ein Blick in die neue Sonderausstellung auf Burg Forchtenstein

Die neue Ausstellung in der Burg Forchtenstein präsentiert die Schätze der geschichtsträchtigen Familie Esterházy und die Geschehnisse von vor 100 Jahren. Im Rahmen der Ausstellung, die zeitlich mit dem 100. Jahrestag der Räterepublik in Ungarn verknüpft ist, wird auch jenes gesellschaftliche Milieu veranschaulicht, in dem nicht nur Land, Fabriken und Kleinbetriebe verstaatlicht, sondern den rechtmäßigen Eigentümern auch enorm viele Kunstschätze entwendet wurden. Deutlich wird auch, daß der in der Burg Forchtenstein ausgestellte Teil der Sammlung eine Einheit mit den in Ungarn befindlichen Teilen des Forchtensteiner Schatzes bildet. Die würdige Präsentation und die Erforschbarkeit dieses Ensembles von Kunstgegenständen wird sowohl von den Kunsthistorikern als auch von der Esterházy Privatstiftung (Organisator der Ausstellung) für äußerst wichtig gehalten.

Den überlieferten Quellen zufolge beträgt die Anzahl jener Kunstgegenstände – unter anderem Porzellan, Möbel, Goldschmiedearbeiten, Schmuckgegenstände, Waffen, Gobelins, Spitzenstoffe und Teppiche – die den rechtmäßigen Eigentümern durch den Revolutionären Regierungsrat im Rahmen der sog. „Sozialisierung“ entwendet wurden, etwa 6000 bis 7000. Dies begann gleich am nächsten Tag nach dem Ausrufen der Räterepublik vor 100 Jahren, d. h. am 22. März 1919.

Die am 3. April eröffnete Ausstellung will in erster Linie an den 1. April 1919 erinnern: An diesem Tag erschienen die Mitglieder des Direktoriums der Räterepublik aus Sopron und dem Komitat Sopron in der Burg Forchtenstein, um die dort seit Jahrhunderten in einer Einheit bewahrten Kunstschätze zu konfiszieren, d.h. diese nach der damals gebräuchlichen offiziellen Bezeichnung zu „sozialisieren.“

Die aus Hunderten von Kunstgegenständen bestehende Kunstsammlung von unschätzbarem Wert – es handelt sich überwiegend um Gegenstände aus Gold, mit Edelsteinen verzierte Schmuckstücke und Textilien – ist bis heute nicht in die Burg zurückgekehrt. Die aus 280 Stück bestehenden, nach Budapest gebrachten und die stürmischen Zeiten des 20. Jahrhunderts überlebenden Teile werden heute an verschiedenen Orten aufbewahrt; ihre Präsentation vor der breiten Öffentlichkeit und ihre Erforschbarkeit durch Wissenschaftler ist nicht, oder nur in sehr beschränktem Maße gewährleistet.

Die Ausstellung erläutert die Epoche der Räterepublik anhand von Fotos und Infografiken, stellt die Praxis der „Sozialisation“, der Konfiszierung der privaten Kunstgegenstände vor, aber auch zahlreiche bedeutende und bekannte Objekte der als Forchtensteiner Schatz bezeichneten Sammlung sind hier zu sehen. Der gewaltsamen, nach bolschewistischem Schema durchgeführten Enteignung wird durch die Zurschaustellung jener kunstvoll gestalteten, millimetergenau auf das einzelne Kunstobjekt zugeschnittenen Behälter gedacht, welche – nach der Verschleppung der Kunstschätze unter militärischem Geleit – in der Burg verblieben sind. Die zu den seit 100 Jahren leerstehenden Behältern gehörenden, aus Forchtenstein verschleppten Kunstobjekte werden in der Ausstellung in digitaler Form präsentiert.

Bei der feierlichen Eröffnung erklärte Stefan Ottrubay, Vorstandsmitglied der Esterhazy Privatstiftung: „Die Schatzkammer der Burg Forchtenstein wurde zurecht Kunst- und Wunderkammer genannt, es war ja das in den vergangenen Jahrhunderten gesammelte und aufbewahrte, einzigartige Ensemble von Kunstschätzen der historischen Familie Esterházy hier verwahrt. Doch genau vor hundert Jahren wurde ein bedeutender Teil der Kunstschätze aufgrund der Entscheidung der Anführer der Ungarischen Räterepublik – wie das auch mit anderen Schätzen des Hochadels passiert war – unter militärischem Zwang enteignet und mit einer Eskorte nach Budapest gebracht, ohne dem Willen des damaligen Eigentümers, Paul von Esterházy IV, jegliche Achtung zu schenken. Seither signalisieren die auf die Objekte der Sammlung zugeschnittenen, maßgeschneiderten, aber unterdessen leer gewordenen Behälter und Lederetuis der Gegenstände das Fehlen der verschleppten Kunstgegenstände und demonstrieren die Zerrissenheit der Kunstsammlung."

Bei der Eröffnung der Ausstellung machte Kunst- und Kulturhistoriker Hannes Etzlstorfer darauf aufmerksam, wie außergewöhnlich es in der Kulturgeschichte Europas sei, daß die Teile einer Kunstsammlung von Magnaten eine solch geschlossene Einheit bildeten und diese einheitliche Sammlung Jahrhunderte lang erhalten bliebe. Neben ihrer Größenordnung und den außerordentlich wertvollen Einzelstücken sei es eben diese Einheit, die diese Sammlung so bedeutungsvoll mache. Eben deshalb zeige sich ein besonderes Interesse an der Präsentation dieses Ensembles von Kunstgegenständen seitens der renommierten internationalen Ausstellungsstätten von New York bis Moskau, von Dresden bis London.

Kunsthistorikerin Erika Kiss, leitende Museologin des Ungarischen Nationalmuseums meinte, es bestünde in Fachkreisen Konsens darüber, daß die Kunstschätze, die von der Familie Esterházy gesammelt wurden, innerhalb des ungarischen Kulturerbes einen einzigartigen Stellenwert aufzeigen würden; diese befänden sich zwar in Ungarn, ihre Präsentation und ihre Erforschbarkeit seien jedoch nicht gewährleistet. Verschiedene ungarische Kunsthistoriker hätten sich ausgesprochen den Gegenständen aus dem Forchtensteiner Schatz gewidmet, man könne aber bei weitem nicht behaupten, daß diese Forschungen abgeschlossen werden könnten, oder die ungarische Kunstgeschichtsschreibung hier nicht mehr viel zu tun hätte.

Historiker Pál Hatos, Dekan der Universität Kaposvár, der in der nahen Vergangenheit mit seinem – über die Räterepublik in Ungarn geschriebenen – Buch „Die verwunschene Republik – Geschichte des Zusammenbruchs im Jahre 1918 und die Geschichte der Revolution" beachtlichen Beifall unter den Fachleuten erntete, nahm eine eigentümliche Zeitschilderung vor.

Nach dem Ende der Räterepublik entwickelte sich das Schicksal des Forchtensteiner Schatzes im Einklang mit den scharfen Wendungen in der ungarischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Das Eigentumsrecht der Sammlung wurde nach der Sozialisation und dem Fall der Räterepublik zwar geklärt, aber die Rückbeförderung der verschleppten Teile der Sammlung nach Forchtenstein wäre zu dieser Zeit noch mit einem erheblichen Risiko verbunden gewesen. So wurde vom damaligen Direktor des Budapester Kunstgewerbemuseums, das die Sammlung in Verwahrung hielt, nach dem plötzlichen Tod von Nikolaus Esterházy I. der Treuhandvertag nach langen Verhandlungen, im Jahre 1923 mit dem Sohn von Nikolaus IV., Paul Esterházy V, unterfertigt, der als 19jähriger die Verwaltung des Gutes eben übernommen hatte. Diese so breit wie möglich angelegte, auch auf mögliche Fälle der Höheren Gewalt eingehende, vertraglich festgehaltene, staatliche Garantieübernahme wurde im Namen des Staates Ungarn auch vom Minister für Religionen und allgemeinen Unterricht, Kuno Klebelsberg, dem hochkarätigen Staatsmann und Kulturpolitiker unterzeichnet. Der Zweite Weltkrieg und die kommunistische Diktatur brachten weitere Schicksalswenden für die Kunstschätze im 20 Jahrhundert. Diese stellten den bürgerlich eingestellten Herzog Paul V. vor große Herausforderungen.

Die Esterhazy Privatstiftung ist der Ansicht, die Bereinigung des rechtlichen Status

Foto: Esterhazy / Gergely Csigó

des Kunstobjekte-Ensembles würde in hohem Maße dazu beitragen, daß die Sammlung dem breiten Publikum und der wissenschaftlichen Forschung unter würdigen Verhältnissen und zur Gänze wieder zugänglich wird. Aufgaben und Pflichten der Leitung der Esterhazy Privatstiftung, welche von der Gründerin der in der ersten Hälfte der 90er-Jahre gestifteten Privatstiftung, Melinda Esterházy, der Witwe und Generalerbin von Paul Esterházy V., festgelegt wurden, sind die Bewahrung der kulturellen Güter sowie die Gewährleistung ihrer Erforschbarkeit und ihrer Präsentation in möglichst breiten Kreisen der Öffentlichkeit. Durch diese Berufung gesteuert ist die Esterhazy Privatstiftung bestrebt, die rechtliche Einheit der einzelnen Teile der Sammlung wiederherzustellen, wobei sie den geschützten Status der Kunstobjekte in Ungarn respektiert.

Diese über Jahrhunderte andauernde, ungebrochene Einheit ist es, was diese Sammlung so bedeutend macht und die es ermöglichen würde, daß die vollständig gewordene Sammlung in öffentlichen Budapester Museen unter würdigen Umständen präsentiert wird, sei es im Rahmen von ständigen oder auch temporären Ausstellungen zu abwechslungsreichen Themenbereichen; ebenso auch die wissenschaftliche Erforschung der Sammlung; die intensive Einbindung des Kunstobjekte-Ensembles in den kulturellen Kreislauf in Ungarn und international, all das über die

Foto: Esterhazy / Gergely Csigó

Bei der Eröffnung am 3. April (v.l.): v.l.n.r.: Pál Hatos (Dekan der Fakultät für Kunst, Universität Kaposvár; Direktor des Instituts für Mitteleuropa, Nationale Universität für Öffentlichen Dienst), Stefan Ottrubay (Direktionsrat der Esterhazy Stiftungen), Balazs Czigany (Ausstellungskurator, Stv. Direktor Sammlungen, Esterhazy Privatstiftung), Erika Kiss (Museologin des Ungarischen Nationalmuseums, Kunsthistorikerin) und Georg Esterházy (erweiterter Direktionsrat der Esterhazy Stiftungen)

Bewegung der zur Sammlung gehörenden Objekte zwischen den einzelnen Esterhazy-Standorten sowie durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Standorte.

Die Esterhazy Privatstiftung ist daher auch weiterhin bemüht, mit den Vertretern des ungarischen Staates einen Dialog über sämtliche offene Fragen bezüglich der Kunstobjekte und des kulturellen Erbes der historischen Familie Esterházy zu führen.

Die Sonderausstellung „300 Jahre gesammelt – in 3 Tagen entwendet“ ist bis Ende Oktober im Rahmen der Ausstellung „Helden, Schätze, Beutestücke“ kostenlos zu besichtigen. ■

https://esterhazy.at

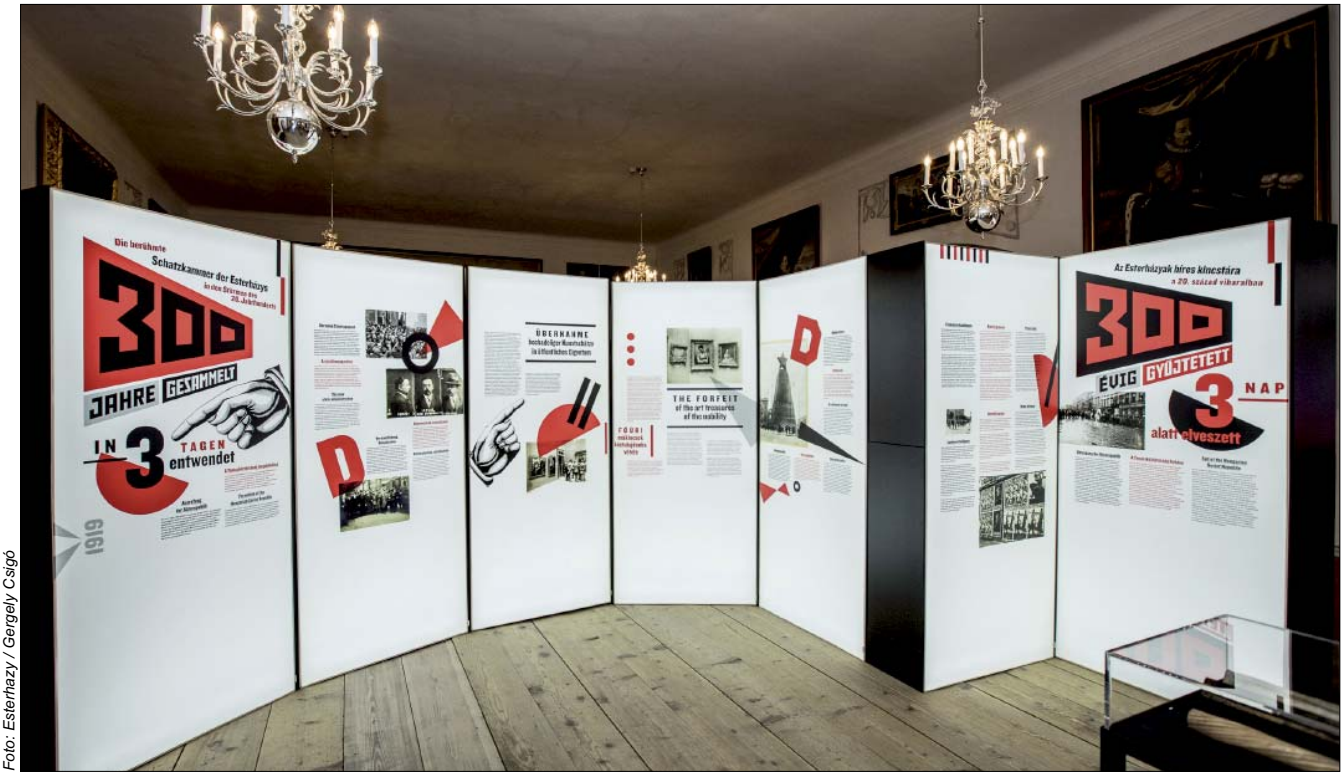


Foto: Esterhazy / Gergely Csigó

Romantische Reise ins »Land des Lächelns«

Operette von Franz Lehár bei den Seefestspielen Mörbisch 2019

In der kommenden Saison verwandelt sich die Seebühne Mörbisch nach 18 Jahren von 11. Juli bis 21. August wieder in „Das Land des Lächelns“. Mit der romantischen Operette von Franz Lehár folgt Mörbisch-Direktor Peter Edelmann in seiner zweiten Saison am Neusiedler See seinem Vorhaben, die „erste Garde“ der Operetten auf die weltweit größte Operettenbühne der Welt zu bringen.

Eine berührende Liebesgeschichte, die Dichte an unvergesslichen Melodien, wie „Dein ist mein ganzes Herz“ oder „Immer nur lächeln“ und die imposante Seebühne inmitten der atemberaubenden Naturkulisse des Neusiedler Sees versprechen einen Abend voll Romantik und großer Gefühle. „Die Kultur ist ein wesentlicher Faktor, hat im Burgenland insgesamt gesehen einen hohen Stellenwert und wird von Menschen getragen, die sich persönlich engagieren. Die öffentliche Hand ist deshalb gefordert, dieses Engagement zu unterstützen und für stabile Verhältnisse zu sorgen, was uns bei den Seefestspielen Mörbisch mit der Implementierung in die ‚Kultur-Betriebe Burgenland GmbH‘ erfolgreich gelungen ist. Wir haben es 2018 aber auch geschafft, die Besucherbilanz mehr als positiv zu gestalten. Ich bin deshalb auch überzeugt davon, daß wir den Schwung aus dem Vorjahr in die diesjährige Produktion mitnehmen und sie ein voller Erfolg wird“, so Kulturreferent Landeshauptmann Hans Peter Doskozil bei der Präsentation der diesjährigen Produktion im Wiener Prater.

In „Das Land des Lächelns“ treffen zwei junge Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen aufeinander: Während seines Aufenthaltes in Wien lernt der chinesische Diplomat Prinz Sou-Chong die aus einer adeligen Familie stammende Lisa kennen. Die beiden fühlen sich zueinander hingezogen und verlieben sich. Als Sou-Chong zum chinesischen Ministerpräsidenten ernannt wird, folgt ihm Lisa nach Peking. Dort wird sie mit fremden Sitten und uralten Traditionen konfrontiert, die ihre Liebe zu Sou-Chong auf den Prüfstand stellen. „Das Land des Lächelns ist die vielleicht emotionalste aller Operetten, die keinen Besucher ungerührt läßt“, ist sich Mörbisch-Direktor Peter Edelmann gewiss. „Wir wollen das Publikum in jeder Hinsicht überraschen: Sei es durch große Dimensionen in bezug auf das Bühnenbild, technische Raffinessen, traumhafte Kostüme, herausragende Ballett- und Akrobateneinlagen, Musik auf höchstem Niveau und nicht zuletzt mit einer hervorragenden Besetzung.“

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Bei der Präsentation im Wiener Prater (v.l.): Elissa Huber, Mörbisch-Direktor Peter Edelmann, Harald Serafin und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil

Regie bei „Das Land des Lächelns“ mit der weltberühmten Arie „Dein ist mein ganzes Herz“ führt der in Südafrika geborene Leonard C. Prinsloo. Seine Engagements führten ihn an Theater und Opernhäuser in Österreich, Deutschland und Südafrika. Bei den Seefestspielen Mörbisch zeichnet Prinsloo erstmals für Regie und Choreografie verantwortlich. Nach 2014 „Anatevka“ und 2015 „Eine Nacht in Venedig“ hat Walter Vogelweider heuer erneut das Bühnenbild entworfen, das die Besucher mit technischen Highlights und optischen Raffinessen in die gegensätzlichen Welten von Wien und Peking führt. Die Seefestspiele Mörbisch überzeugen auch heuer wieder mit großen Dimensionen auf der Bühne. Der erste Teil des Stücks ist im Wiener Prater angesiedelt, wo sich Lisa und Sou-Chong bei einem Pferderennen kennenlernen. Das Bühnenbild verwandelt sich im zweiten Teil in die mystische Welt des Orients, wenn Lisa mit ihrem Prinzen nach China reist.

Mit dem gebürtigen Wiener Thomas Rösner steht ein international erfahrener Dirigent am Pult. Er ist Gründer und Leiter der österreichischen Beethoven Philharmonie und auch als Konzertdirigent weltweit gefragt. Christof Cremer, freischaffender Kostüm- und Bühnenbildner, der bereits fünf Mal die Kostüme der Balletteinlagen des Neujahrskonzerts gestaltet hat, zeichnet für die Kostüme verantwortlich. In dieser Inszenierung sind Elissa Huber und Sophia Brommer als Lisa, Robin Yujoong Kim und Won Whi Choi als Prinz Su-Chong, Da-yung Cho und Katerina von Bennigsen als Mi, Martin F. Lechleitner und Maximilian Mayer als Graf Gustav von Pottenstein, Benno Schollum als Graf Ferdinand Lichtenfels, Harald Serafin als Obereunuch, Gernot Kranner als Sekretär Fu Li, Koichi Okugawa als Onkel Tschang zu sehen. ■

http://www.seefestspiele.at

Wirtschaft

Wachstums-Abflachung – jedoch keine Krise in Sicht

Das Exportumfeld trübt sich weiter ein, dennoch zeigt die Stimmung der heimischen Wirtschaft Anzeichen einer Stabilisierung nach der Abschwächung der vergangenen Monate

Das Konjunkturklima in Österreich hat sich Ende des ersten Quartals 2019 weiter eingetrübt. „Der Rückgang des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator vom Allzeithoch von 4,6 Punkten zum Jahreswechsel 2017/18 setzte sich im März fort. Mit 2,4 Punkten erreicht der aktuelle Indikator nur mehr den niedrigsten Wert seit Herbst 2016“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer und ergänzt: „Damit übertrifft der Indikator jedoch weiter seinen langfristigen Mittelwert. Die Dynamik flacht sich zwar ab, die österreichische Wirtschaft läuft aber immer noch überdurchschnittlich gut. Von einem bevorstehenden Einbruch der Konjunktur oder gar einer Krise kann damit keine Rede sein.“

Der aktuelle Indikator unterstreicht eine Fortsetzung der unterschiedlichen Entwicklung von Inlands- und Auslandskonjunktur. „Der erneute Rückgang des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators im März ist ausschließlich auf die Außenhandelskomponenten der heimischen Wirtschaft zurückzuführen. Die Konjunkturstimmung in den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen im Inland hat sich dagegen nach der Abschwächung im Jahresverlauf 2018 zu Beginn des Frühlings auf einem hohen Niveau stabilisiert“, so Bruckbauer.

Globale Schwäche trifft auf Optimismus im Inland

Die gute Lage am Arbeitsmarkt hat die Stimmung der heimischen Konsumenten Ende des ersten Quartals 2019 sogar wieder etwas verbessert, nachdem in den vergangenen Monaten die Verunsicherung durch das stärker fordernde internationale Umfeld durchgeschlagen hatte. Dadurch haben sich auch die optimistischen Geschäftseinschätzungen des Dienstleistungssektors stabilisiert. Zudem hält angesichts der vollen Auftragsbücher die Hochstimmung am Bau unvermindert an.

Die Belastungen durch die internationale Konjunktur nehmen jedoch vorerst weiter zu. Konkret ist der Rückgang des Indikators etwa zu gleichen Teilen auf die Verschlechterung des internationalen Exportumfelds sowie den in Folge nachlassenden Optimismus in der exportorientierten Industrie zurückzuführen. Der mit dem österreichischen Aussenhandel gewichtete globale Exportstimmungsindikator ist im März auf den niedrigsten Wert seit dem Frühjahr 2016 zurückgegangen und liegt damit auch erstmals seitdem unter dem langjährigen Mittelwert. In der Folge ist auch die Stimmung in der heimischen Industrie unter diesen gefallen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres ist der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator auf durchschnittlich 2,5 Punkte zurückgegangen. Dieser Wert steht im Einklang mit einem Wirtschaftswachstum von rund 1,5 Prozent im Jahresvergleich für das erste Quartal 2019.

„Nach der Abkühlung in der zweiten Jahreshälfte 2018 hat sich die Konjunktur angesichts bestehender Unsicherheiten wie dem Brexit und der Belastung durch das schwächere internationale Umfeld weiter verlangsamt. Die Inlandsnachfrage hat die österreichische Wirtschaft zwar auf Wachstumskurs gehalten, aber insgesamt zeigt sich für den Start ins Jahr 2019 mit einem geschätzten Plus von rund 1,5 Prozent im Jahresvergleich die niedrigste Dynamik seit rund drei Jah-

Österreich Konjukturprognose

Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	**1,8**	**2,9**	**0,7**	**0,0**	**0,7**	**1,1**	**2,0**	**2,6**	**2,7**	**1,4**	**1,3**
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	7,0	6,7	0,1	0,8	1,1	2,4	2,5	4,2	3,8	2,5	2,0
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,0	1,3	0,5	-0,1	0,3	0,4	1,4	1,4	1,6	1,5	1,3
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	-2,6	6,6	0,9	1,6	-0,4	2,3	4,3	3,9	3,3	1,7	1,20
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	**1,9**	**3,3**	**2,4**	**2,0**	**1,7**	**0,9**	**0,9**	**2,1**	**2,0**	**1,7**	**1,9**
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	**6,9**	**6,7**	**7,0**	**7,6**	**8,4**	**9,1**	**9,1**	**8,5**	**7,7**	**7,3**	**7,3**
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) **)	**0,8**	**1,9**	**1,4**	**0,6**	**0,7**	**1,0**	**1,6**	**2,0**	**2,5**	**1,6**	**0,7**
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP)	**-4,4**	**-2,6**	**-2,2**	**-2,0**	**-2,7**	**-1,0**	**-1,6**	**-0,8**	**0,1**	**0,1**	**0,2**
Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)	**82,7**	**82,4**	**81,9**	**81,3**	**84,0**	**84,7**	**83,0**	**78,2**	**73,8**	**71,4**	**69,0**

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen
Quelle: UniCredit Research

ren“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

2019 wird das Wirtschaftswachstum in Österreich weiterhin ganz wesentlich vom privaten Konsum getragen werden. Ein kräftiges Beschäftigungswachstum, die gestiegene Lohndynamik und leichte fiskalische Impulse durch die Einführung des Familienbonus Plus werden das Konsumwachstum unterstützen und annähernd auf Vorjahresniveau halten können. Die Investitionstätigkeit wird dagegen spürbar an Schwung verlieren. Der anhaltend hohen Dynamik der Bauinvestitionen steht im Ausrüstungsbereich ein voraussichtlich geringeres Tempo bei Erweiterungen gegenüber.

	BIP real Veränderung zum Vorjahr	UniCredit Bank Austria Konjunktur-Indikator
Dez.98	2,2	3,1
Dez.99	4,7	3,8
Dez.00	2,6	3,5
Dez.01	0,5	1,0
Dez.02	1,6	2,1
Dez.03	1,3	2,5
Dez.04	2,6	2,4
Dez.05	3,1	2,2
Dez.06	3,7	3,4
Dez.07	3,1	2,9
Dez.08	-0,9	-1,0
Dez.09	-0,5	1,1
Dez.10	2,6	2,9
Dez.11	0,9	0,9
Dez.12	0,6	0,7
Dez.13	1,2	1,8
Dez.14	0,5	1,2
Mär.15	0,7	1,2
Jun.15	1,0	1,3
Sep.15	1,6	1,4
Dez.15	1,2	1,7
Mär.16	2,5	1,6
Jun.16	2,2	2,0
Sep.16	1,4	2,1
Dez.16	2,1	2,9
Mär.17	3,0	3,1
Jun.17	2,3	3,7
Sep.17	2,5	3,9
Dez.17	2,4	4,6
Mär.18	3,6	4,0
Jun.18	2,7	3,5
Sep.18	2,2	3,6
Dez.18	2,4	2,9
Jän.19		2,6
Feb.19		2,5
Mär.19		2,4

Quelle: UniCredit Research

Doch angesichts der weiterhin überdurchschnittlich hohen Kapazitätsauslastung ist 2019 mit keinem Einbruch der Investitionstätigkeit zu rechnen, obwohl die geringere Auslandsnachfrage belasten wird. Zumindest einige der bestehenden Unsicherheiten auf europäischer Ebene, wie zum Beispiel der Brexit, sollten sich ab Mitte 2019 mildern. Auch wenn damit das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas stärker als zu Jahresbeginn ausfallen dürfte, ist 2019 mit einem deutlich niedrigeren Anstieg des BIP als im Vorjahr zu rechnen. „Angesichts der zu Jahresbeginn langsamer laufenden Konjunktur erwarten wir für das Gesamtjahr 2019 nunmehr einen deutlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 1,4 Prozent nach 2,7 Prozent im Vorjahr. Mit der voraussichtlichen Abkühlung der US-Konjunktur kommt 2020 ein weiterer Störfaktor hinzu, sodaß der Anstieg des BIP in Österreich nur 1,3 Prozent betragen dürfte“, meint Pudschedl.

Keine Krise, nur langsameres Wachstumstempo

„Die aktuelle Schwäche der Weltwirtschaft ist die 18. dieser Art seit 1960 und nur eine, nämlich jene von 2008, führte in eine Krise. Die anderen 17 Schwächeperioden endeten nach einigen Quartalen schwächeren Wachstums mit einem erneuten Durchstarten der globalen Wirtschaft. Und genau dies können wir auch diesmal erwarten“, meint Bruckbauer und ergänzt: „Spätestens 2021 können wir wieder mit höheren Wachstumszahlen rechnen und dann sollte es auch zu kleinen Zinsschritten nach oben kommen.“ Bis Ende 2020 erwarten die Ökonomen der UniCredit Bank Austria hingegen unveränderte Leitzinsen der Europäischen Zentralbank – geschuldet der schwächeren Konjunktur und den niedrigen Inflationsaussichten. Die Inflation im Euroraum wird voraussichtlich von durchschnittlich 1,8 Prozent 2018 auf nur noch 1,4 Prozent 2019 sinken. In Österreich ist zwar erneut mit einer Inflationsrate über jener im Euroraum zu rechnen, mit 1,7 Prozent wird die Teuerung 2019 aber auch unter dem Vorjahreswert von 2,0 Prozent zu liegen kommen.

Verbesserungstrend am Arbeitsmarkt läuft aus

Der langsamere Konjunkturverlauf wird sich in den kommenden Monaten auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt auswirken. Die derzeit noch starke Beschäftigungsdynamik mit einem jährlichen Plus von 2,1 Prozent im ersten Quartal 2019 wird sich in den kommenden Monaten verlangsamen. In der Folge wird sich die Arbeitslosenquote, die in den ersten drei Monaten saisonbereinigt bei 7,3 Prozent lag, nicht mehr weiter verbessern. „Mit 7,3 Prozent wird die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2019 spürbar unter den 7,7 Prozent von 2018 liegen. Das Tempo des Rückgangs wird damit jedoch langsamer ausfallen als im Vorjahr und für 2020 ist angesichts der schwächeren Wachstumsaussichten keine Verbesserung der Arbeitslosenquote mehr in Sicht“, so Pudschedl. Der langsamere Anstieg der Beschäftigung wird gerade ausreichen, um das steigende Arbeitskräftepotential unterzubringen. ■

http://www.bankaustria.at

Produktionsindex stieg im Februar 2019

Im Februar 2019 verzeichnete der arbeitstägig bereinigte Produktionsindex für den Produzierenden Bereich (ÖNACE 2008 B–F) auf der Basis 2015 einen Anstieg von 5,9% gegenüber Februar 2018, wie aus Berechnungen von Statistik Austria hervorgeht. Verglichen mit dem Vormonat nahm der Produktionsindex in Österreich saisonal bereinigt um 0,6% zu.

Gegenüber Jänner 2019 nahm die Produktion saisonal bereinigt (EU-harmonisiert) im Februar 2019 in der Industrie (ÖNACE 2008 B–E) um 0,5% zu. Ein Vergleich der Verwendungskategorien mit dem Vormonat Jänner 2019 zeigte folgendes Ergebnis: Investitionsgüter: +4,9%, Vorleistungsgüter: 0,0%, kurzlebige Konsumgüter: -1,2%, langlebige Konsumgüter: -3,3%, Energie: -4,9%.

Der Produktionsindex in der Industrie (ÖNACE 2008 B–E) erreichte im Februar 2019 nach Arbeitstagen bereinigt (EU-harmonisiert) 110,1 Punkte und lag damit um 5,1% über dem Ergebnis des Februar 2018. Die arbeitstägig bereinigte Produktion im Baugewerbe zeigte im Jahresvergleich ein Plus von 9,3%. Verglichen mit dem Vorjahresmonat wiesen die Verwendungskategorien folgende Veränderungen auf: Investitionsgüter: +13,1%, Energie: +4,3%, kurzlebige Konsumgüter: +2,0%, Vorleistungsgüter: +1,3%, langlebige Konsumgüter: -0,9%. ■

http://www.statistik.at/

Daten zum Finanzverhalten der privaten Haushalte 2018

Schwache Börsen dämpften Anstieg des Finanzvermögens der privaten Haushalte

Das Finanzvermögen der privaten Haushalte stieg 2018 um 1 % auf 661 Mrd. Euro. Der trotz Neuinvestitionen in Finanzprodukte in Höhe von 13 Mrd. Euro verhältnismäßig geringe Anstieg war auf Kursrückgänge an den Wertpapier-Börsen im vierten Quartal 2018 zurückzuführen. Täglich fällige Einlagen waren trotz des Niedrigzinsumfelds weiterhin die gefragteste Anlageform.

Vor allem einkommensbedingt wiesen Österreichs Haushalte im Jahr 2018 eine etwas höhere Sparquote von 7,4 % (laut Berechnung von Statistik Austria) auf und konnten damit das letztjährige Tief von 6,8 % überwinden.

Das gesamte Finanzvermögen der privaten Haushalte lag Ende 2018 bei 661,2 Mrd. Euro. Damit stieg es gegenüber 2017 nur um 6,7 Mrd. Euro bzw. 1 % (nominell) an. Die finanziellen Veranlagungen betrugen 13 Mrd. Euro. Gebremst wurde der Vermögensaufbau allerdings durch buchwertmäßige Preisverluste des Wertpapierportfolios sowie aus Lebensversicherungen und Pensionskassenansprüchen im Gesamtausmaß von 8,9 Mrd. Euro[1)].

Haushalte legten 2018 18,3 Mrd. Euro in Form von täglich fälligen Einlagen an, zogen aber gleichzeitig gebundene Einlagen in Höhe von 6,2 Mrd. Euro ab. Damit stieg das Volumen an täglich fälligen Einlagen zum Ultimo 2018 auf 153,6 Mrd. Euro und diese erwiesen sich mit 23% des gesamten Finanzvermögens weiterhin als beliebtestes Anlageinstrument der österreichischen Haushalte.

Der Bestand an verzinslichen Wertpapieren wurde 2018 von privaten Haushalten weiterhin abgebaut (–6 %, das sind 1,7 Mrd. Euro) und lag per Ultimo 2018 bei 29,2 Mrd. Euro. Damit wurde der Trend der letzten Jahre fortgesetzt, wobei negative Kurseffekte mit 0,5 Mrd. Euro ebenfalls zur Reduktion beitrugen.

Im Jahr 2018 erlitten private Anlegerinnen und Anleger bei börsennotierten Aktien Kursverluste von 11 %, womit sich der Bestand von 25,2 Mrd. Euro im Vorjahr auf 22,4 Mrd. Euro im Jahr 2018 verringerte. Bei Investmentzertifikaten zeigte sich ein ähnliches Bild – es kam kursbedingt zu Einbußen von 7,2 %, das ist doppelt so hoch wie das neu veranlagte Volumen. Dementsprechend wirkte sich diese Entwicklung auf den Bestand aus, der sich von 59,5 Mrd. Euro (2017) auf 57,3 Mrd. Euro im Jahr 2018 reduzierte. Dadurch verringerte sich in der Jahresbetrachtung der Aktienanteil am gesamten Finanzvermögen auf nur 3,4 %, jener der Investmentzertifikate lag bei 8,7 %.

Zwischen 2012 und 2017 hatten private Haushalte kumuliert rund 15 Mrd. Euro an Kurgewinnen aus Aktien und Investmentfondsveranlagungen verbuchen können. Dem gegenüber standen Kursverluste in Höhe von 7,1 Mrd. Euro im Jahr 2018, womit rund die Hälfte der aufgebauten Marktwertsteigerungen verloren ging.

Im Jahr 2018 verschuldeten sich Österreichs Haushalte per saldo um 5,4 Mrd. Euro und damit etwas mehr als im Jahr zuvor. Rund 60 % (3,3, Mrd. Euro) entfielen auf Wohnbaukredite, womit das anhaltende Interesse an Immobilien widergespiegelt wird. Das Volumen der Verpflichtungen lag bei 191,7 Mrd. Euro (einschließlich sonstiger Verbindlichkeiten) zum Jahresultimo, wobei Wohnbaukredite mit 72,5 % weiterhin die wichtigste Kategorie der Verbindlichkeiten darstellen.

Finanzvermögen und Verbindlichkeiten der Haushalte

	2017 Bestände	2018 Bestände		2018 Transaktionen	Jahreswachstumsrate[1]
	Mrd EUR		Anteil in %	Mrd EUR	Anteil in %
Bargeld	22,6	23,5	3,6	0,8	0,1
Täglich fällige Einlagen	135,3	153,6	23,2	17,8	2,7
Sonstige Einlagen	107,7	101,5	15,4	-6,9	-1,1
Kurzfristige Kredite	1,9	2,4	0,4	0,5	0,1
Langfristige Kredite	0,3	0,2	0,0	-0,1	0,0
Handelskredite	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	1,4	1,4	0,2	0,1	0,0
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	30,2	27,8	4,2	-1,8	-0,3
Börsennotierte Aktien	25,2	22,4	3,4	0,0	0,0
Nicht-börsennotierte Aktien	2,7	2,8	0,4	0,1	0,0
Investmentzertifikate	59,5	57,3	8,7	2,1	0,3
Sonstige Anteilsrechte	122,3	122,9	18,6	0,4	0,1
Lebensversicherungsansprüche	79,9	77,2	11,7	-1,4	-0,2
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3,4	3,4	0,5	0,0	0,0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	44,2	44,8	6,8	0,1	0,0
Ansprüche aus betrieblichen Vorsorgekassen	10,6	11,5	1,7	1,0	0,2
Sonstige Forderungen	7,3	8,5	1,3	0,3	0,0
Geldvermögen (Finanzvermögen)	**654,5**	**661,2**		**13,0**	**2,0**
Wohnbaukredite	133,4	139,0	72,5	5,4	2,9
Konsumkredite	18,4	18,0	9,4	-0,2	-0,1
Sonstige Kredite	31,6	31,8	16,6	-0,1	0,0
Handelskredite	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	2,4	2,8	1,4	0,3	0,1
Verpflichtungen	**185,8**	**191,7**		**5,4**	**2,9**

OeNB senkt Inflationsprognose für 2019 auf 1,8 %

Laut aktueller Prognose der OeNB wird die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsrate im Jahr 2019 1,8 % betragen und in der Folge mit 1,9 % (2020) sowie 1,8 % (2021) weitgehend stabil bleiben. Gegenüber der letzten Prognose vom Dezember 2018 wurde die Vorausschau für 2019 um 0,3 Prozentpunkte nach unten revidiert. Dafür sind vor allem die Rohölpreise ausschlaggebend, die seit Herbst 2018 deutlich gesunken sind und gemäß den Markterwartungen im gesamten Prognosehorizont niedrig bleiben werden. Aus einer aktuellen OeNB-Analyse zur Flexibilität der Konsumentenpreise geht hervor, daß die Preissetzung in Österreich in den letzten 20 Jahre deutlich flexibler geworden ist. ■

https://www.oenb.at/

[1)] Anpassungen im Jahr 2018, die auf Umstellungen in den Erhebungen und auf adaptierte Hochrechnungen zurückzuführen sind, machten insgesamt rund 2,6 Mrd. Euro aus.

Wirtschaft

Keine Rezession in Österreich

IV-GS Neumayer: Konjunkturelle Ernüchterung ist auch Handlungsauftrag für Reformen – IV-Chefökonom Helmenstein: Rückkehr zur konjunkturellen Normalität

Während die Ausgangslage vor Jahresfrist wirtschaftlich kaum besser sein konnte, kehrt nun etwas konjunkturelle Ernüchterung ein“, so Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV) am 18. April in einem gemeinsamen Pressegespräch mit IV-Chefökonom Christian Helmenstein bei der Vorstellung der Ergebnisse des aktuellen IV-Konjunkturbarometers aus dem 1. Quartal 2019. Die Kardinalfrage zu den aktuellen Konjunkturaussichten laute nun „Abschwung oder Rezession?“. Wesentliche globale Rahmenbedingungen seien unverändert. Die US-Administration verfolge weiterhin eine unkonventionelle bis eigenwillige Wirtschaftspolitik. Die Modalitäten des Brexit blieben ungeklärt, geopolitische Konfliktherde bestünden weiter. Und doch unterscheide sich das heurige Jahr fundamental von 2018. „Sowohl die supranationalen als auch die nationalen Prognostiker korrigieren ihren Konjunkturausblick laufend nach unten. Die nächste Rezession ist aber keineswegs vorgezeichnet“, stellte Neumayer klar.

„Sofern nicht das Szenario einer kumulativen Verschärfung der zahlreichen geopolitischen Einzelrisiken eintritt, ist für die Eurozone wie auch für Österreich eine Rückkehr auf den Potentialwachstumspfad zu erwarten“, betonte auch Christian Helmenstein. Genau dieses Szenario einer markanten Abschwächung der Konjunkturdynamik habe die Industriellenvereinigung bereits vor einem Jahr angekündigt. „Dies bedingt ein zum Vorjahr vergleichsweise niedriges Wachstum in der Größenordnung von 1,5 bis 1,75 Prozent für Österreich im Jahr 2019. Umso wichtiger ist es, daß sich Österreich standortpolitisch bestmöglich positioniert. Neben der Bekämpfung des Fachkräftemangels, kann eine kluge, ausgewogene Steuerreform hier ein optimaler Hebel sein.“

Die Ergebnisse im Detail

Das IV-Konjunkturbarometer, welches als Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten bestimmt wird, bildet sich abermals von dem bereits reduzierten Niveau der beiden Vortermine von 29,7 Punkten auf nunmehr 24,9 Punkte zurück.

Foto: Industriellenvereinigung

Bei der Präsentation des aktuellen Konjunkturbarometers der Industriellenvereinigung (v.l.): Generalsekretär Christoph Neumayer und Chefökonom Christian Helmenstein

Dabei ist dieser Rückgang ausschließlich auf die neuerliche Eintrübung der aktuellen Geschäftslage von +60 Punkten auf +49 Punkte zurückzuführen. Diese Entwicklung geht mit der vor einem halben Jahr für den aktuellen Zeitraum avisierten Dynamik konform. Bei der Einschätzung der Geschäftserwartungen der Unternehmen auf Sicht der nächsten sechs Monate ist hingegen eine minimale Verbesserung von -1 Punkt auf +1 Punkt und somit bereits zum zweiten Mal eine Stabilisierung des Ausblickes zu verzeichnen.

Kein Abgleiten in die Rezession

„Einerseits zeichnet sich damit kein Abgleiten in die Rezession ab, andererseits wäre es verfrüht, schon die Wende zum Besseren auszurufen. Auf Sicht des nächsten Halbjahres verharrt die industrielle Produktion am Rande der Stagnation, derzeit noch ohne Anzeichen einer erneuten Beschleunigung“, führte Helmenstein aus. „Würden also die aktuellen geopolitischen Risiken eine positive Wendung erfahren – etwa durch den Abschluß von Freihandelsabkommen zwischen den USA einerseits und China sowie der Europäischen Union andererseits oder auch einen Exit vom Brexit –, hellten sich die konjunkturellen Aussichten deutlich auf und die Risikoprämien auf den Aktienmärkten würden verbunden mit steigenden Kursen ausgepreist. Insbesondere die Investitionstätigkeit würde davon beflügelt, zumal das Zinsumfeld nach wie vor expansiv wirkt.“

Starke Verankerung in Zentral- und Osteuropa

Der Rückgang der Gesamtauftragsbestände, die von +58 Punkten auf +53 Punkte sinken, spiegelt die Abschwächung der konjunkturellen Dynamik wider. Dabei ist kein Unterschied mehr zwischen der Dynamik bei den inländischen Aufträgen und jener der Auslandsaufträge auszumachen, deren Saldo auf +48 Punkte nach zuvor +53 Punkten zurückgeht, obwohl die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar gegenüber demselben Zeitpunkt des Vorjahres inzwischen rund 8,5 Prozent ausmacht, was die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exporte auf dem Weltmarkt stützen sollte. Zudem profitiert die österreichische Wirtschaft aufgrund ihrer starken Verankerung in Zentral- und Osteuropa von der anhaltenden Einkommenskonvergenz gegenüber Westeuropa, sodaß der verhaltene Verlauf der Auftragseingänge aus dem Ausland vor allem den unsicherheitsbedingten globalen Nachfrageattentismus unterstreicht.

Dementsprechend fahren die Unternehmen die geplante Ausweitung ihrer Produk-

tionstätigkeit bei einem saisonbereinigten Wert von +5 Punkten nach zuvor +14 Punkten weiter zurück. Angesichts der zurückhaltenden Erwartungen auf Sicht von sechs Monaten und vor dem Erfahrungshintergrund des Jahres 2008, als sich die seinerzeit ebenfalls überdurchschnittlichen Auftragsbestände nur teilweise in entsprechenden Ausbringungsmengen materialisierten, sind die Unternehmen bestrebt, ihre Aufträge zügig erlösgenerierend abzuarbeiten. Dies impliziert eine weiterhin abnehmende Auftragsreichweite.

Entwicklung des Beschäftigtenstandes

Im Gegensatz zu dem sich weiter verlangsamenden Industriewachstum legt der Indikator zur Entwicklung des Beschäftigtenstandes von einem niedrigen Niveau ausgehend merklich von +7 Punkten auf +12 Punkte zu. Dieser Anstieg bei einer ihrem Wesen nach gegenüber anderen Konjunkturindikatoren üblicherweise nachlaufenden Variable ist bemerkenswert, zumal selbiger das Ergebnis sowohl einer leicht erhöhten Einstellungsneigung bei einem Teil der Respondenten, als auch eines zurückgehenden Anteils von Respondenten mit der Notwendigkeit eines Beschäftigungsabbaus zurückzuführen ist. Der ausgeprägte Fachkräftemangel scheint jedes fünfte Unternehmen bereits jetzt zu veranlassen, prospektiv im Hinblick auf eine erwartete Erholung einen Beschäftigungsaufbau in den kommenden Monaten anzustreben. Bei der Entwicklung der Verkaufspreise erzwingen einerseits hohe Kostenbelastungen eine Kostenüberwälzung, andererseits schlägt sich die Abschwächung des Welthandels nieder und begrenzt die Preiserhöhungsspielräume. Im Ergebnis halten beide Einflußgrößen einander nahezu die Waage, sodaß sich ein Saldo von +2 Punkten nach 0 Punkten im Vorquartal ergibt.

Österreichs Wachstum bleibt vor Deutschland – Integration mit CEE-Raum positiv

Angesichts der weiter erodierenden Mengenkonjunktur gibt der Saldo der Ertragslage leicht auf +32 Punkte nach. Ebenso verschlechtern sich die zuvor schon abwärts gerichteten Ertragserwartungen zum inzwischen fünften Mal in Folge von zuvor 0 Punkten auf nunmehr -4 Punkte. Summa summarum ist für die Eurozone wie auch für Österreich für das Jahr 2019 eine Rückkehr zur konjunkturellen Normalität zu erwarten. Daß das Potentialwachstum in Deutschland und Italien noch tiefer angesiedelt ist, unterstreicht nur, daß Österreich es nach wie vor weitgehend selbst in der Hand hat, durch strukturpolitische Maßnahmen die eigene Wohlstandsperspektive positiv zu gestalten. Die österreichische Wirtschaft wird im Vergleich zur deutschen Wirtschaft voraussichtlich einen markanten Wachstumsvorsprung in der Größenordnung von mindestens einem Dreiviertelprozentpunkt erzielen. Dieser Wachstumsvorsprung Österreichs resultiert aus einer ganzen Reihe von Faktoren: Erstens war Österreich bei diesem Zyklus standortpolitisch bedingt ein konjunktureller Spätstarter – die Expansion in Deutschland hält grosso modo bereits doppelt so lange an wie in Österreich. Damit einhergehend fällt der Fachkräftemangel in Deutschland noch ausgeprägter als hierzulande aus, zumal als Folge der langen Aufschwungsphase und der stärkeren Beschäftigungsanreize die Arbeitslosenquote in Deutschland deutlich unterhalb des Niveaus von Österreich liegt, sodaß so gut wie keine Beschäftigungsreserve mehr besteht. Zugleich ist die deutsche Gesellschaft demografisch gesehen erheblich älter als die österreichische, was infolge von Abgängen in die Pension den dortigen Fachkräftemangel noch weiter verschärft.

Exportverflechtung

Weiters profitiert Österreich von der engen Integration mit den zentral- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten, und zwar in doppelter Weise. Zum einen aufgrund des nach wie vor bestehenden Wachstumsvorsprunges der zentral- und osteuropäischen Länder gegenüber dem Durchschnitt der Eurozone in Höhe von rund 1,5 Prozentpunkten, sodaß die österreichische Wirtschaft über ihre Exportverflechtung gleichsam Wachstumsbeiträge aus dem dortigen Raum importiert. Zum anderen aufgrund des beträchtlichen Zustromes von Arbeitskräften aus den betreffenden Ländern, welcher das Arbeitskräfteangebot in den letzten Jahren in Österreich beträchtlich ausgeweitet hat.

Sondereffekte

Schließlich hat die Wirtschaft in Deutschland allgemein, besonders aber die Industrie, während des zweiten Halbjahres 2018 unter Sondereffekten gelitten. Dazu zählen Produktionsausfälle in der Automobilindustrie durch die Umstellung auf das neue Fahrzeuggenehmigungsverfahren (WLTP) sowie in der chemischen und pharmazeutischen Industrie infolge des Niedrigwassers des Rheins. Hinzu kamen noch Produktionsausfälle durch Streiks bei verschiedenen Verkehrsträgern. Diese Ausfälle wirken statistisch bedingt noch bis in das Jahr 2019 nach. Von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus, daß die österreichische Bundesregierung bereits Maßnahmen zur Stärkung des heimischen Wachstums gesetzt hat. Dazu zählen die Arbeitszeitflexibilisierung und die beschleunigte Genehmigung von bedeutenden Infrastrukturprojekten. Nunmehr steht die Umsetzung der Steuerreform an, die zumindest in jenen Teilen auf das Jahr 2020 vorgezogen werden sollte, die über höhere Investitionen sowohl die Binnennachfrage als auch die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes stärken. Wenn dieser nächste Schritt rasch kommt und kräftig ausfällt, dann vermag Österreich schon aus eigener Kraft mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit eine Rezession zu vermeiden.

Die IV-Konjunkturumfrage: Zur Befragungsmethode

An der jüngsten Konjunkturumfrage der IV beteiligten sich 382 Unternehmen mit rund 252.500 Beschäftigten. Bei der Konjunkturumfrage der IV kommt folgende Methode zur Anwendung: Den Unternehmen werden drei Antwortmöglichkeiten vorgelegt: positiv, neutral und negativ. Errechnet werden die (beschäftigungsgewichteten) Prozentanteile dieser Antwortkategorien, sodann wird der konjunktursensible „Saldo“ aus den Prozentanteilen positiver und negativer Antworten unter Vernachlässigung der neutralen gebildet.

Die Industriellenvereinigung

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Als anerkannter Partner der Politik arbeitet sie an der positiven Weiterentwicklung Österreichs. Die IV vertritt die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.500 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kreditwirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung in den Bundesländern, auf Bundesebene und in Europa. Effizient und schlank aufgestellt ist die IV für ihre Mitglieder eine Plattform für die Mitgestaltung in industrie-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen.

Als Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik arbeitet sie als Interessenvertretung, Thinktank, Netzwerk und Servicepartner. Als Mitglied des offiziellen europäischen Arbeitgeber-Sozialpartners BusinessEurope ist die IV zudem auch auf europäischer Ebene die starke Stimme der österreichischen Industrie. ■

https://www.iv.at/

Chronik

Lebensraum Mur: Alles in Fluß

Ein Bündel an Maßnahmen machen die Mur noch lebenswerter

Foto: Stadt Graz / Fischer

Präsentierten die Mur-Projekte (v.l.): StR Kurt Hohensinner, Michael Strömer, Kajak Club Graz, Bürgermeister Siegfried Nagl, Vize-Bürgermeister Mario Eustacchio und der Leiter der Abteilung Grünraum und Gewässer, Robert Wiener

Ein großes Bündel an Maßnahmen rund um das Projekt „Lebensraum Mur" stellten Bürgermeister Siegfried Nagl, sein Stellvertreter Mario Eustacchio und Sportstadtrat Kurt Hohensinner am 5. April im Rahmen einer Pressekonferenz auf der Murinsel vor.

Der Bau des Murkraftwerks ist in der Endphase – bereits seit Jänner fließt Wasser durch das Kraftwerk und seit März beginnt das langsame, millimeterweise Aufstauen der Mur – beeinflußt auch die Entwicklung des Flusses im Grazer Stadtgebiet. Bürgermeister Siegfried Nagl: „Wir haben diese Herausforderungen und Chancen in der Stadtentwicklung angenommen und Möglichkeiten für die nachhaltige Nutzung der Mur im Bereich des historischen Stadtkerns geprüft. Alle Maßnahmen machen es künftig möglich, die Mur als Lebensraum zu erleben und nicht als Fluß, der sich eingräbt und der die Stadt teilt."

Projekte in und entlang der Mur laufen nach Plan

„Wir haben beschlossen, das rechte Murufer möglichst natürlich zu belassen, um das grüne Band und einen Wanderkorridor für Wildtiere zu erhalten. Entlang des linken Murufers wird es eine Vielzahl von Nutzungen und eine deutliche Attraktivierung der Naherholungsräume geben", so Vizebürgermeister Mario Eustacchio. Diese Maßnahmen wurden/werden seit Juni des Vorjahres umgesetzt:

- Erarbeitung des Gastrokonzepts mit themenbezogenen Vorschlägen für potentielle Standorte mit unterschiedlichen Zielgruppen,
- Detailplanungen für Sonnendecks und Plattformen mit Energie Steiermark vertraglich und umsetzungsreif abgestimmt,
- Planung Entwicklung Wassersportzentrum Grabeländer als Entwurf fertiggestellt,
- Bepflanzungsproblematik Stauraum gelöst,
- Augartenbucht (Umsetzungsphase 1) in Bau – Fertigstellung im September 2019,
- Wassersportwelle – Machbarkeit erwiesen,
- Kajakclub Wikinger – Architekturwettbewerb lauft
- HOLDING-Areal Sturzgasse – Salzsilos versetzt,
- Puchsteg NEU – bereits in Bau,
- Konfiguration Seichtwasserzone Grünanger gelost,
- Beleuchtung geplant und beschlossen und
- Radwege-Führungen finalisiert.

Foto: © weda 3D – the CGI company

Rendering des sogenannten „Stadtbalkons" als Teil der Ufergestaltung

Augartenabsenkung, Stadtbalkon und Kajakwelle stehen vor der Fertigstellung

In die Verlängerung geht auch der Puchsteg, der eigentlich als Brücke bezeichnet werden kann. Die von RadfahrerInnen und FußgängerInnen genutzte Ost-West-Verbindung über die Mur wird nämlich künftig allen modernen Anforderungen gerecht.

Stadtrat Kurt Hohensinner: „Der Radweg entlang der Mur ist schon heute die größte Sportfläche der Stadt. Das beweisen unzählige Läufer, Radfahrer, Skater und Walker jeden Tag. Jetzt rücken wir auch den Wassersport in den Mittelpunkt. Ein Highlight wird dabei die Surf- und Kajakwelle mit Wildwasserbereich bei der Murinsel sein. Diese zwei Meter hohe Wasserwelle wird rund acht Monate im Jahr nutzbar und wettkampftauglich und – in Abstimmung mit der ASVK – ein Herzstück des neuen Lebensraums Mur inmitten der Innenstadt sein.“ Davon zeigt sich Michael Strömer vom Kajak Club Graz begeistert: „Für uns Kajakfahrer ist das eine wahnsinnig tolle Sache. Die Welle ist einzigartig und wurde weltweit noch nie inmitten einer Stadt realisiert. Sie wird viele Zuschauer anziehen und damit Bewegung in die Stadt bringen!“ Auch das dringend sanierungsbedürftige Gebäude des Kajakclubs Wikinger am Marburger Kai wird architektonisch neu gestaltet und mit weiteren Funktionen ausgestattet. In der Stadtsenatssitzung wurden dafür 55.000 Euro freigegeben.

© Kratzer & Partner ZT GmbH

Graz surft auf einer neuen Kajak-Welle…

Ein weiteres Projekt ist jenes auf den ehemaligen Grabeländern in der Angergasse. Hier entsteht ein nutzungsoffener Wassersport- und Freizeitstützpunkt – eine Art Marina, die sowohl den Einsatzorganisationen dient, als auch für RudererInnen, Stand-up-PaddlerInnen und KajakfahrerInnen Anlegestelle und sicherer „Hafen“ im Winter sein kann. Im Rahmen der Arbeiten wird zudem der Bezirkssportplatz am Grünanger komplett saniert und um eine Footvolley-Anlage erweitert.

Grafik: Energie Steiermark / achtgzehn

Kosten:

- Surf- und Kajakwelle mit Wildwasserbereich: 1,74 Mio. Euro
- Erholungsfläche Grabeländer – Wassersport- und Freizeitzentrum: 800.000 Euro
- Feuerwehrbootshaus: 300.000 Euro
- Kajakclub Wikinger: 1,44 Mio. Euro
- Stadtbalkon: 180.000 Euro
- Augarten, Ausbaustufe 2 (BürgerInnenbeteiligung und Nachjustierung): 580.000 Euro
- Grabeländer – Wassersport- und Freizeitstützpunkt (inkl. Planung): 800.000 Euro
- Puchsteg NEU (Zuzahlung für Qualitätssteigerungen auf Wunsch der Stadt): 480.000 Euro

Mit den Grundstückskäufen und der Regionalförderung des Landes für Mur-Projekte ergibt dies rund 6,5 Mio. Euro, die die Stadt in den Lebensraum Mur investiert. ■

https://www.graz.at/

Chronik

Die »Oesterreich« – ein Luxusliner

Am 29. Juli 1928 wurde das erste Dieselmotor-Passagierschiff auf dem Bodensee offiziell auf den Namen »Oesterreich« getauft.

Foto: Hohentwiel Schifffahrtsgesellschaft m. b. H. / Michael Haefner

Am 18. April 2019 konnte die „Oesterreich“ nun wieder offiziell in Betrieb genommen werden.

Es war die Zeit des großen Aufatmens: Nach dem ersten Weltkrieg sehnten sich die Menschen nach Luft, Leben und Schönheit. Der Achtstundentag und tarifliche Urlaubsregelungen wurden eingeführt. Die Freizeit wurde demokratisiert. Die luxuriöse Erscheinung der Oesterreich, die im Juli 1928 offiziell in Betrieb genommen wurde, begeisterte das erlebnishungrige Publikum von Anfang an.

Zurück zum Ursprung

Am 29. Juli 1928 wurde das erste Dieselmotor-Passagierschiff auf dem Bodensee offiziell auf den Namen „Oesterreich“ getauft. Das elegante, maritime Aussehen der Oesterreich im Stil des Art déco faszinierte die Passagiere. Hier fühlte man sich weniger wie auf einem Bodensee-Kursschiff als vielmehr auf einer Privatyacht im Mittelmeer.

Nach 80 Jahren im Betrieb als Passagierschiff, als Eisbrecher, als Kriegsschiff und einer geplanten Versenkung sowie einem erneuten Umbau, hätte die Oesterreich eigentlich verschrottet werden sollen. Doch dagegen kam Widerstand auf. Eine wachsame Gruppe von Schiffsfreunden war entschlossen, die Oesterreich zu retten. 2014 wurde der Verein „Freundeskreis MS Oesterreich “ ins Leben gerufen.

2015 begann ein Team von insgesamt 25 Freiwilligen mit dem „Ausbeinen“. In über 1100 Stunden wurden bis zum Frühjahr 2016 etwa 75 Tonnen Material ausgebaut. Während des Ausbaus der Inneneinrichtung mußte festgestellt werden, daß auch der gesamte Aufbau des Schiffes ersetzt werden muß. Damit wurde die Entscheidung bestätigt, das Schiff wieder in seinem ursprünglichen Zustand neu aufzubauen. Der Rückbau hätte den Verein finanziell überfordert. In kürzester Zeit fand sich ein glücklicherweise ein weiterer Freundeskreis. Eine GmbH wurde gegründet, welche die finanzielle Basis für die grundlegende Renovierung auf die Beine stellte. Weitere wichtige Unterstützungen kamen durch das Land Vorarlberg und die europäische INTERREG-Förderung hinzu.

Am 18. April 2019 konnte die Oesterreich nun wieder offiziell in Betrieb genommen werden. Ein Freudentag nicht nur für die vielen Initiatoren und unermüdlichen Helfer, sondern auch ein Symbol dafür, was alles möglich ist, wenn Menschen sich zusammentun und ein wichtiges Kulturgut für die Nachwelt retten.

Auf ein langes drittes Leben

Das Art déco-Motorschiff Oesterreich und der Jugendstil-Schaufelraddampfer Hohentwiel verkörpern die historische Schifffahrt auf dem Bodensee – von der Belle Époque bis in die Goldenen Zwanzigerjahre. Gemeinsam werden die zwei Traumschiffe ab sofort unter dem Dach „Historische Schifffahrt Bodensee“ vermarktet. Beide Schiffe bieten denselben Komfort, bieten in etwa gleich viel Personen unter Deck Platz, die Oesterreich ist auf dem Hauptdeck zudem barrierefrei.

Da die Oesterreich auch wintersicher rekonstruiert wurde, kann sie das ganze Jahr über betrieben werden. Mit insgesamt 30 Themenfahrten und zwei Schiffen im Sommer- und Winterbetrieb steigen die beiden Unternehmen Hohentwiel und Oesterreich zu den größten Anbietern an öffentlichen Fahrten und im Charterbetrieb am Bodensee auf. ■

http://www.hohentwiel.eu
http://www.ms-oesterreich.eu

Chronik

Verführung in Apricot

Die Originale Wachauer Marille in Niederösterreich

Foto: Niederösterreich Werbung / Andreas Hofer

Marillenblüte in der Wachau bei Willendorf

Das Blütenmeer, das im Frühjahr die Weltkulturerberegion Wachau in Niederösterreich bedeckt, verspricht neben dem Genuß fürs Auge auch für den Gaumen viele Freuden. Denn beim Verwerten des Früchtesegens der rund 100.000 Marillenbäume sind die Niederösterreicher ausgesprochen kreativ. Das süße Früchtchen, das außerhalb Österreichs den Namen Aprikose trägt, verleiht flaumigen Knödeln, saftigen Kuchen und feinen Marmeladen sein himmlisches Aroma, als Digestivo trinkt man am besten einen edlen Marillenbrand.

Nach dem perfekten Blühwetter im Frühling 2019 bleiben die Bäume hoffentlich von spätem Frost und Hagelschlag verschont, damit es voraussichtlich ab Anfang Juli eine gute Ernte gibt. Wer das Glück hat, in eine reife, saftige „Wachauer Qualitätsmarille" zu beißen, erlebt eine Geschmacksexplosion feiner Aromen – und versteht, warum die ÖsterreicherInnen auf eine innerhalb der EU geschützte Ursprungsbezeichnung bestanden haben.

Ihre unvergleichliche Qualität verdankt die Wachauer Marille dem besonderen Zusammenspiel von Klima, Boden und jahrhundertelanger Kultivierung, immerhin wird die ursprünglich aus China stammende Frucht schon seit rund 2.000 Jahren hier angebaut. Als im 19. Jahrhundert die Reblaus die Erträge aus dem Weinbau einbrechen ließ, wurde in der Wachau die Kultivierung der Marille gefördert.

Der Verein „Wachauer Marille g.U." wacht seit 2003 über die Erhaltung und Vermarktung der Originalen Wachauer Marille. Wer originale, in der Wachau geerntete Marillen kaufen will, sollte unbedingt auf das Gütesiegel „Original Wachauer Marille" achten, mit dem die über 220 Wachauer Marillenbauern für die Qualität ihrer Früchte bürgen. Über eine Webcam beobachten Marillenfans das Wachsen und Reifen ihres Lieblingsobstes.

Wenn die Früchte reif sind, kann auf Festen zu Ehren der Wachauer Marille probiert werden, welche Köstlichkeiten sich daraus zubereiten lassen. „Alles Marille" heißt es vom 12.-14. Juli 2019 in Krems, drei Tage lange schwelgen die Besucher in der Altstadt in Marillenknödeln, Marilleneis, Marillenkuchen, Marillenbowle, Marillenpalatschinken und anderen Marillenkreationen. Auftritte von Musik- und Volkstanzgruppen, Kunsthandwerk und Kulinarisches begleiten das Fest. Wer diesen Termin verpaßt, hat noch einmal vom 19.-21. Juli 2019 am Marillenkirtag in Spitz an der Donau die Chance, sich durch die Vielfalt der Marillen-Rezepte zu kosten. Zum Rahmenprogramm gehören Folkloredarbietungen und Musik.

Für gelassene Genießer ist eine Marillen-Genuß-Reise zu empfehlen, die alles vereint, was die Wachau so einmalig macht. Heurigenbesuche, bei denen man inmitten von Weinbergen neben einer Brettljause und typischem Wachauer Riesling auch die schöne Aussicht genießt, zum Beispiel im „Hof in der Lauben" in Spitz an der Donau, Erkundungen bei ausgezeichneten lokalen Produzenten wie der Bäckerei Schmidl in Dürnstein mit seinen weltberühmten Wachauer Laberl, Einkaufen, Essen und Übernachten beim Marillenbauern Aufreiter mit anschließendem Spaziergang über den Marillenweg in Krems-Agern.

Den schönsten Ausblick auf die berühmte Tallandschaft der Wachau bietet eine Schifffahrt auf der Donau. Noch mehr Tipps gibt es unter

https://www.niederoesterreich.at/genussreise-donau-sommer

Unter dem Gütesiegel „Best of Wachau" haben sich einige der besten Hoteliers und Wirte der Wachau zusammengeschlossen. Im Bewußtsein für Service, Qualität und regionale Produkte bieten sie Genuß auf höchstem Niveau. Bodenständige Winzer gehören genauso dazu wie preisgekrönte 5-Sterne-Hotels oder renommierte Gourmet-Restaurants. Immer mit dabei: Spezialitäten aus der Wachauer-Marille. ■

https://www.donau.com/de/wachau-nibelungengau-kremstal/best-of-wachau/

Chronik

Historische Tramway in Wien

Die Tramwayfahrten sind erstmals individuell online buchbar und werden auf breiter Basis weltweit angeboten.

Themenfahrten mit historischen Tramway-Zügen des Wiener Tramwaymuseums bereichern das Fremdenverkehrsangebot in Wien um eine zusätzliche Touristenattraktion. Das Besondere daran: Die Tramwayfahrten sind erstmals individuell online buchbar und werden auf breiter Basis weltweit angeboten.

Wien ist *der* Touristenhostspot in Österreich und entwickelt sich seit Jahren äußerst positiv. Dem fügt jetzt das Wiener Tramwaymuseum WTM, das weltweit größte seiner Art, einen neuen Schwerpunkt für Wiens Gäste hinzu:

Die immer live kommentierten Themenfahrten mit historischen Straßenbahnen werden in Zusammenarbeit mit

- BigBus, dem weltweit größten Hop-On Hop-Off Buslinienbetreiber, unterstützt von der
- Wiener Wirtschaftskammer, die bei der Auswahl der für die jeweiligen Themen mit ihren bestgeeigneten Fremdenführerinnen und Fremdenführer ihr Know-how einbringt, angeboten.

Foto: Wiener Tramwaymuseum – WTM

v.l.: Reinhard Grubhofer (Big Bus General Manager – Vienna | Budapest), Peter Hanke (Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales der Stadt Wien), Robert Moser (ArtPro Businessdevelopment GmbH), KommR Gerti Schmidt (Fachgruppenobfrau der Sparte Freizeit- und Sportbetriebe der Wirtschaftskammer und Fremdenführerin) Patrick Portele (Vorsitzender Wiener Tramwaymuseum), Elisabeth Portele (Vorsitzende-Stellvertreterin, Finanzreferentin und Kundenbetreuung Wiener Tramwaymuseum), und Hannes Herbst (Stadtrat für Kultur und Kunst sowie Vorsitzender des Stadthistorik-Ausschusses der Stadt Traiskirchen in Niederösterreich,wo das Wiener Tramwaymuseum seinen zweiten Museums-Standort hat)

Das Wiener Tramwaymuseum

Diese weltweit größte auf eine Stadt bezogene Sammlung wurde von Helmut Portele 1966 gegründet und seitdem kontinuierlich aufgebaut. Sie umfaßt heute 109 denkmalgeschützte Straßenbahnwagen. Viele dieser Fahrzeuge und andere Exponate aus der Sammlung können im Verkehrsmuseum Remise der Wiener Linien besichtigt werden.

Erstmalig kann das Wiener Tramwaymuseum seine „fahrenden Denkmälern“, die Fahrzeuge unterstehen dem Denkmalschutz, nicht nur für Gruppen, sondern international buchbar anbieten. Die Stadt Wien gemeinsam mit den Wiener Linien ermöglicht seit über 50 Jahren, das eine Sammlung, die von der Pferdetramway aus 1868 bis zum ULF-Versuchsträger aus 1992 reicht, erhalten werden kann. Damit wird sowohl die Museumslandschaft als auch der Tourismus Wiens um eine wahre Perle bereichert.

Tourismusdirektor Norbert Kettner: „Die neuen Themenfahrten mit den historischen Tramway-Wagen sind ein begrüßenswertes Angebot nicht nur für geschichtlich interessierte Gäste, die Wien aus neuer Perspektive erleben wollen. Sie leisten einen Beitrag zur smarten, weil umweltschonenden, Fortbewegung in der Stadt und bieten eine ideale Ergänzung zu bestehenden Touren für BesucherInnen Wiens. Durch Einbindung der FremdenführerInnen ist erstklassige Wissensvermittlung ebenso wie ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur lokalen Wirtschaft garantiert. Ein großartiges Angebot, auch für die WienerInnen.“

Über Big Bus Tours

Big Bus Tours ist der weltweit größte Anbieter von Besichtigungsfahrten in offenen Doppeldeckerbussen und bietet Rundfahrten durch 19 Städte auf drei Kontinenten. Die Sightseeing-Touren bieten einen flexiblen Ansatz zur Erkundung von Städten. Bei jeder Stadtrundfahrt im offenen Doppeldeckerbus gibt es an zahlreichen interessanten Stationen Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten.

Themenfahrt »Wien auf historischen Pfaden«

Das Jugendstiljuwel Otto Wagner Pavillon am Karlsplatz ist Ausgangspunkt einer fantastischen Reise durch Wiens Zentrum, die vom Ambiente historischer Tramway-Wagen aus erkundet wird. Vom ehemaligen Stationsgebäude der Stadtbahn aus geht es allabendlich auf Schienen weiter zum Schwarzenbergplatz. Rechts grüßt die Karlskirche, das letzte große Werk des barocken Stararchitekten Johann Bernhard Fischer von Erlach. Links zeigt sich der Musikverein in seiner ganzen Pracht mit seinem von Theophil Hansen konzipierten Großen Musikvereinssaal, der als Kronjuwel unter den Konzertsälen dieser Welt gilt und von dem Wien seinen musikalischen Neujahrsgruß mit dem Neujahrskonzert alljährlich in alle Kontinente sendet.

Den nächsten Einblick in die Vielfalt Wiens Stadtarchitektur gibt der Schwarzen-

Foto: Wiener Tramwaymuseum – WTM

Das Jugendstiljuwel Otto Wagner Pavillon am Karlsplatz ist Ausgangspunkt einer fantastischen Reise durch Wiens Zentrum.

bergplatz, einer gelungenen harmonischen Kombination, die moderne Akzente zwischen gründerzeitlicher Bebauung, dem Hochstrahlbrunnen und dem „Denkmal zu Ehren der Soldaten der Sowjetarmee“, setzt.

Vom Schwarzenbergplatz kommend biegt die Tramway in Wiens Prachtboulevard, den Ring, ein. Rechter Hand zeigt sich der Stadtpark, eine der vielen Grünoasen im Zentrum Wiens, die sich nicht nur für beschauliche Spaziergänge anbietet, sondern auch ein vielschichtiger Treffpunkt für Jung und Alt ist. Nächstes Highlight ist der Julius-Raab-Platz. Das bekannteste Gebäude am Platz ist die Urania, Kino, Volksbildungshaus und eine von drei Sternwarten in Wien. Mit einer Schmalseite grenzt das 1913 als k.u.k. Kriegsministerium erbaute imposante Regierungsgebäude an den Platz.

Nach der Querung des Donaukanals landet man im zweiten Bezirk Wiens. In diesem Teil der „Mazzesinsel“, Wiens historischem jüdischen Zentrum, wird ein weiterer geschichtsträchtiger Ort erschlossen. Eingeschlossen von Donaukanal und Donau war und ist diese „Insel“ ein Ort der Begegnung und Integration orthodoxer jüdisch geprägter Kultur, bürgerlicher Traditionen und einfacher Leute, dem mit der Wirtschaftsuniversität Wien zuletzt auch modernstes studentisches Leben eingehaucht wurde. Im Zentrum der Mazzesinsel liegt der Praterstern, der den Mittelpunkt einer direkten Achse zwischen Reichsbrücke und Stephansplatz bildet. An ihm zeigt sich einmal mehr die Vielfalt und Weitsicht Wiens städteplanerischer Größe: Der moderne Verkehrsknotenpunkt verbindet Tradition und Moderne, ist Zugang zum Prater – gleichermaßen Vergnügungsort und Naturschutzgebiet – und auch ein Ausgangspunkt für die Erschließung neuen Wohnraums.

Foto: Österreich Journal / Michael Mössmer

Abendliche Tramway-Fahrt durch Wien

Über die Taborstraße, eine der ältesten Handelsstraßen Wiens mit dem Mauthaus, geht es wieder in Richtung Wien Innere Stadt. Die ehemalige Bedeutung der Taborstraße als Handels- und Kommerzstraße spiegelt sich nicht nur an den vielen alten Bürgerhäusern wider oder dem Spital der Barmherzigen Brüder, lange Zeit bekannt und beliebt wegen der kostenlosen Behandlung Bedürftiger, sondern auch an den vielen Gaststätten, die in und um die Taborstraße für jeden Geschmack und jede Gesellschaftsschicht angesiedelt waren.

Entlang des Donaukanals, über den Schottenring, vorbei an Börse, Universität, Burgtheater und Rathaus mit Blick auf Volks- und Burggarten, endet die Tramwayfahrt wieder am Ausgangspunkt beim Otto Wagner Pavillon am Karlsplatz.

Es ist Abend geworden. Wien zeigt sich jetzt von einer neuen Seite, die erforscht und genossen werden will. Egal ob kulturell, gastronomisch oder einfach nur gemütlich konsumiert wird. Beobachten Sie die Angebote, da unterschiedliche Themenfahrten allabendlich abwechseln werden! ■

https://www.tram.at/
https://www.bigbustours.com/

Das aufstrebende Weinland Oberösterreich stellt sich vor

Erste Präsentation ausgewählter OÖ. Jahrgangsweine

Den oberösterreichischen Weinbau publikumsträchtig in die Auslage zu stellen, das ist das Ziel der heutigen Weinpräsentation“, sagte Oberösterreichs Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger am 4. April. „Flächenmässig sind die Winzerbetriebe hierzulande noch eher klein aufgestellt, die Qualität der produzierten Weine ist aber auf einem hohen Niveau. Lassen Sie sich ein auf die Vielfalt der produzierten Weine und stellen Sie sich schon einmal darauf ein, daß sich Oberösterreich auch als Weinbauregion etablieren wird.“

Foto: Land OÖ / Heinz Kraml

v.l.: Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger, Landeshauptmann Thomas Stelzer, LAbg. Michaela Langer-Weninger und OÖ Weinbauverband Präsident Karl Eugen Velechovsky freuen sich über den aufstrebenden oberösterreichischen Weinbau.

Ausmaß des OÖ Weinbaus

Aktuell bewirtschaften 47 Winzerbetriebe eine Rebfläche von 82,2 Hektar. Allein im letzten Jahr sind 12 Hektar davon neu hinzugekommen. Die Weinkultivierung weist damit einen klar steigenden Trend auf, nimmt im österreichweiten Vergleich (insgesamt werden gut 48.000 Hektar bewirtschaftet) aber noch eine klar untergeordnete Rolle ein. Oberösterreich weist gerade einmal einen Anteil von rund 0,2 Prozent an den gesamten Rebflächen in Österreich auf.

„Aktuell wird der Weinbau in Österreich ganz klar von den Bundesländern Niederösterreich, Burgenland und Steiermark dominiert. Mit der heutigen Veranstaltung wollen wir aber ein klares Ausrufezeichen setzen, daß der oberösterreichische Weinbau vor allem qualitätsmäßig ebenso Beachtung verdient. Unsere durchwegs noch kleinen Betriebe arbeiten auf einem hohen Niveau und nutzen die Charakteristika des jeweiligen Standorts für interessante Weinspezialitäten“, so der Landesrat.

Charakteristik der oberösterreichischen Weine

Oberösterreich kann vor allem mit fruchtig-frischen Weißweinen auf tiefgründigen, tonigen Böden punkten. Neben den überwiegenden Weißweinen bieten die Winzer auch Rotweine bester Töne und bespielen die Tonleiter des Geschmacks mit großer Breite und Tiefe.

„Oberösterreich bietet sich vor allem für Rebsorten, die es nicht ganz so warm und kontinental brauchen, als optimaler Standort an. Wir haben beispielsweise interessante Lagen entlang der Donau aufzuweisen, bei denen das milde Klima des Donauraums auf die kühlen Strömungen aus dem Mühlviertel treffen. Der Wechsel zwischen warmen Temperaturen während des Tages und regelmäßiger Abkühlung in der Nacht sorgt für die besondere Aromen-Entfaltung und damit das Erlebnis im Glas“, führt OÖ-Weinbauverband-Präsident Karl Eugen Velechovsky aus: „Ich kann nur herzlich dazu einladen, auch beim Wein auf Regionalität zu setzen und das Angebot der OÖ. Winzerbetriebe zu verkosten. Es gibt viel zu entdecken und so manche und mancher wird vielleicht gleich einen neuen Lieblingswein entdecken.“

Klimaveränderungen begünstigen den Weinbau in Oberösterreich

Höhere Temperaturen, längere Schönwetterperioden und der frühere Beginn der Vegetation lassen die menschengemachten Veränderungen beim Klima bereits klar erkennen. Während diese Veränderungen viele agrarischen Branchen massiv unter Druck bringen, profitiert der Weinbau in Oberösterreich. Der Weinbau kehrt damit in Regionen zurück, die bis ins späte Mittelalter hinein bereits im Weinbau aktiv waren. „Oberösterreichs innovative Landwirte nehmen die Herausforderung durch den Klimawandel an. Sie nutzen zeitgemäße Chancen der pflanzlichen Produktion und entdecken dabei neue, gleichzeitig alte Kulturen wieder. Mit modernen Methoden bringen die Winzer Tradition und zeitgemäßes Wirtschaften in Einklang. Der Weinbau etabliert sich daher seit 15 Jahren wieder stärker im Bundesland ob der Enns“, so Hiegelsberger.

Aktivitäten des OÖ Weinbauverbandes

Der OÖ Weinbauverband hebt mit einer Vielzahl an Veranstaltungen und Marketingmaßnahmen die Bekanntheit des hiesigen Weines und stärkt somit den Absatz seiner Mitgliedsbetriebe. Unterstützung erhalten die Mitglieder auch in Form von Beratung. „Wie in allen Branchen gilt, daß eine gemeinsame Vermarktung mehr Wirkung zeigt. Nicht einzelne Betriebe, sondern die Bewerbung der ganzen Region stehen beim Wein im Vordergrund. Wir wollen Oberösterreich als Wein- und Genussregion noch fester auf der kulinarischen Landkarte Europas verankern“, so Karl Velechovsky. ■

Es ist keine Website verfügbar…

Oberösterreicherin zapft am besten

Zipfer Zapf Master unter Österreichs Gastronomie- und Hotelleriefachschülern wurde eine Oberösterreicherin, Platz zwei und drei gingen nach Niederösterreich und ins Burgenland.

Foto: Brau Union Österreich / Klemens Fellner

v.l.: Braumeister Christian Mayer, Gastronom Karl Fruhstorfer, Robert Schwendenwein, Sophie Kimmeswenger, David Guttmann, regionaler Verkaufsdirektor Christian Payrhuber und Eurothermenchef Thomas Prenneis

27 Gastronomie- und Hotelleriefachschüler hatten sich nach Bundesländerausscheidungen für das alles entscheidende Bundesfinale am 25. April in Oberwang qualifiziert. In der letzten Runde des Wettbewerbs galt es, das perfekte Glas heller Freude mit der schönsten Schaumkrone zu zapfen und die hochkarätige Jury – besetzt mit Braumeister Christian Mayer, Christian Payrhuber, regionaler Verkaufsdirektor der Brau Union Österreich, und bekannten Gastronomen aus Oberösterreich – mit perfekter Zapfqualität zu überzeugen.

Nach einem harten Kampf holte sich Sophie Kimmeswenger aus Oberösterreich, BBS Weyer, den Titel Zipfer Zapf Master 2019. Sie zapfte bei dem Bewerb, der bereits zum 10. Mal ausgetragen wurde, das perfekte Glas Bier mit der schönsten Schaumkrone. Auf den zweiten Platz zapfte sich David Guttmann von der HLF Krems aus Niederösterreich. Dritter wurde Robert Schwendenwein vom HFT Pannoneum aus dem Burgenland.

Auf den neuen Zipfer Zapf Master wartet nun ein Preis der Extraklasse: Ein Flachau-Wochenende für zwei Personen im Schloßhotel Lacknerhof inkl. Actiontage in der Flachau von Flying Fox bis hin zur rasanten Sommerrodelbahn. Die Zweit- und Drittplatzierten können sich über ein Musik-Package inkl. Festivaltickets für das Zipf Air freuen.

Rege Teilnahme: mehr als 1.600 ZapferInnen aus 54 Schulen

Die Zipfer Zapf Masters wurden ins Leben gerufen, um bei Österreichs Gastronomienachwuchs ein Bewußtsein für gute Zapfqualität zu schaffen. Um „Zipfer Zapf Master“ zu werden, braucht es vor allem zwei Dinge: Ausdauer und kontinuierliche Leistung. Alle österreichischen Gastronomie- und Hotelleriefachschüler waren zum Zapfwettbewerb eingeladen – in schuleigenen Vorrunden wurden seit Anfang des Jahres die TeilnehmerInnen für das Landesfinale ermittelt. Die jeweils drei Landesbesten zogen in das Bundesfinale im oberösterreichischen Oberwang ein. Daß das Thema Zapfqualität bei den Nachwuchszapfern eine große Rolle spielt, zeigt die rege Teilnahme: Mehr als 1.600 junge Zapfer aus 54 Schulen waren in die Vorrunden gestartet.

Die Gastronomen von morgen

Zipfer steht den jungen Bierzapfern mit Rat und Tat zur Seite: Mit ausführlichen Bier- und Zapfschulungen werden die Teilnehmer auf den Wettbewerb vorbereitet. Die Zipfer Zapf Masters sind in den letzten Jahren zum fixen Bestandteil der Ausbildung der heimischen Gastronomie- und Hotelleriefachschüler geworden. „Die Teilnehmer der Zipfer Zapf Masters sind die Gastronomen von morgen. Ein perfekt gezapftes Bier ist ein Zeichen gelebter Bierkultur – kompetente Beratung und vollendete Zapfkunst sind den österreichischen Biergenießern wichtig. Ich freue mich, so viele motivierte und fähige Schüler im Wettbewerb und zukünftig auch in der Gastronomie zu haben“, betont Magne Setnes, Vorstandsvorsitzender der Brau Union Österreich.

Österreichische Bierkultur

In Österreich wird seit jeher viel Bier getrunken – und zwar mit Genuß. Laut dem aktuellen Bierkulturbericht, einer für Österreich repräsentativen Studie, die jährlich vom Linzer market-Institut im Auftrag der Brau Union Österreich erarbeitet wird, legt die Mehrheit der heimischen BiertrinkerInnen sehr großen Wert auf ein perfekt gezapftes Bier. Auch die Beratungsqualität ist wichtig, die Bierauswahl wird bewußter getroffen – wichtige Indizien dafür, daß zentrale Aspekte der Bierkultur in Österreich immer populärer werden: Österreich gilt – auch beim Biergenuß – als herausragendes Kulturland. ■

http://www.zipfer.at/zipfer/zipfer-zapf-masters.html

Personalia

Oberösterreich ehrt Josef Ratzenböck zum 90. Geburtstag

LH Thomas Stelzer: »Der Mann für die großen Probleme und die kleinen Sorgen hat unser Land geprägt.«

Foto: Land OÖ / Denise Stinglmayr

v.l.: Bettina und LH Thomas Stelzer, LH a.D. Josef Ratzenböck und Gattin Anneliese und LH a.D. Josef Pühringer

Josef Ratzenböck hat sich in seinem Denken nie auf Oberösterreich alleine beschränkt – er hat Politik in großen Zusammenhängen gemacht und immer wieder die Probleme des Landes in die großen Zusammenhänge hineingestellt. Er hat aber dabei immer die Menschen mitgenommen. Zum Markenzeichen von Josef Ratzenböck gehört aber auch, daß er nicht nur an die großen Probleme denkt, sondern sich auch um die kleinen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger annimmt."

Mit diesen Worten würdigte Landeshauptmann Thomas Stelzer am 24. April das politische Wirken von Landeshauptmann a.D. Josef Ratzenböck, der am 15. April 90 Jahre alt wurde. Das Land Oberösterreich hatte zu einem Festakt zu Ehren des Jubilars in das Linzer Landhaus geladen.

„Er hat maßgeblich dazu beigetragen, daß wir in jenem Oberösterreich leben können, das wir schätzen und in dem es uns gut geht. Eng mit dem Namen Ratzenböck verbunden ist aber auch das politische Klima in Oberösterreich", erinnerte Stelzer. „Er war ein Mann der Zusammenarbeit und hat sie auch gelebt. In diesem Geist führen wir die Landespolitik auch weiter."

Politik für die Menschen zu machen, damit es ihnen besser geht

Nach diesem Grundsatz wurde in der Zeit von Ratzenböck etwa in der Wohnbaupolitik der „Ratzenböck-Wohnbauplan" geschaffen, der ein Modell für ganz Österreich wurde; ebenso nahm die Idee des Pflegegeldes in Oberösterreich ihren Ausgang. Stelzer würdige Ratzenböck aber auch als großen Kulturpolitiker, dessen Credo gewesen sei: „Letztlich ist jedes Problem in der Gesellschaft auf ein zu wenig an Kultur zurückzuführen." Insbesondere die Gründung des Musikschulwerkes durch Ratzenböck hob Stelzer hervor: „Viele Musikschülerinnen und -schüler sitzen heute bei den Wiener Philharmonikern oder sind international renommierte Musiker – den Grundstein dafür hat Josef Ratzenböck gelegt."

In die Amtszeit von Josef Ratzenböck fielen große politische und gesellschaftliche Herausforderungen und Veränderungen: vom zweiten Erdölschock über die Verstaatlichten-Krise – bis hin zur Ansiedlung von BMW in Steyr – Umweltprobleme in der Traun und der Ager, die es zu beheben galt, und natürlich der Fall des Eisernen Vorhangs, den Ratzenböck am 11. Dezember 1989 durchschnitten hat. Das gemeinsame Europa des Friedens war demgemäß auch das politisch und gesellschaftlich wichtigste Anliegen von Ratzenböck, der sich in seiner Rede an den „ungeheuer weiten Weg" seines Lebens erinnerte: „Mein Platz ist die Erinnerung. Hier bin ich in Verbindung mit allen, die je meinen Weg gekreuzt haben. Das ist etwas ungeheuer erfreuliches", sagte Ratzenböck, und in Richtung seiner politischen Wegbegleiter, die zahlreich zur Feier gekommen waren: „Jeder hat seinen Anteil an den Verdiensten. Es war wunderbar, mit den Politikern verschiedener Parteien zusammenzuarbeiten. Wir haben immer überlegt, was dem anderen zumutbar ist. Wir haben unsere Arbeit im Weinberg Oberösterreich gemacht. Und wir haben festgestellt: Miteinander geht's leichter. Und diese Toleranz wirkt in Oberösterreich noch immer."

Das Oö. Landesmusikschulwerk gestaltete die Feier mit einem Konzert zu Ehren seines Gründers, das Brass-Ensemble führte die eigens komponierte Geburtstags-Fanfare für Ratzenböck auf, wofür sich dieser bedankte: „Ich glaube, daß diese Fanfare in zehn Jahren wieder gespielt werden sollte." ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Ratzenb%C3%B6ck

Personalia

Haslauer gratulierte Europakloster-Gründer Johannes Pausch

Psychotherapeut, Sozialpädagoge und Klostergründer – Johannes Pausch hat viele Seiten und Berufungen. Zum Siebziger stellte sich Landeshauptmann Wilfried Haslauer im Europakloster in St. Gilgen mit herzlichen Glückwünschen ein: „Sie sind ein Segen und ein Glücksfall für Salzburg."

Das Leben des Benediktinermönchs und Priesters verlief keineswegs geradlinig. Mit 17 Jahren flog der gebürtige Oberpfälzer als echter „68er" von der Klosterschule, vier Jahre später trat er in den Orden ein. Er war Lehrer und Erzieher am Gymnasium und ist heute gefragter Mediator sowie Berater in den Bereichen Gesundheit, Wirtschaft, Management und sozialem Zusammenleben.

Foto: Land Salzburg / Franz Neumayr

v.l.: Europakloster-Gründer Pater Johannes Pausch, der seinen 70er feierte, mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer und der Bezirkshauptmann von Salzburg-Umgebung, Reinhold Mayer

Mönch und Geschäftsmann

1993 gelang ihm die Gründung des Europaklosters Gut Aich in St. Gilgen, zu dem Wirtschaftsbetriebe mit aktuell 44 Mitarbeitern und ein Seminarbetrieb mit mehr als 1.000 Nächtigungen pro Jahr gehören. 2012 begründete Pausch die „Europäische Klosterheilkunde" und wurde erst kürzlich erneut für sechs Jahre zum Prior gewählt. „Es gilt für Kirchenführung wie auch für die Politik, daß wir nicht Bote der Vergangenheit, sondern Lotse in die Zukunft zu sein haben. Letztlich geht es darum, nicht den einfachen, sondern den richtigen Weg zu finden und zu gehen." Das gab Haslauer dem umtriebigen Superior des Europaklosters mit auf seinen weiteren Lebensweg.

https://www.europakloster.com/

Wiener Ehrenzeichen für Schriftstellerin Barbara Frischmuth

Landeshauptmann Michael Ludwig überreichte am 9. April der bekannten österreichischen Schriftstellerin Barbara Frischmuth das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. An der Ehrung nahmen zahlreiche prominente Gäste teil, z. B. Altbundespräsident Heinz Fischer, die Direktorin der Nationalbibliothek Johanna Rachinger, Helga Rabl-Stadler, Paul Lendvai sowie die Autoren Alfred Komarek und Dietmar Grieser. Die Laudatio hielt die Literaturwissenschafterin Assoz.Prof. Anna Babka.

Der Landeshauptmann würdigte in seiner Begrüßung die literarischen Verdienste von Barbara Frischmuth und erwähnte, daß sie einen Teil ihres Lebens in Wien verbracht habe. Als Schrebergartenbesitzer lese er besonders gerne ihre Gartenbücher.

Anna Babka bezeichnete in ihrer Laudatio Barbara Frischmuth als „Protagonistin der Schrift". Sie hob die Bedeutung der Verbindung zu den Menschen und der umgebenden Landschaft in den Werken der Schriftstellerin hervor und würdigte die Qualität ihrer Übersetzungen.

Barbara Frischmuth nützte ihre Dankesrede zur bedauerlichen Feststellung, daß generell die Ehrungen für Frauen in der Minderzahl seien, und sprach sich dafür aus, Menschen mit Migrationshintergrund in intellektuelle Gesprächsrunden einzubeziehen.

Foto: PID/Schaub-Walzer

Bürgermeister Michael Ludwig und Barbara Frischmuth nach der Ehrung im Wiener Rathaus

Barbara Penner-Frischmuth wurde 1941 in Altaussee geboren. Nach der Matura studierte sie Türkisch, Englisch und Ungarisch und begann 1966 eine Karriere als freie Schriftstellerin und Übersetzerin. Bereits in ihren Anfängen sorgte sie mit ihrer Literatur für Furore. Ihr umfangreiches literarisches Werk wurde mit zahlreichen Preisen gewürdigt. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Barbara_Frischmuth

Religion und Kirche

Michael Chalupka ist neuer evangelisch-lutherischer Bischof

Chalupka: »Evangelium steht für Gemeinschaft, die niemanden ausgrenzt.«

Foto: epd / M. Uschmann

Die Synode der evangelisch-lutherischen Kirche hat Michael Chalupka (Mitte) als Nachfolger von Bischof Michael Bünker (l.) zum Bischof gewählt – im Bild mit Synodenpräsident Peter Krömer

Der neue Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich heißt Michael Chalupka. Der 59jährige Wiener wurde am 4. Mai in Wien von den Delegierten der Synode mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit gewählt. Im 12. Wahlgang entfielen auf den früheren Direktor der Diakonie Österreich und aktuellen Geschäftsführer der Diakonie Bildung 47 von 62 Stimmen. Der oberösterreichische Pfarrer und Senior Andreas Hochmeir erhielt 14 Stimmen, eine Stimme war ungültig. Der dritte Kandidat, der Kärntner Superintendent Manfred Sauer, hatte seine Kandidatur nach dem 6. Wahlgang zurückgezogen. Sein Amt als Nachfolger von Bischof Michael Bünker, der in den Ruhestand tritt, wird Chalupka am 1. September antreten.

„Ich nehme die Wahl mit Freude und Dankbarkeit an“, sagte Michael Chalupka kurz nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses und zeigte sich „überwältigt und berührt“ von der „intensiven Auseinandersetzung“ um dieses Leitungsamt. Die evangelische Kirche setze sich aus vielen Traditionen zusammen, gemeinsame Aufgabe sei es, „aufeinander zuzugehen und Brücken zu bauen“.

Andreas Hochmeir gratulierte dem neuen Bischof und bot seine Zusammenarbeit an. Das gemeinsame Ringen um die Entscheidung habe er positiv erlebt. Auch Manfred Sauer gratulierte und wünschte Chalupka „Gottes inspirierenden Geist“ für das Amt.

Foto: epd / M. Uschmann

Der designierte Bischof Michael Chalupka bei seinen Dankesworten

Michael Chalupka wurde 1960 in Graz geboren, studierte Theologie in Wien und Zürich, war Pfarrer in Mistelbach, steirischer Fachinspektor für Religionsunterricht, von 1994 bis 2018 Direktor der evangelischen Hilfsorganisation Diakonie Österreich und ist seitdem Geschäftsführer der Diakonie Bildung. Die zunehmende Säkularisierung und das Abdrängen von Glauben und Kirche ins Private hält Chalupka „für eine zentrale Herausforderung, vor der wir als Evangelische Kirche stehen.“ In dieser Situation gelte es zu vergegenwärtigen, daß „unser Glaube nicht unser Eigentum ist, das wir gestalten dürfen wie unser Schrebergärtlein, sondern ein Geschenk Gottes, das uns in Dienst nimmt und befähigt, mutig Kirche in der Diaspora zu sein.“ Die plurale Gesellschaft brauche Orte wie die Kirche, an denen unterschiedlichste Menschen einander begegnen, die sonst nie zusammenkämen, „wie einen Bissen Brot“. Der frühere Diakonie-Direktor verweist zudem auf das notwendige Zusammenspiel von Kirche und Diakonie: Die eine könne es nicht ohne die andere geben, das diakonische Engagement sei „wesentlicher Teil der Kirchenentwicklung“. Um die „rechtlichen,

Foto: epd / M. Uschmann

Hatten sich um das höchste Amt der Evangelischen Kirche beworben (v.l): der Geschäftsführer der Diakonie Bildung Michael Chalupka, der Kärntner Superintendent Manfred Sauer und der oberösterreichische Pfarrer und Senior Andreas Hochmeir

politischen und organisatorischen Herausforderungen“ der Zukunft bewältigen zu können, brauche es „gemeinsam gestaltete Prozesse, in denen alle zu Wort kommen und zu erzielten Ergebnissen stehen können“, so Chalupka.

In der Gesellschaft herrschten zunehmend Angst und Einsamkeit sowie die Propagierung eines „Wir-Gefühls“ vor, das andere ausschließe. Das Evangelium nehme hingegen die Angst und „steht für eine Gemeinschaft, die niemandem ausgrenzt.“ In einer Gesellschaft, „wo wir immer mehr auf das Ich zurückgeworfen werden“ gelte es zu verstehen, „das Leben, die Schöpfung, wir selbst – wir kommen nicht aus uns. Es gibt einen, der uns geschaffen hat.“ Als Bischof versteht sich Chalupka als „Ermöglicher“, die öffentliche Rolle des Bischofs enthalte auch ein geistliches Element: „Wenn der Bischof öffentlich spricht ist es immer ein Akt der Verkündigung.“

Foto: epd / M. Uschmann

Bischof Michael Bünker gratuliert seinem designierten Nachfolger Michael Chalupka

Was Kirche ausstrahlt, wird gesamtgesellschaftlich gebraucht

„Meine dringlichste Aufgabe als Bischof wird sein, möglichst viel zuzuhören und zu sehen von der Vielfalt, die diese Kirche ausmacht.“ Das sagte der neugewählte Bischof in einem ersten Gespräch mit Medienvertretern. „Ein Bischof muß zuhören, bevor er selbst spricht.“ Besonders betont der designierte Bischof die Aufgabe der Kirche in der Bewahrung der Schöpfung: „Es genügt nicht, als evangelische Kirche daran zu erinnern und zu mahnen, sondern es braucht entscheidende Schritte in der Führung der Pfarrgemeinden. Wir haben diese Welt von unseren Kindern und Enkelkindern nur geborgt.“ In der Debatte um den Karfreitag sei viel Porzellan zerschlagen worden. Hier will Chalupka der Bundesregierung das Gespräch anbieten, erwartet aber Schritte und Zeichen von deren Seite. Die Evangelische Kirche solle von der Politik wieder als „wichtiger Teil der Gesellschaft“ wahrgenommen werden.

Mit seiner Wahl habe die Synode gezeigt, „was unsere Kirche ausmacht, daß sie demokratisch verfaßt ist und eine Vielfalt anbietet.“ Das, was die Kirche ausstrahle, werde auch gesamtgesellschaftlich gebraucht. „Das Leben in den Gemeinden bringt Menschen zusammen, die sich sonst nie begegnen würden. Diese Orte fehlen in unserer Gesellschaft.“ Ein großes soziales Thema seien die Furcht vor Veränderung und die Einsamkeit der Menschen. Da habe die Kirche ein Angebot für alle, „denn das Evangelium nimmt die Furcht“.

Der amtierende Bischof Michael Bünker – er scheidet Ende August aus dem Amt – sprach von einem „großen Schritt“. Die Zweidrittelmehrheit, mit der Chalupka gewählt wurde, „verbürgt, daß derjenige, der gewählt wird, sagen kann: Die Verantwortlichen in der Kirche stehen hinter mir.“ Die Herausforderungen an die Kirche seien groß, bei Michael Chalupka wisse er sie aber in guten Händen: „Die Kirche wird mit Michael Chalupka einen guten Weg in die Zukunft gehen.“

Auch Synodenpräsident Peter Krömer betonte in dem Gespräch vor Medienvertretern: „Wichtige Wahlen und Entscheidungen müssen mit einer großen Bandbreite gefällt werden.“ Er freue sich schon auf die Zusammenarbeit mit Chalupka. ■

http://www.evang.at

Religion und Kirche

Arbeitsgespräch von Thomas Stelzer und Charlotte Herman

Zu einem Arbeitsgespräch zwischen Landeshauptmann hat Thomas Stelzer Anfang April die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in Linz, Charlotte Herman, im Linzer Landhaus getroffen. Zentrales Thema war der Extremismus in all seinen Formen, der die Sicherheitsbehörden und politischen Verantwortungsträger bekanntlich nicht nur Oberösterreich, sondern in sehr vielen Regionen Europas beschäftigt. Beide kündigten an, jegliche Form von Extremismus bekämpfen zu wollen. Der Landeshauptmann betonte, daß die oberösterreichische Landesregierung beschlossen hatte, jegliche Form von Extremismus abzulehnen und sich entschieden dagegenzustellen. Dazu gehören eine aktive Aufklärungs- und Präventionsarbeit, sowie eine Verweigerung jeglicher Unterstützung von extremistischen Bewegungen. Darunter falle beispielsweise auch die zur Verfügung Stellung von Räumlichkeiten, die sich im Landeseigentum befinden. Grundlage dafür ist eine Einschätzung des Landesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Weiters werde auch das vom Landessicherheitsrat erarbeitete Handlungskonzept gegen Extremismus zurzeit evaluiert und im Anschluß gegebenenfalls aktualisiert.

Foto: Land OÖ / Denise Stinglmayr

Landeshauptmann Thomas Stelzer im Gespräch mit IKG-Präsidentin Charlotte Herman

„Im Kampf gegen Extremismus gibt es nicht die eine richtige Maßnahme. Wir müssen ständig wachsam sein. Daher freue ich mich über den Austausch mit Verantwortungsträgern aus der Israelitischen Kultusgemeinde, denn sie wissen genau, wo die Probleme und Herausforderungen des Alltags liegen. Persönlich und als Landeshauptmann von Oberösterreich tue ich alles Mögliche, um Extremismus zu bekämpfen und unseren jüdischen Freundinnen und Freunden eine sichere und weltoffene Heimat zu bieten“, betonte Stelzer. ■

https://www.ikg-linz.at/

Spannende Funde in den Tiefen des Grazer Doms

Am 23. April – kurz nach Beginn der Innenrenovierungsarbeiten – wurden im bereits geschlossenen Grazer Dom zwei Gruften in Seitenkapellen geöffnet. Ziel war es vor allem auch, den baulichen Zustand der Räume zu begutachten.

Unter Anwesenheit des Dompfarrers Bischofsvikar Heinrich Schnuderl, der Anthropologin Silvia Renhart vom Archäologiemuseum des Joanneums, Christian Brugger vom Bundesdenkmalamt, Bauleiter Peter Grabner von der Diözese Graz-Seckau und dem Pfarrgemeinderatsvorsitzenden Christian Brunnthaler wurden in den beiden Gruften unter der Franz-Xaver-Kapelle und der Rochus-Kapelle rund 20 Gräber aus dem 17. und 18. Jahrhundert entdeckt.

Nachdem es bisher nur vage Aufzeichnungen über die Belegung der Gruften gab, war man äußerst gespannt auf die tatsächlichen Ergebnisse. Und die sind durchaus sehenswert: Gefunden wurden zahlreiche Inschriften, Särge, eine Urne, sterbliche Überreste sowie Teile von Kleidungsstücken. In der jüngeren Gruft unter der Franz-Xaver-Kapelle fanden adelige Altarstifter aus den Häusern Herberstein und Eggenberg und

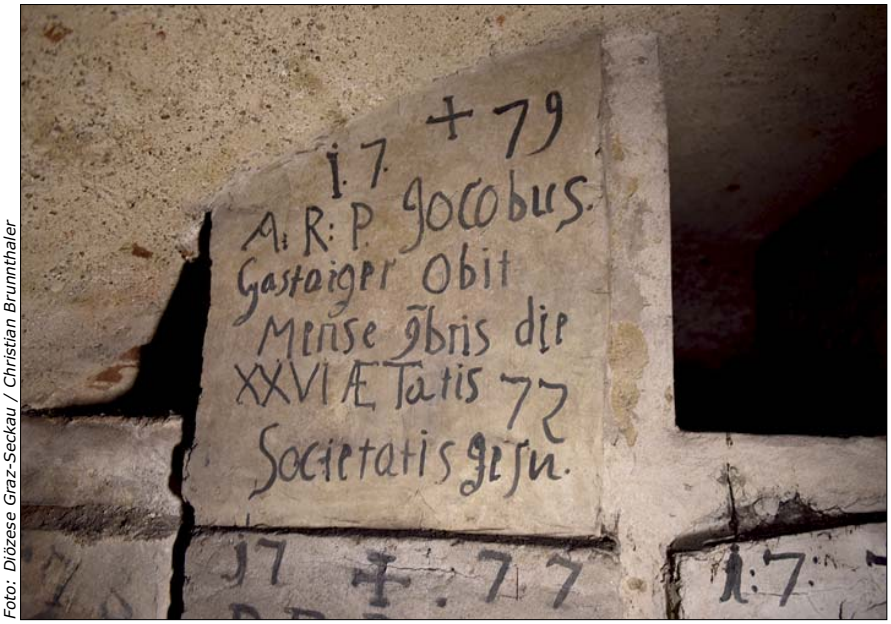


Foto: Diözese Graz-Seckau / Christian Brunnthaler

Inschriften in der Gruft unter der Rochus-Kapelle unter dem Grazer Dom

deren Verwandte ihre letzte Ruhestätte. Die ältere Gruft unter der Rochus-Kapelle wurde primär für verstorbene Mitglieder der Gesellschaft Jesu, die am Grazer Jesuitenkollege und der von den Jesuiten geleiteten Universität tätig waren, verwendet. Anthropologin Renhart konnte feststellen, daß ältere Knochen zugunsten späterer Bestattungen in eine Nische umgelagert wurden. ■

https://www.katholische-kirche-steiermark.at/

Wissenschaft & Technik

Mit Quantenphysik Gletscher datieren

Gletschereis mit Atomfallen datiert – Präzisere Ergebnisse mit weniger Eis

Foto: ÖAW / IGF / Martin Stocker-Waldhuber

Der Schaufelferner im Herbst 2016. Die Eishöhle befindet sich unter der Abdeckung (weisse Fläche) nahe der Seilbahnstation in Bildmitte.

Um Gletschereis aus der Kleinen Eiszeit präzise datieren zu können, entwickelten ForscherInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und der Universität Heidelberg eine neue Meßmethode, die auf quantenphysikalischen Techniken basiert. Nun wurde diese erfolgreich in den Ostalpen getestet. Die Methode soll helfen, regionale Klimaänderungen besser zu verstehen, wie die ForscherInnen in der Fachzeitschrift PNAS schreiben.

Gletschereis ist wie ein riesiges Klimaarchiv. Durch die Bestimmung seiner Beschaffenheit und seines Alters können ForscherInnen mehr über Klimaveränderungen und Umweltbedingungen in vergangenen Jahrhunderten, aber auch über zukünftige Entwicklungen herausfinden.

Die GlaziologInnen Andrea Fischer und Pascal Bohleber vom Institut für interdisziplinäre Gebirgsforschung der ÖAW haben nun in Zusammenarbeit mit den Physikern Markus Oberthaler und Werner Aeschbach von der Universität Heidelberg eine Pilotstudie mit Eis vom Schaufelferner in den Stubaier Alpen durchgeführt, die eine deutlich präzisere Datierung des Gletschereises ermöglicht als bisher. Zudem ist die neue Methode praxistauglicher: Für die Altersbestimmung reichen rund fünf Kilogramm Eis, bis dato waren mehrere Tonnen notwendig.

Foto: ÖAW / IGF / Andrea Fischer

Bild links: Die Eishöhle befindet sich am unteren Rand des Schaufelferners, etwa 20 m von der Oberfläche entfernt. So ist gesichert, daß die beprobten Strukturen bei etwa 0 Grad auch noch Jahre später wieder für neue Untersuchungen besucht werden können.

Gletschereis mit Atomfallen datiert

Die Studie basiert auf der sogenannten Atomfallenmethode zur Messung von Argon-39, die an der Universität Heidelberg

entwickelt worden ist, und nun erstmals auch im Gletschereis eingesetzt wurde. Die Messungen führte Zhongyi Feng, Quantenphysiker und Erstautor der Studie, mit dem Eis aus den Ostalpen in Heidelberg durch. Die Ergebnisse, die einen Durchbruch in der Eisdatierung im Altersbereich der letzten 1.000 Jahre und einen Startschuß für künftige Forschungen darstellen, sind nun im US-Fachjournal PNAS (Proceedings of the National Academy of Sciences) erschienen.

Schon jetzt wird die Methode der Atomfalle zur Datierung von älterem Eis der Antarktis (mittels Krypton-81-Isotopen) und zur Datierung von Grundwasser (mittels Argon-39) eingesetzt. Argon ist ein radioaktives Edelgas und Spurenelement in unserer Umgebungsluft, dessen Isotop Argon-39 mit einer Halbwertszeit von 269 Jahren zerfällt.

Weil Argon allerdings extrem selten vorkommt, sind in einem Kilogramm Eis typischerweise nur einige tausend bis zehntausend Atome Argon-39 enthalten. Für Messungen basierend auf dem radioaktiven Zerfall war daher bisher die Extraktion von Argon aus Tonnen von Eis notwendig – weit jenseits einer realistischen Anwendung auf einem Gebirgsgletscher.

Präzisere Ergebnisse mit weniger Eis

Dank der Unterstützung durch die Quantenphysik konnten die GlaziologInnen dieses Problem nun lösen: Die wenigen im Eis eingeschlossenen Argon-39-Isotope werden mittels der Atomfalle gezählt indem eine resonante Multiphotonenstreuung von Laserlicht verwendet wird, um die gesuchten Isotope zu selektieren. Die quantenphysikalische Methode nutzt aus, daß verschiedene Isotope auf leicht unterschiedliches Laserlicht reagieren. Nur das gesuchte Argon-39 wird vom Licht abgebremst und detektiert, während die restlichen Isotope ungehindert an der Atomfalle vorbeifliegen.

Damit reichen ein paar Kilogramm Eis zur Altersbestimmung aus, gleichzeitig sind die Ergebnisse exakter als früher: Gletschereis, auch wenn es nur in geringen Mengen vorliegt, kann nun auf wenige Jahrzehnte genau datiert werden. Vergleichswerte aus den ersten instrumentellen Klimamessungen sowie zu den historisch dokumentierten turbulenten Witterungsabläufen am Ende der Kleinen Eiszeit (ca. 1250 bis 1850 n. Chr.) bestätigen die mittels Quantenphysik erzielten Ergebnisse.

Aus der Erforschung der Kleinen Eiszeit, die keineswegs gleichmäßig, sondern mit erheblichen klimatologischen Schwankungen verlief, erhoffen sich die WissenschaftlerInnen auch neue Erkenntnisse über das Klimasystem insgesamt: „Ein besseres Verständnis des Zusammenspiels von Klima, Geologie und Ökosystemen kann uns helfen, auch künftige Witterungs- und Klimaschwankungen besser einzuordnen“, sagt ÖAW-Gletscherforscherin Andrea Fischer. ■

https://www.oeaw.ac.at/

Foto: ÖAW / IGF / Andrea Fischer

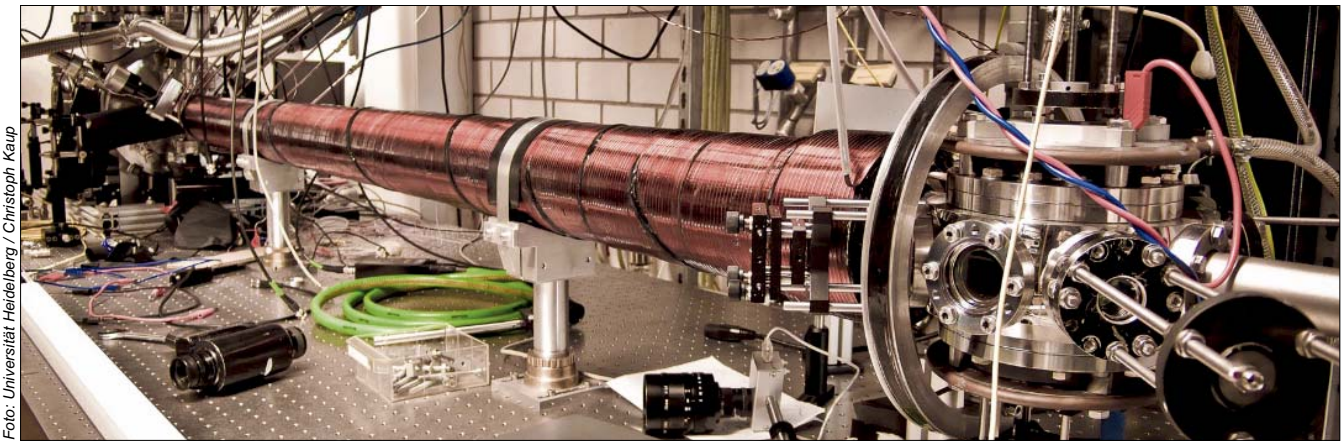


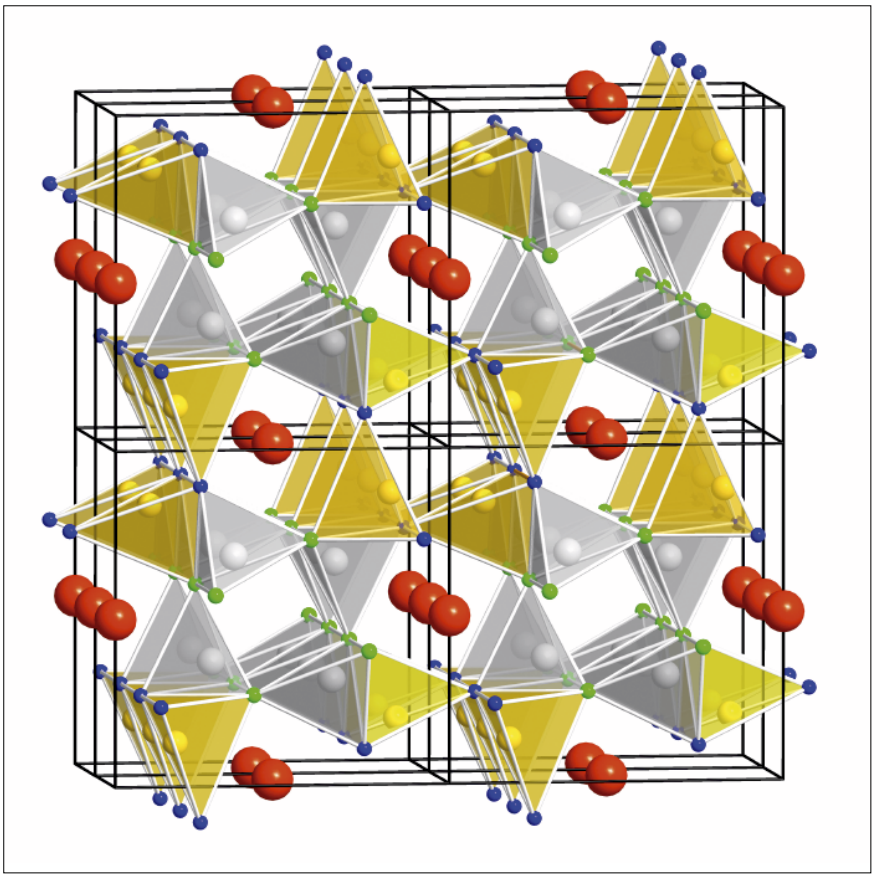
Foto: Universität Heidelberg / Christoph Kaup

oben: Zur Probennahme werden Blöcke blasen- und damit luftreichen Eises mit einer Elektrokettensäge aus dem Eis geschnitten, verpackt und gekühlt ins Labor der Universität Heidelberg geschickt – unten: Die quantenphysikalische Methode basiert auf der selektiven Abbremsung der gesuchten Argon-39 Isotope durch Laserlicht.

Neuer LED-Leuchtstoff spart Energie

Das menschliche Auge ist für Grün besonders empfindlich, für Blau und Rot hingegen weniger. Chemiker um Hubert Huppertz von der Universität Innsbruck haben nun einen neuen roten Leuchtstoff entwickelt, dessen Licht vom Auge gut wahrgenommen wird.

Leuchtdioden oder LEDs können nur Licht einer bestimmten Farbe erzeugen. Mit unterschiedlichen Verfahren zur Farbmischung läßt sich aber auch weißes Licht herstellen. „Bei einer weißen LED werden rote und gelb-grüne Phosphore durch das Licht einer blauen Diode angeregt. Die Partikel emittieren entsprechendes Licht im roten und grünen Bereich, die Kombination mit dem blauen Licht ergibt weißes Licht“, beschreibt Hubert Huppertz vom Institut für Allgemeine, Anorganische und Theoretische Chemie der Universität Innsbruck die Funktionsweise. Mit seinem Team arbeitet er an der Verbesserung der roten und grünen Leuchtstoffe. Nun ist es seinem Team in Zusammenarbeit mit der Firma OSRAM Opto Semiconductors gelungen, einen neuen roten Leuchtstoff zu synthetisieren, der über hervorragende Lumineszenzeigenschaften verfügt und LED-Beleuchtungsmittel deutlich energieeffizienter machen kann.



Grafik: Uni Innsbruck

Die Kristallstruktur des SALON-Leuchtstoffs ist die Ursache für dessen hervorragende Lumineszenzeigenschaften.

Farbverschiebung verbessert Lichtausbeute

Der leistungsstarke rote Phosphor Sr[Li2Al2O2N2]:Eu2+, dem die Forscher den Namen SALON gaben, erfüllt alle Anforderungen an die optischen Eigenschaften eines Leuchtstoffs. Die Entwicklung geht zurück auf Forschungen, die Hubert Huppertz noch an der Universität Bayreuth durchgeführt hat. Im Rahmen seiner Doktorarbeit entwickelte er dort mit Europium dotierte Nitride, die fluoreszieren. Diese wurden von der damaligen Arbeitsgruppe dann fortführend in München weiter optimiert und kommen heute breit zum Einsatz. Diese roten Farbstoffe sind mitverantwortlich, daß LEDs nicht mehr kalt-weiß, sondern auch warm-weiß leuchten. Interessanterweise reagiert das menschliche Auge am sensibelsten auf die Farbe Grün.

Im blauen und roten Bereich ist das Auge weniger empfindsam. Zwar emittieren diese Leuchtstoffe rotes Licht im sichtbaren Bereich, ein Großteil der Energie geht aber in den Infrarotbereich, den das menschliche Auge nicht wahrnimmt. Mit dem nun in Innsbruck entwickelten Leuchtstoff ist es gelungen, die Lichtemission von Rot leicht in Richtung Blau zu verschieben.

„Weil zunächst nur wenige sehr kleine Partikel in einer sehr inhomogenen Probe zur Verfügung standen, war es schwierig die Synthese zu optimieren“, erzählt Doktorand Gregor Hoerder. Der Durchbruch gelang, als die Forscher einen Einkristall aus einem der vielversprechendsten Syntheseprodukte isolieren und damit die Struktur des neuen Materials bestimmen konnten. „Der Stoff ist so synthetisiert, daß er mehr im orangen als im roten Bereich emittiert“, freut sich Hubert Huppertz. „Mit SALON haben wir weniger Energieverlust, es emittiert genau in dem roten Bereich, den wir sehen können.“

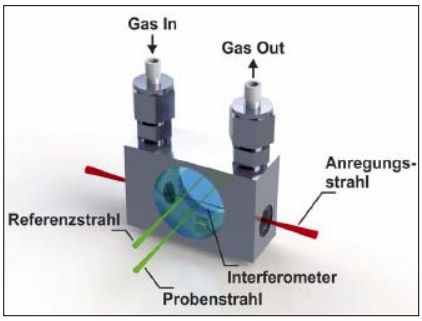
An der weiteren Charakterisierung des neuen Materials waren auch OSRAM Opto Semiconductors als starker Industriepartner, das Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen IMWS in Halle und die Forschungsgruppe um Dirk Johrendt an der Ludwig-Maximilians-Universität München beteiligt. Die Entwicklung wurde bereits zum Patent angemeldet. ■

https://www.uibk.ac.at/aatc/

Schnüffeln mit Licht

Winzige Spuren von Gasen kann man mit einem neuartigen Gerät messen, das an der TU Wien entwickelt wurde. Diese »künstliche Schnüffelnase« beruht auf einer ausgeklügelten Lasertechnik.

Es ist eine recht ungewöhnliche Methode, mit der man an der TU Wien nun geringste Mengen unterschiedlicher Moleküle in der Luft nachweisen kann: Man heizt die gesuchte Substanz punktuell mit einem speziellen Laser auf, dadurch ändert sich der Brechungsindex des Gases, und diesen Effekt wiederum kann man mit einem zweiten Laser nachweisen. Das neue Analysegerät ist nicht nur hochempfindlich, es läßt sich auch extrem kompakt bauen und kommt mit viel kleineren Probemengen aus als andere Geräte.



Grafik: TU Wien

Eine schematische Darstellung der Meßzelle, entwickelt an der TU Wien

Foto: TU Wien

Johannes Paul Waclawek (l.) und Prof. Bernhard Lendl von der TU Wien

Ausgezeichnet

Johannes Paul Waclawek, der im Rahmen seiner Dissertation bei Prof. Bernhard Lendl am Institut für Chemische Technologien und Analytik der TU Wien an der neuen Messtechnik forschte und diese dort nun als Post-Doc weiter verbessert, wurde für die Entwicklung der neuen Methode zunächst mit dem Prozeßanalytik-Award 2017 ausgezeichnet. Dieser Preis wird jährlich vom Arbeitskreis Prozeßanalytik der Fachgruppe Analytische Chemie der Gesellschaft Deutscher Chemiker für die beste Disseration auf dem Gebiet der Prozeßanalytik für das zurückliegende Jahr vergeben. Nun wurden Johannes Paul Waclawek und Bernhard Lendl im Februar 2019 auch mit dem erstmals vergebenen und insgesamt mit 20.000 Euro dotierten Anton Paar Forschungspreis für Instrumentelle Analytik & Charakterisierung ausgezeichnet. Dieser Preis prämiert Forschungsleistungen, welche ein hohes Maß an Innovation, sowie ein großes Potential auf eine erfolgreiche Umsetzung im Markt aufweisen. Die Forscher der TU Wien konnten sich hier gegenüber 69 Einreichungen aus 19 Ländern erfolgreich durchsetzen.

Moleküle, die Laserlicht schlucken

Laser zum Aufspüren bestimmter Moleküle zu verwenden, ist keine neue Idee. Die Methode der Laser-Absorptionsspektroskopie setzt man in der Spurenanalytik schon länger ein. Dabei macht man sich zu Nutze, daß unterschiedliche Moleküle unterschiedliche Lichtfarben absorbieren: Je nach Wellenlänge wird ein bestimmter Laserstrahl von bestimmten Molekülen absorbiert, und von anderen ungehindert durchgelassen. So kann man verschiedene Substanzen mit grosser Präzision nachweisen und voneinander unterscheiden.

Normalerweise mißt man einfach, wie stark ein Laserstrahl von einem Gas abgeschwächt wird. Je weniger Licht des Lasers an einem Lichtdetektor ankommt, umso mehr Moleküle muß der Laserstrahl unterwegs getroffen haben, die einen Teil des Lichts absorbieren konnten. „Wir haben einen ganz anderen Ansatz gewählt“, berichtet Johannes Waclawek. „Wir messen nicht die Abschwächung der Intensität eines Laserstrahls. Stattdessen messen wir mithilfe einer optischen Kavität die Brechungsindexänderung des Gases, welche durch die Absorption der Laserstrahlung von Molekülen hervorgerufen wird.“

Erhitzte Moleküle – veränderte Lichtbrechung

Wenn die gesuchten Moleküle das Laserlicht aufnehmen, heizen sie sich nämlich auf. Dadurch verändert sich auch der optische Brechungsindex des Gases. Das Phänomen kennt man vom Flimmern der heißen Luft über einem brennenden Feuer: Heiße Luft hat eine geringere Dichte und das wirkt sich auf die Brechung des Lichts aus.

Den veränderten Brechungsindex kann man sehr präzise messen: „Wir schicken einen zweiten Laserstrahl durch ein System aus zwei teildurchlässigen Spiegeln, das nur Licht einer ganz bestimmten Wellenlänge optimal durchläßt“, erklärt Bernhard Lendl. „Wenn Spuren des gesuchten Gases vorhanden sind und sich erwärmen, ändert sich der optische Brechungsindex des Gases und somit die Wellenlänge, welche zwischen die beiden Spiegel paßt. Genau darauf reagiert das Messsystem dann extrem empfindlich.“

Bereits mit dem Prototypen, den Johannes Paul Waclawek entwickelte, lassen sich winzige Spuren von Schwefeldioxid in der Luft nachweisen: Konzentrationen im einstelligen Milliardstelbereich können gemessen werden, weitere Verbesserungen sollen die erreichbaren Nachweisgrenzen noch deutlich nach unten drücken.

Ein wesentlicher Vorteil der neuen Meßtechnik ist ihre Miniaturisierbarkeit: Bei der klassischen Absorptionsspektroskopie muß man den Laserstrahl möglichst lange durch das zu untersuchende Gas lenken – oft über dutzende Meter, bis der Absorptionsprozeß stark genug ist um den Laserstrahl ausreichend abzuschwächen. Mißt man allerdings statt der Lichtabschwächung die Änderung des optischen Brechungsindex, ist eine Messung auf extrem kleinem Raum möglich, und selbst kleine Mengen an Gas können zuverlässig analysiert werden. Im Prinzip könnte man die Meßtechnik auf einem Chip integrieren, und kleine tragbare Messgeräte bauen, die eine Vielzahl unterschiedlicher Substanzen „erschnüffeln“ können.

Einsatzmöglichkeiten für die neue Messtechnik gibt es viele – in der Umweltanalytik, wenn es darum geht, gefährliche Abgase nachzuweisen, in der Medizin, beispielsweise zur Analyse der Atemluft, oder auch in der Industrie, in der Qualitätssicherung beim Überwachen von Produktionsprozessen. Mit Unterstützung des Forschungs- und Transfersupports der TU Wien wurde die neue Meßtechnik bereits zum Patent angemeldet. ■

https://www.tuwien.at/

Wissenschaft & Technik

Digitales Partituren-Lesegerät

Wiener Urtext Edition und GVIDO MUSIC: Österreich-Launch des weltweit ersten zweiseitigen digitalen Partituren-Lesegeräts

Foto: GVIDO MUSIC Co.,Ltd

Erika Spring spielte Wolfgang Amadeus Mozarts Sonate für Klavier A-Dur KV 331 – am Pult die Noten auf dem GVISO

GVIDO ist das weltweit erste, zweiseitige, digitale Partituren-Lesegerät. Es wurde nach Guido d'Arezzo benannt, der Anfang des 11. Jahrhunderts die Grundlagen der Musiknoten entwickelte. GVIDO ermöglicht das Lesen und Editieren digitalisierter Musiknoten und Notizen mittels zwei flexibler E-Paper Displayanzeigen (1600 x 1200 Pixel) und einem Berührungsstift. Das Gerät ist sehr benutzerfreundlich und wiegt nur 660 Gramm mit einer Stärke von 6 mm. Die Akkulaufzeit beträgt drei Stunden. Notizen zu Ihrer Musikpartitur können mit dem mitgelieferten Stift leicht hinzugefügt oder gelöscht werden. Der umfangreiche interne Speicher kann bis zu 4.000 Partituren (16.000 Seiten) speichern. Da es sich um eine glasfreie Bildschirmoberfläche und nicht um einen blauen LCD-Bildschirm also Flüssigkristallbildschirm handelt, schont es die Augen und sieht fast genauso aus wie ein Blatt Papier.

Man kann digitale Partituren über den Online-Score-Store von GVIDO erwerben und auf das Gerät hochladen. Es ist auch möglich, Papiernoten zu digitalisieren und im PDF-Format auf das Gerät zu übertragen.

In einer Musikpartitur kann man an beliebiger Stelle Kommentare mit dem Stift einfügen, Setlisten erstellen, die Reihenfolge der Partitur neu anordnen oder Notizen über den GVIDO-Cloud-Service mit anderen Musikern teilen. Der Cloud-Dienst ermöglicht es Orchesterbibliothekaren, bestimmte Noten an verschiedene Bereiche des Orchesters oder an einzelne Musiker zu senden.

Das Gerät verfügt über drei anpaßbare Infrarotsensoren, die das einfache Umblättern von Seiten ermöglichen. Alternativ kann ein Musiker einen GVIDO-Bluetooth-Fußschalter verwenden, um Seiten zu blättern und das Gerät gleichermaßen lautlos zu steuern.

Ein Gerät, um die Musikpartitur weiterzuentwickeln – für alle, die Musik lieben. IngenieurInnen, MusikerInnen und DesignerIn-

Foto: GVIDO MUSIC Co.,Ltd

v.l.: Hiroyuki Ohashi, Ryoichi Sirayanagi, Kiyoshi Koinuma, Stefan Ragg und Jochen Reutter

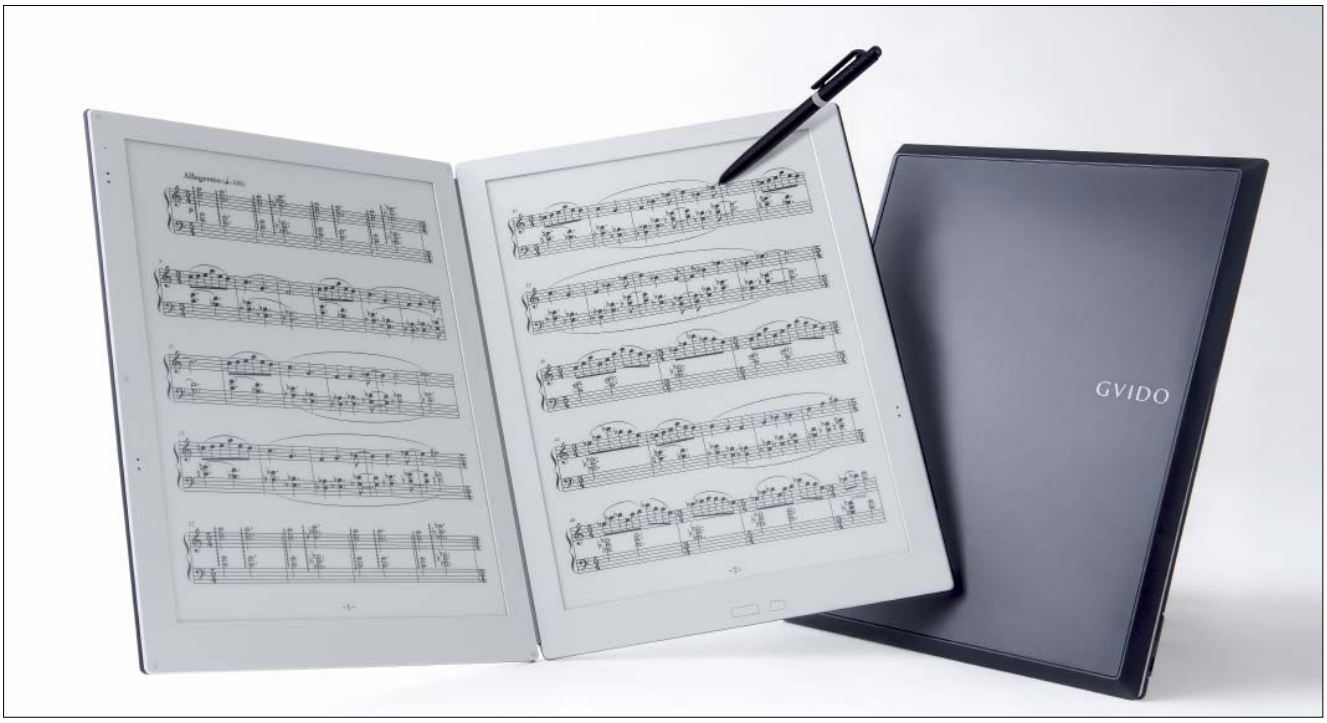


Foto: GVIDO MUSIC Co.,Ltd

In einer Musikpartitur kann man an beliebiger Stelle Kommentare mit dem Stift einfügen, Setlisten erstellen, die Reihenfolge der Partitur neu anordnen oder Notizen über den GVIDO-Cloud-Service mit anderen Musikern teilen.

nen, die denselben Traum teilten, begannen mit Papier als Ausgangspunkt und entwickelten es zu einem digitalen Bildschirmgerät, das ausschließlich Musiknoten gewidmet ist. GVIDO verbindet das Erbe von 1000 Jahren Papier mit dem digitalen Zeitalter.

Am 27. März stellte die Wiener Urtext Edition ihre Kooperation mit der japanischen Firma GVIDO MUSIC vor und präsentierte das weltweit erste zweiseitige digitale Partituren-Lesegerät in Wien. Die praktische Nutzung des Geräts wurde mit Werken aus dem Repertoire der Wiener Urtext Edition live im Bösendorfer-Saal des Mozarthaus Vienna von folgenden Künstlerinnen und Künstlern demonstriert:

- Erika Spring (Klavier) – W.A. Mozart Sonate für Klavier A-Dur KV 331,
- Arabella Steinbacher (Violine) und
- Robert Kulek (Klavier) – W.A. Mozart Sonate für Klavier und Violine G-Dur KV 301

Kiyoshi Koinuma, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter von Japan in Österreich, wies im Rahmen der Pressekonferenz auch auf das 150jährige Jubiläum der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Japan hin.

Des weiteren berichtete Jochen Reutter, Chefredakteur der Wiener Urtext Edition, wie sich der traditionsreiche Verlag seit seiner Gründung im Jahre 1972 als zukunftsweisend für wissenschaftlich fundierte und praxisgerechte Urtextausgaben etabliert hat.

Foto: GVIDO MUSIC Co.,Ltd

Die Pianistin Erika Spring, die Violinistin Arabella Steinbacher und Ryoichi Sirayanagi, COO von GVIDO MUSIC für Europa und die USA, nach der Präsentation in Wien

Im Anschluß erklärte Ryoichi Sirayanagi, COO von GVIDO MUSIC für Europa und die USA von die Spezifikationen von GVIDO und beantwortete danach Fragen aus dem interessierten Publikum. Durch den Abend führte Wolfgang Schaufler (Universal Edition).

Der 1901 in Wien gegründete Musikverlag Universal Edition entwickelte sich innerhalb weniger Jahre vom Musikverlag für klassische Unterrichtsliteratur zum zukunftsorientierten Haus für schöpferische Begabungen des zeitgenössischen Musikschaffens. Der Katalog der Universal Edition umfaßt mehr als 30.000 Nummern und ist untrennbar mit den großen Musikströmungen und Komponisten des 20. und 21. Jahrhunderts verbunden. ■

http://www.universaledition.com/
https://www.gvidomusic.com/

Kultur

Oskar Kokoschka

Expressionist, Migrant, Europäer – von 6. April bis 8. Juli 2019 im Leopold Musuem Wien

Das Leopold Museum zeigt mit der Ausstellung „Oskar Kokoschka. Expressionist, Migrant, Europäer“ die erste umfassende Kokoschka-Retrospektive in Wien seit rund 30 Jahren. Die Schau zählt darüber hinaus zu den umfangreichsten je gezeigten posthumen Kokoschka-Präsentationen und vereint rund 270 Objekte, darunter 79 Gemälde und 81 Arbeiten auf Papier sowie zahlreiche Fotografien, Autografen, Publikationen und Dokumente.

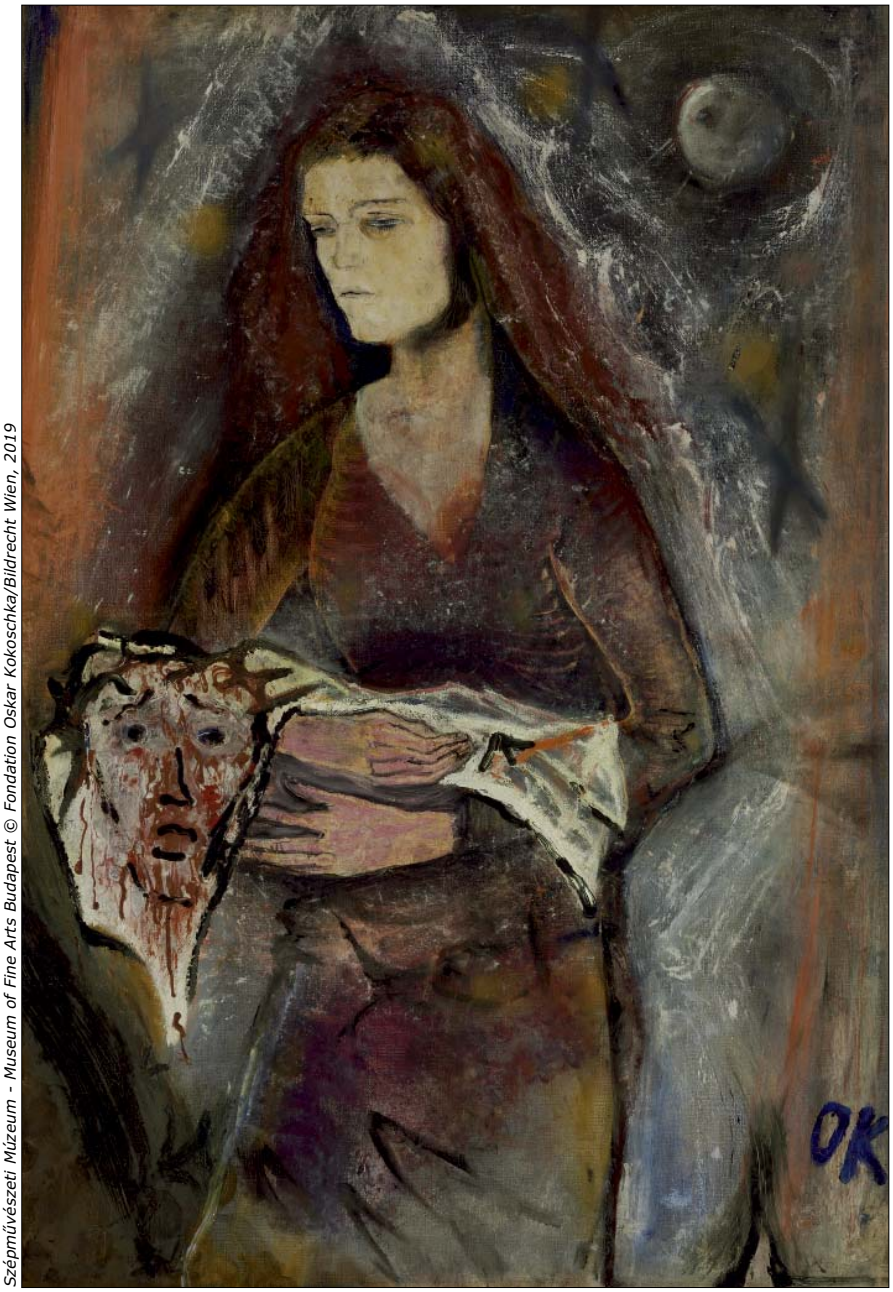
Insgesamt 64 LeihgeberInnen aus einem Dutzend Ländern ermöglichen es, anhand der bedeutendsten Werke Kokoschkas ein facettenreiches Bild vom Schaffen des Ausnahmekünstlers in einer bemerkenswerten Dichte zu zeigen.

Oskar Kokoschka (1886–1980) zählt zu den wichtigsten Künstlern des 20. Jahrhunderts. Als zentraler Mitbegründer des Österreichischen Expressionismus, der – zugunsten einer subjektiven Ausdruckskunst – den um 1900 in Wien dominierenden Jugendstil überwand, ist er mit dem Pionier des Expressionismus Richard Gerstl (1883—1908) sowie mit Egon Schiele (1890—1918) Hauptvertreter dieser Kunstrichtung.

„Das Leopold Museum besitzt dank der breit angelegten Sammlungstätigkeit des Stiftungsgründers und Sammlers Rudolf Leopold einen wertvollen Bestand an Gemälden und Arbeiten auf Papier von Oskar Kokoschka. So ist es nun möglich der kunstinteressierten Öffentlichkeit nach der Zürcher Ausstellungsstation eine adaptierte, auf Wien ausgerichtete Retrospektive mit rund 270 Exponaten – Gemälde, Zeichnungen, Aquarelle, Lithografien und Archivalien – zu zeigen. Die Ausstellung kann durch das Entgegenkommen zahlreicher internationaler Leihgeber, Museen wie Privatsammlungen, einen eindrücklichen Überblick über Kokoschkas Schaffen bieten“, so Hans-Peter Wipplinger, Direktor des Leopold Museum.

Die vom Direktor des Kunsthaus Zürich, Christoph Becker gemeinsam mit Direktor Hans-Peter Wipplinger vom Leopold Museum initiierte Kooperation vereint rund 100 Werke, die in beiden Ausstellungen gezeigt werden. Darüber hinaus hat die Kuratorin für die Wiener Ausstellung, Heike Eipeldauer, rund 160 Werke ausgewählt, die ausschließlich im Leopold Museum mit Fokus auf Wien präsentiert werden.

„Besonders wichtig ist es mir, die spezifisch Wienerische Perspektive zu verdeutlichen – zu zeigen, wie stark Oskar Kokoschka in die in Wien um 1900 herrschenden Diskurse verstrickt war, wie sehr er diese mitgeformt hat – sei es, wenn er auf das sich zunehmend wandelnde Verhältnis der Geschlechter und die Frauenemanzipation reagierte oder die misogynen Thesen Otto Weiningers verarbeitete und zugleich mit Ideen zum Matriarchat von Johann Jakob Bachofen vermengte wie in seinem Geschlechterkampf-Drama Mörder, Hoffnung der Frauen. In seinen Kinderporträts manifestiert sich das



Szépművészeti Múzeum - Museum of Fine Arts Budapest © Fondation Oskar Kokoschka/Bildrecht Wien, 2019

Oskar Kokoschka, Veronika mit dem Schweißtuch, 1909, Öl auf Leinwand, 120,6 × 80,7 cm
Szépművészeti Múzeum – Museum of Fine Arts Budapest

Bewußtsein für die Sexualität von Kindern, die zu dieser Zeit u.a. mit Freuds Abhandlungen zur Sexualtheorie heftig diskutiert wurde. In seinen durch- dringenden frühen Porträts wiederum verarbeitet Kokoschka aktuelle naturwissenschaftliche Diskurse zu dem kurz vor 1900 entwickelten Röntgenverfahren“, erläutert Heike Eipeldauer, Kuratorin der Ausstellung.

Die Kokoschka-Retrospektive im Leopold Museum ist weitgehend chronologisch angelegt und führt durch die wichtigsten Themen im Œuvre des Künstlers. Im Zentrum stehen dabei die Orte von Kokoschkas Schaffen: Wien, Berlin, Dresden, die zahlreichen Stationen seiner Reisejahre, Prag und die Exilstadt London und schließlich der Schweizer Ort Villeneuve am Genfersee, wo der Künstler ab 1953 die letzten drei Jahrzehnte seines Lebens verbrachte.

„Kokoschkas Biografie liest sich wie ein Parallellauf durch die Geschichte des 20. Jahrhunderts: von seiner Sozialisierung in der k.u.k. Monarchie über die beiden Weltkriege bis hin zum Wirtschaftswunder und der sich schrittweise formierenden Europäischen Gemeinschaft. Die Ausstellung macht nachvollziehbar, wie Kokoschka als wacher Zeitgenosse, dessen unstetes Leben ihn an die verschiedensten europäischen Orte führte, Anteil nahm an den politischen Geschehnissen des 20. Jahrhunderts und zu einem Vorkämpfer für ein friedvolles, antinationalistisches Europa wurde. Kokoschkas humanistische Haltung, die er in einer unverwechselbaren, an der Figuration festhaltenden Sprache zum Ausdruck brachte, begründet seine ungebrochene Relevanz“, so Heike Eipeldauer.

Oskar Kokoschka erhält mit dieser Ausstellung des Leopold Museum, als einer der wichtigsten österreichischen Vertreter der Moderne, die längst überfällige Würdigung jenseits aller Jubiläen und Gedenkanlässe. Als radikaler Neuerer und unbeugsamer Humanist ist Kokoschka zweifellos eine künstlerische Schlüsselfigur, auf die sich nachfolgende Generationen an KünstlerInnen bis heute beziehen. Im Kontext „Wien um 1900“ steht der „Schwierige“ bisweilen zu Unrecht im Schatten von Klimt und Schiele, obwohl gerade Oskar Kokoschka die Wiener Kunstszene und das Bürgertum aufrüttelte und das Feld für Österreichs endgültigen Sprung in die Moderne ebnete. Kokoschka ist mit Sicherheit der Vielseitigste im Dreigestirn der Österreichischen Moderne: Klimt–Schiele–Kokoschka, dem man als Vierten im Bunde wohl auch Richard Gerstl hinzufügen muß. Während Gerstl 1908 mit nur 25 Jahren in den Freitod ging und Egon Schiele zehn Jahre später, 1918, im Alter von 28 Jahren verstarb, lebte Kokoschka bis 1980. Seine Lebens- und Schaffensphase umspannt daher einen großen Teil des 20. Jahrhunderts.

Foto: National Galleries of Scotland / © Fondation Oskar Kokoschka/ Bildrecht Wien, 2019

Oskar Kokoschka, Selbstbildnis eines „entarteten Künstlers“, 1937; National Galleries of Scotland. On loan from a private collection

Aufgrund der intensiven Sammlungstätigkeit des Museumsgründers Rudolf Leopold (1925–2010), der die Bedeutung Schieles und Kokoschkas als Pioniere der Moderne früh erkannte, verfügt das Leopold Museum über zentrale Bestände insbesondere seiner frühen expressionistischen Phase, so vier Gemälde Kokoschkas, u.a. die Dolomitenlandschaft Tre Croci (1913) und das Selbstbildnis, eine Hand ans Gesicht gelegt (1918/19). Das Museum ist weiters in der glücklichen Lage, auf die Bestände der Privatsammlung Leopold zurückgreifen zu dürfen, unter diesen Gemälde wie Fortuna (1915), Selbstbildnis an der Staffelei (1922) oder die Stadtlandschaft Amsterdam (1925). Darüber hinaus ist es Direktor Hans-Peter Wipplinger gelungen, weitere Kokoschka-Dauerleihgaben für das Leopold Museum zu gewinnen, darunter die Porträts Natalie Baczewski (1907) und Hermann Schwarzwald II (1916), sowie die Gemälde Zwei Mädchen

(1934) und die mitten im zweiten Weltkrieg im Londoner Exil entstandene politische Allegorie Anschluss – Alice im Wunderland (1942).

Die Ausstellung im Überblick

Die Ausstellung setzt mit den frühen Erfolgen Kokoschkas im Rahmen der Kunstschau 1908 ein und spannt einen weiten Bogen von den ungeschönten Figurenstudien des jungen Künstlers bis zu seinem letzten Selbstbildnis, Time, Gentlemen Please (1971/72). Früh wurde Kokoschkas Talent gefördert durch weitblickende Persönlichkeiten wie seinen Kunstgewerbeschule-Professor Franz Cižek (1865–1946), den Secessionsgründer Gustav Klimt oder den bahnbrechenden Architekten Adolf Loos. Es folgt ein Einblick in jene Werke Kokoschkas, die veritable Skandale auslösten und seinen Ruf als „Oberwildling“ begründeten. Mit über zwei Dutzend hochkarätigen frühen expressionistischen Bildnissen, die hinter die dekorative Fassade der bürgerlichen Weltordnung blicken, wird sein beispielloses Wirken als

Foto: bpk/Nationalgalerie, SMB/Roman März; © Fondation Oskar Kokoschka/Bildrecht Wien, 2019

Bild oben: Oskar Kokoschka, Adolf Loos, 1909, Öl auf Leinwand, 74 × 91 cm, Staatliche Museen zu Berlin, Nationalgalerie; Bild unten: Oskar Kokoschka, Berlin, 13. August 1966, Öl auf Leinwand, 105 × 140 cm, Axel Springer SE, Berlin

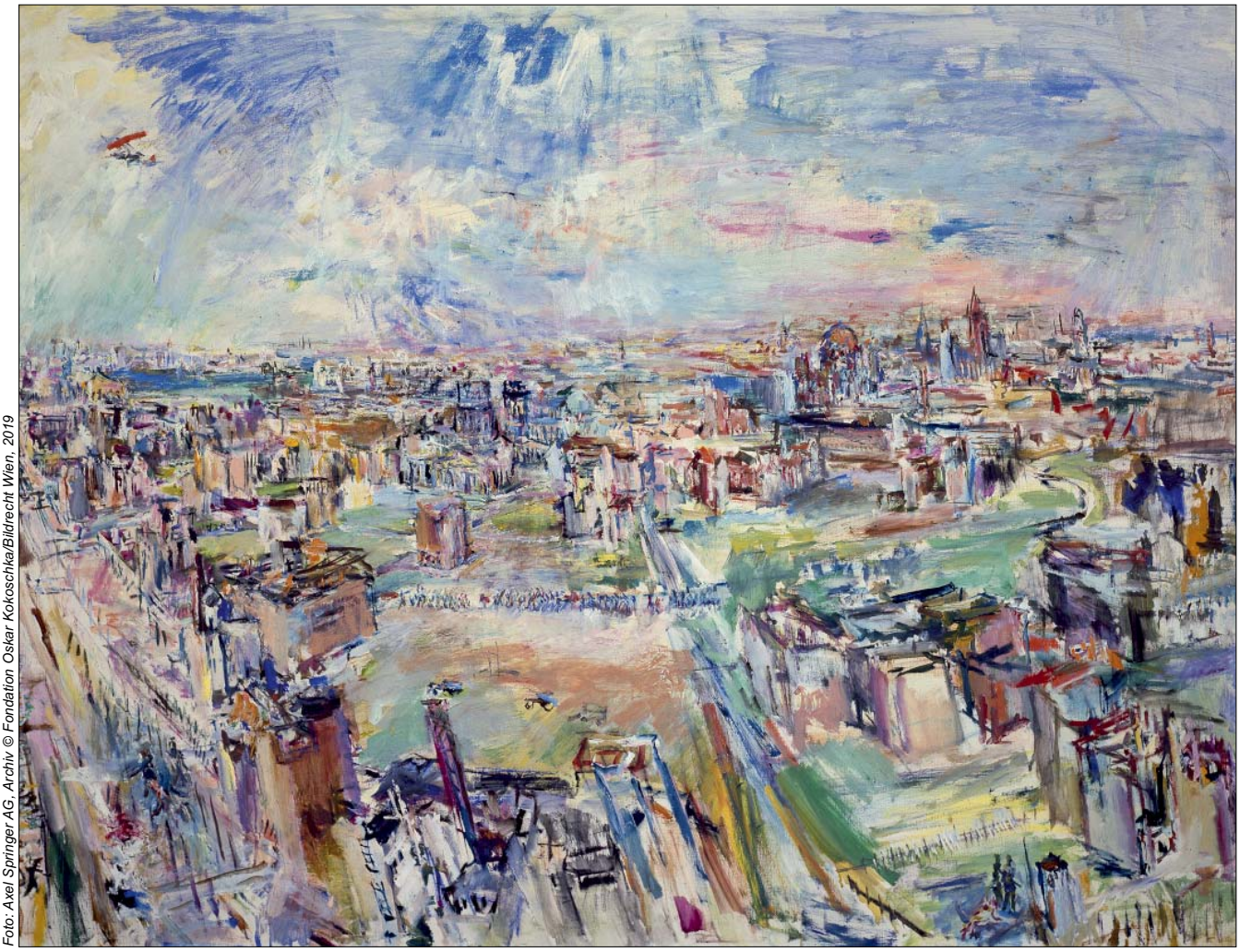


Foto: Axel Springer AG, Archiv © Fondation Oskar Kokoschka/Bildrecht Wien, 2019

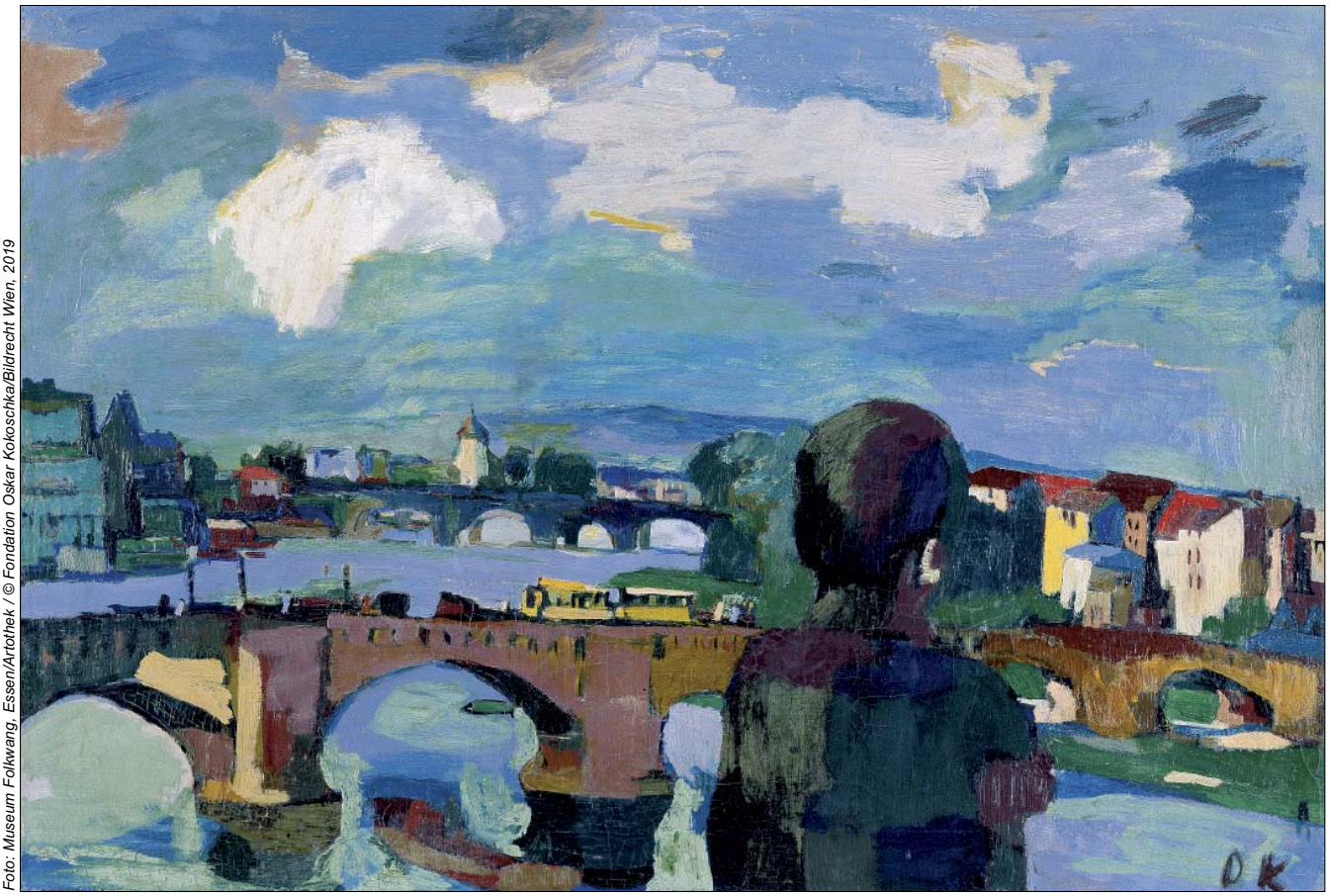


Foto: Museum Folkwang, Essen/Artothek / © Fondation Oskar Kokoschka/Bildrecht Wien, 2019

Oskar Kokoschka, Dresden, Augustusbrücke mit Rückenfigur, 1923, Öl auf Leinwand, 65,5 × 95,7 cm, Museum Folkwang, Essen

schonungsloser Porträtist der Kunst- und Geisteswelt seiner Zeit beleuchtet. Neuankäufe des Leopold Museums ermöglichen, Kokoschkas Beiträge für die Berliner Kunstzeitschrift „Der Sturm" nachzuvollziehen. Auch dem umfangreichen Werkkomplex, der aus seiner leidenschaftlichen Beziehung zur Komponistin Alma Mahler (1879–1964) resultierte, ist ein eigener Raum gewidmet. Mit dem Eintreten Alma Mahlers in das Leben Kokoschkas wurde aus dem anonymen Geschlechterkampf im Frühwerk die Verarbeitung einer persönlichen Liebesbeziehung. Die Ausstellung macht den Wandel von Kokoschkas Frauenbild nachvollziehbar, das in den 1930er-Jahren schließlich in der Beschwörung der Mutter als Friedenstifterin im Kampf gegen Nationalsozialismus und Antisemitismus mündete.

Nach seinen künstlerischen Anfängen in Wien und längeren Aufenthalten in Berlin ab 1910, machten die politischen Wirren des letzten Jahrhunderts aus Kokoschka einen Migranten mit Stationen in Dresden (1916–23), Paris und anderen Reisedestinationen (1923–33), Prag (1934–38), London (1939–53) und schließlich Villeneuve (1953–80). Angesichts der sich verschärfenden weltpolitischen Situation in den 1930er-Jahren wurde Kunst für Kokoschka, der sich als Seismograf gesellschaftlicher Veränderungen verstand und für Frieden, Freiheit und Menschenrechte kämpfte, zum politischen Botschaftsträger. „Er war immer bereit, sich stören zu lassen", charakterisierte ihn seine Frau Olda Kokoschka (1915–2004). Im Zweiten Weltkrieg als „entarteter Künstler" diffamiert, davor und danach als Referenzfigur für die österreichische Identitätskonstruktion vereinnahmt, blieb Kokoschkas Verhältnis zu seiner einstigen Heimat ambivalent. Die Ausstellung legt einen Schwerpunkt auf das zeitpolitisch motivierte Schaffen des Antifaschistischen und Pazifisten Kokoschka und analysiert den Künstler anhand zahlreicher Dokumente als durchaus ambivalenten „Homo politicus".

© Fondation Oskar Kokoschka/Bildrecht Wien, 2019

Wenzel Weis, Oskar Kokoschka mit kahlrasiertem Kopf, Wien 1909, Silbergelatine (späterer Abzug), 23,7 × 18 cm; Foto: Universität für angewandte Kunst Wien, Kunstsammlung und Archiv, Oskar Kokoschka Zentrum

Im letzten Teil der Schau steht die Nachkriegszeit im Mittelpunkt, die Annäherung an Österreich, die schließlich zur Wiederverleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft im Jahr 1974 auf Initiative von Bundeskanzler Bruno Kreisky führte. Auch später, im von zwei Weltkriegen erschütterten Europa, wo gegenständliche Kunst in Verruf geraten war, setzte sich der dreifache documenta-Teilnehmer unerschrocken für die Anerkennung der figurativen Malerei ein – die für ihn untrennbar mit einem humanistisch-antiken Menschenbild verbunden

Foto: The Samuel Courtauld Trust, The Courtauld / Gallery, London, © Fondation Oskar Kokoschka/Bildrecht Wien, 2019

Oskar Kokoschka, Prometheus Triptychon (Hades und Persephone, Apokalypse, Prometheus), 1950, Öl und Mischtechnik auf Leinwand, 239 × 817 cm, The Courtauld Gallery, London

war – und wurde so zum Vorbild für nachfolgende Künstlergenerationen. Die Beschäftigung mit Theater, Oper, Antike und Mythologie, sein durch Humanismus und dem Bekenntnis zu Europa durchdrungenes Wirken bestimmten die Jahre in der Schweiz, wo Kokoschka seit 1953 lebte – dem Jahr der Gründung von Kokoschkas Sommerakademie in Salzburg – und im Jahr 1980, im Alter von 93 Jahren die Weltbühne verließ. All diesen Aspekten trägt die große Retrospektive des Leopold Museum Rechnung.

Eine Ausstellung in Kooperation mit dem Kunsthaus Zürich

Ergänzend zu sehen ist der Animationsfilm „I'm OK" der kanadischen Filmemacherin Elizabeth Hobbs. In dem 2018 entstandenen Animationsfilm navigiert Elizabeth Hobbs mit sequentiell aneinandergereihten Zeichnungen durch bestimmte Episoden und Motive aus Kokoschkas Leben. Im Zentrum der Handlung steht die rauschhafte Liebe zu Alma Mahler, die der mittlerweile in den Krieg gezogene Künstler in halluzinatorischen Rückblenden durchlebt. Diese Erinnerungen vermitteln sich in Gestalt etlicher Werke, in denen Kokoschka diese Beziehung reflektierte. Der Film entstand in Zusammenarbeit mit Animate Projects und dem National Film Board of Canada.

Zur Ausstellung ist ein umfassender Katalog erschienen – Herausgeber: Zürcher Kunstgesellschaft/Kunsthaus Zürich und Leopold Museum-Privatstiftung, erhältlich im 34,90 € im Leopold Museum Shop. ■

https://www.leopoldmuseum.org/

Foto: Leopold Museum, Wien / FLisa Rast

Kultur

Der Meister von Heiligenkreuz

Ausstellung im Kunsthistorischen Museum bis 23. Juni 2019

Im Jahr 1926 erwarb das Kunsthistorische Museum aus dem im Wienerwald gelegenen Zisterzienserkloster Stift Heiligenkreuz ein Gemäldediptychon, das zu den außergewöhnlichsten und schönsten Tafelbildern der Kunst um 1400, der Zeit der „Internationalen Gotik“, gezählt werden kann. Bemerkenswert ist besonders der fast exzentrisch zu nennende Stil der Figuren: Mit ihren sich vorwölbenden Stirnen, den spinnenbeinartig langen Fingern und den extrem schlanken Gliedmaßen führen sie europaweit verbreitete Schönheitsideale der Zeit gleichsam übersteigert vor. Die einzigartige Formensprache dieses anonymen Künstlers, der seinen Notnamen nach dem Herkunftsort des Wiener Diptychons erhalten hat, findet sich mehr oder minder stark ausgeprägt auch in einigen weiteren religiösen Tafelbildern wieder. Sie sind heute auf Sammlungen in Europa und den USA verteilt und werden in dieser Ausstellung, ergänzt um einzelne Goldschmiedearbeiten und Zeichnungen, erstmals überhaupt zusammen gezeigt.

Die Werke des Meisters von Heiligenkreuz weisen zahlreiche motivische und stilistische Bezüge zur französischen Buch- und Tafelmalerei um 1400 auf, weshalb er in dieser Zeit in Frankreich und hier wohl in Paris tätig gewesen sein muß. Gerade sein namengebendes Werk verrät dabei, daß er bereits Bildfindungen des Boucicaut-Meisters und der ebenfalls als Buchmaler tätigen Brüder Limburg kannte, die aus der Zeit um 1410 datieren. Wenig später dürfte er dann in den Osten des deutschen Sprachraumes gelangt sein. Dafür sprechen nicht allein die ältesten nachgewiesenen Herkunftsorte der Tafelbilder, die nahezu alle in Österreich oder in angrenzenden Gebieten liegen, sondern auch die für sie verwendeten, für diese Regionen typischen Holzarten. Selbst das Wiener Diptychon als das mutmaßlich älteste Werk unseres Malers, das lange Zeit zumeist als ein noch in Frankreich gemaltes und dann nach Österreich gelangtes Importstück galt, muß hier gemalt worden sein. Obgleich das Eichenholz der Bilder eher charakteristisch für die französische Tafelmalerei der Zeit ist, weisen Messungen der Jahresringdichten der Bretter darauf hin, daß der für sie verarbeitete Baum aus dem süddeutschen bzw. österreichischen Raum stammt.

Die ursprünglichen Bestimmungsorte der Tafelbilder dagegen sind allesamt unbekannt. Die Bildthemen des zweiteiligen Altarwerkes, das heute auf die Museen in Cleveland und Washington verteilt ist, weisen immerhin konkret auf seine Herkunft aus einem Klarissenkloster hin. Das Diptychon aus Stift Heiligenkreuz dagegen dürfte über-

© KHM-Museumsverband

Mystische Vermählung der hl. Katharina, um 1415/20, Malerei und Polimentvergoldung auf Eichenholz, 71,8 × 43,8 cm; Kunsthistorisches Museum Wien, Provenienz: Stift Heiligenkreuz, Niederösterreich, 1926 von dort erworben

Bild links: Verkündigung an Maria, Malerei und Polimentvergoldung auf Eichenholz, 71,8 × 43,8 cm, Meister von Heiligenkreuz Wien, Kunsthistorisches Museum

Bild oben: Detail aus der Verkündigung an Maria, Meister von Heiligenkreuz, Provenienz: Stift Heiligenkreuz, Niederösterreich, 1926 von dort erworben

haupt erst nach 1683 dorthin gelangt sein, denn in diesem Jahr waren Kloster und Kirche in Folge eines Überfalls der Osmanen vollständig niedergebrannt. Wegen der besonderen Betonung der hll. Dorothea und Katharina könnte das Werk für die Wiener Kapelle St. Dorothea und Katharina geschaffen worden sein, an der 1414 unter Herzog Albrecht V. ein Augustinerchorherrenstift gegründet wurde. Der höfisch-preziöse Stil des Malers lässt annehmen, daß dieser nur für höchste Auftraggeber gearbeitet habe, was erklären würde, daß er so gut wie keinen Nachhall in der österreichischen Kunst seiner Zeit gefunden hat. Auf eine Tätigkeit für den Wiener Hof deutet auch das heute verlorene Bildnis der Beatrix von Zollern hin, der Gemahlin Herzog Albrechts III., die 1414 verstorben war. Eine hier ausgestellte Kopie des 16. Jahrhunderts scheint das Original, das zu den frühesten österreichischen Bildnissen überhaupt zählte, so getreu zu überliefern, daß sich dessen Zuschreibung an den Meister von Heiligenkreuz rechtfertigen läßt.

© Basel, Kunstmuseum

Christus als Schmerzensmann und Maria mit dem Kind, Meister von Heiligenkreuz oder Werkstatt, Diptychon im originalen Rahmen mit Reliquienfächern, um 1415/20, Malerei und Polimentvergoldung auf Holz, je 30,2 × 19,2 cm, mit Rahmen 40,7 × 29,6 cm Basel, Kunstmuseum

Die Leihgaben in der Ausstellung kommen u. a. aus dem Cleveland Museum of Art, der National Gallery of Art in Washington, dem Kunstmuseum Basel und der Österreichischen Galerie Belvedere. Die beiden aus den USA stammenden Tafeln, welche ursprünglich Teil ein und desselben Altarwerks waren, sind erstmals seit vielen Jahrzehnten wieder zusammen zu sehen.

Die Ausstellung wurde von Guido Messling, Kurator für Deutsche Malerei an der Gemäldegalerie des Kunsthistorischen Museums, kuratiert.

Wiens erste Moderne

In Kooperation mit dem Belvedere und dem Kunsthistorischen Museum veranstaltete das Institut für Kunstgeschichte der Universität Wien eine internationale Tagung zum Wiener Bild des 15. Jahrhunderts. Die Tagung „Wiens erste Moderne “ fand vom 11. bis 14. April 2019 parallel zur Ausstellung des KHM zum „Meister von Heiligenkreuz“ statt. Begleitend zu den Referaten am Institut für Kunstgeschichte standen neben einem Festvortrag im KHM Diskussionen vor Originalen im KHM, Belvedere, Schottenstift und Dominikanerkonvent auf dem Programm.

Der Fokus richtete sich konkret auf die Stadt Wien im 15. Jahrhundert und auf die Medien ihrer Bildproduktion: im öffentlichen, privaten und sakralen Raum, auf der Wand, Tafel oder in Glas, Büchern, Zeichnungen, Drucken oder Skulpturen. Keywords: Migration von Künstlern und Auftraggebern, Import/Export, Ideentransfer, Medialität, Funktion, soziale Aspekte, Wien als Drehscheibe in der Mitte Europas: zwischen Italien, Frankreich, Niederlande, Oberrhein, Böhmen, Süddeutschland, Ungarn, Siebenbürgen etc.

Trotz wechselnder Machtverhältnisse baute Wien im 15. Jahrhundert seine Position als geistiges, kulturelles und wirtschaftliches Zentrum des Habsburgerreiches aus. Als Kultur- und Innovationsträger wirkten dabei vielfach weniger die Landesherren als vielmehr wohlhabende Wiener Bürger und Gelehrte, die sich beispielsweise über kostbar ausgemalte Buchgeschenke dem Langzeitkaiser Friedrich III., seiner Gemahlin Eleonore von Portugal und dem Thronfolger Maximilian empfahlen (Stephan Heuner, Johannes Hinderbach). Zugleich entwickelte sich Wien zum Anziehungspunkt für Diplomaten, Intellektuelle, Künstler und Handwerker aus unterschiedlichen Regionen Europas.

© Washington, National Gallery of Art, Samuel H. Kress Collection

Tod der Maria, Meister von Heiligenkreuz, um 1420/30, Malerei und Polimentvergoldung auf Tannenholz, 67,5 × 55,3 cm, bemalte Fläche 66,3 × 54 cm, Washington, National Gallery of Art, Samuel H. Kress Collection

Die geographische Lage an der Donau und am Kreuzungspunkt wichtiger Handelswege sowie die Sonderrolle als Universitätsort begünstigen die dynamischen Entwicklungen eines Soziallebens, welches das Profil einer kulturell heterogenen Stadtidentität präsentiert; eine Stadtidentität, die ihrerseits überregional ausstrahlt. Mit der im Wiener Exil lebenden Veroneser Familie della Scala, dem Universitätsgelehrten Galeazzo di Santa Sofia oder dem Sekretär des Fürstbischofs von Freising Nikodemus della Scala und späteren kaiserlichen Sekretär Enea Silvio Piccolomini (Papst Pius II.) ist beispielsweise eine Community von Italienern in einflussreichen Positionen belegt. Dieses Netzwerk zeichnete einerseits für den Zuzug oberitalienischer Maler nach Wien (Fresko vom Singertor des Stephansdoms) verantwortlich, andererseits für die Beauftragung von Werken für auswärtige Bestimmungsorte bei Künstlern, die in Wien tätig waren, wie z. B. Jakob Kaschauer für den Hochaltar des Freisinger Doms.

Politische Unruhen und Kriege (z. B. gegen die Hussiten in Böhmen) führten zu Migrations- und Abwanderungswellen, die Künstler auch nach Wien führten. So sind die böhmischen Buchmaler Nikolaus, Michael und Veit in der ersten Jahrhunderthälfte hier fassbar. Martinus opifex sowie der anonyme Meister des Schottenaltars und Lucas Cranach bezeugen wiederum eine kontinuierliche Verbindung zwischen Bayern bzw. Franken und Wien. Aus Frankreich und über den Oberrhein aus den Niederlanden vollzog sich der Transfer westeuropäischer Ästhetik. Der Meister von Heiligenkreuz und Niclas Gerhaert van Leyden fungierten als die prominentesten Direktvermittler; weitere

© KHM-Museumsverband

Mystische Vermählung der hl. Katharina und Verkündigung an Maria, Meister von Heiligenkreuz, um 1415/20, Malerei und Polimentvergoldung auf Eichenholz, 71,8 × 43,8 cm, Wien Kunsthistorisches Museum, Provenienz: Stift Heiligenkreuz, Niederösterreich, 1926 von dort erworben

Bezugnahmen ergaben sich durch die häufige und frühe Verwendung druckgraphischer Vorlagen des Meisters der Spielkarten und des Meisters E. S. in der Donaumetropole. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Was ist „Wiener" Bildkunst im 15. Jahrhundert? Und wie ist eine Lokalproduktion unter diesen besonderen Rahmenbedingungen zu definieren?

Die ab den 1430er-Jahren in Wien zur Anwendung gebrachten visuellen Medien belegen eine neue Wahrnehmung der Welt der sichtbaren Dinge. So führt uns der anonyme Meister des Albrechtsaltares (um 1437/39 ursprünglich für die Kirche Am Hof, heute: Klosterneuburg, Sebastianskapelle) nicht nur das Material von Hausrat (Spanschachteln, Messingleuchtern etc.) vor Augen, sondern die markante Skyline des damaligen Wien und darüber hinaus – auf der Werktagsseite des Flügelaltars – Landschaften unter einem Himmel in je spezifischer Lichtstimmung. Der dort wahrnehmbare Hunger auf die Welt und damit das Interesse für das eigene Ambiente nahmen in den folgenden Jahrzehnten rapide zu. Immer tiefer wurden die heilsgeschichtlichen Ereignisse in den lokalen und zeitgenössischen Kontext eingeschrieben. Das belegt beispielhaft die „Heimsuchung" auf dem Schottenaltar (1469: Wien, Schottenkloster): Maria und Elisabeth begegnen einander hier in der Kärntnerstrasse mit Blick auf den Stephansdom.

Wächst in der Tafelmalerei – mit der zunehmenden Mimesis – der Bildtiefenraum und damit die Distanz zwischen BetrachterIn und Betrachtetem, tritt in der Buchmalerei ab 1446 (Handregistratur König Friedrichs IV.: Österreichisches Haus-, Hof- und Staatsarchiv) das Wiedergegebene vor den Pergamentgrund in den Raum der Betrachtenden ein; der Trompe-l'œil schafft hier ein neues Naheverhältnis von RezipientIn und Repräsentiertem. Aus kunsthistorischer Perspektive sind die Vorbildwirkung der niederländischen Malerei sowie der Vermittlungsweg zwischen den Niederlanden und Wien interessant (s.o.).

Vor einem kulturhistorischen Horizont stellten sich andere Fragen: etwa, ob und wie das in den visuellen Medien faßbare Interesse an der Welt der sichtbaren Dinge mit der Entwicklung der (Natur-)Wissenschaften und deren Vermittlung im Raum Wien Hand in Hand ging (Collegium Ducale/Universität Wien, Wiener mathematisch-astronomische Schule, Johannes von Gmunden, Georg von Peuerbach, Johannes Regiomontanus, Entwicklung der Optik, Wissenstransfer zwischen Christen- und Judentum bzw. Islam etc.). ■

http://www.khm.at/
https://wem.univie.ac.at/
https://www.stift-heiligenkreuz.org/

Quellen: Kunsthistorisches Museum Wien, Institut für Kunstgeschichte der Universität Wien

Kultur

Mit Herz & Hand fürs Alpenland

Erzherzog Carl Ludwig und seine Schirmherrschaft über den Österreichischen Touristen-Klub ÖTK – Sonderschau 2019 auf Schloß Artstetten

Foto: Schloß Artstetten / D. Mayrhofer

Schloß Arstetten: Erzherzog Carl Ludwig (Bruder Kaiser Franz Josephs) gestaltete ab 1861 das Haus innen wie außen großzügig um.

Es war Ostern im Jahr 1868, als Gustav Jäger und Lambert Märzroth bei einer Bergtour in der Steiermark den Entschluß faßten, einen alpinen Verein zu gründen, um die Schönheit der Alpen auch der breiten Gesellschaft zugänglich zu machen und die Bergsportarten zu fördern. Der Erfolg und der kometenhafte Aufstieg des Österreichischen Touristen-Klubs (ÖTK) seit 1869 ist eng mit dem Kaiserhaus Österreich verbunden und war auch nur mit finanzieller Hilfe der Protektoren möglich. Bis zum Ende der Monarchie unterstützte die engere Familie von Erzherzog Carl Ludwig als Schirmherr den ÖTK: sein Sohn Erzherzog Otto sowie seine Enkel Franz Carl (der spätere Kaiser Karl) und Maximilian Eugen. Deren Liebe zur Natur und zu den Bergen waren Ansporn, die Schirmherrschaft über den ÖTK zu übernehmen.

Das 1876 nach Carl Ludwig benannte erste Schutzhaus auf der Rax wurde 2011 modernisiert und wird seither als erster Bio-Betrieb in hochalpiner Lage geführt. 1878 ermöglichte Carl Ludwig dem ÖTK die Teilnahme an der Pariser Weltausstellung und sorgte durch eine großzügige Spende für ausreichend große Ausstellungsfläche. 1894 feierte der ÖTK sein 25jähriges Bestehen, aus dessen Anlaß die „Carl-Ludwig-Jubiläumsmedaille“ geprägt wurde.

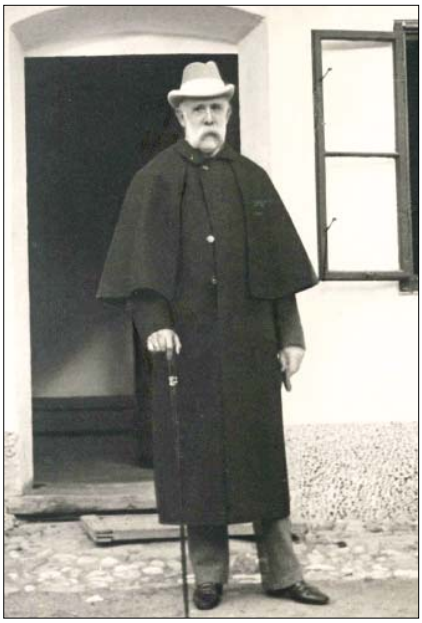


Foto: Archiv Schloß Artstetten

Erzherzog Carl Ludwig in Reichenau an der Rax – ganz zivil

ÖTK – Pionier des Fremdenverkehrs

Der ÖTK trug im beginnenden Zeitalter des Alpinismus wesentlich dazu bei, daß Österreich sich zu einem modernen Tourismusland entwickelte. Im 17. Jahrhundert bedeutete das Wort „tour“ soviel wie „Umgang, Rundgang, Spaziergang“. Das Wort Tourismus stammt aus dem griechischen topvo (= tornus) und bezeichnete ein zirkelähnliches Werkzeug. Kennzeichnend für diese Wortgruppe ist der Begriff der Rundung, der eine zum Ausgangspunkt zurück-

kehrende Wendung beinhaltete. 1870, im Zusammenhang mit der aufkommenden Bergtouristik, bedeutete das Wort „Tour“ auch „alpine Bergbesteigung“.

Seinerzeit gab es in alpinen Gebieten keinerlei Infrastruktur und der ÖTK war der erste alpine Verein, der Hütten als Gaststätten und nicht nur als Notunterkünfte oder Selbstversorgerhütten errichtete. 1872 setzte der ÖTK erste Wegmarkierungen im Wienerwald, deren System auch heute noch verwendet wird.

Von Wien ausgehend begann die Erschließung des östlichen Teils der Alpen bis nach Slowenien und hinauf ins Wettersteingebirge im Raum Seefeld. In den Ostalpen ist der ÖTK heute noch mit rund 50 Schutzhütten präsent. Aber auch alle Aussichtswarten im Donautal gründen auf dem ÖTK. Am höchsten Punkt Wiens steht die wohl bekannteste, einstmals schönste Warte der Monarchie, die Habsburgwarte, bei deren Eröffnung am 6. Oktober 1889 Carl Ludwig, auch als Vertreter des Hauses Habsburg, anwesend war.

Der ÖTK war vom Böhmerwald bis zum Meer nach Abbazia und von Wien bis nach Tirol vertreten. Alle wichtigen Orte bzw. Regionen der Monarchie hatten Sektionen des ÖTK, deren Mitglieder Schutzhäuser, Wege und Steiganlagen errichteten und Wanderführer herausgaben.

© Archiv ÖTK

Die hohen Protektoren des ÖTK seit 1877: Erzherzog Carl Ludwig (1833-1896, oben links), Erzherzog Otto (1865-1906, oben rechts) und Erzherzog Carl Franz Joseph (1887-1922)

Meilensteine des ÖTK

1869 Nach dem Vorbild des 1857 in London gebildeten Alpine Club entstand in Wien eine der ältesten alpinistischen Vereinigungen auf europäischem Festland, der „Oesterreichische Touristen-Club“, welcher von Gustav Jäger anläßlich einer am 18. Mai 1869 stattgefundenen Sitzung im Gasthaus „Zur Schnecke“ (Wien 1, Petersplatz) gegründet wurde. Am 20. Mai wurden die Statuten von der k. k. Statthalterei genehmigt. Am 2. August erfolgte die erste konstituierende Plenarversammlung in Bischoffs Bierhalle.

Foto: ÖTK

Medaille zum 25jährigen Bestehen des ÖTK im Jahre 1894

1869 Noch im selben Jahr errichtete Gustav Jäger am Stuhleck das erste Schutzhaus aus Stein, das „Touristenhaus am Stuhleck“.

1872 übernahm der ÖTK das von Familie Baumgartner 1851/52 errichtete Wirtshaus am Schneeberg (nahe der heutigen Zahnradbahn-Station Baumgartner). Es wurde ausgebaut und erhielt das erste mit Winterschnee betriebene Kühlhaus. Das älteste Schutzhaus am Schneeberg mußte auf Druck der Gemeinde Wien (Quellschutz) 1981 abgetragen werden.

1876 Am 10. September 1876 erfolgte die Grundsteinlegung für den Bau des ersten Schutzhauses auf der Rax. Es wurde nach dem Protektor Erzherzog Carl Ludwig Joseph Maria von Österreich benannt, dem zweitjüngeren Bruder von Kaiser Franz Joseph I. von Österreich. Das 2011 moderni-

sierte Haus wird seither als erster Bio-Betrieb in hochalpiner Lage geführt.

1877 kommt es erstmals zur Gründung von Sektionen des ÖTK. Zahlreiche Alpine Gesellschaften, von denen etliche Sektionen des ÖTK wurden, leisteten wertvolle Erschliessungsarbeit durch großen persönlichen Einsatz. D' Holzknecht, D'Lackenhofer, D' Waldegger, D' Kienthaler, D' Bergwanderer, D' Reißthaler oder D' Raxgmoa, um nur einige zu nennen. Sie errichteten kleinere Hütten, die nicht den Komfort der großen Berghäuser boten, aber das Netz von Notunterkünften vervollständigten.

1882 wurde vom ÖTK am Schloßberg oberhalb der Burgruine Dürnstein die erste Aussichtswarte in Holzbauweise errichtet und nach dem Grundeigentümer Fürst Camillo Heinrich von Starhemberg benannt. Diese Warte wurde 1895 durch einen Steinbau ersetzt. Auch heute noch genießt man hier eine herrliche Aussicht in die Wachau.

1896 Bei einem Lawinenunglück am Reißtalersteig auf der Rax, im Grenzgebiet zwischen Niederösterreich und der Steiermark, starben am 8. März 1896 drei bekannte Wiener Bergsteiger. Dies führte zur Gründung der ersten Bergrettung der Welt: Am 22. Mai 1896 wurde unter Mitwirkung des ÖTK der „Alpine Rettungsausschuß Wien" (ARAW) gegründet, die Vorläuferorganisation des heutigen Österreichischen Bergrettungsdienstes und Vorbild für das alpine Rettungswesen in anderen Ländern.

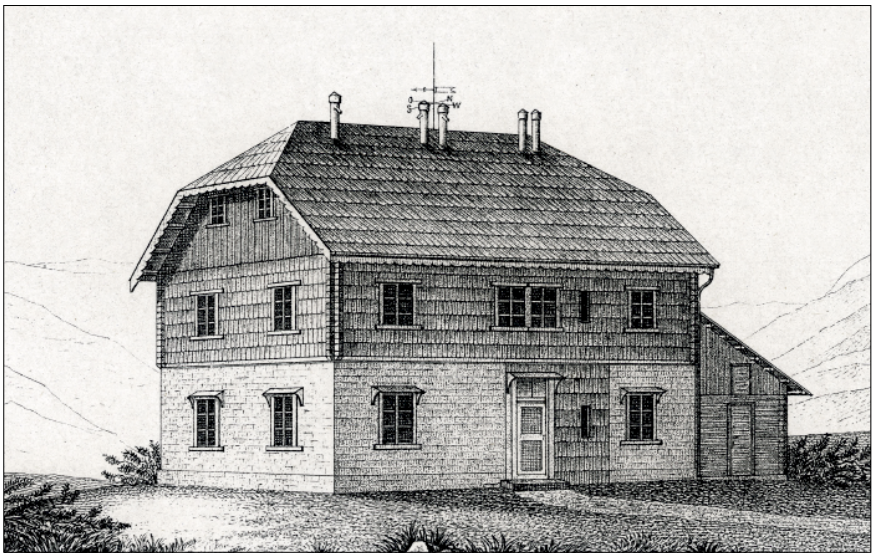
1903 Bis 1903 „firmierte" der Verein unter Oesterreichischer Touristen-Klub, ab 1904 als Österreichischer Touristen-Klub. Im selben Jahr erlaubt das k. k. Eisenbahnministerium Passagieren der Wiener Stadt- und Verbindungsbahn die Mitnahme von „gereinigten" Schneeschuhen im letzten Wagon jeden Zuges (III. Classe) gegen Lösung einer Skikarte à 20 Heller.

1904 konstituierte sich in Wien der „Winter-Sport-Club", der sich zunächst aus Mitgliedern des ÖTK rekrutierte, jedoch bald Selbständigkeit erlangte.

1905 wurde der „Österreichische Ski-Verband" gegründet, der alle österreichischen Ski-Vereine zusammenfassen sollte.

1927 wurde im ÖTK die Bergsteigerschule für die Ausbildung von Mitgliedern zu Bergsteigern in Fels und Eis gegründet.

1931 Am 1. Jänner 1931 schloß sich der ÖTK dem Alpenverein als Teilorganisation an und hieß nunmehr „Sektion Österreichischer Touristenklub im Deutschen und Österreichischen Alpenverein", ab 1938 „Zweig Turistenklub im Deutschen Alpenverein".



© Archiv ÖTK

Das Erzherzog Carl-Ludwig-Haus auf der Raxalpe 1877 …

Foto: ÖTK

… und das Karl-Ludwig-Haus im Jahr 2011

1945 Als nach dem Zweiten Weltkrieg der Deutsche Alpenverein und seine Zweigvereine aufgelöst wurden hat sich der ÖTK am 16. November 1945 neu konstituiert.

1953 wurde über Initiative des ÖTK die Österreichische Himalaya-Gesellschaft ÖHG gegründet. Erster Vorsitzender war ÖTK-Mitglied Primarius Dr. Rudolf Jonas, Bruder des damaligen Wiener Bürgermeisters Franz Jonas. Im Rahmen der österreichischen Himalaya-Karakorum-Expedition 1956 der ÖHG gelang dem ÖTK-Mitglied Hans Willenpart die Erstersteigung des Gasherbrum II (8035 m).

Der ÖTK heute

Daß sich der ÖTK im Laufe seiner langjährigen Geschichte zu einem modernen, vielseitigen alpinen Verein entwickelt hat, ohne dabei auf seine reiche Tradition zu vergessen, ist nicht zuletzt auch seinen mehr als 25.000 Mitgliedern zu verdanken. Viele von ihnen üben ehrenamtliche Funktionen aus und tragen mit dazu bei, daß der der ÖTK im Alpinismus stets eine Vorreiterrolle einnimmt.

Der ÖTK in Zahlen

- Größte Kletterhalle im Zentrum Wiens
- Drittgrößter Alpinverein Österreichs
- rund 50 Niederlassungen in Österreich und den Nachbarländern
- über 60 Schutzhütten und Partnerbetriebe
- 18 Aussichtswarten in sechs Bundesländern
- 25.000 km Wege, Steige und Kletterrouten
- Alpinshop mit fachkundiger Beratung

Foto: Goldener Löwe / Rita Newman

Das Ehepaar Margit und Andreas Frey vom „Goldenen Löwen" in Maria Taferl.

Machen Sie sich auf den Weg nach Maria Taferl

Erzherzog Carl Ludwig und die Familie um seinen Sohn Erzherzog Franz Ferdinand machten sich sehr oft zu Fuß auf, die Basilika und den Wallfahrtsort Maria Taferl zu besuchen. Der Ausgangpunkt dieses historischen Weges, der um 1900 erstmals vom ÖTK markiert wurde, zum niederösterreichischen Marienheiligtum ist Schloß Artstetten. Dieser Feld-, Wald- und Wiesen-Weg ist zugleich eine Etappe des Weitwanderweges Nibelungengau, des Lebensweges und des Österreichischen Jakobsweges.

Bei dem rund vier Kilometer langen Spaziergang quert der Wanderer das ehemalige Jagdrevier des Thronfolgers Franz Ferdinand, dessen oftmalige Besuche in Maria Taferl belegt sind. Ein Glasfenster über dem Kreuzaltar in der Basilika, eine Marmortafel im Hotel Rose oder das Kabinett im Goldenen Löwen erinnern heute noch an die unzähligen Besuche der Kaiserlichen Familie. Machen Sie sich auf den Weg und erfahren Sie am Endpunkt der Wanderung in Maria Taferl, was der Thronfolger von Reviergrenzen hielt. Mit etwas Glück treffen Sie dort Andreas Frey: er führt nicht nur den traditionsreichen „Goldenen Löwen" in Maria Taferl, er ist auch Kurator der aktuellen Sonderausstellung auf Schloß Artstetten.

Erzherzog Carl Ludwig von Österreich

Carl Ludwig Joseph Maria (* 30. Juli 1833 in Schönbrunn, † 19. Mai 1896 ebendort) war der zweitjüngere Bruder von Kaiser Franz Joseph I. von Österreich.

Carl Ludwig war der dritte Sohn von Erzherzog Franz Karl nach Franz Joseph I. und dem späteren Kaiser Maximilian von Mexiko. Nach dem Tod des Kronprinzen Rudolf, 1889, war er bis zu seinem eigenen Tod Thronfolger.

Carl Ludwigs höchste politische Funktion war die des k.k. Statthalters in Tirol. Er wurde von Franz Joseph I. 1855 dazu ernannt. 1861 gab er das Amt auf, als der Kaiser mit dem Februarpatent eine Reichsverfassung erließ, die den Statthalter dem Innenminister unterordnete; dies hielt er für ein Mitglied der Herrscherfamilie für unpassend. Carl Ludwig war auch Bürgermeister von Artstetten.

Sein Interesse galt mehr der Kunst als der Politik und dem Militär. Er bezeichnete sich selbst ironischer Weise gerne als „Ausstellungs-Erzherzog". Carl Ludwig unterschied sich von den meisten Habsburgern darin, daß er die Bereitschaft zeigte, an tausenden Veranstaltungen, wohltätigen Organisationen, Ausstellungen usw. teilzunehmen, diese zu eröffnen, mit allen Menschen zu sprechen, die dies wünschten. Er war der „treueste Diener" im „Familienunternehmen" Habsburg, der ewige Stellvertreter des Kaisers. Er hatte ein phänomenales Personengedächtnis und stand vielen Vereinen und Institutionen als Ehrenmitglied oder Protektor vor, wie z. B. dem ÖTK, dem Roten Kreuz, den Weltausstellungen für die k.u.k. Monarchie, dem NÖ Gewerbeverein uvm.

Ähnlich seinem Bruder, dem Kaiser, hielt er täglich viele Audienzen und erledigte gewissenhaft seine Korrespondenz. Carl Ludwig war sehr mitteilungsbedürftig und informierte alle seine Kinder mindestens einmal pro Woche über aktuelle Themen – wie die Familie überhaupt sein größtes Glück darstellte. Carl Ludwig schrieb ab der Geburt seines ersten Sohnes Franz Ferdinand (1863) bis zu seinem Tod 1896 Tagebuch.

Carl Ludwig starb an einer schweren Infektion, die er sich bei einer Reise nach Ägypten und Palästina zuzog, als er aus religiösen Gründen (verseuchtes) Jordanwasser trank. Er besuchte dort seinen Sohn Franz Ferdinand, der in Kairo seine Tuberkulose kurierte.

Ehen und Nachkommen

Erste Ehe, 1856: Margarete von Sachsen (1840–1858), Tochter von Johann I., König von Sachsen

Zweite Ehe, 1862: Maria Annunziata (1842–1871), Tochter von Ferdinand II., König beider Sizilien

- Franz Ferdinand (1863–1914) ⚭1900 Gräfin Sophie Josephine Albina, Tochter von Graf Bohuslaw Chotek-Chotkova und Wognin und dessen Gattin Gräfin Wilhelmine Kinsky von Wchinitz und Tettau
- Otto Franz Joseph (1865–1906) ⚭ 1886 Prinzessin Maria Josepha, Tochter von König Georg I. von Sachsen und dessen Gattin Infantin Maria Anna von Portugal
- Ferdinand Karl Ludwig (1868–1915), (Ferdinand Burg) ⚭ 1909 Berta Czuber, Tochter des Universitätsprofessors Emanuel Czuber
- Margarete Sophie (1870–1902) ⚭ 1893 Herzog Albrecht von Württemberg, Sohn von Herzog Philipp von Württemberg und dessen Gattin Erzherzogin Marie Therese von Österreich

Dritte Ehe, 1873: Maria Theresa von Portugal (1855–1944), Tochter von Michael I., König von Portugal.

- Maria Annunziata (1876–1961), Äbtissin in Prag
- Elisabeth Amalie (1878–1960) ⚭ 1903 Prinz Alois, Sohn von Prinz Alfred von und zu Liechtenstein und dessen Gattin Prinzessin Henriette von Liechtenstein ■

https://www.schloss-artstetten.at/
https://www.oetk.at/
http://www.basilika.at/
http://www.freyswirtshaus.at/

ÖTK-Mitglieder kommen in den Genuß eines ermäßigten Eintritts (Ausweis nicht vergessen)

Quellen: Schloß Artstetten, Andreas Frey, ÖTK, Wikipedia, „Kinderjahre Kaiser Karls, aus den unveröffentlichten Tagebüchern seines Großvaters" von Gabriele Praschl-Binder

Werner Berg im Dialog mit Ernst Barlach und Käthe Kollwitz

Eine Dialogausstellung – »Ernst Barlach – Käthe Kollwitz. Über die Grenzen der Existenz« sowie »Werner Berg. Abschied. Das Spätwerk 1969-1981«

Kunst ist politisch. Wer das bis heute nicht geglaubt hat, wird nach dieser Eröffnung davon überzeugt sein. Wenn man Käthe Kollwitz Weg nachverfolgt und ihre Engagements gegen den Krieg und ihren Einsatz für die Ärmsten der Gesellschaft betrachtet, so fühlt man sich in fast abstrakter Form der darstellenden Kunst an soziographische Beobachtungen wie bei den Arbeitslosen von Marienthal zurückversetzt. Wenn man Ernst Barlach ansieht und man weiß, daß seine Werke in der Geschichte verboten wurden und als entartete Kunst deklariert wurden, dann merkt man, daß auch Menschen, die nicht politisch engagiert sind, unter Regimen leiden und davon betroffen sind. Und wenn man Werner Bergs Rückzug vor dem Kapitalismus und seinen Auswirkungen verfolgt, dann wird man – nicht zuletzt auch bei der Symbolik des Kopftuches – in die Gegenwart zurückgeholt. Heute wäre er mit seinen Zeichnungen möglicherweise jemand, dessen Werke zumindest auch anders gedeutet werden können“, so Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser am 4. Mai bei der Eröffnung der Ausstellung in Bleiburg.

Kunst und Kultur seien identitätsstiftend, gerade auch für Städte. „Eine Stadt wie Bleiburg, eine Stadt wie Gmünd, ein Ort wie Nötsch, ein Ort wie Neuhaus – wo immer mit einzigartigen Darstellungen diese Breite der Kunst in unser Kärnten kommt, haben diese Orte dank engagierter Menschen Perspektive, Zukunft und Identität gewonnen", erklärte der Landeshauptmann.

Bleiburgs Bürgermeister Stefan Visotschnig begrüßte die zahlreichen Eröffnungsgäste, Bleiburg sei seit 50 Jahren stolz auf das Werner Berg Museum. „Dafür, daß wir jährlich interessante Ausstellungen auf die Beine stellen können, möchte ich mich bei allen Sponsoren und Helfern herzlich bedanken. Auch das Land Kärnten unterstützt uns mit wichtigen finanziellen Mitteln“, so Visotschnig, der auch herausstrich, daß Bleiburg vier Projekte im Rahmen der Landesausstellung „CARINTHIja 2020“ umsetzen werde.

Foto: LPD / Peter Just

Ausstellungseröffnung (v.l.) mit den Kuratoren Harald Scheicher, Heike Stockhaus, Landeshauptmann Peter Kaiser, Arthur Ottowitz und Bürgermeister Stefan Visotschnig

Kuratorin Heike Stockhaus, Geschäftsführerin der Ernst Barlach Gesellschaft in Hamburg, gab den Anwesenden einen historischen Gesamtblick über das Schaffen und Wirken der Künstler Barlach und Kollwitz. „Ihre Stadt Bleiburg ist ein besonderer Ort, in dem offensichtlich alles möglich gemacht wird, wenn es darum geht, eine kulturelle Botschaft zu formulieren. Ich staune und bin voller Achtung für das, was sie hier auf die Beine stellen. So klein ihre Stadt auch ist, so groß scheint ihre Überzeugung zu sein, mit Kultur eine prägnante Stimme erheben zu wollen. Diese Stimme überwindet Grenzen und Sprachen und richtet sich gegen die Belanglosigkeit und Gleichgültigkeit in einer Welt, in der sich jeder nur um sich selbst zu kümmern scheint“, so Stockhaus. Mit der Gegenüberstellung der drei Künstler erklinge im Werner Berg Museum ein ganz besonderer Resonanzraum.

Mit der Ausstellung der Werke von Ernst Barlach (1870-1938) und Käthe Kollwitz (1867-1945) kommt es, nach der erfolgreichen Helnwein-Schau, zu einer weiteren Zusammenarbeit des Werner-Berg-Museums mit dem Hamburger Ernst-Barlach-Museum. „Über die Grenzen der Existenz“ ist die bisher umfangreichste Retrospektive der beiden Künstler in Österreich. Mit über 160 Exponaten bietet die Ausstellung nicht nur einen Einblick in das Gesamtwerk beider Künstler, sondern sie spiegelt auch deren Weltanschauungen in die Gegenwart. Am Übergang des 19. zum 20. Jahrhunderts und infolge der industriellen Revolution schien die damalige Welt aus den Fugen zu geraten. Die Vorstellung eines „neuen Menschen“ und einer „neuen Welt“ waren Leitmotive, die in Literatur und Kunst bearbeitet wurden. Käthe Kollwitz schaffte eine Fülle von sozialrevolutionären Werken, Ernst Barlach gilt als „Mystiker der Moderne“, seine Menschenbilder entsprechen weniger der Realität. Barlach und Kollwitz standen ihrer Zeit kritisch gegenüber und setzten sich mit ihrer Arbeit unermüdlich für Gerechtigkeit und Frieden ein.

In Werner Bergs Werk lassen sich immer wieder Auseinandersetzungen mit Ernst Barlach und Käthe Kollwitz finden. In seinem Spätwerk veränderte sich sein Blick: Die in der Ausstellung gezeigten Bilder sind Zeugen der zunehmenden Vereinsamung des Künstlers – die strukturelle Veränderung der Region zeigt sich verlassenen Bauernhöfen und melancholischen Landschaften.

Die dialogische Konzeption der Ausstellungen, die bis 27. Oktober 2019 zu sehen sind, verbindet die Werke von Barlach, Kollwitz und Berg. ■

http://www.wernerberg.museum/

Buchtips

Die Brüder Saphir

Die Brüder Saphir, drei Männer, deren Verhaltensweisen nicht gegensätzlicher sein könnten.

Mordechai, genannt Manni, ist ein Lebenskünstler, mit einem starken Hang zum Glücksspiel und wechselnden Affären.

Moische Saphir ist gehbehindert. Er lebt mit seiner kinderreichen Familie in Mea Sharim, dem orthodoxen Stadtviertel von Jerusalem.

Menachem, der sich Max nennt, beherrscht das Bankenimperium der Familie und gilt als einer der reichsten Männer der Welt.

Laura, die bildschöne Sephardin aus ärmsten Verhältnissen, erreicht was sie will – und doch kann sie das Schlimmste nicht verhindern.

Die Geschichte der Brüder Saphir beweist, wie in unserer Zeit die reinste Religiosität, die stärkste Liebe, aber auch die schmutzigste Kriminalität ineinanderfließen.

Ein Roman, in dem nichts erfunden ist – spannend – aufregend – erotisch und kriminell.

Coer: Verlag Der Apfel

Eine kriminell gute Story. Die Kabarett-Pionierin legt einen jüdischen Banken-Thriller vor. Das Faszinierendste dran: Es ist kein weiteres Buch über Bronner, Kreisler, Wehle und all die Helden der Heiterkeit mit Her und Hirn, mit denen sie einst Bühnen erbeben ließ – nein diesmal ein knallharter Krimi. Geschrieben zwar in altösterreichischer Eleganz, erzählt freilich in furios fesselnder Eindringlichkeit. Ein Pageturner, wie's auf Neudeutsch heißt. Es ist unmöglich, diese Geschichte nicht am Stück durchzulesen. (...) Hier fördert sie Fakten ans Licht, die unter die Haut gehen. Natürlich spielt das jüdische Universum – des Witzes, der Weisheit und der Wunderlichkeit – mit hinein. (...) Küppers erfuhr vor einem Jahr von einem Londoner Bankier die kriminell gute Familiengeschichte eines jüdischen Brüder-Trios, die sie aber erst nach dem Ableben des Informanten der Öffentlichkeit zugänglich machen dürfe – als dieser jüngst verstarb, tat sie es auch prompt. Nur so viel sei verraten: Es ist alles wahr und belegbar – von den Mitläufern über die Mafia bis zum Mord.

Dieter Chmelar, „Kurier"

Topsy Küppers ist 1931 in Aachen geboren und als österreichische Buchautorin, Sängerin, Soubrette, Schauspielerin, und ehemalige Theaterleiterin bekannt. Sie arbeitete an deutschen Bühnen und für das deutsche und österreichische Fernsehen und trat ab 1958 mit ihrem damaligen Ehemann Georg Kreisler unter anderem in München auf.
1976 eröffnete sie mit vier Kabarettprogrammen die Freie Bühne Wieden in Wien, die sich „dem Erhalt jüdischer Literatur und jüdischer Autoren – verstorbener wie zeitgenössischer – widmete"… ■

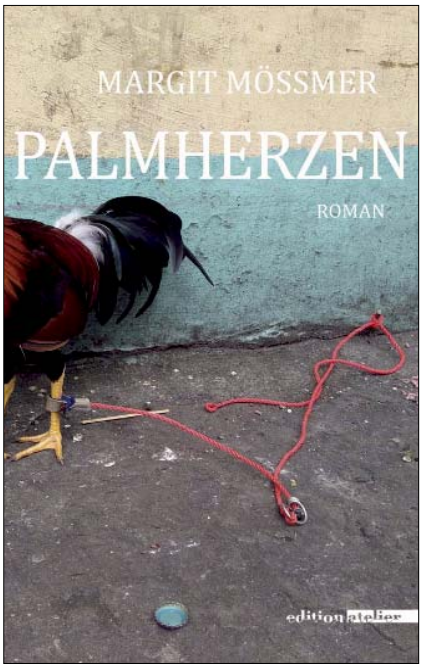
https://de.wikipedia.org/wiki/Topsy_K%C3%BCppers
https://www.verlagderapfel.at/
ISBN: 978-3-85450-779-6

Palmherzen

Willkommen in Quinindé im Nordwesten Ecuadors! Alles kreist hier um den Arzt und Fabrikleiter Jorge Oswaldo Muñoz, der mit seiner Frau Julia die Palmherzenfabrik leitet und für alle ein offenes Ohr hat. Jorges Vater hat seine besten Tage längst hinter sich. Das Hausmädchen Bélgica muß sich mit ihrem Zuckerrohrschnaps trinkenden Mann herumplagen. Die verschrobene Tante Catita streckt heimlich Cola mit Rum und trauert ihrem glamourösen Leben mit einem Gangster hinterher, und der Ananaskönig Zorro gerät an gefährliche Hühnerdiebe.

Palmherzen führt uns in die Mitad del Mundo – die Mitte der Welt –, in eine Familiengeschichte voller Magischem Realismus im Herzen Ecuadors.

Margit Mössmer, 1982 im niederösterreichischen Hollabrunn geboren, lebt und arbeitet in Wien. Studium der Theater-, Film- und Medienwissenschaft sowie der Hispanistik. Seit 2007 arbeitet sie im Museums-Quartier Wien/Q21.



Coer: Edition Atelier

2010 wurden Texte aus „Die Sprachlosigkeit der Fische" beim Ö1 Literaturwettbewerb Wörter.See prämiert und mit Burgschauspielerin Dorothee Hartinger vertont. 2015 wurde sie mit „Die Sprachlosigkeit der Fische" für den Franz-Tumler-Preis nominiert. In diesem Buch begegnet man ihr als Au-pair-Mädchen in London, auf Sommerfrische in Bad Aussee oder als alte Dame in Ecuador. Wir beobachten ihren Alltag, sind bei großen Ereignissen dabei und folgen ihr auf fantastische Reisen. Sie ist Gerda, eine Frau, die immer schon dagewesen zu sein scheint und überall zugleich sein kann. Erzählt werden ihre Geschichten vom ecuadorianischen Arzt Jorge Oswaldo Muñoz, dem es sichtlich Freude bereitet, das eine oder andere absurde Detail einfließen zu lassen. – Ein unglaublich amüsantes Buch, das mit viel Charme und Verve zeigt, daß irgendwie alles möglich sein kann.

2016 erhielt sie das Startstipendium für Literatur des Bundeskanzleramtes und das Hans-Weigel-Literaturstipendium. ■

https://www.editionatelier.at/
ISBN: 978-3-99065-004-2